

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2013

I

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Jörg Wollenberg: Die Arbeiterbewegung zwischen Selbstpreisgabe,
Zerschlagung und antifaschistischem Widerstand 1933 bis 1945.
Das Beispiel Bremen5

Karsten Heinz Schönbach: Die Illusion der „Volksgemeinschaft“ –
Bündnis zwischen Großindustrie und NS-Führung gegen die
Arbeiterschaft30

Waltraud Seidel-Höppner: Unter falschem Namen. Der Bund
der Gerechtigkeit und sein Namenswandel47

Peter Kurt Krüger: Karl Marx und die geologischen
Wissenschaften. Zum Erscheinen des MEGA-Bandes IV/26..... 58

Peter Hübner: Arbeiterbewegung und Technikkritik
in Deutschland. Aspekte einer Beziehungsgeschichte.....68

Jörg Roesler: Mehr als Descamisados der Evita. Arbeiterschaft
und Arbeiterbewegung in Argentinien unter dem Einfluss des
Perönismus90

Von der 48. Linzer Konferenz

Jürgen Hofmann: Interventionen für sozialen und kulturellen
Fortschritt (Bericht)106

Patricia Toucas-Truyen: Die Rolle der Gegenseitigen
Unterstützungsgesellschaften und der Arbeiterbewegung
bei der Schaffung des Wohlfahrtssystems in Frankreich vor 1914.....112

Diskussion

Ursula Schröter: DDR-Sozialismus und Patriarchat121

Regionales

Holger Czitrich-Stahl: Zur Geschichte der Bernauer
Arbeiterbewegung 1848 bis 1900137

Biografisches

Peter Giersich: Neues über Max Hoelz:
Sein Aufenthalt in der ČSR 1920.....152

Berichte

Anja Kruke: 43. Konferenz der IALHI
vom 20. bis 22. September 2012 in Lissabon162

Mario Keffler: Propagandist, „Pressezar“ und Unperson.
Tagung in Berlin zu Willi Münzenberg.....165

Buchbesprechungen

Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hrsg):
Basisdemokratie und Arbeiterbewegung.
Günter Benser zum 80. Geburtstag (*Ingo Materna*)168

Joachim Perels.: Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit.
Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung
(*Holger Czitrich-Stahl*)171

Ralf Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914 (<i>Gerhard Engel</i>)	173
Raphael Hörmann: Writing the Revolution. German and English Radical Literature 1819-1848/49 (<i>Martin Hundi</i>)	176
Anke Reuther (Hrsg.): Robert Blum. Auf dem Theater des Lebens. Beiträge zur Robert-Blum-Ehrung (<i>Walter Schmidt</i>)	177
Ulrich Teusch: Jenny Marx. Die rote Baronesse (<i>Wilma Ruth Albrecht</i>)	179
Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution. Bd. 1-3, hrsg. von Jochen Gester, Ralf Hoffrogge und Rainer Knirsch (<i>Gerhard Engel</i>)	181
Ronald Friedmann: Die Zentrale. Geschichte des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses (<i>Herbert Mayer</i>)	183
Martin Großheim: Ho Chi Minh (<i>Joachim Eichler</i>)	185
Franz Walter: „Republik, das ist nicht viel“. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus (<i>Uli Schöler</i>)	186
Joachim Scholtyseck: Die Geschichte der National-Bank 1921 bis 2011 (<i>Ulrich Busch</i>)	188
Michael Herms (Hrsg.): Zum Stand der Erforschung der regionalen NS-Geschichte in Mecklenburg-Vorpommern (<i>Günter Wehner</i>)	189
Horst Gobrecht: Und gingen aufrecht doch. Grete und Adolf Noetzel (<i>Peter Kroh</i>)	190
Gerd Kaiser (Hrsg.): Aufrecht und stark. Frauen und Männer aus Suhl und Umgebung im Widerstand gegen Faschismus und Krieg (<i>Ludwig Elm</i>)	192
Gerhard Bassarak: Mit dem Vorsprung einer historischen Epoche. Aufsätze und Vorträge zu Biblischer Theologie, Gesellschaft, Kirche, Ökumene und Sprache (<i>Hans-Jürgen Gabriel</i>)	195

Werner Breunig/Andreas Herbst (Bearb.): Biografisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946-1963 (<i>Ingo Materna</i>)	198
Burkhard Jacob: Pfahl im Fleisch. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin (<i>Jürgen Birg</i>)	200
Klaus Kinner (Hrsg.): Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke (<i>Horst Klein</i>)	201
Harry Nick: Ökonomiedebatten in der DDR (<i>Thomas Kuczyński</i>)	203
Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR. Bd. 1-2 (<i>Herbert Mayer</i>)	204
Fritz Keller: Gelebter Internationalismus. Österreichs Linke und der algerische Widerstand (1958-1963) (<i>Horst Klein</i>)	209
Hannes Stütz (Hrsg.): Jupp Angenfort. Sprung in die Freiheit (<i>Rainer Bert</i>)	212
Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (<i>Dietmar Langé</i>)	213
Harald Werner: Offene Fragen in der geschlossenen Abteilung. Das erfolgreiche Scheitern einer Kaderperspektive (<i>Manfred Teresiak</i>)	216
Peter Struck: So läuft das. Politik mit Ecken und Kanten (<i>Holger Czitrich-Stahl</i>)	217
Autorenverzeichnis	219
Impressum.....	220

Die Arbeiterbewegung zwischen Selbstpreisgabe, Zerschlagung und antifaschistischem Widerstand 1933 bis 1945. Das Beispiel Bremen¹

Jörg Wollenberg

„Angriff soll nun die Losung sein für das neue Jahr 1933.“

Mit folgendem Aufruf läutete der Vorstand der SPD Bremen das „Schicksalsjahr“ 1933 ein: „Abwehr war die große Aufgabe der Partei im Jahre

1 Ich stütze mich vornehmlich auf Polizeiberichte, Ermittlungs- und Prozessakten gegen Bremer Antifaschisten, die im Bremer Staatsarchiv und im Bundesarchiv lagern und die ich Anfang der 80er-Jahre im damaligen Zentralen Parteiarchiv des IML einsehen konnte. Weiter auf die Berichte von Henry Oliver: *Nazi Jahr 1933-1939. Erinnerungen*, hrsg. von Jörg Wollenberg, London 1985; *Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte*, H. 21/22, Bremen 2008, S.19-46, und Franz Stapelfeldt: *Mein Verhältnis zur SPD, Bremen 24.Mai 1946* (MS; Privatarchiv Wollenberg); auf zwischen 1979 und 1983 durchgeführte Interviews mit Gustav Böhrnsen, Heinz Kundel, Wilma Landwehr, Udo Meinecke, Martin Meyer, Karl und Hilde Grobe, Frieda und Hermann Prüser, Hermine Berthold, Anni Vogee, Albert Flachmann, Georg Stockmann, Bertha und Lu Dannat, Erwin Heinemann, Wilhelm Blase, Fritz und Frieda Paul, August Hogrefe, Käte Lübeck-Popall, Willi Bethge, Georg Gumpert, Helene Dannat-Warnke, Maria Krüger, Hans Laufenberg, Richard Boljahn, Wilhelm Eildermann, Johann Reiners, Willy Geusendam, Gerda von Perlstein, Willy Dehnekamp, Harry Naujoks, Tilla Hundertmark und Tim Bontjes van Beek. Siehe dazu u. a.: Peter Alheit/Jörg Wollenberg (Hrsg.): *Geschichte erzählt. Politische Arbeiterbiographien*, Bd. I: Käthe Popall, Fischerhude 1985; Bd. II: Otto Kraus, Fischerhude 1987. Ein Teil der Biografien liegt in der Video-Filmreihe „Bremer Arbeiterbiographien“ von Ingeborg Gerstner, Heinz-Gerd Hofschen, Wolfgang Jung, Mechthild Müser und Jörg Wollenberg ausführlich dokumentiert vor (Kooperation Universität-Arbeiterkammer, Bremen, 1982ff.). Eine Gesamtauswertung wurde verfasst von: Lore Heer-Kleinert/Mechthild Müser/Jörg Wollenberg: *Forschungsprojekt Antifaschistischer Widerstand in Bremen 1933-1945. Erste Auswertung der Interviews mit Bremer Arbeiterveteranen*, Bremen 1981. Dazu gehört auch der Ausstellungskatalog „Bremen 1933-45. Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede“, Bremen 1983. Des weiteren Beiträge des Forschungsteams Lore Kleinert, Mechthild Müser, Dieter Pfiengsdörfer und Jörg Wollenberg in: *Zwangsarbeit, Rüstung, Widerstand 1931-1945*, (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, H. 5), Bremen 1982. Siehe außerdem neben zahlreichen Aufsätzen: Jörg Wollenberg u. a.: *Die Bremer Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik*, Bremen 1982; Dies.: *Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-1933*, Frankfurt/Main 1983; 8. Mai 1945. *Neugeordneter Wiederaufbau oder verhinderte Neuordnung?*. Eine Materialsammlung, zusammengestellt von Jörg Wollenberg, Bremen 1985.

1932. Dieses Ziel wurde voll und ganz erreicht. Weder das ‚Dritte Reich‘ Hitlers, noch Thälmanns ‚Sowjetdeutschland‘ wurde Wirklichkeit, und auch Papens Junkerherrschaft nahm noch in diesem Jahr ein Ende. Alle Anstürme der Reaktion und der Kommunisten sind von der Sozialdemokratie im Bunde mit den Gewerkschaften und den der Eisernen Front angeschlossenen Verbänden siegreich zurückgeschlagen. Allen Kämpfern deshalb unseren wärmsten Dank. Angriff soll nun die Losung sein für das neue Jahr 1933. Einig und geschlossen, kampferprobt und opferwillig, stehen wir gerüstet, um den Vorstoß zu führen gegen das System der kapitalistischen Mißwirtschaft.“ Der optimistische, die Realität verkennende Aufruf des Vorstands vom 31. Dezember 1932 in der „Bremer Volkszeitung“ (BVZ) endete kämpferisch: „Auf zu neuen Kämpfen und Siegen im neuen Jahr! Es lebe die Eiserne Front! Es lebe die Sozialdemokratie! Hoch das Banner des Sozialismus!“

Diese Losung zum entschiedenen Kampf gegen den Faschismus stieß nicht nur in Bremen auf Zustimmung bei den Mitgliedern. Und dennoch setzten die Vorstände der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) nach der Machtübertragung an Hitler weiter auf die schnelle Selbstzerstörung der Nazis. Noch am Abend der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatte der ADGB-Bundesausschuss in Berlin allen Forderungen nach Kampfmaßnahmen oder gar eines Generalstreiks eine Absage erteilt. Vergeblich warteten die Funktionäre vor Ort auf Anweisungen von oben.² „Kühles Blut und Besonnenheit“ seien das „erste Gebot“. Und „Organisation, nicht Demonstration: das ist das Gebot der Stunde“.³ Dem folgten auch viele Bremer Gewerkschaftsfunktionäre. Auf der letzten Versammlung der Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) vor dem Verbot erklärte der Bremer Multifunktionär Oskar Schulze, Vorsitzender des dortigen ADGB, des DMV, Syndikus der Arbeiterkammer und Abgeordneter der SPD-Bürgerchaftsfraktion: „Die werden schon abwirtschaften“.⁴ Kurz darauf veran-

2 Siehe dazu u. a. den lange unterdrückten Bericht von Philipp Scheidemann in: Philipp Scheidemann: Das historische Versagen der SPD, Schriften aus dem Exil, Lüneburg 2002, S.154-160. Dazu ähnlich selbstkritisch das langjährige Vorstandsmitglied der USPD und SPD Wilhelm Dittmann in seinen gleichfalls lange unterdrückten „Erinnerungen“, bearb. und eingel. von Jürgen Rojahn, Bd. 3, Frankfurt/Main u. a. 1995.

3 Gewerkschafts-Zeitung (GZ), Berlin, 4.2.1933, Deutsche Metallarbeiter-Zeitung (DMZ), 11.2.1933.

4 Bezirksversammlung des DMV in Bremen-Gröpelingen am 30. Januar 1933, zit. nach: IG Metall Bremen (Hrsg.): IG Metall in Bremen. Die ersten 100 Jahre, Bremen 1991, S.32.

lasste die neue, ab 17. März 1933 tätige Bremer Regierungskoalition von NSDAP und DNVP am 18. April 1933 die Besetzung des „Volkshauses“ der Gewerkschaften. Die Polizei nahm Oskar Schulze und weitere Bremer Spitzenfunktionäre in „Schutzhaft“. Einen Tag später flatterte auf dem Volkshaus die Hakenkreuzfahne, und am 25. April 1933 tagte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) im jetzt zum „Haus der deutschen Arbeit“ umbenannten Volkshaus. Noch bevor Stoßtrupps des faschistischen „Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit“ in ganz Deutschland am 2. Mai 1933 die deutsche Arbeiterbewegung demütigten, indem sie die Gewerkschaftshäuser und Filialen der Arbeiterbank besetzten und die Funktionäre des ADGB, des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (AfA-Bund) und der Einzelverbände in „Schutzhaft“ nahmen, war in Bremen das Bollwerk der Arbeiterbewegung zerschlagen. Und dennoch folgten 60.000 Bremer, darunter zahlreiche Gewerkschafter, dem Aufruf zum Massenaufmarsch am 1. Mai 1933, dem von den Nazis zum „nationalen Feiertag der deutschen Arbeit“ umbenannten Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung.

Der im „Führerkreis“ von den jungen rechten Funktionären um Lothar Erdmann und Walter Pahl vorbereitete Aufruf des ADGB-Vorstands hatte am 15. April 1933 dazu aufgefordert, sich als „ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft“⁵ an den Demonstrationen zum 1. Mai zu beteiligen. Schon im März und erneut im April 1933 hatten die Gewerkschaftsleitungen alle Widerstandshandlungen gegen den SA-Terror verboten. Man begnügte sich mit Beschwerdebriefen. Und das zu einem Zeitpunkt, als in dem Ende März 1933 eingerichteten Bremer Konzentrationslager Mißler schon zahlreiche Gewerkschafter einsaßen, für die das Verhalten der ADGB-Führung die große Enttäuschung war.⁶ „Arbeiter Bremens! Arbeiterblut ist in den Straßen Bremens gefloßen!...Nieder mit dem Mordgesindel, das in der Sipo und in der blauen Polizei⁷ sein Unwesen treibt“, hieß es in dem „Aufruf an die Arbeiter Bremens“, den die KPD Bremen am 4. März 1933 in der „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlichte: „Nieder mit dem hochverräterischen Senat! [...] Es lebe die Einheitsfront! Es le-

5 Aufruf an die Mitglieder der Gewerkschaften vom 15.4.1933, in: GZ, 22.4.1933.

6 Zum KZ Mißler Jörg Wollenberg: „Seit gestern bei Mißler. Kannst mich denn mal besuchen.“ Zur Geschichte der frühen Bremer Konzentrationslager Mißler und Ochtumsand 1933/34, in: Bremisches Jahrbuch, 2011, Bd. 70, S.201-243.

7 Gemeint sind die Sicherheitspolizei (Sipo) und Stadtpolizei, die blaue Uniformröcke trug.

be der gemeinsame Kampf!⁸ Zu spät kamen diese Forderungen zum einheitlichen „Protest gegen den Mordfaschismus“, den in Bremen der KPD-Bezirk Nord-West auf den Kundgebungen und Wahlveranstaltungen seit dem 17. Februar 1933 verkündete.

Im Bremer KZ Mißler befanden sich Ende März 1933 unter den ersten 100 bis 150 „Schutzhäftlingen“ vornehmlich Kader der KPD und Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ wie Edgar Bennert. Bald gesellten sich zu ihnen die „November-Verbrecher“, prominente Bremer Sozialdemokraten wie der Reichsbannerführer Oskar Drees, der Sekretär Josef Böhm, der Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft Emil Theil und der SPD-Reichstagsabgeordnete Alfred Faust. Sie wurden besonders von den Peinigern der SA und SS misshandelt und beschwerten sich darüber vergeblich bei den Bremer Justizbehörden.⁹

Einen Höhepunkt der „Umerziehung“ im KZ erlebten die Häftlinge am 1. Mai 1933. Die Inhaftierten aus Mißler mussten nicht nur antifaschistische Parolen entfernen, die am 1. Mai auf Straßen gemalt worden waren. Darüber hinaus wurden einige von ihnen – im Anschluss an eine Rede des Polizeisenators Theodor Laue im KZ Mißler zur „Bedeutung des 1. Mai als nationaler Feiertag Arbeit“ – durch die Stadt gefahren. Heinrich Buchholz, der verhaftete Zeitungsobmann der KPD-Bezirksleitung und illegale Kurier für den Bezirk Nord-West zu den Stadtteilgruppen, gehörte zu ihnen. Am 4. Mai 1933 teilte er seiner Frau aus Mißler sein Mai-Erlebnis mit: „Eine Abwechslung haben wir ja schon gehabt. Am ersten Mai habe ich und noch ein Kamerad mit dem Adjutanten von Polizeisenator Laue eine kleine Autotour durch die Stadt gemacht. Wir sollten uns mal alles anschauen. Na, ich muß sagen, gestaunt habe ich ja über all die Fahnen und Girlanden. Vor allen Dingen in der HansasträÙe und dem Steffensweg.“¹⁰ Diese Fahrten gingen in die traditionellen Arbeiterviertel wie Walle und Gröpelingen und sollten den Gefangenen deutlich machen, wie schnell sich die Arbeiterschaft auf das neue System eingestellt hatte. Eine andere Gruppe

8 Die eigene Tageszeitung, die Bremer „Arbeiter-Zeitung“, war am 2. März 1933 verboten worden. Am 1. März 1933 war der Reichsbannerkamerad Johannes Lücke in Bremen von SA-Leuten erschossen und am 6. März 1933 in der Wandelhalle des Volkshauses in der Nordstraße feierlich aufgebahrt worden. Siehe Bundesarchiv (BArch) RY 1/I 2/8/49 (Flugblattsammlung der KPD Bezirk Nordwest); zu Lücke: Aufruf der SPD am 4.3.1933: „Ein Märtyrer der Freiheit“, Staatsarchiv Bremen (StAB), Flugblattsammlung.

9 BVZ-Chefredakteur Alfred Faust an den Regierenden Bürgermeister, 13.5.1933, in: StAB, 3-5.1.a, Nr. 277.

10 Heinrich Buchholz: „Na Lütten?“, Bremen 2011, S.53-55, hier S.55.

von KZ-Häftlingen wurde zum Polizeihaus in die Innenstadt gebracht, um sich von dort aus den Mai-Umzug anzusehen.¹¹ Gleichzeitig gab die Polizeidirektion die Entlassung von zehn Häftlingen bekannt, wobei deren Zugehörigkeit zum „einfachen Arbeiterstand“ in der Presse besonders betont wurde.¹² „Am Abend waren wir alle in dem größeren Tagesraum versammelt. Die Teilnehmer der Fahrt sollten uns berichten“, erinnerte sich Albert Flachmann von den „Roten Kämpfern“. „Wir standen in größeren und kleineren Gruppen um unsere ‚Kundschafter in das neue Deutschland‘ herum. Hitler versprach ja einen langen Frieden und eine alle Deutschen umfassende Volksgemeinschaft [...] Nicht ganz geleugnet wurde, daß alles groß aufgemacht worden war. Wir erfuhren aber auch, daß die Führung der Gewerkschaften zur Teilnahme an der faschistischen Kundgebung aufgerufen hatte. Mancher versuchte, diese Tatsache noch im Glauben an eine klassenbewußte Arbeiterschaft zu verdrängen. Ich dachte daran, daß meine politischen Freunde doch recht behalten sollten mit ihrer These, wonach die Instanzen der Gewerkschaften ohne eine eindeutige sozialistische Zielsetzung, ohne Halt und völlig hilflos den geschichtlichen Aufgaben der Stunde gegenüber stehen würden. Und so würden sie in ihrer Anpassung an die faschistische Entwicklung bis zum letzten gehen: bereit, sich gleichschalten zu lassen wie alle bürgerlichen Parteien und Gruppen bis zur völligen Unterwerfung. Sie erhielten allerdings bereits am nächsten Tag den Fußtritt.“¹³ Auch wenn sich die von den Nationalsozialisten erhoffte demoralisierende Wirkung unter den Gefangenen nicht einstellte, so erzeugten die Berichte der Häftlinge über ihre Erfahrung doch eine große Betroffenheit. Die öffentliche Anerkennung der „nationalen Revolution“ war Mitte 1933 offensichtlich größer, als die Gegner des NS-Systems vermuteten.

„Erzwingt die Einheitsfront!“

Wie konnte es zu dieser Selbstpreisgabe und Zerschlagung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auch in Bremen kommen?

Vergeblich hatte das „Kampfsignal“ der SAP-Bezirksleitung den Ortsausschuss des ADGB, den Vorstand der SPD und die Bezirksleitung der KPD am 14. Februar 1933 aufgefordert, „rechtzeitig die aktive Einheitsfront herzustellen“: „Erzwingt die Einheitsfront“, heißt es in dem Aufruf

11 Siehe Bremer Nachrichten (BN), 2.5.1933.

12 Ebenda.

13 Albert Flachmann: Auszüge aus den Erinnerungen, vorgetragen am 1. Mai 1981 im Bremer DGB-Haus, nachgedruckt in Wollenberg u. a., Von der Krise, S.131f.

von SAP und KPO. Denn „zunächst hat sich der Terror nur gegen die Genossen der KPD und SAP gerichtet. Nunmehr machen die braunen Horden zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten keinen Unterschied mehr. Wir haben dort die schmachvolle Tatsache zu verzeichnen, daß sich die Vertreter des Ortsausschusses des ADGB des Nachts zum Teil von der Polizei nach Hause begleiten lassen [...] Die Arbeiterschaft wird den Faschismus nur zurück- und niederschlagen können, wenn sie auf der ganzen Linie geschlossen und entschlossen den Kampf aufnimmt. Jeder muß begreifen, daß es jetzt um Tod und Leben geht.“ Nach wie vor verweigerte der KPD-Bezirk eine Zusammenarbeit mit den „Renegaten“ von KPO und SAP. „Diese Burschen, die öffentliche Parteifeinde sind, erhalten in Bremen in keiner Versammlung das Wort“,¹⁴ hatte der KPD-Bezirk Nordwest im Oktober 1932 an seine Unterbezirke und Ortsgruppen geschrieben. Die Ereignisse zu Beginn des Jahres 1933 hatten nicht zu einem Umdenken geführt. Lediglich in dem schon 1930 gegründeten „Jugendkampfkomitee gegen Arbeitsdienstpflcht und Faschismus“ kam es in den Arbeitervororten Bremens zu gemeinsamen antifaschistischen Aktionen aller Fraktionen der Arbeiterbewegung. Das vom Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) initiierte Komitee wurde von Jugendlichen aus Sozialistischer Arbeiterjugend (SAJ) und Sozialistischem Jugendverband Deutschlands (SJVD) ebenso unterstützt wie von der KPO und der SAP sowie den Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) Axel Dehms und Wilhelm Heidorn¹⁵ – mit nachhaltigen Folgen für die Bündnispolitik nach der Zerschlagung der Parteien und Gewerkschaften, wie wir noch sehen werden. Wie ist diese Passivität der Vorstände der Sozialdemokratie und die lange anhaltende Abwehrhaltung des KPD-Bezirks gegen eine breite antifaschistische Bündnispolitik zu erklären – trotz aller scheinradikalen Verkündigungen.

Bremen gehörte als bedeutendes Handelszentrum und industrielles Ballungsgebiet zu den traditionellen Hochburgen der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Hier prägten neben der dominierenden Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften die KPD und die von beiden Parteien ausgegrenzten Mitglieder des ISK (ab 1926), der KPO (ab

14 Siehe u. a. das Rundschreiben des KPD-Bezirks Nord-West vom 18.10.1932 an alle Unterbezirke und Ortsgruppen, StAB, 4.65,II-A-10 b 4.

15 Siehe StAB, 4.65,II E -11-4; Wollenberg u. a., Von der Krise, S.120-124. Wilhelm Heidorn vom ISK und AfA-Bund aus Hemelingen behielt nach 1945 seinen Exilnamen Werner Hansen und prägte die Gründungsphase der Gewerkschaften in der Britischen Besatzungszone.

1928) und der SAP (ab 1931) die politische Kultur und das gesellschaftliche Leben. Noch in der Endphase der Weimarer Republik vereinigten SPD und KPD trotz der durchgängig hohen, über dem Durchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit die Mehrheit der Stimmen auf sich. Selbst nach der NS-Machteroberung konnten die Linksparteien in den März-Wahlen von 1933 in Bremen mit 53,6 Prozent mehr Stimmen auf sich vereinen als die Nationalsozialisten. 72.707 Stimmen für die SPD (30,4 Prozent) und 31.553 für die KPD (13,2 Prozent) standen 78.124 Stimmen für die NSDAP (32,6 Prozent) gegenüber. In dem von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Arbeiterstadtteil Gröpelingen gewannen SPD mit 37,3 Prozent und KPD mit 27,3 Prozent gar zwei Drittel der Stimmen.¹⁶ Allerdings wurde dieses Potenzial nicht zu gemeinsamen Aktionen gegen die reaktionären Kräfte genutzt.

Die Zerschlagung der Bremer Räterepublik vom 4. Februar 1919 durch Truppen der von der MSPD geführten Reichsregierung hatte tiefe Spuren bei Sozialisten und Kommunisten hinterlassen. Die wenigen gemeinsamen Aktionen zwischen 1920 und 1922 schienen vergessen. Der 1928 vollzogene Linksschwenk der KPD, der zur Gründung der spalterischen revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) und zur Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie führte, die „als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ und als „linker Flügel des Faschismus“ (Sozialfaschismusthese) denunziert wurde, ließ Angebote zur Einheitsfront wenig glaubhaft erscheinen. Hinzu kam in Bremen, dass Anfang 1931 die Kritik an den sogenannten Versöhnlern im KPD-Bezirk Nordwest unter Leitung von Paul Taube und Johann Koschnick in deren Abwahl mündete und sie durch Robert Stamm, Egon Nickel und Herbert Warnke ersetzt wurden. Alle KPD-Versammlungen und -Veranstaltungen der 48 Ortsgruppen mit ca. 5.000 registrierten Mitgliedern, davon rund 4.000 in Bremen, wurden schon seit Längerem von Polizeispitzeln kontrolliert. Diese Spitzelberichte und die in Hausdurchsuchungen bei Spitzenfunktionären gefundenen Namenslisten erleichterten die Massenverhaftungen ab Ende März 1933.¹⁷ Im selben Zeitraum schränkte der Mitglieder- und Wählerschwund die Aktionsfähigkeit der im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften und der SPD ein, zumal ein Teil der Mitglieder zu den Konkurrenzorganisationen

16 Siehe Wollenberg u. a., Von der Krise, S.95.

17 Siehe die Polizeiberichte im StAB, u. a. 4.65 II A 4 b 22. Zu den damals noch nicht zu Bremen zählenden Stadtteilen Hastedt, Hemelingen oder Blumenthal siehe die Polizeiakten im Niedersächsischen Landesarchiv – Staatsarchiv Stade –, Rep. 80 P, Nr. 867, Bd.1 und 2; zur SAP 1932: StAB 4.65 II A 10 b 4.

überlief. So ging 1931 die selbstständige Bremer Jugendorganisation der SPD (SAJ) unter Leitung von Karl Grobe geschlossen zur SAP. Die Statistik der Stimmenanteile für einzelne Bremer Stadtteile zeigt für die Wahlen von 1928 bis 1932, dass die SPD in den Arbeiterstadtteilen Walle und Gröpelingen deutlich Stimmen an die KPD verlor, während in den bürgerlichen Vierteln die Nationalsozialisten überdurchschnittliche Stimmengewinne erzielen konnten – auf Kosten der konservativen Parteien. Die krisenhafte Zuspitzung der Lage der Bevölkerung um 1932/33 mit rund 60.000 Arbeitslosen unter den 332.000 Einwohnern des Großstadtbezirks Bremens gefährdete zunehmend die Kompaktheit des linken Lagers, das sich lange in der hohen Übereinstimmung von Wähler- und Mitgliedschaft ausgedrückt hatte. In Bremen bekannten sich 1929 noch rund 10.000 Mitglieder zur SPD. Die Gewerkschaften konnten 1922 und 1929 gleichbleibend auf über 50.000 Mitglieder zurückgreifen.¹⁸ Die steigende Zahl von Arbeitslosen bewirkte allerdings ab 1930, dass der Betrieb als das entscheidende Handlungs- und Lernfeld der Arbeiterbewegung immer mehr verloren ging. Diese Entwicklung lässt sich exemplarisch an dem großen traditionsreichen Betrieb in Bremen darstellen: an der im Arbeiterstadtteil Gröpelingen gelegenen Werft AG Weser. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise verringerte sich die Belegschaft der AG Weser von 10.000 auf 400 Beschäftigte 1932.¹⁹ Viele der „wirtschaftlichen Herzstücke“ und politischen Vorreiterbetriebe fielen in der Krise weitgehend aus. Neben der Pleite des Nordwolle-Konzerns von 1931, dem „Panama der Nordwolle“ (Alfred Faust), trugen vor allem die Betriebe in der Metallindustrie zur Massenarbeitslosigkeit bei. Bei den Atlas Werken waren 1932 lediglich 300 von einst 4000 beschäftigt, bei den Hansa-Lloyd-Goliath-Werken 500 von 3000, bei der Norddeutschen Hütte 50 von 600, bei den Franke-Werken 50 von 2000 und bei dem Vulcan in Vegesack 800 von einst 3000 im Jahre 1929.²⁰ Die KPD wurde dadurch zusehends eine Partei der Erwerbslosen. Schon 1930 war ein Drittel der KP-Mitglieder im Bezirk Nordwest arbeitslos. Der Bezirk registrierte 1932 von 7.500 Mitgliedern 6.785 als arbeitslos.²¹ Aber auch in den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften meldeten sich 40 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Gleichzeitig verjüngte

18 Siehe Wollenberg u. a., *Von der Krise*, S.88-93, 112f.

19 Siehe Jörg Wollenberg: *Die AG Weser zwischen Sozialpartnerschaft und Klassenkampf*, Bremen 1984; Elisabeth Meyer-Renschhausen: *Die Reaktion der Arbeiter auf die Weltwirtschaftskrise am Beispiel der Arbeiter der AG Weser Bremen*, Bremen 1976.

20 Siehe StAB 4.65-IIA.12 a.4.Bd 16.

21 KPD-Bezirk Nordwest am 26./27.11. 1932, StAB 4.65, IIA.12b1.Bd 16a.

sich die Mitgliedschaft der KPD auf ein Durchschnittsalter weit unter 40, während ein Viertel der Mitglieder der SPD über 50 Jahre alt war.²²

Mit dem Auseinanderfallen der Arbeiterbewegung in zwei große, einander feindlich gegenüberstehende Blöcke ging das durch Wirtschaftskrise und reaktionäre Formierung des bürgerlichen Lagers ohnehin eng gewordene Manövrierfeld der Arbeiterbewegung weitgehend verloren. Das Ende der traditionellen Arbeiterhochburg Bremen kündigte sich jedoch nicht so sehr in Zahlen an. Entscheidend war die kampflose Kapitulation der Gewerkschaften. Auch in Bremen wurden, wie schon erwähnt, vor dem 2. Mai 1933 zahlreiche Funktionäre festgenommen. Die Nazis rechtfertigten ihre Aktion vor der Bevölkerung mit Vorwürfen: Die „Gewerkschaftsbonzen“ seien korrupt, veruntreuten Geld, bereicherten sich auf Kosten ihrer Mitglieder. Alle Vorwürfe waren unhaltbare Propagandalügen. Sie entlarvten sich später selbst, denn nicht ein einziger ordentlicher Prozess wurde gegen die Beschuldigten geführt.

Als die führenden Vertreter des ADGB nach zehn Tagen wieder freigelassen wurden, war von ihrer einst so mächtigen Organisation nichts mehr übrig: Die Gewerkschaften waren verboten, Vermögen, Gebäude und Angestellte hatte sich die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Führung von Robert Ley einverleibt. Der Versuch der ADGB-Führung, durch eine Politik der Anpassung die eigene Organisation zu retten, war am 2. Mai 1933 gescheitert. Die Schatzmeister der freien Gewerkschaften übergaben ihre Kassen vorschriftsmäßig geordnet. Große Teile der bis dahin noch zum Widerstand bereiten Mitglieder erschienen demoralisiert. Die einfachen Mitglieder und mittleren Funktionäre tauchten mehrheitlich in eine unpolitische Existenz ab. Nur eine Minderheit ging in den Untergrund. Die größte Massenorganisation der deutschen Arbeiterbewegung war gleichgeschaltet. Ausgerechnet der Gegner, den die Hitler-Bewegung am meisten gefürchtet hatte, kapitulierte kampflos.

Zeitgenössische Erklärungen für die Niederlage

Wäre die Zerschlagung der Gewerkschaften wenigstens in Hochburgen wie Bremen zu verhindern gewesen? Hätte gar die Weimarer Republik gerettet werden können, wenn die sozialdemokratische Arbeiterbewegung

²² Siehe dazu die Polizeiberichte im StAB 4.65/327. Siehe auch Arne Andersen: „Lieber im Feuer der Revolution sterben, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken!“. Die KPD in Bremen von 1928 bis 1933: Ein Beitrag zur Bremer Sozialgeschichte, München 1987, S.211f.

mit dem ADGB und ihrer gemeinsamen Schutzorganisation, der „Eisernen Front“, zusammen mit KPD, KPO, SAP, ISK, den „Roten Kämpfern“ oder den Anarchosyndikalisten Widerstand geleistet hätte?

In Bremen folgten am Vorabend der Reichstagswahl vom 5. März 1933 noch einmal 30.000 Teilnehmer dem Aufruf der „Eisernen Front“ zur Massenkundgebung. Erstmals hatte sich der KPD-Bezirk Nordwest einem solchen Aufruf angeschlossen, nachdem die eigene Massenkundgebung mit Ernst Torgler, dem Vorsitzenden der KPD-Reichstagsfraktion, am 3. März 1933 im „Casino“ verboten worden war. Viele der kommunistischen Teilnehmer sollten sich mit dem Hauptredner Alfred Faust, SPD-Reichstagsabgeordneter und Chefredakteur der „Bremer Volkszeitung“, einen Monat später im Konzentrationslager Bremen-Mißler unfreiwillig wieder zusammenfinden.²³

Als sich nicht nur in Bremen die SA-Überfälle auf Gewerkschaftshäuser mehrten und schon zahlreiche Funktionäre im Konzentrationslager saßen, verstärkte die ADGB-Führung in Berlin ihre Kontakte zur NS-Führung. Am 15. April 1933 bot der Bundesausschuss des ADGB der nationalsozialistischen Reichsregierung an, die Gewerkschaften „in den Dienst des neuen Staates zu stellen“.²⁴ Dazu kam der „gerade Weg der SPD-Reichsleitung in die Kapitulation“.²⁵ Hatte die SPD-Reichstagsfraktion sich noch im März 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“ verweigert, so stimmte sie am 17. Mai 1933 der „Friedensresolution“ Hitlers zu. Am 19. Juni 1933 fasste eine SPD-Reichskonferenz der von Paul Löbe und Max Westphal geführten Gruppierung den Beschluss, die Vorstandsmitglieder im Exil auszugrenzen und die Juden aus dem Vorstand zu entfernen – wenige Tage, bevor die SPD am 22. Juni 1933 verboten wurde.²⁶ Das Verhalten des Rumpf-

23 Siehe Jörg Wollenberg: Vom Auswanderlager zum KZ. Zur Geschichte des Bremer Konzentrationslager Mißler, in: Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, H. 5, 1982, S.85-150, hier S.82f.

24 Zit. nach: Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S.88, weiter zum ADGB im April/Mai 1933 siehe S.88-106.

25 Hermann Brill an Herbert Frister am 22.8.1933, zit. nach: Manfred Overesch: Hermann Brill in Thüringen 1895-1946, Bonn 1992, S.229, 234.

26 Siehe u. a. Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930-1933, Berlin 1987, S.907-954; Karl Heinz Roth: Facetten des Terrors. Der Geheimdienst der „Deutschen Arbeitsfront“ und die Zerstörung der Arbeiterbewegung 1933-1938, Bremen 2000; Willy Albrecht (Hrsg.): Kurt Schumacher. Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945-1952, Berlin 1985, S.75-83. Auch dieser Verleugnungskurs bewahrte die Kapitulanten von 1933 nicht vor dem KZ. Im August 1933 wurde Paul Löbe in das KZ Dürrgoy bei Breslau eingeliefert. Von der SA verhöhnt und von einer

vorstands der SPD und der Vorstände der Gewerkschaften sei „kläglich und zum Erbarmen gewesen“, so der für diesen Kurs lange mitverantwortliche einstige Reichskanzler Philipp Scheidemann im dänischen Exil.²⁷ „Von den Führern, die in Deutschland bis zu ihrer Flucht ‚tätig‘ gewesen sind“, könne keiner „jemals wieder irgendwo in der Arbeiterführung führend tätig sein“. Ihre „Versuche einen *modus vivendi* mit Hitler zu finden“, stünden „beispiellos da in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.“²⁸

Andere prominente Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller wie Arthur Rosenberg, Franz Leopold Neumann, Willy Brandt oder Alfred Döblin versuchten im Exil die Frage zu beantworten, warum in Deutschland sich eine real existierende sozialistische Republik von 1918/19 in eine Demokratie mit zunehmenden diktatorischen Anstrichen in der Endphase Weimars entwickeln konnte, aus der schließlich die NS-Diktatur entstand. Eine Erklärung für diese folgenreichste Demütigung der Arbeiterbewegung fanden sie in den Fehlern schon am Anfang der Weimarer Republik, hatte doch gegen die von der Konterrevolution zu „Novemberverbrechern“ diffamierten Anhänger der schnell erstickten Novemberrevolution schon 1918 ein beispielloser Kampf von rechts mit der Ermordung prominenter Sozialisten, Kommunisten und Liberaler begonnen. Die „Revolutionäre wider Willen“ (Heinrich August Winkler) aus den Kreisen der MSPD um Noske und Ebert waren diesen Kräften nicht entgegengetreten. Die Schwäche der Konkursverwalter des Obrigkeitsstaates, die aus Angst vor dem Bolschewismus notwendige gesellschaftliche Strukturformen unterließen, hatten die Gegner der Demokratisierung von rechts genutzt. Insofern ist die Zerstörung der Weimarer Republik von Faktoren und Widersprüchen mitbestimmt, die bei ihrer Gründung schon angelegt waren. Vor allem die fundamentale Schwäche der gespaltenen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik muss auch aus dem Scheitern der Revolution von 1918/19 und mit der gleichzeitigen militärischen Unterdrückung oppositioneller Arbeitermassen durch die Führung

Schalmeikapelle begleitet, musste er mit einem Strauß von Disteln in der Hand ein Spalier der vor ihm verhafteten Kommunisten und Sozialdemokraten abschreiten. Siehe vorwärts, 2006, Nr. 11, S.42 (mit Foto).

27 Siehe Scheidemann, *Versagen*, S.37f.

28 Ebenda, S.150f. Bleibt anzumerken, dass dieser Selbstbesinnungsprozess des prominenten Sozialdemokraten nach 1945 ungehört blieb. Einige der Repräsentanten des Anpassungskurses trugen nach dem Ende des NS-Regimes mit ihrem Antikommunismus dazu bei, dass die zweite Chance eines Neuanfangs vertan wurde.

der Mehrheitssozialdemokratie erklärt werden. Eindrucksvoll haben nach dem Verbot der SPD prominente sozialdemokratische Vordenker, die vor dem 1. Weltkrieg die Bremer Linke mitgeprägt hatten, diesen Zusammenhang hergestellt. So schrieb Rudolf Hilferding am 23. September 1933 an Karl Kautsky: „Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im ganzen und großen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein. In diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit vor 1914 und erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch, und in dieser Zeit sind die schlimmsten Fehler gemacht worden.“²⁹ Mit dieser Kritik stand Hilferding keinesfalls allein.

Der Zusammenbruch von Weimar zwang dessen Träger zur selbstkritischen Besinnung und schärfte den Blick für politische Fehlleistungen. Dennoch überrascht, welche Schwierigkeiten bis heute bei der Aufarbeitung des Versagens von 1933 auftreten.³⁰ Denn vor dem Hintergrund der Mitverantwortung von Ebert und Noske für die Massenmorde zwischen 1918 und 1920 konnte aufseiten der Sozialdemokraten nur ein kompliziertes, gebrochenes Verhältnis zur Deutschen Revolution von 1918/19 entstehen. „Die einen haben uns entrüstet vorgeworfen, daß wir Sozialdemokraten eine Revolution, die anderen ebenso entrüstet, daß wir keine Revolution gemacht hätten“, schrieb der Syndikus des DMV vor 1933, Ernst Fraenkel, am 9. November 1943 in der deutschsprachigen New Yorker „Neuen Volkszeitung“, und er fügte hinzu: „In diesem Vorwurf spiegelt sich die Logik eines Umsturzes wider, der eine politische Umwälzung herbeiführte, aber eine soziale Revolution vermied. Und weil der 9. November somit eine halbe Revolution war [...], ist uns 14 Jahre später eine ganze Niederlage bereitet worden.“ „Eine Partei“, so Hermann Brill, der Freund Fraenkels aus der gemeinsamen Tätigkeit als Gastdozenten an der Sozialistischen Heimvolkshochschule Schloss Tinz bei Gera, „die auf ihrer letzten Reichskonferenz vom 26. April 1933 immer noch der Nation und dem Sozialismus dienen wollte und deshalb am 17. Mai 1933 im Reichstag dem außenpolitischen Programm Hitlers zustimmte“, der kön-

29 ISG Nachlass Kautsky D XII, 661, zit. nach: Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Frankfurt/Main 1978, S.V.

30 Siehe dazu als jüngstes Beispiel Bernd Faulenbach: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012. Der Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand geht in dem Band aus Anlass der 150-jährigen Geschichte der SPD mit keiner Zeile auf den 17. Mai 1933 ein. Otto Wels mutige Rede vom 23. März 1933 verdrängt jede Erinnerung an das Versagen des Parteivorstands vom Mai und Juni 1933.

ne man nicht mehr folgen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Brill mit zahlreichen Genossen beschlossen, die Partei zu verlassen. „Ich werde auch niemals mehr für die SPD arbeiten“, schrieb er am 30. August 1933, weil seine Partei Ende Mai 1933 nicht einmal zur Selbstauflösung fähig war.³¹ „Ich bin und bleibe Sozialist. Sozialdemokrat bin ich für alle Zeiten gewesen“, lautete sein am 31. Januar 1934 formuliertes Bekenntnis,³² das den späteren Buchenwaldhäftling schon im Herbst 1933 veranlasste, sich der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ anzuschließen und mit seinen Freunden Otto Brass und Otto Jenssen ein „Zehn-Punkte“-Programm zur Begründung der „Deutschen Volksfront“ vorzulegen.³³ Damit stand er nicht allein. Auch Bremer SPD-Genossen suchten mit ihm den Kontakt zu den im Untergrund oder im Exil entstehenden Widerstandsgruppen oder gingen eigenständige Wege. Und es ist kein Zufall, dass diese Gruppen schon vor der Kapitulation des deutschen Faschismus Pläne für eine sozialistische und demokratische Neuordnung Deutschlands vorlegten. So wurde Brill, der heute eher vergessene Verfasser des „Buchenwalder Manifests“ vom April 1945 und Gründer des „Bundes demokratischer Sozialisten“, den die US-Besatzungsmacht zum ersten Nachkriegs-Ministerpräsidenten Thüringens ernannte, nach dem Scheitern des Einheitsbündnisses der Arbeiterbewegung von unten und der Flucht aus der SBZ zu einem der Väter des Grundgesetzes.

In Bremen gründeten die Widerstandskämpfer aus allen Fraktionen der Arbeiterbewegung die „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF). Einer der Initiatoren, Adolf Ehlers (KPD/KPO/SAP), gab schon 1944 die Parole aus, die den politischen Konsens der Gruppe prägen sollte: „Einheitsfront von General von Seydlitz bis Wilhelm Pieck.“ Also ein Bündnis vom Bund deutscher Offiziere im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ bis zum führenden Repräsentanten der alten KPD. Pieck hatte von 1896 bis 1910 seine politische Karriere in Bremen als einflussreicher Sozialdemokrat und Gewerkschafter des Holzarbeiter-Verbandes begonnen und prägte als Vorsitzender des Bildungsausschusses des Gewerkschaftskar-

31 Zit. nach: Manfred Overesch: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S.229.

32 Zit. nach: ebenda, S.232.

33 Siehe Dr. Hermann Brill: Gegen den Strom, Offenbach 1946, S.15f., 61-87. Zum Volksfront-Komitee in Buchenwald und zum Buchenwalder Manifest siehe S.88-101. Zu Brill neben Overesch auch Renate Knigge-Tesche/Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Hermann Louis Brill. Widerstandskämpfer und unbeugsamer Demokrat, Wiesbaden 2011, u. a. dort zur Volksfront und zu Neu Beginnen: Jörg Wollenberg, S.77-104.

tells und als erster hauptamtlicher Sekretär der Bremer Sozialdemokraten mit Johann Knief, Anton Pannekoek und anderen die Bremer Linke.³⁴ Die KGF setzte sich vom 6. Mai bis zum 16. Dezember 1945 mit ihren über 6.000 Mitgliedern in 14 Ortsgruppen immer wieder in ihrem Zentralorgan „Aufbau“ dafür ein, „die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei“ als Hauptziel zu fordern.³⁵ Zum Zentralvorstand gehörten Sozialdemokraten wie Emil Theil, zur KPD zurückgekehrte Oppositionelle wie Heini Busch oder Franz Cavier. Dazu kamen Georg Buckendahl von der KPD, Vertreter aus dem Exil wie August und Irmgard Enderle (KPO/SAP), weiter Hermann Lücke von der SAP und Fritz und Frieda Paul vom ISK, ergänzt um den Repräsentanten des bürgerlichen Widerstandes, Studienrat Dr. Alfred Nawrath, den sie zum Vorsitzenden wählten. Sie alle verabschiedeten einvernehmlich noch am 16. Dezember 1945 die „EntschlieÙung zur Bildung einer Einheitspartei“. Und dennoch treffen wir sie nach dem Scheitern der Einheitssehnsucht erneut in Bremen und in anderen alten Hochburgen der westdeutschen Arbeiterbewegung bald wieder als „feindliche Brüder“ in der SPD oder KPD.³⁶

Trotz alledem: „Bildung einer Volksfront von Sozialisten und Kommunisten“

Trotz des nicht verhinderten Aufstiegs der Nazis zur Macht formierte sich überall in Deutschland der Widerstand. Er beschränkte sich zunächst vornehmlich auf die Arbeiterbewegung und bezog die jüdischen Intellektuellen ein, die Mitglieder der Arbeiterparteien und Gewerkschaften und als solche besonders gefährdet waren. Sofern sie nicht rechtzeitig emigrieren konnten, wurden sie in der Regel mit als erste im März/April 1933 verhaftet oder in die frühen Konzentrationslager eingeliefert. Es besteht kein Zweifel daran, dass die NS-Bewegung in der Zeit ihres Aufstiegs in der

34 Siehe u. a. Karl-Ernst Moring: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914, Hannover 1968, S.69-117; Gerhard Engel: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S.94-105.

35 Siehe Gemeinsam begann es 1945. „Der Aufbau“ schrieb das erste Kapitel. Originalgetreuer Nachdruck des „Aufbau“, Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF). Bremen 1945/46, Frankfurt/Main 1978, Nr. 11, Jan. 1946, S.5-8; Siehe auch Peter Brandt: Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau-Ausprägung-Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976, S.100-143.

36 Siehe Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen-Politik-Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003.

Arbeiterschaft Bremens trotz des Anpassungskurses der Gewerkschaften nur schwer Fuß fassen konnte. Wahlanalysen im lokalen Bereich zeigen die besondere Resistenz der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus.³⁷ Die unversöhnliche Haltung gegenüber dem NS-System dokumentieren auch die in den Stimmungs- und Lageberichten der Gestapo festgehaltenen Nachrichten aus Betrieben und Stadtteilen. Versorgungsgänge bei Nahrungsmitteln, Wohnungsmangel und unzureichende Löhne führten zu anhaltender Unzufriedenheit unter der Arbeiterbevölkerung.³⁸ Auch die ersten Ergebnisse der „Vertrauensräte“-Wahlen von 1934/35 belegen die nach wie vor geringe Akzeptanz der Kandidaten der NSBO in den Zentren der Arbeiterbewegung. Wie groß die Verweigerung im Einzelfall war, zeigt das Beispiel der Bremer Vulkan-Werft, wo 1935 zu der aus Anlass der Wahl einberufenen Betriebsversammlung von 2.500 Beschäftigten nur 250 erschienen. Daraufhin wurde eine zweite Versammlung anberaumt, und die NSBO beantragte in Anbetracht der Stimmung unter den Arbeitern bei der Direktion die Schließung der Werkstore während der Versammlung. Dies wurde abgelehnt. Zur zweiten Betriebsversammlung erschienen dann lediglich 200 Beschäftigte.³⁹ Für die Gestapo galt die Bremer AG Weser-Werft noch 1936 als „kommunistisch verseucht“. Sie empfahl, einen Zaun um das Gelände der Werft zu ziehen und diese zum KZ zu erklären.⁴⁰ Die zahlreichen Prozesse gegen Widerstandsgruppen aus der Arbeiterbewegung belegen das Resistenzverhalten und den bis zum Ende des Krieges anhaltenden Widerstand.⁴¹

1.305 Bremer befanden sich nach Angaben der Gestapo im ersten Jahr der Machtergreifung in „Schutzhaft“ und wurden in der Regel ab März 1933 in das Bremer KZ Mißler, ab 1. Oktober 1933 nach Ochtumsand eingeliefert. Folgt man der am 6. März 1934 von der Bremer Polizeidirektion vorgelegten „Leistungsbilanz“, dann verzeichnete die Bremer Gestapo innerhalb ei-

37 Siehe u. a. Hans-Josef Steinberg: Die Haltung der Arbeiterschaft zum NS-Regime, in: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1986, S.868.

38 Siehe Dieter Pfliegensdörfer: Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede, Bremen 1984, S.304-312.

39 Siehe Inge MarBolek/René Ott: Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986, S.151.

40 Dazu MarBolek/Ott, Bremen, S.152, und Pfliegensdörfer, Vom Handelszentrum, S.287-312.

41 StAB, 3-S.1a, Nr. 27; BArch R 58/3370, 3717, 3718, FBS 110/1920, 2089, 2135, 2257, 2258, 2259, 2318, 2437, 2568, 2591, 2920, 2921, 2971, 3017, 3090.

nes Jahres 31.000 „Eingänge, davon sind von der Exekutive 200 Sachen bearbeitet worden. Rund 950 Haussuchungen wurden vorgenommen, festgenommen im Hochverratsverfahren rund 450 Personen, dem Gericht zugeführt rund 260 Personen“.⁴² In den Bremer Ermittlungsverfahren und Prozessen, die zwischen 1933 und 1945 stattfanden, wurden u. a. wegen der „Verbreitung von Greuelmeldungen aus den Konzentrationslagern“, der „Verbreitung illegaler Zeitungen“ und der „Errichtung einer Einheitsfront zwischen KPD und SPD, hier KJVD und SAJ“ weit über 500 Bremer Vertreter der Arbeiterbewegung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Dazu zählten prominente Bürger, die fast alle nach 1945 erneut die Politik Bremens prägen sollten: Zu ihnen gehörten der Reichsbannvorsitzende Willy Dehnekamp, Senator und Bürgermeister ab 1951, der Maschinenschlosser Gustav Böhrnsen und der Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ und Gewerkschaftssekretär des KPD Bezirks Nordwest Johann Koschnick, der nach seiner Entlassung aus der Haft 1944 in Finnland als Mitglied des Strafbataillons 999 verstarb. Zu Dehnekamp und zu beiden KPD-Vätern der späteren Bremer SPD-Bürgermeister Hans Koschnick und Jens Böhrnsen gesellten sich zahlreiche Kommunisten und Sozialdemokraten, die zwischen 1933 und 1945 in öffentlichen Schauprozessen wegen der Verteilung illegaler Schriften und des Aufbaus verbotener Organisationen zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren.

Eine der größten Verhaftungswellen betraf im Sommer 1936 die Arbeiterjugendlichen der KPD, die früh in Bremen Kontakt zu anderen Gruppen des Widerstands pflegten: zu Sozialdemokraten, zu bündischen Jugendlichen oder zu den bürgerlichen Mitgliedern des „Vereins für Sport und Körperpflege“ (VSK). Auch zur Hamburger KP-Gruppe um Heinz Strelow und weiteren Mitgliedern der späteren „Roten Kapelle“ wie Cato Bontjes van Beek aus Fischerhude bestand über die Dannat-Geschwister und Hans Laufenberg ein enger Kontakt. 108 dieser verhafteten Bremer Widerstandskämpfer wurden wegen der „Bildung einer Volksfront von Sozialisten und Kommunisten“ nach monatelanger Einzelhaft zwischen 1936 und 1938 vor dem Sondergericht des Volksgerichts in Bremen in einem öffentlichen Schauprozess zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.⁴³ „Böhme, Böhrnsen und andere Jungkommunisten versuchen derzeit, die Mitglieder des ‘Vereins für Sport und Körperpflege‘ (VSK) zum

42 Siehe die Akte aus dem StAB, 3-S.1a, Nr. 27.

43 Anklageschrift und Ermittlungsakten in der Strafsache vor dem Hanseatischen Obergericht gegen Lührs, Waldheim u. a., BArch FBS 110/1920, 2257, 2258, 2259, 2920, 2921; siehe auch Marßolek/Ott, Bremen, S.255-288.

Kommunismus herüber zu ziehen und jedenfalls in dem VSK eine kommunistische Jugendgruppe zu bilden. Dieses geschah im Auftrage Buckendahls. Er selbst befahl diese Jugendgruppe für den fraglichen *Silvester in die Wiekau, um dort eine Schulung zum Zwecke einer Aktivierung der Arbeit zu veranstalten*“, heißt es im Ermittlungsverfahren.⁴⁴ Sie kamen ins Zuchthaus nach Bremen-Oslebshausen. Dort nahmen sie Kontakt auf zu den im November 1935 verurteilten 47 Sozialdemokraten um Hermann Osterloh.⁴⁵ Den Erhalt von Tageszeitungen vermittelte der AG Weser Chef Franz Stapelfeldt. Sie nutzten die nach 1918 von Emil Sonnemann, dem Gründungsmitglied der Bremer Linken, gut ausgestattete Häftlingsbibliothek und setzten mithilfe des Morsealphabets die marxistische Schulungsarbeit unter Georg Buckendahl fort. Eine Gruppe von 20 Verurteilten hatte noch unmittelbar nach dem Urteil und vor dem Transport in das Zuchthaus die „Internationale“ gesungen. Die Bremer Gestapo-Beamten Hermann und Schrader hatten Mühe gehabt, das Beziehungsgeflecht dieser Gruppe zu durchschauen.⁴⁶

Schon vor 1934 trafen sich einige von ihnen in der Wohnung des mehrfach verhafteten Juristen Klaus Bücking (KPD) und seiner Frau, der Pastorentochter Maria (später Krüger), um marxistische Schulungsarbeit und Flugblattaktionen wie auch den Druck der „Kleinen Arbeiterzeitung“ vorzubereiten. Nach 1934 begegneten sich Mitglieder der Gruppe regelmäßig in einem Blockhaus im Wald von Wildeshausen, der „Heini-Boye-Hütte“, die lange auch Anlaufstelle der Bremer Naturfreunde-Jugend gewesen war. Die politischen Köpfe der Gruppe waren neben Klaus Bücking die besonders gefährdeten Juden Walter von Perlstein und Hermann Meyerhoff (KPD) und der illegale KPD-Bezirksleiter Georg Buckendahl. Später kam Konrad Blenke als Instrukteur von der Abschnittsleitung Nord der KPD hinzu. Kontakt zur Gruppe hatten auch Edgar Bennert (nach 1945 Intendant in Schwerin), der Star des Bremer Schauspielensembles Hans Müller und Max Burghardt (nach 1945 Intendant in Stuttgart, Leipzig und an der Deutschen Staatsoper in Berlin). Zur AG Weser bestanden über Lutz Bücking und Georg Gumpert Beziehungen zu Adolf Ehlers, Emil Theil, Leo Drabent und Hermann Prüser. Für die Verbindung zu der für die Flugblattverteilung wichtigen Gruppe der Binnenschiffer sorgten Willi Müller und Heinz Schramm, einst Organisationsleiter im Seeleute-Einheits-

44 BArch FBS 110/2259, Bl. 53.

45 BArch FBS 110/1875.

46 So nach dem Bericht des zu Einzelhaft verurteilten 18-jährigen Juden Henryk Oliver, den er mir 1983 aus London zustellte. Siehe Anm. 1.

verband. Selma Vöge und Hermann Goldschrafe organisierten Kontakte zu den Atlas-Werken (Willi Bethge) und zu Borgward (Albert Oltmanns, Erwin Heinemann). Besonders erfolgreich gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem ISK und den „Roten Kämpfern“ um Axel Dehms, Frieda Arnold (Paul), Hermann Lücke, Jan Onasch und Albert Flachmann. Diese hatten als bekennende Vegetarier mit der Einrichtung der von Hitler geförderten vegetarischen Gaststätten Kontakte zwischen den Gruppen erleichtert. Die von ihnen herausgegebene Monatszeitung „Blick in die Welt“ kollagierte geschickt offizielle Nachrichten des Systems zu Formen des Protestes und der Resistenz. Erst im Mai 1937 wurden die Mitglieder des ISK verhaftet.⁴⁷ Nach 1945 gehörten sie in der Britischen Besatzungszone mit dem Bremer Werner Hansen (Wilhelm Heidorn) und seinem Bruder Adolf Heidorn zu den Gründungsvätern der westdeutschen Gewerkschaften und von „Arbeit und Leben“, der Kooperation von Volkshochschule und DGB in der Volksbildung.

Ab April 1936 wurden allein im Prozess gegen Heinrich Lührs u. a. 108 Nazigeegner angeklagt.⁴⁸ Dieser Prozess ist nicht nur wegen der großen Zahl von Angeklagten von Bedeutung, sondern auch, weil er zeigt, dass es in Bremen trotz Terror und Verfolgung gelungen war, ein Antifa-Bündnis von Jugendlichen aus Kommunisten, Sozialdemokraten und bündischen Jugendlichen mit Kontakten zum ISK herzustellen und Verbindungen zum VSK zu knüpfen. Einige von ihnen saßen schon zuvor in Haft, weil sie u. a. in den Prozess gegen die „Kleine Arbeiter-Zeitung“ (ab Januar 1936 gegen Georg Buckendahl und 62 weitere Personen) verwickelt oder wie die 18-jährige Alma Müller und 87 weitere Bremer im „Wahrheitsprozess“ am 19. Juni 1934 zu Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. „In Deutschland ist es verboten, die Wahrheit zu sagen“, heißt es in der ersten Nummer der illegal in Bremen erschienenen „Wahrheit“ von April 1933.⁴⁹

Das geglückte Beispiel einer antinazistischen Volksfront mehrerer Gruppen in Bremen, die bis zu seiner Verhaftung im August 1934 vom Hamburger Harry Naujoks als illegaler politischer Leiter des Bezirks Nordwest aufgebaut und anschließend von seinem Nachfolger Georg Buckendahl mit Unterstützung von Conrad Blenkle aus Amsterdam fortgesetzt wurde, war

47 BArch FBS 110/2511.

48 BArch FBS 110/1920, 2920, 2921, Bd.1: Prozess „Kleine Arbeiterzeitung“, Prozess gegen Lührs, Bücking, Kessler u. a.; BArch FBS 110/2257, 2258, R 58/3717: Prozess gegen Waldheim u. a.

49 Zit. nach: Mechtild Müser/Lore Heer-Kleinert: Die „Wahrheitsprozesse“ in Bremen 1934, in: Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, 1982, H. 5, S.159-212, hier S.160.

weniger das Resultat einer parteikommunistischen Strategie. Die Mehrheit der Gruppe lehnte z. B. die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der KPD von 1935 mit der Strategie des „Trojanischen Pferdes“ (Unterwanderung der Nazi-Organisationen) ab. Das Zusammengehen war eher das Ergebnis von zum Widerstand bereiten Nonkonformisten, die schon vor 1933 – und teilweise an ihren Parteivorständen vorbei – ein Miteinander unterschiedlicher Positionen ausprobiert hatten und unmittelbar nach 1933 unterschiedliche Formen der Illegalität praktizierten. Die Ermittlungsverfahren gegen Anhänger der Einheitsfrontaktionen führten in Bremen immer wieder zu Verhaftungen von Sozialdemokraten und Kommunisten, ohne dass die Gestapo die losen Bündnisse durchschaute.⁵⁰ Altgediente und lernfähige Arbeiterfunktionäre besonders aus den Reihen der KPD stützten diese Formen der Verweigerung, der Resistenz und des Widerstands so unterschiedlicher Frauen, wie Gerda Mans, Alma Müller, Henri Kastens, Bertha Dannat, Maria Bücking-Krüger oder Selma Vöge, Anna Stiegler und Frieda Paul, und Männer wie Heiner Oliver von der Bündischen Jugend, Rudolf Böhme vom SAJ, den Werftarbeitern Gustav Böhrens, Kurt Baumgarte, Georg Gumpert und Lutz Bücking vom KJVD, die eng mit arbeitslosen Kunstschaffenden wie Walter von Perlstein und Edgar Bennert von der KPD kooperierten. Was sie einte, war der Kampf gegen die Passivität und Niedergeschlagenheit besonders in den einstigen linken Vorreiter-Betrieben. „Das war für uns noch bedrückender als der Terror der Gestapo“, schrieb dazu einer von ihnen aus der englischen Kriegsgefangenschaft. Und Heinz Kundel (KPO/SAP) fügte in seiner Rede an die Bremer Arbeiter über den Arbeitersender der BBC am 4. Januar 1945 hinzu: „Um Schluss zu machen, muessen die Arbeiter [sich] wieder ihrer eigenen Kraft bewusst werden. Muessen sich organisieren, muessen solidarisch auch mit den auslaendischen Arbeitern sein. Die deutsche Arbeiterschaft ist eine Kraft, wenn sie einig ist und wenn sie weiss, was sie will. Mit jeder politischen Gruppe, die den Sturz Hitlers will, muessen wir zusammenarbeiten. Wir muessen aus der Isolierung, aus der Passivitaet heraus und handeln. Zwoelf Jahre lang unter dem furchtbarsten Naziterror haben wir uns nicht brechen lassen. Jetzt kommt unsere Stunde. Seien wir bereit sie wahr zu nehmen.“⁵¹

50 Siehe u. a. das Verfahren von 1936/37 gegen die Sozialdemokraten Ziegeldecker, Paschke, Ahrens, Arfmann, Schröder und den Kommunisten Friese in: BArch FBS 110/2920, Bl. 70-75.

51 Siehe Jörg Wollenberg: „Jetzt kommt unsere Stunde“. BBC-Rede von Heinz Kundel am 4. Januar 1945, in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschich-

Auch die Bremer SPD erlebte zwei größere Prozesse: ab August 1934 gegen 88 Mitglieder des Reichsbanners, darunter Willi Dehnkamp, und ab November 1934 gegen 47 Genossen, darunter Hermann Osterloh, Anna Stiegler und Richard Boljahn. Gegen die Bremer SAP- und ISK-Mitglieder um Hermann Lücke, Martin Meyer, Karl Rottmann und Axel Dehms fand 1938/39 ein Prozess statt, in den die „Roten Kämpfer“ Jan Onasch und Albert Flachmann einbezogen waren.⁵²

Einer der größten Bremer Prozesse betraf 1934/35 über 85 Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes (RFB-Gau Nordwest), der wegen der Intensität des Widerstands und der aufgefundenen Waffen, Sprengstoffe und Munition nicht nur die Gestapo beunruhigte, sondern auch den Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichtes in Erstaunen versetzte.⁵³ Die Bremer Gestapo blieb auch nach diesen Prozessen verunsichert. So hält der Monatsbericht zur politischen Lage vom 5. August 1935 fest: „Von der KPD bis zum politisierenden Katholizismus und den reaktionären Kreisen ist zunächst einmal die Einheitsfront hergestellt. Diese Einheitsfront richtet sich in fanatischem Haß gegen die nationalsozialistische Bewegung und den Aufbau des Dritten Reiches [...] Die Zahl der Gegner und ihre Kampfweise darf nicht unterschätzt werden. [...] Sie verstehen es, Unruhen in die Reihen zu tragen.“ Und diese Unruhe ist aus Sicht der politischen Polizei mit auf die falsche Behandlung der „Judenfrage“ zurückzuführen, auf „Ausfälle“ und „Fehler“ wie z. B. „daß ohne jede Veranlassung ein Jude verprügelt wurde“. Und der Bericht fährt fort: „Wenn man andererseits dann beobachtet, daß selbst Parteige-

te der Arbeiterbewegung, Nr. 42, September 2012, S.14-23, Zitat S.17.

52 BArch FBS 110/2511. Der am 24.3.1949 vom Steindruckerkarl Rottmann eingereichte Antrag auf Wiedergutmachung geht von einer Gruppe von 47 verhafteten Personen aus, von denen 13 mit Rottmann am 7.11.1938 vor dem Volksgerichtshof in Berlin angeklagt worden waren. Es handelt sich um eine Gruppe von Sozialisten und Kommunisten, die mit Böhrnsen, Böhme, Dantz und Meyer am Volksfrontbündnis beteiligt und die 1949 als einstige KPD/KPO-Mitglieder zur SPD gewechselt waren.

53 BArch FBS 110/2089.

nossen noch in Warenhäusern und in jüdischen Geschäften kaufen und damit die Juden finanzieren, dann klingt es geradezu wie ein Hohn, wenn man sehen muß, daß – nur ein Beispiel zu nennen – das jüdische Kaufhaus Julius Bamberger von Käufern nahezu überlaufen ist.⁵⁴

Noch in dem Lagebericht der Staatspolizeistelle Bremen für den Monat November 1938 stellt die Gestapo mit Verwunderung fest, „daß die aus der Strafhaft entlassenen Marxisten von ihren politischen Freunden herzlich empfangen“ werden: „Die Zurückgekehrten werden als Märtyrer bezeichnet, denen man besonders zugetan sein müsse. Wiedersehensfeiern werden mit den Geburtstagsfeiern zusammengelegt. Hierdurch ist es möglich, daß der Zusammenhalt bestimmter Gruppen in legaler Form gewahrt bleibt.“⁵⁵

Diese Feststellung, die sich auf die SPD und den Reichsbanner bezieht, enthält zugleich den Hinweis, dass die „am 9./10. November (1938) durchgeführte Judenaktion in hiesigen marxistischen Kreisen starken Unwillen hervorgerufen“ hat: „Besonders ist dies in den Großbetrieben zum Ausdruck gebracht worden, wo bei jeder sich bietenden Gelegenheit dieses Thema besprochen wird. So wurde u. a. geäußert, daß der heutige Staat jeden verrosteten Nagel sammle und wieder einschmelze, daß es ihm aber bei der Zerschlagung von Schaufensterscheiben, Mobilar und sonstigen toten Gegenständen gar nicht darauf ankomme, ob das Volksvermögen geschädigt werde oder erhalten bleibe. Es sei nicht angängig, daß man auf der einen Seite spare und auf der anderen Seite alles zerschlage.“⁵⁶ Nach 1935/36 fanden bis gegen Kriegsende weitere Prozesse gegen Bremer Widerstandskämpfer statt. Jetzt vornehmlich vor dem „Volksgerichtshof“ (VGH) in Berlin wegen „Wehrkraftersetzung“, Vorbereitung zum Hochverrat oder Landesverrat, die mit hohen Zuchthausstrafen oder gar dem Todesurteil endeten. So wurden am 4. Juni 1937 der ehemalige Bremer Bezirksleiter der KPD und Reichstagsabgeordnete Robert Stamm wegen des Aufbaus der ersten illegalen Landesleitung der KPD in Berlin zusammen mit Robert Rembte vom 2. Senat unter dem Vorsitzenden Hartmann zum Tode verurteilt. Die spätere Bremer Senatorin Käthe Lübeck-Popall kam mit zwölf Jahren Zuchthaus davon.⁵⁷ Am 27. Juni 1939 wurde das Verfahren gegen den Steindrucker Karl Rottmann eingestellt, während Martin Meyer (SAP) ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und im Mai 1940 acht

54 BAArch R 58/3717: Monatsbericht der Polizei vom 5.8.1935.

55 Ebenda: Lagebericht vom November 1938.

56 Ebenda.

57 Siehe Alheit/Wollenberg, Käthe Popall, S.56-75.

Jahre Zuchthaus erhielt.⁵⁸ Am 9. Dezember 1943 wurde die kaufmännische Angestellte und Halbjüdin Lilly Karmann als „defaitistische Zersetzungspropagandistin unserer Kriegsfeinde“ zum Tode verurteilt. Sie hatte „als Verkäuferin einer Kundin in Bremen, die heiraten wollte, gesagt, es sei schwer jetzt zu heiraten, denn Stalin werde verlangen, daß unsere Männer erst einmal Rußland aufbauen, und wir hier würden nichts zu essen und zu kaufen haben und viele Jahre am Boden liegen. Strafe müsse ja auch sein! Deutschland trage ja auch einen großen Teil Kriegsschuld.“⁵⁹ Am 25. September 1944 verkündete der 1. Senat des Volksgerichtshofes das Todesurteil gegen den Werksschutzmann bei der Weser-Flug AG, Walter Rosik, wegen des Abhörens von „feindlichen Sendern und der Verbreitung von Hetzgedichten“.⁶⁰ Am 13. Oktober 1944 verurteilte der 2. Senat Leo Drabent und Johannes Neumann wegen Vorbereitung zum Hochverrat (Aufbau von Betriebszellen in Vegesack) zum Tode.⁶¹

Zur Rolle der Zeitzeugen bei der Aufarbeitung des Widerstands

Zahlreiche Regionalstudien bestätigen: Organisiertes Widerstandshandeln war nach den ersten Erfolgen der NS-Verfolgungsinstanzen wie in Bremen durchaus auch nach 1935 noch möglich. Bis zum Ende des Krieges entstanden immer wieder informelle Zellen. Neue Bündnis-Konstellationen und erste Ansätze zu Einheitsfrontbildungen der Arbeiterparteien gegen den Faschismus waren zu beobachten. Das wird dann besonders deutlich, wenn man neben den Dokumenten der Verfolgungsbehörden die Berichte der Akteure und Zeugen des Widerstands auswertet und als Korrektiv zu dem Aktenmaterial nutzt. Wenn auch die in den Betrieben und Stadtteilen tätigen Widerstandsgruppen nicht stark genug waren, um den NS-Staat wenigstens in einer Region von innen her zu brechen, so vereinte doch der Antifaschismus verschiedene Strömungen auf der Grundlage einer gemeinsamen Gegnerschaft gegen das Herrschaftssystem der Nationalsozialisten. Die Gemeinsamkeit des politischen Kampfes beschränkte sich dabei nicht nur auf einen inhaltlich durchaus unterschiedlich zu verstehenden antifaschistischen Minimalkonsens. Hinter diesem Konsens wurden auch Lernprozesse sichtbar, die es den unterschiedlichen Strömun-

58 BArch FBS 110/2318.

59 Aus der Urteilsbegründung des 1. Senates des Volksgerichtshofes unter dem Präsidenten Roland Freisler, BArch FBS 110/2187.

60 BArch FBS 110/2198, 2199.

61 BArch FBS 110/2135.

gen der Arbeiterbewegung ermöglichten, nach der Befreiung gemeinsam eine demokratisch-sozialistische Neuordnung zu initiieren. Denn nach der von Teilen der Arbeiterbewegung unterstützten Abwehr frühzeitiger faschistischer Infiltrationsversuche wurden ab 1935 in den größeren Betrieben – u. a. von den aus den Arbeitslagern, Haftanstalten oder Konzentrationslagern entlassenen qualifizierten kommunistischen oder sozialistischen Facharbeitern – Zellen aufgebaut, die den Ausgangspunkt der illegalen Arbeit bildeten und zu Keimzellen der „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ wurden. Auf jeden Fall gelang es in den Arbeiterhochburgen, die in der Endphase Weimars durch die Fraktionskämpfe zerstörten alten Formen solidarischen Handelns unter den erschwerten Bedingungen des Widerstandes zu reaktivieren. Das begünstigte auch außerbetriebliche Gegenwehrstrategien und reduzierte die Anfälligkeit für die Nazi-Ideologie. Zweifelsohne ist das antifaschistische Bewusstsein der Arbeiterbewegung durch solche Entwicklungen gestärkt worden. Denn so konnten neue Ansätze alltäglicher Resistenz gegen die faschistische Unterdrückung entwickelt werden. Gerade unter Berücksichtigung der Alltagserfahrungen im Nationalsozialismus und der Beachtung von Handlungen der Unbeugsamkeit und der Verweigerung gegenüber der NS-Diktatur lassen sich Formen des „lautlosen Aufstandes“ beschreiben, die den scheinbaren Gegensatz zwischen der hohen moralischen Leistung der Widerstandskämpfer und dem letztlich politischen Scheitern des Widerstandes erklären helfen. Niederlagen müssen nicht notwendig zur politischen Apathie führen. Wo an sie erinnert wird, wird auch die Erwartung einer Wende wieder wach. Und die Erfahrung der Niederlage erweist sich nicht selten als Möglichkeit, der Resignation und Passivität zu entgehen. Dies gilt historisch gewiss für die Arbeiterbewegung 1933. Auch sie erlitt ja keine totale Niederlage. Schließlich war der antifaschistische Widerstand ein „Verteidigungswerk“ (Antonio Gramsci), dessen Ergebnisse noch nicht vollständig eingeholt sind. Dies gilt aber auch für die Niederlagen nach 1945, die der jüngeren Arbeitergeneration nicht als politische Niederlagen bewusst sind, aber doch als biografische Einschränkungen zunehmend spürbar werden.

Es ist zweifelsohne kein Zufall, dass gerade die Oppositionellen aus den Kreisen der Arbeiterbewegung entscheidend am Aufbau der neuen Republiken nach 1945 beteiligt waren, auch wenn diese Leistung in der Restaurationsphase der BRD bald in Vergessenheit geriet. Am 6. November 1981 erinnerte der frühere Betriebsratsvorsitzende der AG Weser Gustav Böhrnsen in einem Gespräch an die Folgen des Verdrängens des Arbeiterwiderstands in der westdeutschen Öffentlichkeit. Böhrnsen war 1942 nach mehrmonatiger Einzelhaft aus dem Zuchthaus Oslebshausen entlassen

worden, um im Strafbataillon 999 seinen Wehrdienst anzutreten. Er kam erst 1946 aus der Kriegsgefangenschaft nach Bremen zurück. Für das Verdrängen des antifaschistischen Arbeiterwiderstands in der herrschenden westdeutschen Geschichtsschreibung machte Gustav Böhrnsen politische Tabus verantwortlich. Er war als junger Mann von der SAJ über die KPO zum KJVD gegangen. Er hatte gehofft, „mit dieser Organisation endlich den Kampf gegen die Nazis so entschieden führen zu können“, wie es seiner Meinung nach nötig war, „um ihren Vormarsch zu stoppen“. Gustav Böhrnsen, zur Zeit des Interviews Arbeitsdirektor bei VFW-Focker/Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB/VFW), war seit vielen Jahren ein prominenter Vertreter der bremischen Sozialdemokratie und Nachfolger von Richard Boljahn als Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft. Er stellte 1981 fest: „Heute wird man oft etwas schief angesehen, wenn man zugibt, daß man damals diesen Vereinigungen angehört hat. Aber ich bekenne mich da sehr offen zu. Ich bin immer ein Wanderer gewesen und ein Sucher nach politischen Wahrheiten, soweit es überhaupt politische Wahrheiten gibt [...] Ich bin der Meinung, daß [...] dieser Widerstand dazu beigetragen hat, einen neuen demokratischen Weg nach dem Krieg vorzubereiten. Insofern bin ich stolz darauf, der übrigen Welt ein Bild vermitteln zu können, daß es auch andere Menschen gegeben hat als die, die hinter Hitler herliefen. [...] Dafür haben viele ihr Leben gelassen, viele haben für lange Zeit ihre Freiheit geopfert. Und insofern hat es sich gelohnt, auch zu zeigen, daß es nicht nur ein paar Offiziere gegeben hat, die sehr spät in Opposition zu Hitler gingen. Lange davor gab es viele Menschen, die ihr Leben gelassen haben, einfache Leute, die ins Zuchthaus gegangen sind. Und ich zähle mich da auch dazu. Wir wollten eine bessere demokratische Gesellschaftsordnung, weiter gehend als die Vorstellungen der Leute des 20. Juli. Die Zusammenarbeit in den kleinen Gruppen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war keine Frage von Diskussionen. Sie war eine Frage der Tat. Wir haben uns nicht in fruchtlose Diskussionen über das eventuelle Wie nach dem Ende des Nazi-Reiches eingelassen. Es war eine wirklich gute Zusammenarbeit, soweit wie ich es beurteilen kann aus meiner Gruppe. Ich darf sie als überparteilich bezeichnen. Die Tatsache, daß man heute der Meinung ist, nur den 20. Juli feiern zu dürfen und gleichzeitig von dem Widerstand der Linken, vom linken Flügel der Arbeiterbewegung, nichts mehr hören will, das beunruhigt mich tief. Ich kann doch einem Mann, weil er heute noch in der DKP ist, seinen Widerstand gegen dieses Nazi-Regime nicht einfach wegnehmen und sagen, dieser Widerstand hat gar

nicht bestanden.⁶² Eine solche Rückerinnerung verband sich für die ältere Generation mit einer glaubhaften Zukunftsperspektive. Gestritten wurde darüber, wie diese Perspektive umzusetzen wäre. Nicht im Ziel, sondern in der Frage nach dem Weg der Arbeiterbewegung zur Eroberung der gesellschaftlichen und politischen Macht bestanden verschiedene Auffassungen. Für alle Flügel der Arbeiterbewegung bestimmte diese Zukunftsperspektive die Erfahrung und das Handeln nach 1945. Diese nach der Niederlage des Faschismus freigesetzte Dominanz der Linken wurde jedoch in Westdeutschland innerhalb von zwei bis drei Jahren zerschlagen. Es handelt sich um ein „Diskontinuitätsphänomen der Zeitgeschichte“ (Lutz Niethammer) mit Folgen für die Arbeiterbewegung. Mit der Entscheidung für den Westen waren die sozialistischen Neuordnungsvorstellungen in der BRD endgültig zurückgedrängt worden. Das verschärfte noch einmal die Polarisierung innerhalb der Fraktionen der westdeutschen Arbeiterbewegung. Aus Bundesgenossen und politischen Freunden des Widerstandes wurden wieder „feindliche Brüder“.

62 Interview mit Gustav Böhrnsen, 17.9.1979 und 6.11.1981, hier 6.11.1981, S.16. Siehe auch die Video-Filmreihe (Anm. 1) zu Gustav Böhrnsen, hier Schluss von Film 3 (1953-1971).

Die Illusion der „Volksgemeinschaft“ – Bündnis zwischen Großindustrie und NS-Führung gegen die Arbeiterschaft

Karsten Heinz Schönbach

Ein großes Problem in der Geschichtsschreibung besteht nach wie vor darin, dass viele Historiker die NS-Ideologie wörtlich nehmen. Sie verwechseln sie mit der historischen Realität und verkennen oftmals deren rein agitatorischen Zwecken dienenden Propagandacharakter. Der Realitätsgehalt der ideologischen Formel von der sogenannten „Volksgemeinschaft“ und das zwangsläufig daraus resultierende Verhältnis der kapitalistischen Führung der Großindustrie zur Arbeiterschaft während des „Dritten Reiches“ bieten geradezu ein Paradebeispiel, um die Distanz der NS-Ideologie zur historischen Wirklichkeit jener Zeit darzustellen.

Um dem nachzugehen, müssen vier Fragen untersucht werden: *Erstens*, welchen Anteil umfassten die beiden genannten Gruppen – Arbeiter und Großindustrielle – eigentlich an der damaligen Gesamtbevölkerung; *zweitens*, welche grundlegenden politischen Ziele verfolgten die Großindustriellen in Bezug auf die Arbeiterschaft; *drittens*, wie verhielt sich die NS-Führung zu diesen Zielen; und *viertens*, wie wirkte sich das praktische politische Handeln der damaligen Großindustriellen und der NS-Führung auf das Verhältnis der kapitalistischen Führung der Großindustrie zur Arbeiterschaft während des „Dritten Reiches“ aus?

1. Die politischen Ziele der deutschen Großindustriellen im Kampf mit der Arbeiterschaft

Die Gesamtzahl der Industriellen jener Zeit ist nie untersucht worden. Die jüngere historische Forschung geht jedoch bezüglich der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von 30.309 Industriellen aus, welche bei einer Bevölkerung von damals etwa 30 Millionen Einwohnern lediglich 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.¹ Im Verlaufe der weiteren Industrialisierung wird sich diese Zahl mit Sicherheit verdoppelt, wenn nicht sogar verdreifacht haben. Insgesamt kann meiner Ansicht nach aber kaum davon ausgegangen werden, dass die Industriellen im „Dritten Reich“ ei-

¹ Siehe Heinrich Best: *Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland*, Göttingen 1980, S.55.

nen wesentlich größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung umfasst hätten, war doch auch die Bevölkerung parallel zur Industrie gewachsen und hatte sich bis zur Zeit der Weimarer Republik ebenfalls verdoppelt.² Durch den Übergang zur Großindustrie Ende des 19. Jahrhunderts wie durch die massenhaften Bankrotte in mehreren Wirtschaftskrisen muss sogar von einer rückläufigen absoluten Zahl der Industriellen ausgegangen werden. Dabei bildeten die Großindustriellen selbst innerhalb der Industriellen eine verschwindend kleine Gruppe von nicht mehr als insgesamt etwa 200 Personen.³ Die Arbeiterschaft umfasste demgegenüber nach Untersuchungen aus der Zeit der Weimarer Republik 1925 etwa 51,3 Prozent der Gesamtbevölkerung.⁴ Abgesehen von geringen Abweichungen wird diese Zahl von der jüngeren Forschung gestützt und für die Zeit des „Dritten Reiches“ ein ähnlicher Wert verzeichnet.⁵ Somit handelte es sich bei der Arbeiterschaft um die Mehrheit und bei den Industriellen – erst recht bei den Großindustriellen – um einen verschwindend geringen Teil der damaligen Bevölkerung.

Im Vorfeld und im Verlaufe des Ersten Weltkrieges traten die Großindustriellen mit exorbitanten Eroberungsforderungen gegenüber der Regierung auf. Vor allem die komplette Führungsriege der Schwerindustrie projektierte und forderte die Eroberung des Baltikums, Russlands bis zum Ural und zum Kaukasus, Belgiens und einiger Teile Frankreichs.⁶ Die bei-

2 Siehe Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *Deutsche Wirtschaftskunde*, Berlin 1933, S.14.

3 Um als Großindustrieller gelten zu können, musste man dem Vorstand eines Unternehmens der damaligen Großindustrie angehört haben. Die privatwirtschaftlich gegliederte Großindustrie jener Zeit umfasste in Deutschland ausschließlich die Schlüsselbranchen Kohle-Eisen-Stahl, Elektroindustrie, Chemieindustrie, Kaliindustrie und den Schiffbau. In diesen Schlüsselbranchen existierten 21 Großunternehmen, die insgesamt über 80 Prozent der Gesamtproduktion auf sich vereinten und in deren Vorständen in der Regel sechs bis acht Personen saßen.

4 Siehe Statistisches Reichsamt (Hrsg.), S.40.

5 Siehe Hugo Ott/Herrmann Schäfer (Hrsg.): *Wirtschaftsploetz. Die Wirtschaftsgeschichte zum Nachschlagen*, 2. Aufl., Würzburg 1984, S.276.

6 Schreiben von Hermann Röchling an den Statthalter von Elsass-Lothringen, v. Dallwitz, 31.08.1914, BArch R 1501, Nr. 119305, Bl. 4; Kriegszielforderung von August Thyssen, August 1914, BArch, Akten der Reichskanzlei, R 43, Nr. 2476, Bl. 66; Kriegszielforderungen von Emil Kirdorf und Hugo Stinnes, Juni 1915, BArch, Akten der Reichskanzlei, R 43, Nr. 2442, Bl. 219f.; Eingabe der Schwerindustrie von 1917 (genaues Datum nicht verzeichnet) an die deutsche Regierung: „Gedanken zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet“, Akten des VDESI/Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie, BArch R 13/I, Nr. 153, Bl. 24f.; Niederschrift über eine Besprechung rheinisch-westfälischer Schwerindustrieller im Stahlhof zu Düsseldorf am 16. Mai

den führenden deutschen Industriellenverbände – der „Centralverband deutscher Industrieller“ und der „Bund der Industriellen“ – gründeten bei Kriegsbeginn sogar einen gemeinsamen „Kriegsausschuss“,⁷ um „nach der siegreichen Beendigung unseres schweren Ringens mit der ganzen Welt“ – so die Industriellen wörtlich – „nicht wie früher einen Frieden zustande kommen zu sehen, bei dem die deutsche Industrie [...] nicht gehört“ werde.⁸ Über seine Aktivitäten und Ergebnisse erstattete dieser „Kriegsausschuss“ der Regierung Bericht.⁹

Diese Kriegsziele hatten vor allem ökonomische Gründe: die Eroberung von Rohstoffen und Absatzmärkten sowie die gewaltsame Verdrängung der ausländischen Konkurrenz. Letztlich verbanden sich diese Kriegsziele harmonisch mit dem Hauptgeschäftszweig der deutschen Großindustrie – dem Rüstungsgeschäft. Während des Krieges waren die Kriegsgewinne der deutschen Konzerne und die damit verbundene Aussaugung des Landes so hoch, dass sogar Militärs dagegen rebellierten. General Wilhelm Groener erklärte im Jahre 1917, die Motive der Großindustrie in Hinblick auf den Krieg seien nicht etwa „ethische Motive, wie Opfersinn, Vaterlandsliebe und dergl.“, sondern „fast ausschließlich der Verdienstanreiz“. Je länger der Krieg andauere, so fuhr Groener fort, sei das Bestreben, die Rüstungskonjunktur „nach Kräften auszunutzen, auf allen Seiten um so rücksichtsloser zum Ausdruck gekommen“.¹⁰ Der „Appetit“ der Großindustrie – so Groener – sei „mit dem Essen gewachsen“.¹¹

Sowohl die Kriegsziele als auch der Drang zum üppigen Rüstungsgeschäft gehörten zu den politischen Leitzielen der deutschen Großindustrie, welche den Krieg und die Niederlage von 1918 überdauerten. In einigen Fällen wurde eine ausschweifende Rüstungspolitik sogar offen propagiert und gegenüber der Regierung eingefordert.¹²

1918, BArch R 3101, Nr. 1139, Bl. 88f.; Vermerk über die am 13. Juni 1918 im Reichswirtschaftsamt stattgefundene Besprechung über den Erzbezug aus der Ukraine, 15.06.1918, Akten der GBAG im Bergbau-Archiv Bochum (BBA), 55, Nr. 334.

7 Vertraulicher Bericht über die Sitzung des Sonderausschusses, 09.01.1915, Akten des sächsischen Außenministeriums, Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Rep. 10717, Nr. 2112, Bl. 286 (S.7 des dortigen Papiers).

8 Ebenda, S.7f. des dortigen Papiers.

9 Ebenda, S.8 des dortigen Papiers.

10 Eine Denkschrift von Generalleutnant Groener aus dem Jahre 1917, als er Chef des Kriegsamtes war, Frankfurt/Main 1918, S.7.

11 Ebenda, S.8.

12 Siehe Eingabe des Reichsverbandes der Deutschen Automobilindustrie an Reichskanzler Franz von Papen, 16.08.1932, Akten der Deutschen Bank, BArch R 8119 F, Mikrofiche

Die deutschen Großindustriellen wandelten zudem gleich zu Beginn der 20er-Jahre ihre alten Eroberungsziele noch vor Hitler in die Formel vom „Volk ohne Raum“ um und verkündeten sie teilweise öffentlich.¹³ Der Großindustrielle Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte (GHH), brachte die politische Haltung der Großindustriellen auf den Punkt, als er 1927 an einen Bekannten schrieb: „Sie haben zweifellos Recht, dass eine Ursache der wenig erfreulichen Lage, in der sich Deutschland befindet, darauf zurückzuführen ist, dass wir ein Volk ohne Raum sind.“¹⁴

Was hatte das mit der deutschen Arbeiterschaft zu tun? Ohne deren Mitwirkung und Einverständnis ließen sich weder Eroberungskriege durchhalten noch ein üppiges Rüstungsgeschäft betreiben. Die Arbeiterschaft musste davon überzeugt werden, dass sie für „das Vaterland“ zu sterben und hungernd Waffen zu produzieren habe.

Das erwies sich in der Zeit der Weimarer Republik jedoch als äußerst schwierig. Seit Ende des Ersten Weltkrieges tendierte ein großer Teil der Arbeiterschaft zu sozialistischen Auffassungen. In den meisten Gewerkschaften und Arbeiterparteien waren zudem nicht nur antikapitalistische, sondern auch starke antinationale Tendenzen spürbar.

Obwohl die sozialistische Revolution des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterbewegung 1918/1919 niedergeschlagen werden konnte, war die weitere Existenz des Kapitalismus in Deutschland keineswegs gesichert. Ein Industriemagnat schrieb über die politische Lage in Deutschland während der revolutionären Kämpfe mit den Arbeitern im März 1920

P 32; Schreiben der Daimler Benz AG an die Deutsche Bank, 27.10.1932, Akten der Deutschen Bank, BArch R 9119 F, Mikrofiche P 3187; Hermann Bücher: Vortrag: Volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozess, in: Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), H. 37, Oktober 1927, S.60; Fritz Springorum: Schlusswort auf der 60. ordentlichen Mitgliederversammlung des Langnamvereins, in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, 1932, Nr. 1, S.67-69; Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Eisenindustrie an General Alfred Volland-Bockelberg, Chef des Heereswaffenamtes, zu den Genfer Verhandlungen, 16. Januar 1933; in: Dietrich Eichholtz u.a. (Hrsg.): Anatomie des Krieges, Berlin 1969, Dok. Nr. 19.

13 Siehe Albert Vögler: Vortrag: Staat und Wirtschaft, auf der Tagung des RDI im März 1924 in Berlin, in: Veröffentlichungen des RDI, H. 21, April 1924, S.34; Streng vertrauliches Sondergutachten des Botschafters v. Hassel für den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, Januar 1941: Südost-Europa – Bemerkungen zum Ausgleich der deutschen italienischen Wirtschaftsinteressen, S.1, Akten des Bergbauvereins, BBA, 16, Nr. 8069.

14 Schreiben von Paul Reusch an Alexander Post, 17.11.1927, Nachlass Reusch, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (im Folgenden: RWVA) 130-400101293/8a.

an den Geschäftsführer des Industriellenverbandes „Bergbauverein“: „Im übrigen ist die Lage hier nichts weniger als geklärt und auch hier werden spartakistische Putsche befürchtet. Hoffentlich gelingt es den Truppen sie niederzuschlagen.“¹⁵

Führende Kapitalisten und deren politische Vertreter versuchten daher gleich zu Beginn der revolutionären Vorwehen 1918, Einfluss auf das politische Bewusstsein der deutschen Arbeiterschaft zu gewinnen. Zu diesem Zweck gründeten sie eine „Arbeiterpartei“, die von ihnen den Namen „Deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei“ (DAAP) erhielt und in der historischen Forschung als der unmittelbare Vorläufer der NSDAP betrachtet wird.¹⁶ Dieser „Arbeiterpartei“ mangelte es aber an der nötigen Ausstrahlungskraft auf die Arbeiterschaft, daher hatte dieses Projekt keinen Erfolg. Im Februar 1920 diskutierten führende Großindustrielle, u. a. Karl Haniel, Albert Vögler, Emil Kirdorf und der Bankier Georg Solmssen, das Problem der politischen Einflussnahme auf die Arbeiterschaft erneut. Das Ziel dieser Besprechung war es, einen Weg zu finden, um „das Nationalgefühl im breitesten Umfange zu wecken“ und „die Massen“ für eine „der Erhaltung der Nation dienende[n] Politik zu gewinnen“.¹⁷ Sie fassten einstimmig folgenden Plan: „Gedacht ist, eine Zentralorganisation zu schaffen, die über ein nicht groß genug zu spannendes Netz von Verbindungen verfügt und deren Aufgabe ist, die gemeinsam als richtig erkannten Grundsätze in den verschiedensten Tonarten nach einem bestimmten und vorausschauend disponierenden, ein Gebiet nach dem anderen in Angriff nehmenden System in die Öffentlichkeit hineinzuhämmern, so dass eine öffentliche Meinung geschaffen wird, die zielbewusst auf die Wiederaufrichtung des Vaterlandes hinarbeitet und die Brücke zwischen Führern und Geführten bildet.“¹⁸

Es ist sicher überflüssig, darauf hinzuweisen, dass die Arbeiterschaft die Position der „Geführten“ einnehmen sollte. Allerdings brachte auch die-

15 Schreiben von Wilhelm Hölling an Hans von und zu Löwenstein, 18.03.1920, Akten des Bergbauvereins, BBA, 16, Nr. 8066.

16 Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, Bonn-Bad Godesberg 1973, S.399-482, hier S.402.

17 Schreiben von Georg Solmssen an Hugo Stinnes, 28.04.1920, in: Erwin Könnemann/ Gerhard Schultze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002, Dok. Nr. 334.

18 Ebenda.

ser Plan keine spürbaren Ergebnisse, und daher fühlte sich der Großindustrielle Hugo Stinnes (sen.) 1923 dazu veranlasst, auszurufen: „Deshalb [...] muss ein Diktator gefunden werden, ausgestattet mit der Macht, alles zu tun, was irgendwie nötig ist. So ein Mann muss die Sprache des Volkes reden und selbst bürgerlich sein.“¹⁹

Die deutsche Arbeiterschaft von einer „*Wiederaufrichtung des Vaterlandes*“ bzw. von der Wiederaufnahme des aus der Sicht der Großindustriellen 1918 abgebrochenen Krieges sowie des damit zusammenhängenden Rüstungsgeschäftes zu überzeugen, war allerdings nur eines der beiden grundlegenden politischen Ziele, welche die Großindustriellen in Bezug auf die Arbeiterschaft verfolgten. Das andere Ziel bestand darin, die Arbeiterschaft politisch zu entrecchten und sie im Hinblick auf die Lebensbedingungen auf einen Hunger-Standard hinabzudrücken. Auf der Tagung des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ (RDI) im März 1924 trat der radikale Flügel der deutschen Großindustrie unter Führung des Großindustriellen Ernst von Borsig mit einem politischen Programm für einen umfassenden Sozial- und Demokratieabbau an die Öffentlichkeit. Borsig hielt vor seinen „Standesgenossen“ eine lebhaft beklatschte Rede und forderte eine zukünftige Gesellschaft, die drei Kriterien zu erfüllen hätte. Zum Ersten wollte Borsig den Gewerkschaften das Streikrecht entziehen. Dazu äußerte er: „Ein besonderes Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden. Der Streik gibt keinen Rechtstitel ab, sondern ist ein tatsächliches Machtmittel.“²⁰ Zweitens sollten die Tarifverträge nicht mehr den Lohnausgleich gegenüber den Arbeitern bewirken, sondern nur noch den Interessen der Kapitalisten entsprechen: „Vor dem Tarifvertrag steht die Wirtschaft, der er zu dienen hat.“²¹ Schließlich sollten zum Dritten die Gewerkschaften nicht mehr die Interessen der Arbeiter vertreten und ihre Aufgaben nicht vom Standpunkt des „Klassenkampfes“ aus betrachten, sondern von dem der „Volksgemeinschaft“ aus.²²

Das Fazit von Borsigs Rede war somit, die Macht der Gewerkschaften durch die ideologische Formel „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ zu untergraben und die Arbeiter durch den Entzug des Streikrechtes zu entwaffnen. Denn in der „Volksgemeinschaft“ saßen plötzlich Arbeiter

19 Zit. nach: George Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Zeitgeschichte der Jahre 1918-1933, Frankfurt/Main 1955, S.65.

20 Ernst von Borsig: Vortrag: Industrie und Sozialpolitik, gehalten auf der RDI-Tagung in Berlin im März 1924, in: Veröffentlichungen des RDI, H. 21, April 1924, S.42.

21 Ebenda.

22 Siehe ebenda.

und Kapitalisten in einem Boot. Sie gehörten dann quasi zur selben „sozialen Gruppe“ – den sogenannten „Volksgenossen“. Der Generaldirektor des Krupp-Konzerns, Kurt Sorge, machte im Anschluss an Borsigs Ausführungen auf der RDI-Tagung 1924 in seinen Dankesworten deutlich, dass dieser die Gedanken und Auffassungen der gesamten Industrie formuliert hatte.²³ Auf die ideologische Formel „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ kamen später auch andere deutsche Großindustrielle zurück – so z.B. 1926 Paul Silverberg²⁴ und 1931 Fritz Thyssen.²⁵

Beachtenswert ist, dass Hitler, als Borsig die Formel „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ erstmals 1924 öffentlich vortrug, noch eine „politische Null“ war, von der man in der Öffentlichkeit fast keine Notiz nahm. Und das Buch „Mein Kampf“, das später sowohl in Industrie-²⁶ wie in Adelskreisen herumgereicht wurde,²⁷ war noch nicht veröffentlicht.

Der erfolgreiche soziale Kampf der Arbeiterschaft, geführt und unterstützt durch ihre Gewerkschaften sowie von SPD und KPD, machte in der Weimarer Republik die Erreichung der politischen Wünsche der Großindustrie zunehmend unmöglich und vertiefte den Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Großindustriellen. Zu dieser Situation bemerkte der Großindustrielle Emil Kirdorf: „So gipfelt die Angst und die Sorge um des Vaterlandes Zukunft in der bangen Frage: Wird Deutschland wieder ein Führer erstehen, der es aus seiner Zersplitterung und Verelendung wieder zur Hö-

23 Kurt Sorge: Redebeitrag auf der RDI-Tagung in Berlin im März 1924, in: Veröffentlichungen des RDI, H. 21, April 1924, S.50.

24 Paul Silverberg machte 1926 der SPD, der größten Arbeiterpartei, direkt das Angebot eines politischen Bündnisses, wenn sie im Gegenzug dazu den „Klassenkampfgedanken“ fallen ließe. Siehe Paul Silverberg: Redebeitrag auf der Mitgliederversammlung des RDI am 4. September 1926, in: Veröffentlichungen des RDI, H. 32, September 1926, S.75.

25 Fritz Thyssen sagte 1931 auf der Tagung des Industriellenverbandes „Langnamverein“: „Kann man aber eine Einheitsfront mit Leuten herstellen, die nach wie vor an dem Klassenkampfgedanken festhalten? Es gibt nur eine Einheitsfront, die geeignet ist, das Volk in seiner Gesamtheit zu umfassen, das ist die nationale Volksgemeinschaft. Das Wesen einer Volksgemeinschaft kann überhaupt nur national sein.“ Siehe Fritz Thyssen: Redebeitrag auf dem Treffen des Langnamvereins im Januar 1931, in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Nr. 1, 1931, S.16-19.

26 Nachlass Ernst Poensgen, Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, N 7/18, unveröffentlichtes Manuskript „Hitler und die Ruhrindustriellen“, S.6.

27 Rundschreiben des Fürsten Eulenburg-Hertefeld, Februar 1932, Gutsarchiv des Grafen v. Schöning-Muscherin, Landesarchiv Vorpommern, Rep. 38d, Nr. 118, Bl. 95.

he führt?“²⁸ Für die Arbeiterschaft und das deutsche Volk überhaupt hatten Großindustrielle wie Kirdorf eine sehr abfällige Bezeichnung: „*die Bestie Volk*“.²⁹ Diese „Bestie“ galt es in Ketten zu legen. In dieser Hinsicht bot sich Hitler persönlich den Großindustriellen als politische Lösung an.

2. Hitler garantiert den Großindustriellen die Erfüllung ihrer politischen Ziele

In den Jahren von 1926 bis 1933 umwarb Hitler die Großindustriellen systematisch auf zahlreichen Großveranstaltungen und intimen Treffen. Ein Industriemagnat schrieb darüber schon 1930, er wisse, „wie Adolf Hitler im Revier bei den führenden Herren aufgetreten sei und welchen starken Eindruck das hinterlassen habe“.³⁰ Hitler und auch andere Nazi-Führer versprachen den Industriellen, ihre Wirtschaftsinteressen mit der Machtpolitik des Staates, bis hin zum Führen von Kriegen,³¹ zu verbinden, sagten ihnen die Wiederaufrüstung³² und die Entrechtung der Arbeiterschaft, u. a. durch die Vernichtung der Gewerkschaften zu.³³

So ist es nicht verwunderlich, dass Hitler für seine prokapitalistische Haltung von den führenden Großindustriellen jener Zeit großen Zuspruch bekam. In einem Brief erklärte Fritz Springorum beispielsweise, er und Al-

28 Emil Kirdorf: *Erinnerungen 1847-1930*, Düsseldorf 1930, S.180. Dieses Buch Kirdorfs war ausdrücklich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Das mir zugängliche Exemplar befindet sich im „Nachlass Kirdorf“, in den Akten der GBAG, im Bergbauarchiv Bochum, Bestand 55, Nr. 2938.

29 Ebenda, S.91.

30 Schreiben von Jacob Wilhelm Reichert an Max Schlenker, 04.12.1930, Akten des VDESI/Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie, BArch R 13/I, Nr. 602, Bl. 229.

31 Siehe Adolf Hitler: *Der Weg zum Wiederaufstieg*, in: Kirdorf, *Erinnerungen*, S.185; Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 26. Januar 1932, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): *Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen*, Februar 1925-Januar 1933, Bd. IV/3, München 1997, S.84-96; Dirk Stegmann: *Mittel-europa 1925-1934. Zum Problem der Kontinuität der deutschen Außenhandelspolitik von Stresemann bis Hitler*, in: Bernd-Jürgen Wendt u. a. (Hrsg.): *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte*, Bonn 1978, S.203-224, hier S.218.

32 Siehe Rede Adolf Hitlers vor führenden Industriellen am 20. Februar 1933, in: Heinz Brüdigam: *Das Jahr 1933. Der Terrorismus an der Macht. Eine Dokumentation über die Errichtung der faschistischen Diktatur*, Frankfurt/Main 1978; Dok. Nr. 7; Eberhard Czichon: *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik*, Köln 1967, S.82.

33 Siehe Eidesstattliche Erklärung Wilhelm Keplers, 24.09.1946, in: Ulrike Hörster-Philips: *Großkapital und Faschismus, 1918-1945. Dokumente*, Köln 1981, Dok. Nr. 108.

bert Vögler hätten schon 1923 Hitler unterstützt, weil dieser „mit seiner Bewegung eine Bresche in die sozialdemokratische Arbeiterschaft geschlagen habe“, weshalb Springorum und Vögler ihm „sympathisch gegenüberstünden“ und „ihn wiederholt geldlich unterstützt“ hätten.³⁴ Karl Haniel erklärte, der Nationalsozialismus bedeute für das Ruhrgebiet „die Erlösung von dem Kommunismus“.³⁵ Für die Nazis sprach sich auch der Hamburger Großreeder Wilhelm Cuno aus, der am 17. April 1931 im Düsseldorfer Industrieklub vor den dort versammelten deutschen Kapitalisten erklärte, dass man die NSDAP brauche, weil „in unserem Volke immer mehr der Glaube an Kraft und Segnung des Kapitalismus schwindet“.³⁶ Und der Großindustrielle Rudolf Blohm sah im Faschismus „ein Instrument zur Unterdrückung des Klassenkampfes und zur Sicherung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“.³⁷

Mehrfach reiste Hitler zudem ins Ruhrgebiet zu den führenden Industriellen, um ihnen zu versichern, dass die antikapitalistische NS-Propaganda nur dem Wählerfang diene und er die Arbeiterschaft später in den Dienst der Industriellen stellen werde. Wie groß der Erfolg Hitlers bei den rheinisch-westfälischen Großindustriellen war, verdeutlicht ein Bericht der Düsseldorfer Polizei. Dort heißt es, Hitler, der in den letzten Monaten des Jahres 1930 mehrfach in Essen zu Unterredungen bei „führenden Männern der Ruhr-Groß-Industrie gewelt“ habe,³⁸ sei es vor allem darum gegangen, die Großindustriellen über die tatsächliche Stellung der NSDAP-Führung zur deutschen Arbeiterschaft aufzuklären. Hitler erklärte, die antikapitalistische NS-Propaganda stelle lediglich eine Werbestrategie dar, um einen ideologischen Einfluss auf die Arbeiterschaft zu gewinnen. Dies war letztlich das probateste Mittel, um „die Bestie Volk“ unter Kontrolle zu bringen. Über das Ergebnis von Hitlers Bemühungen war in diesem Polizeibericht wörtlich zu lesen: „Aufgrund dieser, dem Arbeitgeberstandpunkt angenäherten Auffassungen Hitlers haben einige Herren der Groß-Industrie

34 Zit. nach: Georg Franz-Willing: *Der Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922*, 2. Aufl., Preußisch Oldendorf 1974, S.288.

35 Zit. nach: Anton Betz: *Die Tragödie der „Münchner Neuste Nachrichten“ 1932/33*, in: Emil Dovifat/Karl Bringmann (Hrsg.): *Journalismus*, Bd. 2, Düsseldorf 1961, S.34.

36 Zit. nach: Hans Radandt: *Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld*, Berlin 1958, S.154.

37 Zit. nach: Andreas Meyhoff: *Blohm und Voss im „Dritten Reich“*. Eine Hamburger Großwerft zwischen Geschäft und Politik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 38), Hamburg 2001, S.49.

38 Bericht des Reg.Präs. Düsseldorf vom 14. Januar 1931 an den Ober.Präs. in Koblenz, Landeshauptarchiv Koblenz (im Folgenden: LHA Koblenz), Abt. 403, Nr. 16734, Bl. 285f.

Hitler sehr erhebliche Geldmittel zur Verfügung gestellt.³⁹ Nach diesem Polizeibericht soll es sich dabei um insgesamt 1,1 Millionen Mark gehandelt haben.⁴⁰ Schon seit etwa 1928 erfolgten mehrfach Zahlungen vonseiten des Industriellenverbandes „Bergbauverein“ sowie von verschiedenen Industriellen an die NSDAP und ihre Unterorganisationen.⁴¹ Bis zum Jahre 1931 hatten sich die finanziellen Zuwendungen des „Bergbauvereins“ an die Nazi-Partei so entwickelt, dass sich sogar Alfred Hugenberg beim Geschäftsführer des Industriellenverbandes „besorgt über die hohen Zuwendungen des Bergbauvereins an Hitler“ äußerte.⁴²

Im Februar 1933 stellten alle führenden Konzerne der Großindustrie der NSDAP-Führung für die letzte und alles entscheidende Reichstagswahl der Weimarer Republik den größten Einzelwahlfonds in der Geschichte jener Zeit zur Verfügung und waren allein schon dadurch für Hitlers Aufstieg mitverantwortlich.⁴³

3. Bündnis zwischen Großindustrie und NS-Führung nach 1933 gegen die Arbeiterschaft

Wie wirkte sich die Liaison mit der NS-Führung nun im „Dritten Reich“ auf das Verhältnis der kapitalistischen Führung der Großindustrie zur Arbeiterschaft aus? Dem nachzugehen ist vor allem deshalb von Belang, weil die NSDAP-Führer in der Zeit der Weimarer Republik vor ihren Wählern dem äußeren Anschein nach u. a. mittels des Begriffs der „Sozialisierung“ eine antikapitalistische Gesellschaft propagiert und immer wieder behauptet hatten, dass sie die elementarsten Probleme der Arbeiterschaft zu lösen gedächten. Eine Propaganda, die, wie gesagt, eine ganze Reihe von Historikern nach wie vor wörtlich zu nehmen pflegt.⁴⁴

39 Ebenda, Bl. 286.

40 Ebenda.

41 Siehe dazu folgenden Schriftwechsel: Schreiben von Ernst Brandi an Herbert Kauert, 04.07.1934, Akten des Zechenverbandes, BBA, 14, Nr. 445; Schreiben von Ernst Brandi an Josef Wagener, 06.10.1934, Akten des Bergbauvereins, BBA, 16, Nr. 150; Schreiben von Josef Wagener an Ernst Brandi, 08.10.1934, ebenda.

42 Schreiben von Hans von und zu Löwenstein an Ernst Brandi, 05.06.1931, Akten des Bergbauvereins, BBA, 16, Nr. 8029a.

43 Aufzeichnung von Martin Blank vom 21. Februar 1933 für Paul Reusch über das Treffen vom 20. Februar 1933 zwischen Großindustriellen und Hitler, Nachlass Reusch, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv 130-4001012024/11, Bl. 371-375.

44 Hier nur einige Beispiele: Henry Ashby Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S.232-243; Gustav Luntowski: Hitler und die Herren von der

Die Wirklichkeit der Nazi-Diktatur stand in krassem Widerspruch zu den vor 1933 gemachten Wahlversprechen der NSDAP-Führung an die „einfache Bevölkerung“. Noch im Jahre 1933 wurden die Gewerkschaften von der Nazi-Regierung kurzerhand zerschlagen. Einen Höhepunkt der Nazi-Gesetzgebung bei der Errichtung der sogenannten Volks-„Gemeinschaft“ stellte das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ dar, das am 20. Januar 1934 erlassen wurde. Dort heißt es, dass „der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft“ arbeiten sollten, wobei „der Führer des Betriebes“ von nun an „der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten“ zu entscheiden hatte.⁴⁵ Das mag vielleicht ganz harmlos klingen, aber was derartige Verordnungen in der Praxis bedeuteten, darüber vermittelt ein Vorkommnis im Rüsselsheimer Werk des Automobilkonzerns „Opel AG“ eine realistische Vorstellung. Am 26. Juni 1936 hielten 260 Arbeiter die Produktionsbänder an und legten die Arbeit nieder.⁴⁶ Daraufhin begaben sich die Arbeiter zur Betriebsverwaltung, um wegen der Senkung ihrer Löhne zu protestieren. Die Betriebsverwaltung drohte den Arbeitern jedoch mit der Polizei, worauf sie die Arbeit wieder aufnahmen. Mit Genehmigung des „Gauwalters“ der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) und des „Treuhanders der Arbeit“ wurden die Arbeiter noch am selben Tage fristlos entlassen. Zu den Lohneinbußen, die der Grund für diese Arbeitsniederlegung waren, bemerkt der Gestapo-Bericht, aus dem auch die dargebotenen Informationen zu diesem Vorfall stammen: „Die Klage der Opelarbeiter ist angesichts der Tatsache, dass tausende von Arbeitern in anderen Betrieben des Wirtschaftsgebietes im Akkord kaum den Grundlohn eines Opelarbeiters erreichen können, völlig unbegründet.“⁴⁷

Wie unbegründet jedoch ist eine Lohnforderung in einem Wirtschaftssystem, in welchem die Löhne sinken, während die Lebenshaltungskosten steigen? In der Zeit von 1933 bis 1937 fiel der Index des Realariflohnes um sieben Prozent.⁴⁸ In einem Schreiben an Adolf Hitler hatte Robert Ley,

Ruhr, Frankfurt/Main 2000, S.72; Werner Abelshauser: Ruhrkohle und Politik. Ernst Brandt 1875-1937. Eine Biographie, Essen 2009, S.73.

45 Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“, 20.01.1934, §§ 1 u. 2, RGB, Reichsgesetzblatt T. 1, Nr. 7, 13. März 1934.

46 Bericht der Geheimen Staatspolizei, 28.08.1936, BArch, Mikrofilm PK I0423, Bildnummer 0078-0079.

47 Ebenda, Bildnr. 0080.

48 Siehe Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. II, Erster Teil, Berlin 1953, S.131f.

Reichsleiter der DAF, bereits ein Jahr vor dem Streik bei Opel festgestellt: „Die Aufwärtsbewegung der Preise hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die stärkste Unruhe hervorgerufen hat. Von allen Seiten und aus allen Teilen des Reiches häufen sich die Klagen gerade über ein Emporschnellen der Lebensmittelpreise zu einer für den Arbeiter fast unerschwinglichen Höhe.“⁴⁹

Aufschlussreich über den Charakter des diktatorischen Regimes in Deutschland nach 1933 und auch über die sogenannte „Volksgemeinschaft“ ist eine Gegenüberstellung, wie die gültigen Gesetze gegenüber den Arbeitern bzw. den führenden Kapitalisten Deutschlands, etwa im Falle von Opel, angewandt wurden. Die Opel-Arbeiter wurden durch die Anwendung der Gesetze geknebelt, während der NS-Staat im Falle des Aufsichtsratsvorsitzenden des Opel-Konzerns ganz anders verfuhr. Im Jahre 1929 hatte Wilhelm von Opel⁵⁰ seinem Sohn Fritz von Opel einen Betrag in Höhe von 15 Mill. Mark in Form einer „Schenkung“ vermacht. Sein Sohn legte das Geld in Amerika an.⁵¹ Dieses Geld hätte jedoch auf Grundlage des „Volksverratsgesetzes“ von 1933 den Steuerbehörden angegeben werden müssen, was Fritz von Opel wohlweislich nicht tat.⁵² Damit machte er sich „devisenrechtlich strafbar“. Wie der dazu vorliegende amtliche Bericht vermerkt, wurde das „Verfahren jedoch nicht in der vorgeschriebenen Schärfe durchgeführt“ und das laut Bericht „in Kenntnis und mit Willen des Reichswirtschaftsministers und des Führers“.⁵³ Anstelle einer hohen Zuchthausstrafe wurde Opel nur eine „Steuerstrafe“ von anfangs 3,5 Mill. Mark auferlegt. Davon zahlte er aber tatsächlich nur 750.000 Mark und der „Rest“ wur-

49 Schreiben von Robert Ley an Adolf Hitler, 15.08.1935, in: Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann (Hrsg.): *Dokumente zur Deutschen Geschichte 1933-1935*, Berlin 1977, Dok. Nr. 118.

50 Wilhelm von Opel war bis 1929 Besitzer der „Adam-Opel-AG“. In jenem Jahre verkaufte er das Unternehmen an den amerikanischen Automobilkonzern „General Motors Comp.“ (GM). Die GM zahlte ihm für seinen Konzern mit 160 Mill. Mark fast das Dreifache dessen, was sein Unternehmen dem Aktienkapital nach wert war. Trotz dessen behielt Wilhelm von Opel noch eine Zeitlang 15 Prozent der Aktien seines Unternehmens, bevor es vollständig in den Besitz der GM überging. Obwohl er mit diesem Geschäft seinen Konzern veräußert hatte, blieb er Aufsichtsratsvorsitzender und besaß zudem Aktien anderer deutscher Unternehmen im Wert von etwa 30 Mill. Mark. Siehe Bericht aus der NSDAP-Korrespondenz vom 5. Juni 1936 über die Opelwerke, BArch, Mikrofilm PK 10423, Bildnr. 118-20.

51 Ebenda, Bildnr. 116.

52 Ebenda.

53 Ebenda.

de ihm „amnestiert“.⁵⁴ Der amtliche Bericht schließt mit der Bemerkung: „Nicht uninteressant ist, dass Geheimrat von Opel inzwischen versuchte, diese von ihm bezahlten 750.000 RM wieder zurückzuerhalten und dafür verschiedene Persönlichkeiten im Gau bemühte.“⁵⁵

Während also die Arbeiter der Opel-Werke mit aller Härte gnadenlos abgestraft wurden, weil sie de facto nur ein paar Pfennige mehr Lohn forderten, wurde im Gegensatz dazu für einen Mann an der Spitze desselben Konzerns der Steuerbetrug fast vollständig legalisiert. Die Einwohner des „Dritten Reiches“ waren vor den Gesetzen des Nazi-Staates eben nicht gleich. Die Realisierung der Borsig-Konzeption von 1924, die nach 1933 einsetzte, verdeutlicht, wem die Nazi-Regierung bei der Gestaltung der Gesellschaft den Vorzug einräumte. Der deutsche Diplomat Ulrich von Hassell notierte 1943 ein Gespräch, das im Hause des preußischen Finanzministers Johannes Popitz mit dem Generaldirektor des Krupp-Konzerns Ewald Löser geführt wurde. In diesem Gespräch gab Generaldirektor Löser an, dass der Großindustrielle Krupp und der Generaldirektor des Stahlkonzerns „Mannesmann AG“ Wilhelm Zangen sowie „die führenden Leute“ der Industrie hinter Hitler stünden. Wörtlich vermerkte Hassell: „Generaldirektor Loeser ein kluger klarblickender Mann, erzählte neulich bei Popitz, die führenden Leute, an der Spitze natürlich der servile Krupp-Bohlen und der kaltschnäuzig egoistische Zangen ständen beide hinter Hitler, weil sie glaubten, auf diese Weise gut zu verdienen und die Arbeiter an der Leine zu halten.“⁵⁶

Eine sogenannte „Volksgemeinschaft“ war in der Praxis also eine Fiktion. Wenn die Arbeiterschaft ihrer sozialen Rechte, ihrer Parteien und ihrer Gewerkschaften beraubt und noch dazu per Gesetz zur „Gefolgschaft“ des „Unternehmers“ degradiert worden war, so hatte der NSDAP-Staat⁵⁷ die gesellschaftlichen Bedingungen grundsätzlich zugunsten der Kapitalisten verändert und ihnen die Arbeiterschaft ausgeliefert. Es waren die gesell-

54 Ebenda.

55 Ebenda.

56 Tagebucheintrag von Ulrich v. Hassell, 06.03.1943, in: Friedrich Freiherr Hiller von Garteringen (Hrsg.): *Die Hassel-Tagebücher 1938-1944*, Berlin 1989, S.351.

57 Die juristisch korrekte Bezeichnung des damaligen deutschen Staates. Siehe Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933, (§1) „Nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staate unauslöschlich verbunden.“, in: Walter Hofer: *Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945*, Frankfurt/Main 1957, Dok. Nr. 32.

schaftlichen Verhältnisse, um die die Großindustrie über die gesamte Weimarer Zeit hinweg vergeblich gerungen hatte.

Hatten die Industriellen vor 1933 über die Lohnforderungen der Gewerkschaften,⁵⁸ über den „zerfleischenden Parteienkampf“ bzw. über das „Überwuchern des parteipolitischen Einflusses“ geklagt,⁵⁹ und waren sie infolge dessen zu der Ansicht gelangt, dass man Ermächtigungsgesetze brauche und die Parteien von der Regierungsbildung ausschalten müsse,⁶⁰ so waren alle diese Fragen in wenigen Monaten vom NS-Staat bereinigt worden. Die führenden deutschen Konzerne spendeten der Nazi-Regierung daher reichlich Applaus. So heißt es beispielsweise schon im ersten Vorstandsbericht der Deutschen Bank über das 1933 abgelaufene Geschäftsjahr: „Während des ersten Jahres der nationalsozialistischen Reichsführung hat sich im Wirtschaftsleben Deutschlands eine entschiedene Wendung zum Besseren vollzogen. Sie war das Ergebnis tatkräftiger staatlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftspolitik, aber auch wiedergewekter Unternehmungslust auf der Grundlage einer aus der politischen Neuordnung geborenen Vertrauensstärkung.“⁶¹ Wer hier wem sein Vertrauen aussprach, ist offensichtlich. Und die Grundlage für diese „Vertrauensstärkung“ stellte jene „politische Neuordnung“ dar, die letztlich nichts anderes als die Hitler-Diktatur war.

Selbst der Wechsel des Arbeitsplatzes wurde den Arbeitern vom NSDAP-Regime zunehmend unmöglich gemacht. So wurde bereits 1935 für die Flugzeugindustrie ein „Abkehrschein“ eingeführt, der den Arbeitern einen

58 Siehe z. B. Jahresbericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1929, S.26f.; Borsig, Vortrag: Industrie und Sozialpolitik; Fritz Springorum: Wirtschaftspolitische Streiflichter, in: Sonderdruck aus dem Wirtschaftsjahrbuch für das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet, Essen 1931, S.11f.; Albert Vögler: Redebeitrag auf der RDI-Tagung in Köln, Juni 1925; in: Veröffentlichungen des RDI, H. 28, Juli 1925, S.33-39; Ernst von Borsig: Redebeitrag auf der RDI-Tagung in Köln, Juni 1925; in: Veröffentlichungen des RDI, H. 28, Juli 1925, S.39-50.

59 Schreiben der Industrie und Handelskammer München an den Reichskanzler General von Schleicher, 13.01.1933, Akten des Büros des Reichspräsidenten, BArch R 601, Nr. 734, Bl. 198. Siehe auch Max Schlenker: Gesunde Wirtschaft im starken Staat; in: Stahl und Eisen, November 1932, S.1169.

60 Siehe z.B. Schreiben von Paul Reusch an Georg Dörge, 04.08.1932, Nachlass Reusch, RWVA 130-4001012007/13; Willy Wittke: Redebeitrag auf der Mitgliederversammlung des RDI am 12. Dezember 1929, in: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Steuer- und Finanzpolitik, Veröffentlichungen des RDI, Nr. 50, Januar 1930, S.37f.

61 Jahresbericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1933, S.9.

Arbeitsplatzwechsel verlegte.⁶² In einer Besprechung mit dem Chef des Wehrwirtschaftsstabs forderte der Großindustrielle Ernst Poensgen 1938 ähnliche Regelungen auch für die Metallindustrie. Poensgen erklärte, dass man die „Metallarbeiterordnung“ so auslege, dass ein Arbeitsplatzwechsel erschwert würde.⁶³ Es sei nämlich sinnwidrig, wenn man Arbeitskräfte zwangsweise zugewiesen bekäme, denen man auf der anderen Seite einen Wechsel des Arbeitsplatzes erlaube.⁶⁴ Die Arbeitsämter hätten einen solchen Vorfall in jedem Fall zu prüfen. Als Antwort erhielt Poensgen den beruhigenden Hinweis, dass natürlich auch der „Betriebsführer“ in einem solchen Fall generell gehört werden müsse.⁶⁵ Trotzdem drohte Poensgen, dem es offensichtlich noch nicht ausreichte, dass ihm die Arbeiterschaft bereits derart ausgeliefert war, mit den Worten: „Wenn allerdings ein Arbeitsamt nicht funktioniere, dann müsse man sich wohl dagegen wehren.“⁶⁶

Somit hatte der NS-Staat Verhältnisse hergestellt, die sich an Zustände des feudalen Absolutismus annäherten. Der Arbeiter wurde, wie einst der Bauer an die „Scholle“, an seinen Arbeitsplatz gebunden und war ähnlich wie einst die Leibeigenen nichts mehr als eine willenlose „Gefolgschaft“, die politisch und gesellschaftlich unmündig dem „Arbeitgeber“ ausgeliefert war. Dieser Zustand wurde gerade in der Rüstungsindustrie fortwährend ausgebaut. In den „Deutschland-Berichten“ der in jener Zeit im Untergrund tätigen Reste der Sozialdemokratischen Partei wird hinsichtlich eines Rüstungsbetriebes der Metallindustrie berichtet, dass 1937 eine aus SS-Leuten gebildete Werkspolizei eingesetzt wurde. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Die Burschen fläzen sich den ganzen Tag im Betrieb herum. Stehen zwei Arbeiter beisammen, erscheint sofort der ‚Schwarze‘ und fordert sie auf, an ihre Plätze zu gehen, sucht ein Arbeiter einen anderen auf, um eine Auskunft zu bekommen, sofort erscheint die Werkspolizei; steht einer an der Werkzeugausgabe, sofort erscheint der Herr SS-Mann mit der Uhr hinter ihm und kontrolliert, wie lange er braucht.“⁶⁷ Das Auftauchen und die Aktionen dieser „Werkspolizei“ quitierten die Arbeiter des besag-

62 Geheime Niederschrift einer Besprechung, zwischen E. Poensgen, J.W. Reichert, General Thomas u. a., 23.09.1938, Akten des VDESI/Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie, BArch R 13/I, Nr. 602, Bl. 196.

63 Ebenda.

64 Ebenda, Bl. 196f.

65 Ebenda, Bl. 197.

66 Ebenda.

67 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Vierter Jg. 1937, Frankfurt/Main 1980, S.796.

ten Betriebes allerorts mit der Bemerkung: „Jetzt wissen wir wenigstens, daß wir im Zuchthaus sind.“⁶⁸ Auch was die „Sozialisierung“ betrifft, hinsichtlich der gewisse Historiker ihren Lesern zu erklären versuchen, dass die Großindustriellen deshalb eine starke Abneigung gegenüber der NS-Führung entwickelt hätten, so sorgte diese Angelegenheit bei den höheren Behörden höchstens für Gelächter. So übergab Poensgen in der bereits erwähnten Besprechung von 1938 dem Chef des Wehrwirtschaftsstabes General Thomas die Aufzeichnung eines Gespräches mit einem Beamten des Reichskommissariates für Preisbildung. Darin war die Bemerkung zu lesen, dass „im Kriegsfall an eine Sozialisierung der ganzen Eisenindustrie“ zu denken wäre.⁶⁹ Die Reaktion des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes gibt die geheime Niederschrift dieser Besprechung wie folgt wieder: „Thomas schüttelt den Kopf und lacht und erklärt es für Unsinn.“⁷⁰

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass innerhalb der gesellschaftlichen Konfrontation zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und denen der Großindustriellen die NS-Führung eindeutig auf der Seite der Großindustriellen stand. Sie setzte die Borsigkonzeption von 1924 quasi eins zu eins um und schuf damit erstklassige Rahmenbedingungen für eine verschärfte und rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Kapitalisten. An die Stelle des noch halbwegs akzeptablen Tarifsystems der Weimarer Republik trat ein staatliches Zwangssystem, das den Lohn drückte. Hitler übernahm den Krisenlohn Brüning's, den dieser per Notverordnung schon um 15 bis 20 Prozent (und mehr) gesenkt hatte,⁷¹ und setzte ihn nochmals herab – in einigen Bereichen der Industrie selbst nach den offiziellen Nazi-Statistiken sogar bis zu zwölf Prozent.⁷² In mehr als der Hälfte der Regionen Deutschlands wurden nach den Studien Jürgen Kuczynskis Zustände erreicht, in denen man den Lohn sogar um 50 bis 100 Prozent hätte anheben müssen, um überhaupt wieder das Existenzminimum zu erreichen.⁷³ Die Ausbeutung der Arbeiter stieg dabei derart enorm, dass sich die An-

68 Ebenda.

69 Geheime Niederschrift, 23.09.1938, Bl. 195.

70 Ebenda.

71 Errechnet auf Grundlage des statistischen Materials in den Akten der Klöckner Bergbau AG, BBA, 25, Nr. 115.

72 Siehe Kuczynski, Geschichte, S.134.

73 Siehe ebenda, S.150.

zahl der Arbeitsunfälle mehr als verdoppelte.⁷⁴ Im Vergleich dazu muteten selbst die Zustände in der „Brüning-Ära“ geradezu „paradiesisch“ an. Während die Arbeiterschaft in dieser illusionären „Volksgemeinschaft“ so extrem unterdrückt wurde wie zu Bismarcks Zeiten, wurde sie zudem schlechter bezahlt als in der Hungerära Brüning. Währenddessen stiegen die Gewinne der Konzerne stark an. Siemens⁷⁵ und Klöckner konnten ihren Reingewinn verdoppeln, die Vereinigten Stahlwerke verdreifachen, bei Hoesch und Mannesmann stieg er gar auf das Sechs- bzw. Zehnfache,⁷⁶ um nur einige Beispiele zu nennen. Dies stellt auch ein hervorragendes Beispiel dar, dass industrielles Wachstum nicht zugleich wachsenden Wohlstand bedeutet. Gemessen an den Interessen der Großindustriellen besteht hier keinerlei Zusammenhang. Die „Bestie Volk“ muss nicht mehr gefüttert werden als unbedingt nötig. Schon im „Kommunistischen Manifest“ heißt es über die kapitalistische Gesellschaft: „[...] die in ihr arbeiten, erwerben nicht, die in ihr erwerben, arbeiten nicht“.⁷⁷ Daran hatte sich im „Dritten Reich“ nichts geändert. Im Gegenteil, die Voraussetzungen zur Manifestierung dieses Grundsatzes wurden ausgebaut.

74 Siehe ebenda, S.159.

75 Siehe Geschäftsberichte der Siemens & Halske AG für 1933, S.22-27; für 1934, S.24 -29; für 1935, S.28-33; für 1936, S.28-33; für 1937, S.28-33; für 1938, S.33-39; für 1939, S.20-25; für 1940, S.19-25.

76 Siehe Geschäftsberichte der angeführten Unternehmen in den Akten der Deutschen Bank, BArch R 8119 F, Mikrofiche P 1298-1299, 1566-1567 sowie P 1226 und P 1275.

77 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 37. Aufl., Berlin 1987, S.62.

Unter falschem Namen. Der Bund der Gerechtigkeit und sein Namenswandel

Waltraud Seidel-Höppner

Im Sommer 1836 lösten sich frühproletarische Mitglieder des revolutionär-demokratischen „Bundes der Geächteten“ in Paris von ihrem Mutterbund. In der postmortalen Historiografie erscheint die neue Verbindung fast ausnahmslos¹ als „Bund der Gerechten“. Die in französischen und deutschen Archiven verwahrten gedruckten Statuten der neuen Verbindung vom Juli 1838 bezeichnen sich gleichlautend als Statuten des deutschen „Bundes der Gerechtigkeit“.² Die Differenz betrifft keine Formalität. Denn in den Eigennamen des Bundes und seinen Gliederungen kündigte sich außer dem Begehren nach einer totalen Umwälzung der sozialen Verhältnisse der dementsprechende basisdemokratische Aufbau der erstrebten sozialen

1 Die Ausnahmen: Ernst Barnikol (Hrsg.): Weitling der Gefangene und seine „Gerechtigkeit“, Kiel 1929, S.63, Anm. 3, und Wolfgang Schieder: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963, S.45. Beide verweisen ausdrücklich auf den authentischen Gründungsnamen „Bund der Gerechtigkeit“. Im Weiteren allerdings bezeichnet Schieder (Anfänge, S.75, 79, 142, 159, 161) die Schweizer und Londoner Abteilungen als Sektionen des Bundes der Gerechten.

2 Archives Nationales, Paris, CC 739, doss. 182, scellé 3, pièce 22, Abdruck in: L[eopold] F[riedrich] Ilse: Geschichte der politischen Untersuchungen, welche durch die neben der Bundesversammlung errichteten Commissionen, der Central-Untersuchungs-Commissionen, der Central-Untersuchungs-Commission zu Mainz und der Bundes-Central-Behörde zu Frankfurt in den Jahren 1819 bis 1827 und 1833 bis 1852 geführt sind, Frankfurt/Main 1860, S.580-587, Nachdruck in: Hans-Joachim Ruckhäberle: Frühproletarische Literatur. Die Flugschriften der deutschen Handwerksgehilfenvereine in Paris 1832-1839, Kronberg 1977, S.228-233. Ruckhäberle bezeichnete später Weitlings Schweizer Statuten des kommunistischen Bildungsvereins als „Statuten des Bundes der Gerechten“ (Hans-Joachim Ruckhäberle: Bildung und Organisation in den deutschen Handwerksgehilfen- und Arbeitervereinen in der Schweiz, Tübingen 1983, S.205). Ähnlich verfuhr Werner Kowalski. Siehe Werner Kowalski: Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten, Berlin (DDR) 1962; Ders.: Dokumentation der Statuten, in: Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus, Bd. II: Die Hauptberichte der Bundeszentralbehörde in Frankfurt am Main von 1832 bis 1842 über die deutsche revolutionäre Bewegung, Berlin (DDR) 1978, S.297-320. Der gleiche Widerspruch durchzieht Kommentare und Dokumentation in: Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (im Folgenden: BdK), Berlin (DDR) 1970, Bd. 1, S.92-98.

Republik an. Im „Vorbericht“ dieses Dokuments heißt es dazu: „Die Namen: Bund der Gerechtigkeit, Gemeinde, Gau, Volkshalle“.

Die Bezeichnung „Bund der Geächteten“ entsprach im Mutterbund dem Selbstverständnis und politischen Status seiner Gründer als in ihrem Herkunftsland bedrohter und politisch verfolgter Oppositioneller. Das galt nicht für jene frühproletarischen Mitglieder, die sich 1838 in beträchtlicher Zahl im eigenständigen „Bund der Gerechtigkeit“ zusammenschlossen. Sie waren keine politischen Flüchtlinge, sondern entweder nach altem Brauch im Interesse ihrer beruflichen Qualifikation wandernde Handwerksgesellen oder existenziell bedrohte frühproletarische Wanderarbeiter. Die letzteren litten nicht nur unter den zurückgebliebenen sozialen Bedingungen im ständischen Kleinstaatendeutschland, wo lohnabhängige Arbeiter unter allen Werktätigen am meisten verachtet wurden. Ihnen beengten und vergifteten die halbfeudalen politischen Verhältnisse mit ihrer gutsherrlichen und bürokratischen Bevormundung, fehlendem Koalitions- und Vereinsrecht, Wanderüberwachung und Schikanen von Polizei- und Zollbehörden gleichfalls das Leben. Gemeinsame politische Erwartungen von der bevorstehenden Revolution machten sie im Kampf um politische Rechte zu verlässlichen Verbündeten der politischen Flüchtlinge.

Den größeren Freiheitsspielraum in Westeuropa wussten sie ebenfalls zu schätzen. Schärfer als politische Oppositionelle, die sich für die deutschen Staaten vornehmlich die in Westeuropa existierenden liberalen Rechte und Institutionen wünschten, erfuhren sie hier den für Besitzlose geltenden Grenzwert konstitutioneller und demokratischer Errungenschaften. Die Zensuswahlen in England und Frankreich setzten sie weiterhin vor die Tür der politischen Gesellschaft. In hiesigen Wahlen gelangten für Belange des arbeitenden Volkes inkompetente Abgeordnete in die gesetzgebenden Kammern und korrupte Beamte in die Ministerien. Beide Gruppen erlagen gewöhnlich dem Einfluss von Lobbyisten der besitzenden Klassen. Auch die von volksverbundenen Wortführern im Bund der Geächteten bevorzugten demokratischen Ordnungen in der Schweiz bewahrten unbescholtene Handwerksgesellen nicht vor Flüchtlingsverfolgungen und Auslieferung an die heimischen Behörden. Selbst im demokratischen Nordamerika kamen Habenichtse kaum in gesetzgebende Körperschaften, in denen sie ihre Interessen hätten wahrnehmen und wenigstens jenes Bildungsmonopol brechen können, das ihnen allenthalben verwehrte, sich ihrer unverschuldeten politischen Unmündigkeit zu entledigen.

Ende 1838, ein halbes Jahr nach der Gründung, verriet das Motto des anonym (in Paris) gedruckten Programms die unter den frühproletarischen Dissidenten schwelende Unzufriedenheit mit dem sozialen Manko und

dem vagen politischen Zuschnitt der im Forderungskatalog des Mutterbundes beschriebenen Republik. Beides verdichtete sich in ihrem eindeutigen Votum für eine soziale Revolution:

„Die Namen Republik und Konstitution
So schön sie sind, genügen nicht allein;
Das arme Volk hat nichts im Magen,
Nichts auf dem Leib und muß sich immer plagen;
Drum muß die nächste Revolution,
Soll sie verbessern, eine soziale sein“.³

Deutsche politische Flüchtlinge bekannten sich in ihrem Verbandsnamen wie in ihrer Zeitschrift „Der Geächtete“ trotzig zu dem Brandmal, das die herrschende öffentliche Meinung ihrem politischen Widerstand aufprägte: „Die Überzeugung, daß unsere Ansichten von allen geächtet, welche die Macht haben, ihrem Willen Gesetzeskraft zu verleihen, das Vorgefühl, daß diese Acht sich auch auf die Personen, die den Mut haben würden, jene Ansichten öffentlich zu bekennen, erstrecken werde, gab uns ein Recht, uns stolz: die Geächteten zu nennen.“⁴

Die Mitglieder der neuen Verbindung wollten nicht bloß gutsherrliche Willkür und „blaublütige“ Bevormundung hinter sich lassen; ihnen saß – in konstitutionellen Monarchien ebenso wie in Republiken schweizerischen und nordamerikanischen Musters – der Geldadel der Banken, Spekulanten und Großhändler im Nacken. Gleichwohl schätzten und bewahrten sie nicht nur sämtliche demokratischen Prinzipien des Mutterbundes. Sie vertieften den vorliegenden Forderungskatalog, beispielsweise um das Recht auf Verfassungsplebiszit. Sie radikalisierten die sozialökonomischen Forderungen durch den Anspruch auf gesellschaftliche Verfügung über den

3 [Wilhelm Weitling]: Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, (Paris 1838), Abdruck in: Werner Kowalski, Vorgeschichte, S.210. 1854 teilte Weitling mit: „Das Schriftchen wurde im Jahre 1838, auf einer geheimen Presse in zweitausend Exemplaren mit der Jahreszahl 1839 gedruckt, um bei etwaigen spätern Verfolgungen die Polizei irre zu führen.“ Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, Vierte Aufl., New York 1854, Druckerei der „Republik der Arbeiter“, Vorwort, S.4. Diese Auflage erschien auch in Weitlings Zeitschrift „Republik der Arbeiter. Centralblatt der Propaganda für die Verbrüderung der Arbeiter“, New York, No 38 und 39, 16. und 23. September 1854, S.299-303, 308f.

4 „An Freund und Feind“, in: Der Geächtete. Zeitschrift in Verbindung mit mehreren deutschen Volksfreunden, hrsg. von J. Venedey (Paris), 2. Jg. 1835 (Reprint Leipzig 1972), S.94.

Nationalreichtum und wollten umfassende Rechtsgleichheit auch für das weibliche Geschlecht in der Verfassung verbrieft wissen. 1838 verfocht ein sozialistisches Programm deutscher Arbeiter erstmals gleiche politische, ökonomische und kulturelle Rechte für Frauen. Das bisher geltende demokratische Prinzip der Entpersonalisierung politischer Verhaltensnormen spiegelte sich bereits in der Namensgebung des neuen Bundes. Nicht für oder gegen Personen, sondern für oder gegen Grundsätze wollten die Mitglieder sich entscheiden. Ihnen ging es nicht um Schönredner im Präsidium und in Abgeordnetensesseln, sondern um eine Gesellschaftsordnung, in der *reale* Chancengleichheit Gerechtigkeit verbürgt und Verhältnisse ausschließt, in denen Arbeitende darben müssen, damit Schmarotzer prassen können. Sie wollten eine Republik, in der der natürliche und von allen geschaffene kulturelle Reichtum allen gehört und Freiheit für alle sich im Genuss gleicher Rechte und in Erfüllung gleicher Pflichten eines Jeden verwirklicht. Doch sollte das ohne „einförmige Gleichheit“ geschehen, denn „der stets rege Geist des Menschen muß seinen Spielraum haben“; zudem „hat jeder sein besonders Verlangen, seine besonderen Gelüste“. „Darum muß das Prinzip der gesellschaftlichen Gleichheit mit dem Prinzip der persönlichen Freiheit innig verschmolzen werden“, machte Weitling geltend.⁵ Jeder sollte seine individuellen Fähigkeiten optimal entfalten, seine persönlichen Bedürfnisse vollauf befriedigen und sich uneingeschränkt mit Wissen und Künsten bereichern können. Diese Vision der geistigen Gründerväter des Jahres 1838 überforderte das seinerzeit Mögliche. Weitlings klar umrissene Forderung und Problemsicht gilt noch in unseren Tagen.

Allerdings scheint die Namensgebung nicht von vornherein so eindeutig, wie sie sich in den gedruckten Statuten spiegelt. Mündliche Überlieferung zumindest erwähnt neben den gleichlautenden, 1839 bei Karl Schapper in Paris beschlagnahmten und 1841 in Deutschland entdeckten, auf sieben Seiten in Oktavformat in Heftform korrekt gedruckten Statuten des deutschen Bundes der Gerechtigkeit mit dem fingierten Druckvermerk „München [d. i. Paris], im Juli 1838, Druckerei der deutschen Republik“,⁶ eine weitere Fassung. Der Schuhmacher Carl Schäfer meinte, er habe „bei seiner zweiten Anwesenheit in Paris als Abgeordneter des Frankfurter Lagers im Sommer 1838 bereits die Statuten des Bundes der Gerechten, in dessen

5 Weitling, Die Menschheit, Siebentes Kapitel.

6 Archives Nationales, Paris, CC 739, doss. 182, scellé 3, pièce 22; Abdruck in: Ilse, Geschichte, S.580-587, Nachdruck in: Kowalski, Vom kleinbürgerlichen Demokratismus, Bd. II, S.297-320; auch in: BdK, Bd. 1, S.92-98; sowie in: Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S.228-233.

Versammlungen er sich wiederholt befunden, auf einem langen schmalen Blatte, schlecht gedruckt, ohne Titelblatt, mit der Überschrift ‚Statuten des Bundes der Gerechten‘ gesehen, und damals von einem Mitglied dieses Bundes, dem Schneider Endemann, gehört, daß man damit umgehe, einen neuen und besseren Druck der Statuten zu veranstalten“.⁷ Bei einem weiteren Verhör im Februar 1841 vermochte ein anderes Mitglied nicht zu sagen, welches der eigentliche Titel war.⁸ In den beiden gleichlautenden verwahrten Druckfassungen wurden nicht nur das unhandliche Format und der fehlerhafte Druck verbessert. Verworfen wurde demnach auch der ursprünglich an den des Mutterbundes angelehnte Bundesname. Offensichtlich waren die Gründerväter weder so weltfremd, eine Republik von Gerechten zu erwarten, noch so selbstgefällig, ihre neue Verbindung als *Bund* von *Gerechten* aufzufassen. Ihre Gerechtigkeitsformel war schon in der Anfangsphase ihrer politischen Selbstverständigung der vermeintlichen Beliebbarkeit unverdächtig. Ein Lied vom September 1838 bezeugt das. Inmitten der Programmdebatte suchte es unter dem Titel „Die Gerechtigkeit im Kampfe gegen Despotie“ den Begriff „Gerechtigkeit“ auszuloten und erfasste ihn unter dreifachem Aspekt: als Kampfziel, als Bundeszeichen und als Losungswort des Bundes der Gerechtigkeit.⁹

„Dem Volk allein und seinem heil’gen Rechte
Ist unser Tun, ist unsre Kraft geweiht;
Wir hassen des Betrugs gekrönte Knechte,
Und kämpfen kühn für die Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit ist unsres Bundes Zeichen,
Gerechtigkeit der Brüder festes Band,
Gerechtigkeit, von der wir niemals weichen,
Des Kampfes Ziel für Volk und Vaterland.

Gerechtigkeit ist unser ganzes Ringen
Gerechtigkeit im Krieg das Losungswort,
Gerechtigkeit das Schwert, das kühn wir schwingen
Für Völkerrettung und Tyrannenmord.“

7 Ilse, Geschichte, S.492f; Kowalski, Vorgeschichte, S.149; Schieder, Anfänge, S.45, Anm. 2; BdK, Bd. I, S.994f; Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S.233.

8 Siehe Kowalski, Vom kleinbürgerlichen Demokratismus, S.160.

9 Aus: Volksklänge. Eine Sammlung politischer Lieder, Paris 1841, S.181, Abdruck in: Schieder, Anfänge, S.46; Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S.234.

Noch blieb der Begriff „Gerechtigkeit“ unterwegs vom Politikverständnis der „Geächteten“ als Gegenbund zum Deutschen Bund der Fürsten, dem „Bund der Ungerechtigkeit“, zu jenem sozialradikalen Anspruch, der sich im Verlauf der Programmdebatte herauskristallisierte. Als poetischer Begleittext zu den im Vormonat verabschiedeten „Statuten des Bundes der Gerechtigkeit“ wird das Gedicht gelten dürfen.

Diesen Bundesnamen bestätigte Wilhelm Weitling ausdrücklich. Er, als Verfasser des Bundesprogramms 1838 in das oberste Leitungsorgan, die Volkshalle, kooptiert, musste es wissen. Durch erneute Falschdarstellung von Bundesgründung und Namensgebung herausgefordert, fand er sich Anfang 1853 in New York genötigt, beide Fragen zu klären. Hermann Ewerbeck hatte in seinem Buch „L'Allemagne et les Allemands“ Tatsachen und Zusammenhänge entstellt. Die deutschsprachige ikarische Zeitschrift „Der Communist“ veröffentlichte einen Auszug, der unwissende deutsche Einwanderer irreführen musste.

Während seines Besuchs in Cabets Kolonie hatte Ewerbeck den Abdruck eines deutschsprachigen Auszugs vermutlich angeregt und selbst übersetzt. Deutsche Einwanderer erfuhren daraus: „Unter unsäglichen Plackereien entstand zu Paris die geheime deutsche Verbindung der *Geächteten*, die sich jedoch bald in zwei Fraktionen spaltete; die Socialisten-Parthei löste sich ab unter dem Namen der deutsche Bund der Gerechten, während die andere Hälfte noch engherzig an dem Prinzip eines rein politisch socialen Deutsch-Patriotismus festhielt. Der deutsche Bund der *Gerechten* wurde unter Andern gegründet von Dr. Germain Mäurer, aus Rheinpreußen, und von Heinrich Ahrends, aus Riga in Rußland. – Volksschriften wurden in der deutschen Sprache verfaßt von Germain Mäurer und Andern. Die socialistischen Principien des Bundes der Gerechten waren von Anfang an die des Bürgers Cabet.“¹⁰

Dieser Beitrag im ikarischen „Communist“ tilgt Weitling als politischen Kopf, Verfasser des Programms, Redakteur des Bundesorgans und Autor weiterer sozialtheoretischer Schriften kurzerhand aus dem Gedächtnis der Arbeiterbewegung. Deutsche Einwanderer sollen ihre politische Zuflucht nicht in Weitlings „Arbeiterbund“, sondern in Cabets Kolonie „Icaria“ suchen. Deshalb durften Ewerbecks irreführende Angaben nicht unwidersprochen bleiben. Auf Zeitzeugen gestützt, rekonstruiert Weitling in seiner New Yorker Zeitschrift „Republik der Arbeiter“ die Tatsachen: „Ich wur-

10 Hermann Ewerbeck: *L'Allemagne et les Allemands*, Paris 1851, S.589; „Deutschland und die Deutschen“, in: *Der Communist*, Organ der Icarischen Gütergemeinschaft in Nauvoo, Nauvoo, Illinois, Januar 1853.

de 1835 in den Bund der Geächteten aufgenommen, muß also doch davon etwas mehr als Ewerbeck wissen, welcher erst im Jahre 1840 von Hohmann, jetzt Farmer in der Nähe von Chicago, aufgenommen wurde. Als ich im Jahre 1837 von Wien nach Paris zurückkehrte, fand ich, daß sämtliche Vorsteher des Bundes der Geächteten die oberste Behörde ausgeschlossen hatten, aus purem Ehrgeiz, aber unter dem Vorwande, weil diese sich selbst eingesetzt habe. Man wollte, daß diese Behörde künftig gewählt werde.

Diese Behörde hatte aber die Fäden in Deutschland in der Hand und begann sich in Paris eine neue Gesellschaft zu rekrutieren (sic!). Eine eigentliche Spaltung der Gesellschaft war es also nicht. Es war nur die Behörde abgespalten worden. Eine Socialisten-Parthei gab es zur Zeit der Spaltung auch noch nicht im Bunde. Ich wenigstens weiß von keinem solchen Gegensatze. Die sociale oder vielmehr kommunistische Parthei wurde erst durch meine Schriften geschaffen.

Der neue Name des Bundes war Bund der Gerechtigkeit. Weißenbach, jetzt in Peoria, hatte diesen Namen vorgeschlagen und durchgesetzt. Der deutsche Bund der Gerechten, wie ihn Ewerbeck nennt, wurde mit Hülfe von Dr. Mäurer organisirt, aber nicht von Dr. Mäurer gegründet. Derselbe war zwar ein altes, aber ein sehr nachlässiges Mitglied im Besuch der Versammlungen. Heinrich Ahrends aber, welcher jetzt in New York lebt und an Geisterklopferei glaubt, wurde erst im Jahre 1839 in den Bund aufgenommen. Volksschriften wurden allerdings von Germain Mäurer verfaßt, aber für sein Geld und für seine Rechnung. Unter den ‚Andern‘ kann Niemand anders gemeint sein, als ich. Meine Schriften aber wurden, nachdem ich dazu aufgefordert wurde und nach deren Prüfung auf allgemeine Kosten gedruckt.¹¹

Zu den erwähnten sozialistischen Schriften Cabets präzisiert Weitling, dass dessen erste kommunistische Schrift, „*Voyage en Icarie*“, erst 1840 erschien und folglich ebenso wie Cabets weitere Schriften erst nach Weitlings Ende 1838 gedruckter Programmschrift zur Kenntnis genommen werden konnte.¹²

11 Weitling an Cabet, in: Republik der Arbeiter, Centralblatt der Propaganda für die Verbrüderung der Arbeiter (New York), Jg. 4, Nr. 9, 26.2.1853, S.66. – Die Motive der Spaltung beurteilte der zum Zeitpunkt der Spaltung abwesende Weitling – nachträglich einseitig informiert – unzuverlässig.

12 Nach Weitling wurde „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte“, [Paris] Ende 1838 gedruckt und erschien, zur Täuschung der Polizei mit der Jahreszahl 1839. Siehe Menschheit, Vierte Aufl., Vorwort, S.4.

Ob Ewerbeck die Gründungsdokumente des Bundes je vor Augen hatte, darf bezweifelt werden. Mit seiner „Société des Justes“ stellte er zumindest Weichen für eine frankophone Historiografie, die es Hermann Semmig erleichterte, Ewerbecks „*L'Allemagne et les Allemands*“ nach Deutschland zu rangieren.¹³ Nach eigener Mitteilung hatte Ewerbeck in Deutschland Anfang 1843 „schon längst“ gemachte Statuten versandt, die die Organisation als „Verbrüderung der Gerechten“ bezeichneten. Die gedruckten Statuten habe man, weil „unumgänglich nötig für uns Pariser“, verbrannt, fügte er hinzu.¹⁴ Ein derart eigenmächtiges Verfahren widersprach zwar den in den Statuten für Änderungen festgelegten demokratischen Bestimmungen. Die unterschiedlichen Bedingungen in den europäischen Ländern erforderten auch in Weitlings Schweizer Gemeinden eine Aktualisierung der Statuten; nur dachte sonst niemand daran, den Bundesnamen zu ändern.

Die Leiter der Bundesgemeinden erwähnten nur die unter dem Titel „*Statuten des deutschen Bundes der Gerechtigkeit*“ bekannte Fassung. Weitling verstand seine Ausarbeitung des Programms als Auftrag der „Centralbehörde des deutsch-republikanischen Bundes der Gerechtigkeit“.¹⁵ Der Verfasser des Parallelentwurfs Karl Schapper begriff sich als eines der „Glieder des Bundes der Gerechtigkeit“.¹⁶ August Becker sprach spätestens 1845 stets vom „Bund der Gerechtigkeit“.¹⁷ Friedrich Mentel nannte seine Berliner Bundesgemeinde „Verein der Gerechtigkeit“.¹⁸ 1846 belehrte der Herausgeber des New Yorker „Volkstribun“ Hermann Kriege den Nationalrepu-

13 Siehe Hermann Semmig: Das deutsche Gespenst in Frankreich. Historisch-patriotische Phantasien, in: Orion, 1863, H. 2, S.860ff.

14 BdK, Bd. 1, S.153f., 164.

15 Weitling, Menschheit, 4. Aufl., Vorwort.

16 Karl Schapper: Gütergemeinschaft, (Paris 1838). Ein Original befindet sich in den 1839 bei Schapper beschlagnahmten Papieren; Archives Nationales, P, CC 739, scellé 2, pièce 2. Erstabdruck in: Schieder, Anfänge, S.319-327, Zitat S.319; ferner in: BdK, Bd. 1, S.98-107, Zitat S.99. Quellenkritische Analyse beider Entwürfe in: Jacques Grandjón/Hans Pelger: „Gütergemeinschaft“ (Juni bis Dezember 1838) – Materialien von Carl Schapper für die Grundsätze des Bundes der Gerechten, in: Walter Schmidt/Gustav Seeber (Hrsg.): Sozialismus und frühe Arbeiterbewegung. Studien zur Geschichte, H. 15, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1989, S.85-115, Zitat in beiden Entwürfen: S.188, 189.

17 Siehe August Becker: Les Doctrinaires et les Communistes dans la Suisse romande, Lausanne 1845, S.11; Ders.: Geschichte des religiösen und atheistischen Frühsozialismus, Erstausgabe von Ernst Barnikol, Kiel 1932, S.45, 47, 66.

18 Siehe [Karl Georg Ludwig] Wermuth/[Wilhelm] Stieber: Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts, Teil 1, Berlin 1853 (Reprint Hildesheim 1969), S.36ff.

blikaner Harro Harring, „unser Bund der Gerechtigkeit“ hat sich unmittelbar aus dem „Bund der Geächteten“ entwickelt.¹⁹ Im Herbst 1846 bemühte sich Friedrich Engels im Auftrag des Brüsseler kommunistischen Korrespondenz-Komitees, Mitglieder der Pariser Sektion mit der Marxschen Theorie bekannt zu machen. Wiewohl er dort vorwiegend mit Ewerbeck verkehrte, vermied er dessen Formel und bezeichnete die dortige Sektion korrekt als „Bund der Gerechtigkeit“.²⁰

Die Überwachungsbehörden des Deutschen Bundes benutzten in ihren Untersuchungsakten von 1841/42 zwar beide Formeln, bevorzugten jedoch die dem Mutterbund ähnliche Kurzform. So erwähnt der Bericht der Bundeszentralbehörde vom Oktober 1840 nur den „Bund der Gerechten“, der Bericht vom Januar 1841 den „Bund der Gerechten oder Bund der Gerechtigkeit“. Für die erste Annahme sprächen „alle betreffenden Dispositionen von Angeschuldigten“, für die letztere die inzwischen aufgefundenene Druckschrift.²¹ In den namentlichen Listen hingegen erscheint nur die Kurzform. Einer Statistik, die nur die Strafbarkeit der Verbindung registrierte und sich bei dem Sinn der Bezeichnung nicht aufhalten musste, mag deren sprachliche Nähe zum Bund der Geächteten bequemer erscheinen. In Verhörprotokollen zur Mitgliedschaft ein und derselben Person, etwa dem Hamburger Karl Friedrich Hoffmann, ist 1840 „Bund der Gerechten“, 1841 „Bund der Gerechtigkeit“ angegeben.²² Die Dokumentation der Polizeidirektoren von Hannover und Preußen von 1853 vergrößerte das Verfahren noch drakonischer: Obschon auch ihr die vollständigen Formeln vorlagen, rubrizierte sie den „Bund der Geächteten, der Gerechten und der Deutschen“ unter „Kommunisten-Verschörungen“.²³

Die Justiz hingegen, exakter Beweisführung verpflichtet, verfuhr genauer. Im öffentlichen Prozess gegen die Mannheimer Mitglieder des Bundes der Geächteten Ende 1842 eröffnete der Staatsanwalt die Sitzungen mit einem Überblick zur Geschichte und Struktur der politischen Verbindungen in Deutschland seit 1830. Er berichtete über die Stiftung des „deutschen Bundes der Geächteten“ und über die Bildung des „deutschen Bun-

19 Hermann Kriege an Harro Harring, in: *Der Volkstribun. Organ des Jungen Amerika* (New York), Nr. 10, 7.3.1846, S.4.

20 Engels an das Kommunistische Korrespondenzkomitee, Paris, 23. Oktober 1846, in: *BdK*, Bd. I, S.428.

21 Siehe Ilse, *Geschichte*, S.486, 489; Kowalski, *Vom kleinbürgerlichen Demokratismus*, S.227, 229.

22 Abdruck in: *BdK*, Bd. 1, S.114f., 116.

23 Siehe Wermuth/Stieber, *Kommunisten-Verschörungen*, S.9, 22.

des der Gerechtigkeit“ und ließ in beiden Fällen die „Statuten des Bundes des Geächteten sowie des Bundes der Gerechtigkeit“ vom Gerichtsschreiber vorlesen.²⁴ Ob das auch für Hunderte anderer Gerichtsakten gelten kann, muss offen bleiben.

Wiewohl es scheint, als habe die polizeiliche Registratur die Kurzformel im „öffentlichen Bewusstsein“ gleichsam „amtlich“ erhärtet, triumphierte der eigentliche Name noch während und nach der Revolution von 1848 über amtliche Oberflächlichkeit. Mit dem subtilen Instinkt des Gegners denunzierte die „Preußische Zeitung“ den „Bund der Gerechtigkeit“ als Träger des ersten Demokraten-Kongresses und Stifter der demokratischen Vereine, die den Sturz aller europäischen Dynastien bezweckten.²⁵ Der Gießener Polizeikommissar Lorenz Nover spricht ebenfalls vom „Bund der Gerechtigkeit“.²⁶

Der Bund der Gerechtigkeit vermied aus Rücksicht auf seine Illegalität in den Staaten des Deutschen Bundes und aus Bedacht auf die Geheimhaltungspflicht der Mitglieder in eigenen Verlautbarungen eine öffentliche Selbstbezeichnung. In legalen Arbeitervereinen übernahm er gewöhnlich deren Vereinsnamen. Dennoch begründete noch das Rundschreiben des ersten Kongresses des Bundes der Kommunisten vom Juni 1847 – freilich etwas leichtfertig – die Namensänderung damit, „daß der alte Name am allerwenigsten das aus[drückt], was wir wollen. Wie viele wollen nicht Gerechtigkeit, d. h. das, was sie Gerechtigkeit nennen, ohne daß sie darum Kommunisten zu sein brauchen“.²⁷

Noch 1876 erinnerte sich Karl Marx – wenn auch ein wenig unsicher – öffentlich der „Gesellschaft: Bund der Gerechtigkeit“, die 1849 aufgelöst worden sei.²⁸ In der Historiografie setzte sich die Kurzform durch und verdrängte die originäre. Bestärkt wurde der laxer Umgang mit dem „Bund der

24 Siehe Mannheimer Abendzeitung, Nr. 171 und 173, 18. und 19.11.1842 (Korrespondenz).

25 Zit. nach: Wehr Dich! Ein demokratisches Volksblatt für Oberhessen und Starkenburg, Nr. 12, 16.1.1849, S.46f.

26 Siehe Lorenz Nover: Über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1814-1852, [Handschrift S.40.]: Druck: Die Verschwörungen und Revolutionen des 19. Jahrhunderts, Gießen 1850/1861.

27 BdK, Bd.1, S.481. Die Bearbeiter ergänzen die im Text des Dokuments gebrauchte Abkürzung „BdG“ demgemäß zu „Bund der Gerechtigkeit“, sprechen aber in der kommentierenden Fußnote wie gewöhnlich vom „Bund der Gerechten“.

28 Siehe Aus einem Bericht über das 36. Stiftungsfest des Londoner Arbeiterbildungvereins, 7. Februar 1876, aus: Der Volksstaat, Leipzig, Nr. 24, Abdruck in: BdK, Bd. 3, S.383.

Gerechtigkeit“, zumal in Dokumentenbänden „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten“ vermutlich durch Ungenauigkeiten im diesbezüglichen historischen Abriss von Friedrich Engels aus dem Jahre 1885. Engels bedauerte immerhin, dass ihm nach einem halben Jahrhundert das für die Abfassung dieser Skizze von Marx und ihm „gesammelte reichhaltige Material zur Geschichte jener ruhmvollen Jugendzeit der internationalen Arbeiterbewegung“ fehle.²⁹ Wir, Historiker der Folgezeit, können für unseren nachlässigen Umgang mit historischen Sachverhalten solche Entschuldigungsgründe längst nicht mehr geltend machen.

²⁹ Friedrich Engels, *Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten* (1885), in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke* (MEW), Bd. 21, S.206-224, hier S.206.

Karl Marx und die geologischen Wissenschaften. Zum Erscheinen des MEGA-Bandes IV/26

Peter Kurt Krüger

In seinem 60. Lebensjahr beschäftigte sich Karl Marx im Jahre 1878 intensiv mit geologisch-mineralogischen Lehrbüchern, meist in Bezug auf die Landwirtschaft, und legte zum eigenen Verständnis mehrere Exzerptheft an. Deren Entzifferung erfolgte durch eine Editions- und Forschungsgruppe an der Humboldt-Universität zu Berlin, Bereich Wissenschaftsgeschichte in den Jahren 1985 bis zu ihrer Auflösung 1992. Daran waren unter der Leitung eines Wissenschaftshistorikers und Mineralogen eine Agrarhistorikerin, ein Geograf, eine Chemikerin, ein Philosoph (gleichzeitig Experte für Englisch) und eine Informatikerin beteiligt. Ergebnis der Arbeiten war ein Manuskript von 1.037 Seiten, das die Grundlage für den MEGA-Band IV/26 bildete.¹

Interessant ist die Publikationsgeschichte zu den geologisch-mineralogischen und agrochemischen Studien von Marx. Als erste Veröffentlichung wurden im „Karl Marx Album“ 1953 im Berliner Dietz Verlag zwei geologische Profile und chemische Tabellen publiziert.² Kurt Reiprich gehörte zu den ersten, die im Moskauer Archiv der KPdSU die (z. T. sehr schlechten) Fotokopien Rjasanows studierten und in der DDR veröffentlichen konnten.³ Martin Guntau erhielt als Präsident der Internationalen Vereinigung der Geologie-Historiker (INHIGEO) die Möglichkeit, in den Archiven des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte Amsterdam die geologischen Original-Exzerpte von Marx zu studieren und darüber zu publizieren.⁴ In dem Beitrag „Karl Marx und die Geologie“ von 1984 zitierte

1 Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Vierte Abteilung, Bd. 26: Karl Marx: Exzerpte und Notizen zur Geologie, Mineralogie und Agrikulturchemie, März bis September 1878, bearb. von Anneliese Griese, Peter Krüger, Richard Sperl unter Mitwirkung von Peter Jäckel, Daniel Neuhäus, Manfred Neuhäus und Gerd Pawelzig, Berlin 2011.

2 Siehe Karl Marx Album, hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Berlin 1953, S.117.

3 Siehe Kurt Reiprich: Das Studium geologischer Arbeiten durch Karl Marx, in: Berichte der Deutschen Gesellschaft für geologische Wissenschaften, A 13 (1968) 1, S.17-23; Ders.: Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1969.

4 Siehe Martin Guntau: Karl Marx und die Geologie, in: Mitteilungen der Gesellschaft für

er Marx 1844 aus dessen Arbeit „Zur Kritik der Nationalökonomie“: „Die Erdschöpfung hat einen gewaltigen Stoß erhalten durch die Geognosie, d. h. durch die Wissenschaft, welche die Erdbildung, das Werden der Erde, als einen Prozeß, als Selbsterzeugung darstellt. Die generatio sequivoca ist die einzige praktische Widerlegung der Schöpfungstheorie.“⁵ Auch der Senior der Wissenschaftsgeschichte in der DDR, Friedrich Herneck, beschäftigte sich intensiv mit dem „Beitrag der geologischen Wissenschaften zum Weltbild des 19. Jahrhunderts“.⁶ Klaus Wenig behandelte das „Naturphilosophische Denken in der Mitte des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung von Geologie und Paläontologie“.⁷ Wichtig waren auch die Beiträge von Otfried Wagenbreth „Dampfmaschine und Geologie, ein Beispiel für Wechselwirkungen zwischen Produktionsmittel und Wissenschaft zur Zeit der Industriellen Revolution“⁸ und Günter Freyer „Die erste Periode der Geologischen Landesuntersuchung in Sachsen als Folge der Industriellen Revolution in Deutschland“.⁹ Diese Aufsätze erläuterten sehr gut das geowissenschaftliche Umfeld der naturwissenschaftlichen und geologischen Studien von Marx. Eine Übersicht über die natur-

Geologische Wissenschaften der DDR, 12 (1984) 1, S.3-5; Ders.: Die geologische Erkenntnis in der Periode der industriellen Revolution, in: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Industrielle Revolution, Berlin 1982, S.155-165; Ders.: Die Genesis der Geologie als Wissenschaft: Studie zu den kognitiven Prozessen und gesellschaftlichen Bedingungen bei der Herausbildung der Geologie als naturwissenschaftliche Disziplin an der Wende vom 18. zum 19. Jh. (Schriftenreihe für Geologische Wissenschaften, H. 22), Berlin 1984.

5 Karl Marx: Zur Kritik der Nationalökonomie. Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: Marx/Engels: Kleine ökonomische Schriften, Berlin 1952, S.138; siehe auch Ders.: Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844, Leipzig 1988 (mit ausführlicher Einleitung), S.169.

6 Friedrich Herneck: Der Beitrag der geologischen Wissenschaften zum Weltbild des 19. Jahrhunderts, in: Berichte der Geologischen Gesellschaft der DDR, 9 (1964), S.59-73; auch in Ders.: Wissenschaftsgeschichte. Vorträge und Abhandlungen, Berlin 1984, S.135-151.

7 Klaus Wenig: Naturphilosophisches Denken in der Mitte des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung von Geologie und Paläontologie, in: Zeitschrift für geologische Wissenschaften, 16 (1988) 1, S.19-23; die „Zeitschrift für Geologische Wissenschaften“ edierte 1988 zwei Hefte zum Problemkreis „Geologie und Industrielle Revolution“ (H. 1 und 2) mit hervorragenden Beiträgen zu dieser Frage.

8 Otfried Wagenbreth: Dampfmaschine und Geologie, ein Beispiel für Wechselwirkungen zwischen Produktionsmittel und Wissenschaft zur Zeit der Industriellen Revolution, in: Zeitschrift für Geologische Wissenschaften, 16 (1988) 1, S.7-17.

9 Günter Freyer: Die erste Periode der Geologischen Landesuntersuchung in Sachsen als Folge der Industriellen Revolution in Deutschland, in: ebenda, S.25-30.

wissenschaftlichen Studien von Marx erarbeiteten 1989 Jäckel/Krüger,¹⁰ die sie 1997 in einer aktualisierten Ausgabe vorlegten. Hier hieß es: „Die editorisch-kritische Beschäftigung mit den Marxschen Exzerpten und Studien zu verschiedenen naturwissenschaftlichen Problemkreisen (Agrochemie, Bodenkunde, Mineralogie, Geologie, zur Rolle mineralischer Rohstoffe; zu Chemie, Physiologie, Physik u. a.) ergab eine erstaunliche Vielzahl von Beispielen, wie sich Marx vor allem nach 1875 intensiv in diese Fragen hineingearbeitet hat. Besonders dort, wo die exzerptierten Bücher mit all ihren Arbeitsspuren erhalten sind und mit den Exzerpten verglichen werden können, ergeben sich sowohl für den Erforscher des Marxschen Theoriegebäudes und dessen Entwicklung, als auch für den Wissenschaftshistoriker interessante Erkenntnisse.“¹¹

Diese aktualisierte Übersicht erschien in dem Sammelband „Karl Marx – zwischen Philosophie und Naturwissenschaften“. Der von Anneliese Griese und Hans Jörg Sandkühler herausgegebene Band nahm eine wichtige Stellung in der Vorbereitung des MEGA-Bandes IV/26 ein. Es waren vor allem die tief schürfende Analyse der naturwissenschaftlichen Studien von Karl Marx durch Anneliese Griese¹² und die epistemologische Kritik Hans Jörg Sandkühlers zur Marxschen Bezugnahme auf die Naturwissenschaften,¹³ in denen der Leser viele Grundlagen für die Beurteilung der Marxschen Studien zu den Naturwissenschaften findet. So zitierte A. Griese das künftige Programm der naturwissenschaftlichen Studien von Marx: „Die *Industrie* ist das *wirkliche* geschichtliche Verhältnis der Natur und daher der Naturwissenschaften zum Menschen; wird sie daher als *exoterische* Enthüllung der menschlichen *Wesenskräfte* gefaßt, so wird auch das *menschliche* Wesen der Natur oder das *natürliche* Wesen d[es] Menschen

10 Siehe Peter Jäckel/Peter Krüger: Die naturwissenschaftlichen Studien im Werk von Karl Marx, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Reihe Gesellschaftswissenschaften: Marx-Engels-Forschung und -Edition an der Humboldt-Universität zu Berlin, 38 (1989) 3, S.297-304; Dies.: Aktualisierte Übersicht über die naturwissenschaftlichen Exzerpte von Karl Marx (1846 bis 1882), in: Anneliese Griese/Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): Karl Marx – zwischen Philosophie und Naturwissenschaften (Philosophie und Geschichte der Wissenschaften, Bd. 35), Frankfurt/Main u. a. 1997, S.93-104.

11 Ebenda, S.93.

12 Anneliese Griese: Die naturwissenschaftlichen Studien von Karl Marx: zwischen philosophischer Tradition und modernem Wissenschaftsverständnis, in: Dies./Sandkühler (Hrsg.): Karl Marx, S.15-44; siehe auch Peter Krüger: Karl Marx und seine naturwissenschaftlichen Studien. Einblicke in die MEGA-Forschung, in: Dialektik, 1992, H. 1, S.127-132.

13 Siehe Hans Jörg Sandkühler: Zwischen Philosophien und Wissenschaften. Eine epistemologische Kritik der Marxschen Bezugnahme auf die Naturwissenschaften, in: Griese/Sandkühler (Hrsg.), Karl Marx, S.45-89.

verstanden, daher die Naturwissenschaft ihre abstrakt materielle oder vielmehr idealistische Richtung verlieren und die Basis der *menschlichen* Wissenschaft werden, wie sie jetzt schon – obgleich in entfremdeter Gestalt – zur Basis des wirklich menschlichen Lebens geworden ist [...]. Die Naturwissenschaft wird später eben so wohl die Wissenschaft von d[em] Menschen, wie die Wissenschaft von d[em] Menschen die Naturwissenschaft unter sich subsumieren: es wird *eine* Wissenschaft sein.“¹⁴ A. Griese unterstrich, dass Marx erst durch seine Studien empirischer Wissenschaften die materialistische Geschichtsauffassung systematisch ausarbeiten konnte. Ich selbst befasste mich in Vorbereitung der Edition des MEGA-Bandes IV/26 intensiv mit den Innovationen in der (internationalen) Geologie und ihren möglichen Einflüssen auf die Beschäftigung des „alten“ Marx mit geowissenschaftlichen Problemen und der Entstehung seiner umfangreichen Exzerpte sowie mit einigen möglichen Motiven seiner entsprechenden Studien nach 1870.

Fünf Gründe untermauern aus meiner Sicht, weshalb sich Marx so intensiv mit Geologie beschäftigt hat:

Erstens dürfte sein Naturkundelehrer am Trierer Gymnasium, der seinerzeit in Europa bekannte Geologe Johann Steiniger (1794-1874), der vor allem als Vulkanologe in Paris bei Lamarck, Cuvier, Laplace und Alexander von Humboldt studiert hatte, seinen Schülern und also auch Karl Marx die Grundlagen der Geologie und Erdgeschichte beigebracht haben.

Zweitens war das die in den 40er-Jahren des 19. Jahrhunderts von Marx erarbeitete materialistische Geschichtsauffassung, die die Einheit von Mensch und Natur postulierte und ihn über das Verständnis der Menschheits-Geschichte zum Verständnis für deren Grundlagen befähigte und an die Erd-Geschichte heranführte.

Drittens beeinflusste ihn die Dokumentation der Entwicklungslehre durch die Paläontologie und Stratigraphie, also die historische Geologie, in die Marx vor allem durch sein Studium des Lehrbuchs von Jukes/Geikie „The student’s manual of geology“ eindringen konnte.

Viertens war dies die persönliche Bekanntschaft mit Geologen, vor allem mit John Roche Dakyns (1836-1910)¹⁵ und George William Lamplugh (1859-1926),¹⁶ mit denen Marx und Engels lange Jahre freundschaftliche Kontakte und Briefwechsel pflegten.

14 MEGA – Bd. 2 I/2, S.272, auch in: Karl Marx/Friedrich Engels Werke (MEW): Ergänzungsbd. Erster Teil, S.543f.

15 Siehe die Artikel von Rosie Rudich und Roy Whitfield in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Bd. 18, Berlin 1985, hierin auch viele Abb.

16 Siehe Autorenkollektiv: Friedrich Engels. Sein Leben und Wirken, Moskau 1973, S.592f.

Fünftens dürfte Marx in den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts seine Agrartheorie und hier besonders die Fragen der Differentialrente als überarbeitenswert erkannt haben, denn es waren nicht nur der Freiheitsgrad der Bauern, sondern auch die Naturbedingungen und vor allem die Gesteine und Böden als Träger der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, die nun für Marx wichtige Faktoren bildeten.

Marx stand zudem unter dem Eindruck der Diskussion zur Rolle der Geologie im gesellschaftlichen Bewusstsein Großbritanniens. Die Geologie spielte wegen der Fülle von Kanal-, Tunnel- und Straßenbauten sowie der vielen Eisenbahntraversen quer durch Britannien eine enorme Rolle z. B. in der täglichen Presse. Es bildete sich eine bestimmte Facharbeitergattung heraus, Spezialisten, die wussten, wie die unterschiedlichen Gesteinsarten zu behandeln waren. Zahlreiche staatliche und vor allem private geologische Gesellschaften entstanden, im Zeitraum von 1800 bis 1950 waren es 91, von denen die meisten zwischen 1830 und 1880 gegründet wurden. Der private Bücherkauf warf ein deutliches Bild auf das bürgerliche Geistesleben; ein britischer Publizist meinte, dass bei Buchkäufen auf einen Roman fünf Exemplare eines kostspieligen geologischen Werkes kamen.¹⁷ Eine große Bedeutung kam der 1831 gegründeten „British Association for the Advancement of Science“ zu, die für die bürgerlichen Schichten des Inselreiches ein Diskussions- und Arbeitsforum bei der Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse darstellte. Bei der Organisation der jährlichen Kongresse und in der Arbeit der Gesellschaft spielten Geologen eine wesentliche Rolle; fast die Hälfte der „officers“ der Assoziation waren Geologen.¹⁸ Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse und ihrer Anwendung in der Technik spielte auch die „Great Exhibition at the Crystal Palace“, die 1851 ihre Pforten schloss und 1854 in einem anderen Londoner Stadtteil neu aufgebaut wurde. Das Umfeld wurde als Urvweltlandschaft mit Dinosauriern und anderen paläontologischen Neufunden gestaltet.¹⁹

Die Familie Marx besuchte im Rahmen der sonntäglichen „Penny-Vorlesungen“ bekannter Wissenschaftler in London auch Geologie-Vorlesungen. Das geht aus einem Brief von Jenny Marx an Johann Philipp Becker aus dem Jahre 1866 hervor: „Die ersten Männer der Wissenschaft, Huxley (Darwins Schule) an der Spitze, mit Charles Lyell, Bowring, Car-

17 Siehe St. F. Mason: Geschichte der Naturwissenschaften in der Entwicklung ihrer Denkweise, Stuttgart 1961.

18 Siehe Robert H(enry) Murray: Science and Scientists in the Nineteenth Century, London (1925); auch bei O(sbert) J(ohn) R(adcliffe) Howarth: The British Association for the Advancement of Science: a retrospect 1831-1931, London 1931.

19 Siehe David Norman: Dinosaurier; München 1991, S.14-17 mit vielen zeitgenössischen Abb.

penter usw. geben in St. Martin's Hall höchst aufgeklärte, wahrhaft kühne, freigeistige Vorlesungen für das Volk, und zwar an Sonntagabenden, gerade zu der Stunde, wo sonst die Schäflein zur Weide des Herrn pilgerten; die Halle war massenhaft voll und der Jubel des Volkes so groß, daß am ersten Sonntagabend, wo ich mit meiner Familie zugegen war, mehr als 2000 Menschen keinen Einlaß mehr in den zum Ersticken angefüllten Raum finden konnten [...] Zum Ärger der Frömmelbande schlossen die Abende auch noch mit Musik. Chöre von Händel, Mozart, Beethoven, Mendelssohn und Gounod wurden gesungen und mit Enthusiasmus von den Engländern aufgenommen“.²⁰ Und ihre Tochter Jenny, 23 Jahre alt, schrieb an ihre 13-jährige Schwester Eleanor 1868: „Es ist sehr schade, daß Du die letzte Vorlesung von Huxley verpaßt hast. Es war seine beste. Er hatte Tierbilder mitgebracht, die Dich begeistert hätten. Gigantische, heute ausgestorbene Reptilien, große Meeresechsen, vogelartige Wesen von 10 Fuß Höhe. Von Vögeln gibt es noch keine Knochenreste, aber wir kennen Spuren von ihnen in Gestalt von Fußabdrücken in Sandstein. Dann sprach er von den Säugetieren, von deren Existenz man bisher nur Zähne in Gesteinen in Deutschland, Zähne eines kleinen Säugetieres, gefunden hat, und in Nordamerika in Gesteinen des gleichen Alters ein Zahn, ähnlich denen von Beutelratten, wie sie heute in Australien leben. Er erklärte die ständige Aufeinanderfolge und Veränderung der Formen von Art zu Art, von Gattung zu Gattung, bis sie sich zu den Formen unserer Tage entwickelt hätten [...] Er versetzte den Theologen manche Hiebe, was die Zuhörer begeisterte.“²¹

Frucht der Beschäftigung von Marx mit geologischen, mineralogischen und agrochemischen Fragen sind seine im MEGA-Band IV/26 zusammengefassten Exzerpte und Notizen. Die Bearbeiter vermerken auf Seite 692 des Apparates: „Der vorliegende Band ist thematisch orientiert. Die von Marx exzerpierten Schriften beinhalten neuere Erkenntnisse aus Geologie, Mineralogie und Agrikulturchemie. Allerdings sind die Grenzen dieser Disziplinen fließend, wandelte sich im Laufe der Zeit der Inhalt der sie definierenden Begriffe. Während manche Autoren (darunter Friedrich Schoedler) unter Mineralogie alle geowissenschaftlichen Forschungen subsumierten, bestimmten andere (z. B. Archibald Geikie) Geologie als den umfassenderen Begriff. Unter Agrikulturchemie wurde ein spezifischer

20 [Aus einem Brief von Jenny Marx an Johann Philipp Becker vom 29. Januar 1866], in: MEW, Bd. 16, S.510f.

21 Brief Jenny Marx (Tochter) an Eleanore Marx vom Juni 1868; in: Olga Worobjowa/Irma Sinelnikowa: Die Töchter von Marx, Berlin 1984, S.56.

Teil der Landwirtschaftslehre verstanden, der ursprünglich von der Chemie ausging, später aber auch weitere Wissenschaftszweige einschloß. Dieser enge Zusammenhang zwischen Geologie, Mineralogie und Agrikulturchemie zeigt sich auch in den Exzerpten.“ Und weiter: „Die Besonderheit als thematischer Band verbindet IV/26 mit dem 1999 erschienenen Band IV/31, in dem sich neben naturwissenschaftlichen Exzerpten und Notizen von Friedrich Engels (entstanden in Verbindung mit der „Dialektik der Natur“) Marx' Exzerpte zur anorganischen und organischen Chemie sowie zu Fragen der Elektrizität und ihrer technischen Nutzung befinden.“

Band IV/26 enthält Marxsche Exzerpte und Studententexte aus Werken von John Yeats zur Naturgeschichte der Rohstoffe des (vorwiegend) britischen Handels (1872, englisch); von Friedrich Schoedler aus dem „Buch der Natur“ (1872, 23 Auflagen im 19. Jahrhundert !), das einen Überblick über das Naturreich in seiner Gesamtheit geben sollte (deutsch); von James Finlay Weir Johnstons „Elemente der Agrikulturchemie und Geologie“ (1856, englisch); aus dem ersten Jahresbericht des Büros für Arbeitsstatistik des Staates Ohio/USA von 1877 (englisch); von Johann Gottlieb Koppes „Unterricht im Ackerbau und in der Viehzucht (1873, deutsch); von Matthias Jacob Schleidens/Ernst Erhard Schmidts „Encyclopädie der gesamten theoretischen Naturwissenschaften, für Landwirthe bearbeitet“ (1850, deutsch) und schließlich als wichtigstes vom fast vollständig exzerpierten Lehrbuch „Des Studenten Handbuch für Geologie“ (englisch) von Joseph Beete Jukes, das 1872 von Archibald Geikie überarbeitet und in 3. Auflage 1872 herausgegeben wurde, mit einem Umfang des Exzerptes von 537 Seiten im Textband. Marx zeichnete aus diesem Lehrbuch sogar 100 geologische Skizzen und Profile ab und übertrug diese in seine Exzerptheften, was unter anderem von seinem wachsenden Interesse an den geologischen Wissenschaften kündigt. In den Band IV/26 wurden noch weitere Abbildungen übernommen, z. B. Frontblätter der exzerpierten Bücher und ganze Seiten aus den Exzerptheften von Marx.

Bei seinen Studien des Lehrbuches von Jukes/Geikie und bei der Anfertigung der Exzerpte wich Marx von der Gliederung des Lehrbuches ab und nahm eine eigene Reihenfolge vor. „Marx hat beim Exzerpieren des ‚Manual of geology‘ alle Teile des Buches berücksichtigt und offenbar eine gewisse Vollständigkeit angestrebt, nur die letzten 90 Seiten finden keine Beachtung mehr. Er beginnt mit Part II, der die Überschrift trägt: ‚Geological agencies, or dynamical geology‘. Es folgt Part III, die ‚Palaeontology‘. Dann erst kommt Part I, die ‚Geognosy‘ oder Gesteinskunde mit den Abschnitten ‚Lithology‘ und ‚Petrology‘ und schließlich Part IV, behandelnd die „Stratigraphical geology“ oder die Geschichte der Bildung

von Gesteinsfolgen“.²² Das Lehrbuch von Jukes/Geikie studierte Marx in der British Library, wie eine radierte handschriftliche Eintragung in dieses Buch beweist. Dieses Lehrbuch mit vielen Lesespuren konnte bei unseren Arbeiten in der British Library im Jahre 1993 nachgewiesen werden.²³

Während Marx also das Lehrbuch „The student’s manual of geology“ fast vollständig (manchmal Satz für Satz, manchmal zusammengefasst und mit eigenen Worten wiedergegeben) exzerpierte, wählte er aus den anderen Büchern nur bestimmte Abschnitte aus. Bei Yeats waren es nur die Kapitel über die klimatischen und geologischen Voraussetzungen für die Entstehung mineralischer, vegetabilischer und animalischer Rohstoffe; bei Schoedler der Abschnitt „Mineralogie“; bei Johnston die Beziehungen von Geologie zur Agrikultur; bei dem First Annual Report von Ohio nur die Einleitung sowie die Kapitel „Labor“ und „Agriculture and colonisation“; bei Koppe der Anhang mit dem Titel „Der Kulturboden, dessen Entstehung, Bestandteile und Eigenschaften“. Bei Schleiden/Schmid wählte Marx aus Band I den Abschnitt „Landwirthschaftliche Mineralogie“, aus Band II den Abschnitt „Geognosie“ mit Betrachtungen über Gesteinsarten und deren Entstehung aus. Die Bücher von Yeats, Johnston und Schleiden/Schmid befanden sich in der Privatbibliothek von Marx; viele Anstreichungen, Unterstreichungen und Randfiguren zeugen von Marx’ intensiver Studienarbeit.

Marx verfasste den größten Teil seiner geologisch-mineralogischen Exzerpte, besonders des umfangreichen Jukes/Geikie-Exzerptes, in einer deutsch-englischen Mischsprache, was die Entzifferung (angesichts seiner schwer lesbaren Handschrift) zusätzlich erschwerte. Hier ein Beispiel: „*C. The Rocks, Origin, Classification etc. Geologen verstehn unter rock alle bedeutenden Accumulations v. mineral matter, hard or soft, compact od. incoherend; so soft clay, loam, loose sand – alles das „rock“. Mineralogy, für geological research, meist study der genetic relations of minerals, ihrer modes of production u. der circumstances necessary or conductive to their apparence in den positions u. combinations, worin sie jetzt gefunden.*“²⁴

„Die Exzerpte zur Geologie, Mineralogie und Agrikulturchemie wurden

22 Aus der Einführung zum MEGA-Bd. IV/26, in: Apparatebd., S.695.

23 Siehe Peter Krüger/Uta Puls: Eine bisher unbekannte handschriftliche Notiz von Marx in einem Geologie-Lehrbuch von 1872, in: MEGA-Studien, hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Berlin 1995, H. 1, S.109-116.

24 Anfang Exzerptseite 149 der Marxschen Abschrift des Lehrbuches „The student’s manual of geology“ von Jukes/Geikie, im vorliegenden Textbd. des MEGA-Bd. IV/26 auf S.364. Kursiv gedruckt sind alle Worte, die im Marxschen Exzerpt unterstrichen sind.

von Marx nicht mehr in seinen Schriften verarbeitet. Er hat sie nirgends erwähnt oder gar erläutert, welche Zielstellung er speziell mit ihnen verband. Sie gehören in jene Schaffensperiode, in der auch die umfangreichen Exzerpte zur Physiologie (1876) und zur anorganischen und organischen Chemie (Mitte 1877 bis Anfang 1883) entstanden sind. In dieser Zeit hat sich Marx mit besonderer Intensität dem Studium der empirischen Wissenschaften gewidmet. [...] In Marx' letztem Lebensjahrzehnt entsteht ungefähr ein Drittel aller seiner überlieferten Exzerpte.²⁵

Die Überlieferung der in den MEGA-Band IV/26 aufgenommenen Exzerptheft wird ausführlich in der Einführung des Apparatebandes beschrieben. Als erster aus Marx' Umgebung hat Friedrich Engels nach Marx' Tod zwischen März 1883 und April 1884 von diesen Exzerpten Kenntnis genommen.²⁶

Die Arbeiten am MEGA-Band IV/26 wurden im Juni 2011 abgeschlossen. Besonderen Anteil an der Fertigstellung und ästhetischen Gestaltung des Text- und des Apparatebandes haben Prof. Anneliese Griese und Richard Sperl, aber auch der damalige IMES-Sekretär und Leiter des MEGA-Projektes der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Manfred Neuhaus. Dessen Bemühungen um die Weiterführung der Herausgabe von MEGA-Band IV/26 nach jahrelanger Pause und die Beschaffung von Finanzmitteln, aber auch seine aktive Popularisierung der MEGA-Vorhaben in der Presse waren für die Fertigstellung des Bandes wichtig. Für das Layout der umfangreichen und komplizierten Texte und der nicht einfachen geologischen Abbildungen sei auch Daniel Neuhaus genannt.

Der MEGA-Band IV/26 erlaubt einen tiefen Einblick in das „geistige Labor“ von Karl Marx. Er eröffnet Blicke in die Entstehungsgeschichte der geologisch-mineralogischen und der agrikulturchemischen Studientexte und in die Methodik der Aneignung dieser speziellen naturwissenschaftlichen Texte durch Marx, seine Methode des Vor-Lesens der Buchseiten und des Nach-Schreibens der Exzerpte.²⁷ Der Band ist ein neuer Baustein

25 MEGA – Bd. IV/26, Apparate-Bd., S.697f.

26 Siehe ebenda, Apparatebd., S.734-736.

27 An dieser Stelle sei auf interessante Besprechungen des MEGA-Bd. IV/26 verwiesen, die auch ganzseitige Abbildungen aus den Marx-Exzerpten enthalten: Rainer Holze: MEGA IV/26: Marx' Exzerpte zur Geologie in: Z, Nr. 88, Dezember 2011, S.1-4; Gert Lange: Was die Steine der Gesellschaft erzählen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.2.2012, S. N 4; Martin Hundt: Neuer MEGA-Band erschienen – Was Marx bei Geologen suchte. Das Bündnis Geist und Natur, in: Neues Deutschland, 24.5.2012, S.17. Sehr interessant

in der und für die Marx-Forschung und sollte unter den Experten dieses umfangreichen Gebietes, aber auch unter Wissenschaftshistorikern, speziell Geologie-Historikern weite Verbreitung finden.

und sowohl dem Marxforscher als auch dem Geologehistoriker zum Studium empfohlen sei die Radio-Sendung „Karl Marx und die Geologie: Die Würde der Erde“ von Konrad Lindner, mit vielen Hinweisen auf Vorarbeiten und Arbeiten an den beiden Bd. des ME-GA-Bd. IV/26, gesendet am Donnerstag, 5.4.2012 von 22.04 bis 23.00 Uhr auf Kulturradio rbb (92,4 MHz); Beiträge von Manfred Neuhaus, Anneliese Griese und anderen Wissenschaftlern. Das Manuskript der Sendung (20 Seiten) kann vom Sender über Tel. 030-97993-33210 bezogen werden.

Arbeiterbewegung und Technikkritik in Deutschland. Aspekte einer Beziehungsgeschichte

Peter Hübner

Technikanwendung und Technikfolgen stehen seit Jahren in Deutschland im Zentrum einer ebenso emotional wie berechnend geführten politischen Debatte, in der immer wieder ein Motiv aufscheint – Angst.

„Wir Deutschen haben Technik und Politik an die Kette gelegt – denn wir scheuen stets das Risiko“, meinte Herfried Münkler in einem „Spiegel“-Essay und fuhr fort: „Sicherheitswahn kann unsere Gesellschaft auch lähmen.“¹ Aus „German Angst“² lässt sich jedoch auch Profit schlagen. Eine geschäftstüchtige Versicherungsbranche beispielsweise verspricht der „scheuen“ Kundschaft Sicherheit bis ins Grab. Es war keine Parodie, sondern durchaus ernst gemeint, als im Oktober 2008 eine deutsche Versicherung mit dem Angebot warb: „Trauerfall-Direktenschutz. Lebenslange Todesfallversicherung. Mit Zufriedenheits-Garantie“.³ Das entsprach auf originelle Weise einem Zeitgeist, der von der bequemen Warte eines hohen Lebensstandards und vor dem Hintergrund – noch immer – leistungsfähiger sozialer Sicherungssysteme die Risiken moderner Existenz weitestgehend eliminiert sehen möchte.

1. Sozial differenzierte Interessenlagen

Woher das kommt und wer die sozialen Träger solchen Denkens sind, darüber wird schon einige Zeit nachgedacht.⁴ Seit „Stuttgart 21“ und den Berliner Fluglärmprotesten glaubt man die „Mittelschicht“ als Hauptquelle entdeckt zu haben. Tatsächlich, so scheint es, sind Arbeiter bei derartigen Gelegenheiten eher selten anzutreffen. Das spricht für eine unterschiedliche Perzeption von Technik und Technikfolgen. Hier kann man sozial differenzierte Interessenlagen erkennen. Staatlich alimentierte Professoren, Lehrer, Juristen, Verwaltungsbeamte, von Diäten zehrende Poli-

1 Siehe Herfried Münkler: Sicherheit und Risiko, in: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,druck-753623,00.html> (31.03.2011).

2 Siehe Sabine Bode: Die deutsche Krankheit – German Angst, 2. Aufl., Stuttgart 2007.

3 Werbeschrift der Karstadt-Quelle-Versicherungen vom 10.10.2008.

4 Siehe Wolfgang Klemes: Die unbewältigte Moderne: Geschichte und Kontinuität der Technikkritik, Frankfurt/Main 1988.

ker usw. mögen die Angelegenheit anders betrachten als Unternehmer und diese wiederum anders als Arbeiter, denen es in erster Linie um Arbeitsplätze und damit um ihre Existenzgrundlage geht.

Solche klassenspezifischen Perspektiven spielten bereits seit Beginn der industriellen Revolution eine Rolle.⁵ Bemerkenswert ist, wie rasch die soziale Frage neben dem Technikproblem auftauchte. Lucian Hölscher hat darauf aufmerksam gemacht: „Nicht bloße Neugier und optimistischer Fortschritts Glaube lenkten im 19. Jahrhundert den Blick immer intensiver auf die Zukunft, sondern auch die Furcht vor den Folgekosten der industriellen Revolution. Technische Innovationen wie Eisenbahn und Dampfmaschine lösten bei Unfällen, aber auch durch normale soziale Folgeerscheinungen wie die Ballung großer Menschenmassen in Bahnhöfen und Fabriken Zukunftsängste und das Bedürfnis nach umfassender sozialer Fürsorge aus.“⁶ Hier greifen zwei Argumente ineinander, die eine systematische Differenzierung erfordern. Die Sorge um die sozialen Folgen blieb vorrangig eine Angelegenheit der Arbeiter und der Arbeiterbewegungen; die Zukunftsängste waren nicht unbedingt ihre Sache. Schon 1848 hatte es geheißen: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.“⁷

Die heraufziehende industrielle Revolution weckte zwar angesichts des zivilisatorischen Fortschritts in der Gesellschaft des frühen 19. Jahrhunderts vielfach positive Erwartungen. Aber ganz geheuer schien die Sache doch nicht.⁸ Zwei Tendenzen der Technikkritik nahmen Kontur an. Die eine zeigte sich zum Teil in handgreiflicher Weise wie bei den Ludditen-Unruhen 1811/12 und 1816 in England.⁹ Die andere resultierte aus einer in

5 In der Technikgeschichte bleibt diese Differenzierung unterbelichtet. Siehe Wolfgang König: *Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Konzepte und Forschungsergebnisse* (Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte, 7), Stuttgart 2009; Günther Oetzel: *Technikgeschichte. Eine Einführung*, Stuttgart 2009; James E. McClellan/Harold Dorn: *Science and Technology in World History: An Introduction*, 2. Aufl., Baltimore 2006.

6 Lucian Hölscher: *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 1989, S.23f.

7 Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei* (1847/1848), in: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke* (MEW), Bd. 4, S.459-493, hier S.468.

8 Siehe Jerzy Jedlicki: *Die entartete Welt. Die Kritiker der Moderne, ihre Ängste und Urteile*, Frankfurt/Main 2007.

9 Siehe David Noble: *Maschinenstürmer oder die komplizierten Beziehungen der Menschen zu ihren Maschinen*, Berlin 1986.

West- und Mitteleuropa um sich greifenden mentalen Verunsicherung. Die Kapitalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und die aufkommende Fabrikarbeit wurden als Auflösung der traditionellen Welt wahrgenommen. In diesem Kontext formierte sich eine einflussreiche literarische und künstlerische Strömung – die Romantik.

Seither begleitet Krisenbewusstsein den zivilisatorischen Fortschritt.¹⁰ Während „Maschinenstürmerei“ weniger Technikkritik als vielmehr Sozialprotest artikulierte, zielte die romantische Kritik grundsätzlich gegen ein industrielles Modernisierungsmodell. An dessen Stelle trat „ein mächtiges Heimweh nach der Vergangenheit“.¹¹ Auch in England, Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern reagierten Teile der Gesellschaft auf die industrielle Revolution und den Siegeszug des Kapitals mit dem intellektuellen Exodus in eine romantisierte Geschichte. Exemplarisch lässt sich der Vorgang in der Malerei verfolgen, wo dem neuen Industriesujet ländliche Idylle entgegentrat.¹² Die Romantik begleitete das „langwierige Ende von Feudalismus und Korporation“.¹³

Langwierig verlief aber auch die Formierung einer Industriearbeiterschaft, deren Existenz genau genommen von einer Symbiose mit der „Maschinerie“ abhing. Ihre überwiegende Herkunft als Zunftgesellen und Zunftmeister dürfte die Technikaffinität der entstehenden Industriearbeiterklasse begünstigt haben.¹⁴ „Das Handwerk blieb die Schule der Industrie, auch wenn die Ausbildung z. T. in die Fabrik verlegt wurde und die Arbeitstechnik sich durch fortgesetzte Neuerungen änderte.“¹⁵ Allerdings war dieses Erbe durch oft miserable Arbeits- und Lebensbedingungen sowie durch einen zumeist sehr restriktiven Umgang der „Obrigkeit“ mit frühen Arbeiterbewegungen belastet. Friedrich Engels berichtete 1845 darüber in seiner „Jugendarbeit“ zur Lage der arbeitenden Klasse in England.¹⁶ Das

10 Siehe Ansgar Warner: Vom romantischen Mythos zum ersten Umweltskandal – Industrialisierung und Literaturproduktion im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Sabine Beneke/Hans Ottomeyer (Hrsg.): Die zweite Schöpfung. Bilder der industriellen Welt vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Berlin 2002, S.60-65, hier S.65.

11 Rüdiger Safranski: Romantik. Eine deutsche Affäre, München 2007, S.158.

12 Siehe Klaus Türk: Bilder der Arbeit. Eine ikonografische Anthologie, Wiesbaden 2000.

13 Jürgen Kocka: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990, S.26.

14 Siehe Hartmut Zwahr: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978.

15 Werner Conze: Sozialgeschichte 1850-1918, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S.619.

16 Friedrich Engels: Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892 der „Lage der arbeitenden

Buch schließt zwar mit der Voraussage eines „Krieg(s) der Armen gegen die Reichen“,¹⁷ es geht auch auf „eine Menge von Aufständen gegen Maschinerie“ in England wie auf dem Kontinent ein,¹⁸ doch an keiner Stelle findet sich eine prinzipielle Kritik an der „Maschinerie“. Vielmehr ist vom Proletariat als „Frucht [...] dieser industriellen Umwälzung“ die Rede.¹⁹ Zeitversetzt gegenüber Großbritannien, wo sich zwischen 1824/25 bis in die 1860er-Jahre das System der „industrial relations“ durchsetzte,²⁰ vollzog sich ein vergleichbarer Vorgang mit dem „Durchbruch der deutschen Industriellen Revolution von 1850 bis 1873“.²¹ Gewerbliche Fördervereine, Industrie- und Handelskammern wie auch andere pro-industrielle Interessengruppen gaben zunehmend den Ton an. Dass von hier keine technikkritischen Argumente kamen, lag auf der Hand. Aber auch die aufstrebende Arbeiterbewegung, insbesondere die deutsche Sozialdemokratie, verstand sich bei aller Kapitalismuskritik eher als Gewinner der Industrialisierung.

2. *Technikverständnis als soziale Scheidelinie?*

Überhaupt war das Technikverständnis weiter Teile der deutschen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum von skeptischen Erwägungen getrübt. Der Aufstieg des Kaiserreichs zu einer der führenden Industriemächte ging einher mit der Formierung einer starken Industriearbeiterschaft und dem Entstehen eines modernen Sozialstaates. Die Gründerkrise 1873 bis 1879 und die Wirtschaftskrise 1890 bis 1893 setzten Kontrapunkte, die den Einfluss des Wirtschaftsliberalismus begrenzten und der Staatsintervention Raum boten.²² Es war diese dialektische Konstellation, die der Arbeiterbewegung in der Hochindustrialisierungsperiode zu bemerkenswerten Erfolgen verhalf. So reduzierte sich die Arbeitszeit von durchschnittlich 78 Wochenstunden um 1850 auf weniger als 60 Stun-

Klasse in England“, in: MEW, Bd. 2, S.637-650, hier S.637.

17 Ders.: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen, in: MEW, Bd. 2, S.225-506, hier S.506.

18 Ebenda, S.432.

19 Ebenda, S.250.

20 Siehe Michael Kittner: *Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart*, München 2005, S.176.

21 Siehe Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995, S.66-85.

22 Siehe Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1998, S.336.

den nach der Jahrhundertwende.²³ Der Einsatz moderner Technik bot hierfür Voraussetzungen. Das Qualifikations- und Lohnniveau stieg an, wobei sich der rasche technische Fortschritt als Mittel und Zweck gleichermaßen erwies.²⁴ Auch die Sozialreform Bismarcks setzte als „relativ umfassende(s) moderne(s) System sozialer Sicherheit“ einerseits den industriellen Aufschwung voraus und konsolidierte andererseits die industrielle Arbeiterexistenz.²⁵ Sozial- und Technologiepolitik gingen zu dieser Zeit eine dauerhafte, aber nicht konfliktfreie Symbiose ein. Hierbei konnten durchaus unterschiedliche Optionen verfolgt werden, wie die Beispiele Deutschland und Großbritannien zeigen.²⁶

„Stolz auf das Erreichte und hoffnungsvolle Erwartungen für die Zukunft prägten in den Industriestaaten an der Jahrhundertwende das Bild“, so beschreibt Toni Pierenkemper die Situation um 1900 und gibt in Anlehnung an Angus Maddison zu bedenken, „dass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Europa um 1800 etwa bei 90 Prozent des heutigen Durchschnittseinkommens in Afrika lag und die durchschnittliche Lebenserwartung bei etwa 40 Jahren“.²⁷ Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es also durchaus Grund für einen technologisch unterfütterten Technikoptimismus. Wenn der technische Fortschritt in der deutschen Sozialdemokratie und in der Gewerkschaftsbewegung vor allem im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Löhne, Arbeitsschutz und Arbeitszeitregelungen problematisiert wurde, spricht daraus auch die grundsätzliche Akzeptanz von Technik. Dabei ging es im besonderen Maße auch um Fragen der Interessenvertretung. Das schlug sich in der stärkeren Beschäftigung der SPD-Führung mit Gewerkschaftsfragen nieder.²⁸

Der zeitgenössische Technikoptimismus zeigte sich bei vielen Gelegenheiten, auch gerade dann, wenn es einmal schief ging. So ergab die im Jahr 1908 nach dem Zeppelin-Unglück von Echterdingen geradezu em-

23 Siehe Jürgen Kuczynski: *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes*. Bd. 4: 1871-1918, Berlin 1982, S.343.

24 Siehe Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992, S.529-536.

25 Siehe ebenda, S.695.

26 Siehe Bernhard Rieger: *Technology and the culture of modernity in Britain and Germany 1890-1945*, Cambridge 2005.

27 Toni Pierenkemper: *Der Weg zur Industrie-, Dienstleistungs- oder Informationsgesellschaft?*, in: Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.): *WBG Weltgeschichte. Eine globale Geschichte von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert*, Bd. 4: *Globalisierung 1880 bis heute*, Darmstadt 2010, S.337-370, hier S.339f.

28 Siehe August Bebel: *Gewerkschaften und Politische Parteien*, Stuttgart 1900.

phatisch inszenierte Nationalspende einen Betrag von über sechs Millionen Goldmark. Wie viele Arbeiter Groschen zu diesem Erfolg beitrugen, lässt sich kaum feststellen. Zeitgenossen jedenfalls berichteten von einer allgemeinen Spendenbereitschaft bei „reich und arm, alt und jung, bis herab zu den Kindern in der Schule“.²⁹ Diese wohl größte „Technologie-spende“, die es jemals in Deutschland gab, ermöglichte 1909 die Gründung der Luftschiffbau Zeppelin GmbH in Friedrichshafen mit bald 6.000 Beschäftigten.³⁰

Auf diese Zeit geht auch das Deutsche Museum in München zurück. Der Ingenieur Oskar von Miller initiierte 1903 die Gründungsversammlung für ein „Deutsches Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik“, dessen Bau 1909 begann. Nach den Vorbildern des British Museum of Natural History in London und des Conservatoire des arts et métiers in Paris entstand bis 1925 das größte Technik-Museum Europas.³¹ Es zielte mit einem hohen didaktischen Anspruch auf ein breites, an Geschichte und Perspektiven der Technik interessiertes Publikum. Arbeiter und deren Familien, die in beträchtlicher Zahl zu den Besuchern zählten, erfuhren in den Exponaten gewissermaßen auch eine Würdigung als Produzenten der modernen Maschinenwelt. Eine Parallele zu der von den Astronomen Wilhelm Foerster und Wilhelm Meyer mit Unterstützung durch Werner von Siemens bereits 1888 gegründeten Urania Berlin e.V. zur Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse war nicht zu übersehen.³²

Mit dieser technikfreundlichen Grundströmung konkurrierten freilich um 1900 auch pessimistische Erwartungen. Vor allem in bürgerlichen Kreisen raunte man vom Niedergang einer Epoche, vom *Fin de siècle*. In dieser Hinsicht schon fast symbolträchtig wirkte der spektakuläre Untergang der „Titanic“ im April 1912. Ein Jahr zuvor, 1911, hatte Jakob van Hoddis (Hans Davidsohn, 1887-1942) mit dem Gedicht „Weltende“ eine Art Hymne dieses Lebensgefühls verfasst:

„Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut, / In allen Lüften hallt es wie Geschrei, / Dachdecker stürzen ab und gehn entzwei / Und an den Küsten – liest man – steigt die Flut. // Der Sturm ist da, die wilden

29 Leonhard Adelt (Hrsg.): *Auf Luftpatrouille und Weltfahrt*. Von Luftschiffkapitän Ernst A. Lehmann, Leipzig 1937, S.174.

30 Siehe Gerhard Seibold: *Zeppelin – ein Name wird Begriff*. 100 Jahre Luftschiffbau Zeppelin GmbH, Friedrichshafen 2009.

31 Siehe Hans-Luidger Dienel: *Das Deutsche Museum und seine Geschichte*, München 1998.

32 Siehe (Anonymus): *Denkschrift zum 25jährigen Bestehen der Gesellschaft URANIA in Berlin 1888-1913*, Berlin o.J.

Meere hupfen / An Land, um dicke Dämme zu zerdrücken. / Die meisten Menschen haben einen Schnupfen. / Die Eisenbahnen fallen von den Brücken.³³

Der Erste Weltkrieg warf in radikaler Weise die Frage nach Sinn und Zukunft moderner Technik auf. Das von den westeuropäischen Kriegsparteien entfaltete technische Destruktions- und Tötungspotenzial überstieg alles bisher Bekannte.³⁴ Die Antwort fiel trotzdem zugunsten der Technik aus. In der Zwischenkriegszeit erwies sich der technische Fortschritt vor dem Hintergrund von Revolution, Inflation und Wirtschaftskrise sowohl in wirtschaftlicher wie in mentaler Hinsicht als stabilisierender Faktor.³⁵

Das galt für die durch revolutionäre Bewegungen verunsicherten bürgerlichen Schichten, deren Wirtschaftseliten nicht zu Unrecht in den fordistischen und tayloristischen Konzepten der Produktionsorganisation zugleich ein politisch stabilisierendes Potenzial vermuteten.³⁶ Das galt aber auch für größere Teile der Arbeiterschaft, die besonders unter den Stichworten „organisierter Kapitalismus“ und „Wirtschaftsdemokratie“ hohe Erwartungen an die Verbindung von moderner Technik und sozialer Demokratie knüpften.³⁷ In der kommunistischen Arbeiterbewegung stärkte der Aufstieg der Sowjetunion, der ganz wesentlich von einem ambitionierten Industrialisierungsprogramm abhing, die ohnehin schon vorhandene Technikaffinität.³⁸ Generell versuchten Arbeiterparteien und Gewerkschaften angesichts der weitgehenden Akzeptanz des technischen Fortschritts die wachsende Produktivität in eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Ar-

33 Jakob van Hoddis: Weltende, in: Ders.: Dichtungen und Briefe, hrsg. von Regina Nörtemann, Zürich 1987, S.15.

34 Siehe Edward L. Katzenbach: The mechanization of war, 1880-1919, in: Technology in the Western Civilisation, Bd. 2: Melvin Kranzberg/Caroll W. Pursell (Hrsg.): Technology in the Twentieth Century, New York 1967, S.548-561; Harro Segeberg: Literatur im Medienzeitalter. Literatur, Technik und Medien seit 1919, Darmstadt 2005, S.15-34.

35 Siehe Technological innovation and transnational networks: Europe between the wars [6 Beiträge], in: Journal of modern European history, 6 (2008) 2, S.181-307.

36 Siehe Adelheid von Saldern/Rüdiger Hachtmann: Das fordistische Jahrhundert. Eine Einleitung, in: Zeithistorische Forschungen, 6 (2009) 2, S.174-186.

37 Siehe Walter Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil 1, in: Helga Grebing (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S.13-350, hier S.297-308.

38 Siehe Paul R. Josephson: Projects of the Century in Soviet History: Large-Scale Technologies from Lenin to Gorbachev, in: Technology and Culture, 36 (1995) 3, S.519-559.

beitsplatzverlust umzumünzen.³⁹ Das lag voll auf der Linie des am 18. September 1925 auf dem Heidelberger Parteitag angenommenen neuen Programms der SPD, das „die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung“ voraussagte, während das Aktionsprogramm ausdrücklich die Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft vorsah.⁴⁰ Die KPD hingegen betonte den Zusammenhang von Rationalisierung und Profit. Nur „eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung“ könne „eine Rationalisierung der Wirtschaft im Interesse der Volksmassen durchführen“.⁴¹ Eine grundsätzliche Technikkritik fand hier verständlicherweise keine Anknüpfungspunkte. Auch spielte sie in dem von Arbeitszeit und Löhnen, über Tarifverträge und Zwangsschlichtung bis hin zur Sozial- und Wohlfahrtspolitik reichenden Themenspektrum der in den späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren in Deutschland ausgetragenen sozialen Konflikte keine Rolle.⁴² Entsprechend hatten die Parteitage der SPD im Mai und der KPD im Juni 1929, wenn auch mit unterschiedlichem Akzent, ihre Handlungsschwerpunkte abgesteckt. Sie sollten sich in der nach dem 25. Oktober 1929, dem „schwarzen Freitag“, einsetzenden Weltwirtschaftskrise insofern bestätigt finden, als sich der Arbeiterwiderstand vor allem gegen den auf breiter Front versuchten und praktizierten Lohnabbau und gegen Massenentlassungen richtete.⁴³ Arbeitskämpfe trugen deshalb zumeist defensiven Charakter.

Die Gewerkschaften bewiesen einen recht pragmatischen Umgang mit dem Thema. Geradezu typisch hierfür stellte die Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Metallarbeiterverbandes im September 1928 an den 3. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgenden Antrag: „Die fortschreitende Rationalisierung und technische Umstellung der Betriebe, vor allem in der Metallindustrie, hat es mit sich gebracht, daß ein beträchtlicher Prozentsatz der Arbeiter dauernd erwerbslos bleibt. Um die-

39 Siehe Gunnar Stollberg: Die Rationalisierungsdebatte 1908-1933. Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr, Frankfurt/Main 1981, S.13.

40 Siehe Das Heidelberger Programm. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Berlin 1925, S.6, 25, 60f.

41 Resolutionen und Beschlüsse des Reichkongresses der Werkstätigen. Abgehalten in Berlin, 3. bis 5. Dezember 1926. Hrsg. vom Reichsausschuß der Werkstätigen, Vorsitzender: Fritz Heckert, MdR, Berlin o. J., S.11f.

42 Siehe Kittner, Arbeitskämpfe, S.472-499.

43 Siehe Ester Fano: Thesen zur Großen Depression, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 4 (1989) 4, S.82-101.

sen Zustand zu beseitigen, wird der Vorstand des ADGB beauftragt, der Reichsregierung einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, welcher als Höchst-arbeitszeit die 44-Stunden-Woche vorsieht.⁴⁴ Der Vorschlag war nicht neu, vielmehr galt der „Tausch“ von Produktivitätswachstum gegen Arbeitszeitverkürzung als ein weitgehend akzeptiertes Instrument auch künftiger Beschäftigungspolitik.

3. Technikaffinität der Arbeiterbewegung

Die in den 1920er-Jahren entwickelten technologiepolitischen Positionen dürften bei allen Gegensätzen, die die organisierte Arbeiterbewegung zerrissen, einen nicht unerheblichen Anteil daran gehabt haben, dass die Haltung der Arbeiterschaft während der großen Depression der 1930er-Jahre nicht in die technikkritische Richtung ausschlug. Das war keinesfalls selbstverständlich, denn in den Jahren 1929 bis 1933 traf die Krise in den USA und Deutschland, deren Industrieproduktion um etwa ein Drittel zurückging und die Arbeitslosenquoten von 27 Prozent bzw. 44 Prozent erreichten, gerade jene Länder besonders schwer, in denen die Rationalisierung der Produktionsprozesse am weitesten fortgeschritten war.⁴⁵ Es lag in der Konsequenz dieser Entwicklung, wenn sich die Diskussion auf die Zusammenhänge von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit zuspitzte.⁴⁶ Gerade deshalb es fällt auf, dass weder aus den organisierten Arbeiterbewegungen noch aus den Reihen der unmittelbar betroffenen Arbeitslosen starke technikkritische Argumente kamen. Die berühmte Marienthal-Studie belegte das.⁴⁷ Eine Erklärung hierfür hatte Karl Marx im ersten Band des „Kapital“ bereits vorweggenommen: Seit der Einführung der Maschinerie habe der Arbeiter das Arbeitsmittel selbst, die materielle Existenzweise des Kapitals, bekämpft. Mit Maschinenstürmerei revoltierte er „gegen

44 Gewerkschafts-Zeitung (Berlin), 38 (1928), Nr. 29, S.450, zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (GdA), Bd. 4: Von 1924 bis Januar 1933, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1966, S.502f.

45 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 4. Aufl., München 1998, S.122-124; Karl Heinz Roth: Die globale Krise, Hamburg 2009, S.291.

46 Siehe Euchner, Ideengeschichte, S.313-318; Emil Lederer: Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit. Eine Untersuchung der Hindernisse des ökonomischen Wachstums, Frankfurt/Main 1981 (zuerst Tübingen 1931).

47 Siehe Marie Jahoda/Paul Lazarsfeld/Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie, Frankfurt/Main 1975 (zuerst Leipzig 1933).

diese bestimmte Form des Produktionsmittels als die materielle Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise“.⁴⁸ Aber Zeit und Erfahrung lehrten den Arbeiter „die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung (zu) unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitationsform (zu) übertragen“.⁴⁹ Schon in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ hatte Marx das Verhältnis von Arbeitern und Maschinerie dahingehend problematisiert, dass die „Tätigkeit des lebendigen Arbeiters“ tendenziell zur „Tätigkeit der Maschine“ werde.⁵⁰ Durch diese „Transposition“ sehe der Arbeiter sein eigenes Arbeitsvermögen entwertet und kämpfe deshalb gegen die „Maschinerie“.⁵¹ Diese Wirkung trete aber nur solange ein, wie die Maschinerie „als capital fixe bestimmt“ ist und der Lohnarbeiter „überhaupt als bloßer Arbeiter sich zu ihr verhält“.⁵² „In fact“ aber seien Produktivkräfte und gesellschaftliche Beziehungen, kurz: Maschine und Arbeiter, „die materiellen Bedingungen“, um die „bornierte Grundlage“ des Kapitals „in die Luft zu sprengen“.⁵³

Freilich zeigte sich in der Folge, dass das Verhältnis Arbeiter-Maschinerie keineswegs auf Widerspruch und Konflikt oder gar „Sprengversuche“ zu laufen musste. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts agierten Arbeiter keinesfalls nur als Objekte im Wettlauf technisierter Mächte. John D. Bernal meinte sogar, es seien vor allem „einfache Arbeiter“ gewesen, die im 19. Jahrhundert die entwicklungsstrategisch wichtige „Präzisionsmetallbearbeitung“ an der Werk- und Drehbank vorangebracht hätten.⁵⁴ Ähnliches galt für die Industrie des Kaiserreichs, der Zwischenkriegszeit, des Zweiten Weltkriegs und für den etwa von 1950 bis in die 1960er-Jahre andauernden Nachkriegsboom.

Die zu dieser Zeit einsetzenden Innovationen auf den Gebieten der Kernenergie, des Automobilbaus, der Luft- und Raumfahrt, der Kunststoffchemie und der Elektronik standen zwar im Zeichen eines forcierten Wetttrüstens der beiden großen Militärblöcke, doch konnte dies den Technikoptimismus

48 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1: Der Produktionsprozess des Kapitals [MEW 23], S.451.

49 Ebenda S.452.

50 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858. Anhang 1850-1859, Berlin 1974, S.592.

51 Siehe ebenda, S.591f.

52 Ebenda, S.590.

53 Ebenda, S.594.

54 Siehe John D. Bernal: Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin 1967, S.802.

kaum eintrüben. Es war nicht nur die Stunde der Wissenschaftler und Ingenieure, auch der Typus des professionellen, an den neuen technischen Entwicklungen interessierten Industriearbeiters blieb für den praktischen Betrieb des modernen Industriesystems unverzichtbar.

Überdies sollte man sich vergegenwärtigen, dass es bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus wenig Anzeichen für einen gravierenden ökonomischen Strukturwandel gab, der die Beziehung zwischen Technik und Arbeiterschaft auf eine neue Grundlage gestellt hätte. Gerade im geteilten Deutschland, das noch voll und ganz mit dem Wiederaufbau beschäftigt war, gab die bis in die 1960er-Jahre anhaltende Expansion traditioneller Wirtschaftssektoren keinen Hinweis auf eine strukturelle Bedrohung der über Jahrzehnte gewachsenen Arbeiterschaft.⁵⁵ Vielmehr ging man in der BRD wie in der DDR davon aus, dass Industriearbeit auch in ihrer zunehmend rationalisierten und automatisierten Form die zentrale Achse der Arbeitsgesellschaft bleiben würde.⁵⁶ Allerdings übte die seit dem 19. Jahrhundert präsenste Strömung des Technikpessimismus fortgesetzt einigen Einfluss aus.⁵⁷ Schon in den frühen 1930er-Jahren erfolgte aus dieser Richtung der kritische Hinweis auf einen Konnex von Technik und moderner Diktatur.⁵⁸

Während technikkritische Argumente in der Zwischenkriegszeit zumeist aus einer bürgerlich-konservativen Richtung kamen, formierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im eher linksorientierten intellektuellen Spektrum unter maßgebendem Einfluss der Frankfurter Schule eine Argumentationslinie, die vor dem Hintergrund einer dezidierten Kritik am Nationalsozialismus ebenfalls den Zusammenhang von Technik, Ideologie und Herrschaft betonte. Theodor W. Adorno und Max Horkheimer deuteten die technische Vernunft als Rationalität der Herrschaft in der verwalteten Welt. Hieran anknüpfend, trug Jürgen Habermas einige Jahre später seine These von der ideologischen Gebundenheit der Technik vor.⁵⁹ In der politischen Praxis bewiesen in Deutschland Ost und West die beiden großen Partei-

55 Siehe Pierenkämper, Weg, S.355.

56 Siehe Werner Abelshauer: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, S.275-294, 370-392.

57 Siehe Oswald Spengler: *Der Mensch und die Technik*, München 1931; Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied-Berlin 1967; Martin Heidegger: *Die Technik und die Kehre*, 10. Aufl., Stuttgart 2002 (zuerst Pfullingen 1963).

58 Siehe Ernst Jünger: *Die totale Mobilmachung*, Berlin 1931; interessanterweise zu diesem Thema auch sein Bruder Friedrich Georg Jünger: *Die Perfektion der Technik. Maschine und Eigentum*, Frankfurt/Main 2010 (zuerst Frankfurt/Main 1953).

59 Siehe Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*, Frankfurt/Main 1968.

en, die sich auf jeweils eine Traditionslinie der Arbeiterbewegung beriefen, große Offenheit gegenüber neuen Tendenzen in Wissenschaft und Technik. Auf ihren Parteitag in München 1956 und Godesberg 1959 ging die SPD in Anlehnung an Friedrich Dessauer von einer „zweiten industriellen Revolution“ aus und schrieb den Zusammenhang von technischem Fortschritt und stetigem Wirtschaftsaufschwung, überhaupt „die Technisierung aller Lebensbereiche“ im neuen Parteiprogramm fest.⁶⁰ Erst später wurde darin „noch viel unreflektierte, wenn nicht gar naive Fortschrittseuphorie“ wahrgenommen, gleichwohl entsprach diese Position dem Geist der Zeit.⁶¹ Nicht viel anders stellte sich die SED dem Problem. Auf ihrem V. Parteitag 1958 ging Walter Ulbricht überaus kritisch mit dem technischen Rückstand der DDR ins Gericht und forderte konsequente Rationalisierung, Automatisierung sowie gezielte Förderung von Wissenschaft und Technik.⁶² Und 1963 hieß es beim Start des „Neuen ökonomischen Systems“ (NÖS): „Nur durch das höhere Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts werden wir die der kapitalistischen Wirtschaft überlegene Arbeitsproduktivität erreichen.“⁶³

Solche um 1960 herum fixierten Positionen bestimmten bis in die 1970er-Jahre das Verhältnis von SED und SPD sowie der Gewerkschaften zur technischen Entwicklung. Den politischen Akteuren kam dabei ein schon vor dem Zweiten Weltkrieg begonnener Technik-Diskurs zugute, der grundlegend neue Technologien und industrielle Strukturen in Aussicht stellte. Als der britische Physiker und Wissenschaftstheoretiker John D. Bernal 1939 von einer Revolution der Technik gesprochen hatte,⁶⁴ war das noch eine Angelegenheit unter Experten. Wichtiger für die Durchsetzung des Begriffs der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ wurde sein Buch „Science in History“ von 1954.⁶⁵ Ende der 1950er-Jahre nahm

60 Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.-15. November 1959 in Bad Godesberg, (Hannover-Bonn) o.J., S.29.

61 Helga Grebing: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil 2:1, in: Dies. (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen, S.355-595, hier S.444.

62 Siehe Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 5. Verhandlungstag, Berlin 1959, S.86-95.

63 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 3. Verhandlungstag, Berlin 1963, S.83f.

64 Siehe John D. Bernal: The Social Function of Science, London 1939.

65 Siehe Ders.: Science in History, London 1954.

der österreichische Philosoph und Soziologe Ernst Topitsch diese Formel auf.⁶⁶ Und auch in der DDR versuchte man seit den frühen 1960er-Jahren eine theoretisch fundierte Konzeption der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ zu entwickeln.⁶⁷ Unter solchen Voraussetzungen war man auch in Deutschland um 1970 durchaus darauf eingestimmt, dass es um einen „Kern von Informationstechnologien“ herum „zu einer ganzen Konstellation von weitreichenden technologischen Durchbrüchen [...] u. a. bei den hochentwickelten Werkstoffen, bei der Energieerzeugung, bei medizinischen Anwendungen, Fertigungstechniken [...] und in der Transporttechnologie“ kam.⁶⁸

4. Wandel der Beschäftigungssituation – Veränderung in der Technikkritik

Die bis dahin in den westlichen und östlichen Industrieländern dominierende Technikaffinität der Mehrheitsgesellschaft und insbesondere der Arbeiter wurde in den 1970er-Jahren auf eine unerwartete Probe gestellt. Der Ölpreisschock von 1973/74, die darauf in der BRD einsetzende Beschäftigungskrise und das Umsteuern zur neoliberalen Deregulierung belasteten die sozialen Sicherungssysteme und machten zusammen mit einem forcierten Rationalisierungsschub die Arbeiterexistenz unsicherer. Nach dem Ende des Wiederaufbaubooms bündelten sich in den 1970er-Jahren die neuen wirtschaftlichen, sozialen, technologischen, kulturellen und politischen Herausforderungen zu einer Problemlage, die erhebliches Verunsicherungspotenzial barg.⁶⁹ In den westlichen Industriestaaten trat erstmals eine Situation ein, in der „die Nachfrage nach Arbeit dauerhaft und in wach-

66 Siehe Ernst Topitsch: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, Neuwied 1961, S.279.

67 Siehe Sybille Krämer-Friedrich: Zur Entwicklung der Konzeption „wissenschaftlich-technische Revolution“ in der DDR-Theorie, in: Deutschland Archiv, Sonderh.: Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeß. Sonderthema: IX. Parteitag der SED. Neunte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik, 8. bis 11. Juni 1976. Referate, S.53-74, hier S.55; Hubert Laitko: Wissenschaftlich-technische Revolution: Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR, in: Utopie kreativ, 1996, H. 73/74 (November/Dezember), S.33-50.

68 Manuel Castells: Das Informationszeitalter, Bd. 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2004, S.32.

69 Siehe Gerold Ambrosius/William H. Hubbard: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986, S.293-297; Anselm Doering-Manteuffel: Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten in der Industriemoderne seit 1970, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 55 (2007) 4, S.559-581.

sendem Ausmaß hinter dem Arbeitsangebot zurückbleibt“.⁷⁰ Der französische Soziologe Robert Castel bezeichnete den Vorgang als „Bruch einer Verlaufskurve“.⁷¹ Aus der „industriellen Reservearmee“ wurde eine wachsende Schicht von „Überzähligen“.⁷² Dieser seit den 1970er-Jahren zu beobachtende Vorgang signalisierte ein allmähliches Versagen der Arbeitsmärkte. Das ging über das hinaus, was Karl Marx noch als soziale Realität wahrnahm, als er die „industrielle Reservearmee“ und die durch den Einsatz von Technik „überzählig“ gewordenen Arbeiter im Kontext des – ironisiert – „ewigen“ und sozusagen „heiligen“ Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr“ sah.⁷³ Die neue Welle der industriellen Revolution offenbarte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in Gestalt der „Überzähligen“ einen strukturellen Defekt des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Im sowjetischen Block führte zur gleichen Zeit der Versuch, mehr Ressourcen in die Konsum- und Sozialpolitik zu lenken, um dadurch einen Produktivitätssprung zu erreichen, zur Unterinvestition in technologisch entscheidende Wirtschaftsbereiche einerseits sowie zur Überstrapazierung konsumtiver Ressourcen und zur Verschuldung andererseits.⁷⁴ Der DDR erwachsen aus der Verteuerung der Rohstoffimporte nach der Anpassung der RGW-Preise an das Weltmarktniveau und aus dem bedrohlich werdenden Rückstand bei der Entwicklung und Nutzung digitaler Informationstechnologien erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, etwa beim Maschinen- und Anlagenexport in westliche Länder. Hinzu kam hier wie überhaupt im Ostblock „die ungenügende Beherrschung des fordistischen Produktions- und Sozialmodells durch die Planwirtschaft“.⁷⁵

In Deutschland West wie Ost wurde die Industriearbeiterschaft seit den 1970er-Jahren in unterschiedlichem Maße vom Sog der digitalen Revolu-

70 Norbert Reuter: Arbeitslosigkeit bei ausbleibendem Wachstum – das Ende der Arbeitsmarktpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (APuZ), B 35, 1997, S.3-13, hier S.5.

71 Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000, S.338f.

72 Siehe ebenda, S.348-364.

73 Siehe Marx, Kapital, S.657-670, hier S.670.

74 Siehe Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S.885; Dieter Segert: Staatssozialismus, ökonomische Entwicklung und Modernisierung in Osteuropa, in: Joachim Becker/Rudy Weisenbacher (Hrsg.): Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyere, Wien 2009, S.98-116.

75 Ulrich Busch: Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/III, S.34-56, hier S.56.

tion erfasst. Systemübergreifend orientierte sich die Politik am herkömmlichen Modell der Vollbeschäftigung und an den geläufigen Verfahren des „social engineering“.76 Gleich, ob – wie in der DDR – das Recht auf Arbeit in der Verfassung festgeschrieben war, oder ob man – wie in der BRD – Arbeitslosigkeit für ein beschäftigungs- und sozialpolitisch beherrschbares Risiko hielt, galt Erwerbsarbeit mit einem industriellen Schwerpunkt als Normalfall. Nicht zuletzt deshalb setzte an jenen Punkten, an denen durch Rationalisierung und Automatisierung die Arbeitsplätze wegfielen, kaum Technikkritik an. Kritik konzentrierte sich auf Beschäftigungspolitik, Tarife und Arbeitsbedingungen, alles Felder gewerkschaftlicher Aktivitäten.

Während von Arbeitern, obwohl vom wirtschaftlichen und technologischen Wandel stärker betroffen als jede andere Bevölkerungsschicht, auch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts keine technikkritischen Initiativen ausgingen, formierte sich ein entsprechendes Potenzial aus der jüngeren Mittelschichtgeneration heraus. Die seit den späten 1950er-Jahren gegen das Wettrüsten der „Supermächte“ gerichtete Friedensbewegung war zwar nicht technikkritisch, doch zeigte sie Tendenzen in diese Richtung. So schrieb einer ihrer führenden Vertreter, der amerikanische Sozialphilosoph und Technikhistoriker Lewis Mumford, der modernen Technik inhumane Konsequenzen zu und forderte die Rückbesinnung auf traditionelle Werte, Moralvorstellungen und Sozialverhalten.⁷⁷ Hier gab es offensichtliche Berührungspunkte mit der konservativen Technikskepsis der Zwischenkriegszeit.

Nach dem relativen Erfolg der transnationalen Abrüstungs- und Friedensbewegung (1963 Verbot von Atomversuchen in der Atmosphäre, 1967 Begrenzung militärischer Aktivitäten im Weltraum und Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika, 1968 Atomwaffensperrvertrag, 1972 Meeresbodenvertrag, Biologiewaffen-Konvention, SALT I-Abkommen zur Begrenzung der strategischen Atomwaffenarsenale, 1978 Verbot des militärischen Einsatzes umweltverändernder Technologien) begann sich die Stoßrichtung des Protests in Westeuropa zu ändern. Er zielte jetzt, gewissermaßen als Fortsetzung der Anti-Atomwaffen-Kampagnen, zunehmend und vor allem auch gegen die zivile Nutzung der Kernenergie.

76 Siehe Thomas Etzemüller (Hrsg.): *Die Ordnung der Moderne: Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009; Timo Luks: *Der Betrieb als Ort der Moderne: zur Geschichte von Industriearbeit, Ordnungsdanken und Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010.

77 Siehe Lewis Mumford: *Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht*, Frankfurt/Main 1986.

Der zeitliche Zusammenhang mit dem ersten Bericht an den Club of Rome von 1972 und mit der 1973/74 aufbrechenden Krise war nicht zufällig.⁷⁸ Nach dem Ende des Nachkriegsbooms zeigte das industrielle Wachstumsmodell deutliche Schwächen. Auch inhaltlich und taktisch vollzog die Technikkritik eine Rochade. Anders als im 19. und frühen 20. Jahrhundert benutzte man kaum noch soziale Argumente, sondern hob – oft an Positionen des bereits etablierten Umweltschutzes anknüpfend – ethische und biologische Probleme des Technikeinsatzes hervor. Relativ kleine, aber medienpräzente Gruppen begannen, bestimmten Technologien ein hohes Gefahrenpotenzial zuzuschreiben und gesellschaftlichen Widerstand dagegen zu organisieren. Die 1971 in Kanada gegründete Greenpeace-Organisation wurde dafür prototypisch. Aber gerade dieses Beispiel zeigte auch, dass Arbeiter und Arbeiterbewegungen hierbei kaum in Erscheinung traten. Auch in diesem Fall entstammten die „Aktivisten“ zumeist dem Mittelschicht-Milieu.

Im Falle Deutschlands kam noch eine Besonderheit hinzu: Anders als in den englischen und französischen Sprachräumen geriet in Deutschland die Beziehung des technisch handelnden Menschen zur Natur in den Blick. Technik und Natur wurden als Gegensatz gedacht. Ein idealisierter Naturbegriff suggerierte Natur als etwas Unverfügbares und grundsätzlich Schützenswertes. In einer Rezension zu Hans Blumenbergs „Geistesgeschichte der Technik“ heißt es dazu: „Dass durch diese Imprägnierung mit dem Natürlichen überaus hartnäckig das gemeint ist, was ‚ohne Wissenschaft und Technik Werden und Bestand hat‘, haben auch die Naturwissenschaften nicht ändern können.“⁷⁹

Zwei Aspekte erscheinen in dem Zusammenhang besonders interessant: Erstens nahm diese Konstruktion eines Widerspruchs zwischen Technik und Natur ein Denkmuster der Romantik auf. Zweitens war seit den 1970er-Jahren in Westdeutschland und seit 1990 in Gesamtdeutschland eine Vernachlässigung der naturwissenschaftlich-mathematisch-technischen Schulbildung zu registrieren. Damit entstanden ideale Bedingungen für eine Technikkritik aus Unverständnis und gelegentlich auch für Hysterie. Hans

78 Siehe Donella H. Meadows u. a.: *The limits to growth. A report for the Club of Rome's project on The Predicament of Mankind*, New York 1972 [dt.: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972]; Orio Giardini/Patrick M. Liedtke: *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome*. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker, Hamburg 1998, S.22f.

79 Thorsten Jantschek: *Aus dem Maschinenraum des Denkens. Hans Blumenberg erkundet die Geistesgeschichte der Technik*, in: *Berliner Zeitung*, 15.10.2009, S.30.

Blumenberg sprach davon, „dass wir aus der Antithese von Natur und Technik noch nicht herausgekommen sind“ und das mangelnde Technikverständnis „in einer wissenschaftlich-technisch geprägten Welt“ aus einer „weitgehend vorwissenschaftlich-vortechnischen Bewusstseinsverfassung“ resultiere.⁸⁰ Es fällt auf, dass dieser Faktor in der DDR mit ihrem polytechnisch orientierten Schulsystem keine Rolle spielte.

Politisch artikuliert man diese Tendenz vor allem im grün-alternativen Segment der bundesdeutschen Politik. Sie machte sich zunächst in Anti-Atomkraft-Kampagnen Luft, um sich dann – auch unter dem Siegel des Klimaschutzes – gegen Kohlekraftwerke und Kohlebergbau zu wenden. Weitere Aktionsfelder kamen später hinzu, vor allem im Bereich der Gentechnik. Teile einer mehr oder weniger sensibilisierten und nach Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 auch hysterisierten Bevölkerung reagierten mit der Ablehnung der „Risikotechnologien“ und machten diese Verweigerung durch ihr Wahlverhalten politikfähig.

Es gab dabei einen wesentlichen Unterschied zu früheren Formen der Technikkritik. Waren diese eher spontan abwehrend, konservativ, direkt orientiert an älteren bewährten Produktionsweisen, so agierten jetzt neben Parteien organisierte „Pressuregroups“ im vorpolitischen Raum. In der Politik verstärkte sich eine Tendenz, die Technikentwicklung per Gesetz zu reglementieren und zu steuern, gegebenenfalls auch zu blockieren. Aber hinter unterschiedlichen Risikobewertungen standen die Interessen von Unternehmen, Bürokratien, sozialen Bewegungen. Nach Ulrich Beck wandelt die „faktische Unversöhnbarkeit dieser unterschiedlichen Risikobewertungen [...] konkrete Entscheidungen über akzeptierte Risiken in Machtkonflikte“.⁸¹ Aber in schöner Dialektik tragen alle Lösungsversuche „den Keim neuer und schwerer Probleme in sich“.⁸² Das deutsche „Erneuerbare-Energien-Gesetz“⁸³ von 2000 und die „Energiewende“⁸⁴ von 2011 bergen ein solches Potenzial. Arbeiter, vor allem Industriearbeiter und Gewerkschaften standen dieser Entwicklung einigermaßen hilflos gegenüber, befanden sie sich doch in einer schwachen Position. Das kam nicht ganz

80 Hans Blumenberg: *Geistesgeschichte der Technik*, Frankfurt/Main 2009, S.28.

81 Ulrich Beck: *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt/Main 2007, S.205.

82 Ebenda, S.209.

83 Siehe Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (EEG), 29.03.2000, Bundesgesetzblatt I, S.305.

84 Siehe Peter Henricke/Susanne Bodach: *Energiewende. Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien als globale Herausforderung*, München 2010.

überraschend. Tatsächlich gab es nach dem Zweiten Weltkrieg frühe Signale für einen Wandel in der gesellschaftlichen Stellung der Industriearbeiterschaft. Besonders sensibel zeigte sich die bildende Kunst: Gerade in der (westlichen) Malerei trat das Arbeitermotiv nach 1950 auffällig zurück.⁸⁵ Das mochte auf die Ikonografie der Arbeiter in der DDR anfangs so nicht zutreffen, doch auch hier löste sich in den 1980er-Jahren „das nun schon ‚klassische‘ industriegesellschaftliche Arbeiterbild [...] mit deutlich utopischen oder beschönigenden Zügen vollends auf“.⁸⁶

5. Auflösung der fordistischen Formation

In solchen Indizien eines gravierenden gesellschaftlichen Umbruchs spiegelte sich die neue Phase der industriellen Revolution, doch in den 1980er- und 1990er-Jahren wurde dieser Zusammenhang zeitweise durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs überlagert. Mit letzterem „büßten die Organe der Arbeitnehmerschaft im Westen ihr Privileg ein, von der Kommunismusangst der Kapitaleseite ohne eigene Anstrengung zu profitieren. Für das liberal-konservative Lager wurde erkennbar: Man saß bei den Lohnrunden einem geschwächten, um nicht zu sagen einem zerfallenden Kontrahenten gegenüber. Dieser war zum einen durch seine relative Saturierung außer Form geraten, zum anderen einer schleichenden Lähmung erlegen, die sich aus der ideologischen Deflation des linken Lagers ergab.“⁸⁷ Unterdessen gerieten ostdeutsche Arbeiter in eine noch fatalere Lage. Bis Mitte 1994, als der Treuhand-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages seinen Bericht vorlegte, waren von den über vier Millionen Beschäftigten der Treuhandbetriebe noch 1,3 Millionen übrig geblieben.⁸⁸ Während die Treuhandanstalt Ende 1994 ihre Tätigkeit einstellte, war die Deindustrialisierung Ostdeutschlands „im Wesentli-

85 Siehe Christoph Schmidt: *Vom Messias zum Prolet. Arbeiter in der Kunst*, Stuttgart 2010.

86 Simone Barck/Dietrich Mühlberg: *Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR. Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung*, in: Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.): *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln-Weimar-Wien 2005, S.161-189, hier S.183.

87 Peter Sloterdijk: *Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch*, Frankfurt/Main 2006, S.336.

88 Siehe Olaf Baale: *Abbau Ost. Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden*, München 2008, S.113.

chen abgeschlossen“.⁸⁹ Aus einer solchen Situation heraus ließ sich Technikkritik kaum formulieren – wozu auch?

Arbeitskämpfe in Deutschland konzentrierten sich in den Jahren um die Jahrtausendwende auf Tarifeinsetzungen. Mit der Verbreitung des vor allem in der Automobilindustrie praktizierten, auf Arbeitsniederlegungen aber höchst empfindlich reagierenden „Just-in-time-Prinzips“ verfügte die Arbeiterschaft sogar über ein sehr wirksames Druckmittel.⁹⁰ Hier konnten relativ wenige Arbeiter mit ihrer Produktionsmacht ganze Werke zum Stillstand bringen.⁹¹ Allerdings schwand diese Möglichkeit in dem Maße, wie die Massenarbeitslosigkeit zunahm. Michael Kittner resümiert eine eindeutige Gesamttendenz: „Die Macht der alten Großorganisationen schwindet; insbesondere die Gewerkschaften, deren Druckpotential durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ohnehin stark beeinträchtigt ist, verlieren an Gestaltungsmacht.“⁹²

So schlug die Ablösung der Ost-West-Blockkonfrontation durch eine finanzkapitalistische Globalisierung voll auf Arbeit und Arbeiter durch. Wie der Philosoph Massimiliano Tomba und der Wirtschaftshistoriker Riccardo Bellofiore zeigten, geht die „Vereinheitlichung des Kapitals gegen die zersplitterte und verstreute Arbeit [...] nicht mehr mit einer ‚Konzentration‘ auf der technischen Ebene einher“. Man habe es nicht mehr mit einer beständigen Ausweitung der „Fabrik“ zu tun, die Massen von Arbeitern an einem bestimmten Ort und zu gleichen rechtlichen Bedingungen zusammenführe, sondern „die bislang letzte Antwort des Kapitals auf die ‚gesellschaftliche‘ Krise der 1960er und 1970er Jahre“ liege „in jener dramatischen ‚Fragmentierung‘ der ‚Arbeit‘, die gegenwärtig Voraussetzung der Verwertung ist, die aber auch aus der Angst vor großen Arbeitermassen hervorgegangen ist und neue Konflikte hervorbringt und vorbereitet“.⁹³

89 Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialreport 2004. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 2004, S.170.

90 Siehe James P. Womack/Daniel T. Jones/Daniel Ross: Die zweite Revolution in der Automobilindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie aus dem Massachusetts Institute of Technology, 5. Aufl., Frankfurt/Main 1992.

91 Siehe Kittner, Arbeitskampf, S.705.

92 Ebenda, S.718.

93 Massimiliano Tomba/Riccardo Bellofiore: Lesarten des Maschinenfragments. Perspektiven und Grenzen des operaistischen Ansatzes und der operaistischen Auseinandersetzung mit Marx, in: Marcel van der Linden/Karl Heinz Roth (Hrsg.) unter Mitarbeit von Max Henninger: Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, Berlin-Hamburg 2009, S.407-431, hier S.430.

Profitgier und Angst ergeben offensichtlich den Treibsatz für die Wanderung des Kapitals aus Hochtechnologiezentren an die technologische Peripherie. Es sind Produktionsverlagerungen in Niedriglohn- bzw. Hochprofitregionen. Ein Beispiel dieser Art bot die finnische Firma „Nokia“, ein Hersteller von Mobiltelefonen, der unter Mitnahme von steuerfinanzierten Fördermitteln ein Werk in Bochum eröffnete, dieses im Jahr 2008 wegen angeblich zu hoher Lohnkosten schloss, nach Cluj in Rumänien weiterwanderte, dort im Jahr 2011 ebenfalls unter Mitnahme von Fördermitteln die Produktion einstellte und nach Vietnam weiterwanderte...⁹⁴

Eine Abwanderung von Produktionen aus Kosten- bzw. Profitgründen hat es im Industriezeitalter immer gegeben; Anzeichen für einen Technologie-Exodus aus Deutschland fügen sich hier ein.⁹⁵ Damit ist allerdings auch die allmähliche Verinselung oder gar Auflösung einer integrierten Industriestruktur verbunden – gewissermaßen eine Technikkritik im Namen der „Globalisierung“ an historisch gewachsener Substanz.

Aus einer solchen Entwicklung geht die Industriearbeiterschaft der „alten“ Zentren als Verliererin hervor.⁹⁶ Andererseits ist nicht einfach auf einen „Wettkampf nach unten“ zwischen (Noch-)Industriemetropolen und Schwellenländern zu schließen. Beverly J. Silver hat wahrscheinlich recht, wenn sie schreibt: „Geographische Verlagerungen der Produktion schufen und stärkten tendenziell neue Arbeiterklassen an den jeweils bevorzugten neuen Investitionsstandorten.“⁹⁷ Allerdings bleibt offen, wie weit die räumliche und zeitliche Wirkung des „imperialen Westkapitalismus“ reicht. Die technologie-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Folgen des seit 1978 spektakulär aufstrebenden „Sinokapitalismus“, der möglicherweise Parallelen zur „Neuen ökonomischen Politik“ Lenins aufweist, stehen auf einem anderen Blatt.⁹⁸ Mit Blick auf den „Westen“ jedenfalls hat Ro-

94 Im November 2011 kündigte der Telefonnetzausrüster Nokia Siemens Networks die Trennung von seiner Festnetzsparte und die Entlassung von weltweit rund 17.000 der insgesamt 74.000 Beschäftigten an. Siehe Thomas Magenheimer-Hörmann: Kahlschlag im Netzwerk, in: Berliner Zeitung, 24.11.2011, S.12.

95 Das betrifft neuerdings vor allem die Atomindustrie und den Kraftwerksanlagenbau.

96 Siehe Johannes Giesecke/Jan Paul Heisig: Destabilisierung und Destandardisierung, aber für wen? Die Entwicklung der westdeutschen Arbeitsplatzmobilität seit 1984, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62 (2010) 3, S.403-435.

97 Beverly J. Silver: Forces of labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin-Hamburg 2005, S.211.

98 Siehe Karl Georg Zinn: Die Keynesische Alternative. Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik, Hamburg 2008, S.116-127, hier bes. S.124.

bert Castel in seiner „Chronik der Lohnarbeit“ den Gedanken geäußert, dass nach Jahrhunderten von Opfern, Leiden, Zwang, schließlich aber auch „mittels einer breiten Palette von ‚sozialen‘ Leistungen“ eine „Zivilisation der Arbeit“ entstanden sei, aus der ein für die soziale Identität der Werktätigen konstitutiver Status erwuchs. Nun aber, um die Wende vom zweiten zum dritten Jahrtausend, bekomme „das Gebäude Risse und bringt den alten, für die Unterschichten so quälenden Gedanken wieder auf die Tagesordnung, nämlich ‚von der Hand in den Mund leben‘ zu müssen“.⁹⁹ Die im 20. Jahrhundert in kapitalistischen und sozialistischen Varianten (ko)existierende Industriemoderne wird aufgesprengt und endet für die „Überzähligen“ in einem Rückfall auf Arbeitsbeziehungen der Frühindustrialisierung. Vor dem Hintergrund einer im 20. Jahrhundert entwickelten Sozialstaatlichkeit erscheint das als Zivilisationsbruch.

In gewisser Weise ähnelt die Konstellation derjenigen, die im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert Anlass zur Maschinenstürmerei gab. Doch ein Arbeiterprotest gegen die Technologien des „Informationszeitalters“ liefe ins Leere, und er stünde im Widerspruch zu allen Erfahrungen bisheriger Arbeiterbewegungen.

Betrachtet man die industrielle Revolution als einen über rund zwei Jahrhunderte andauernden und zusammenhängenden Gesamtprozess, so erreichte die Arbeiterexistenz nach jedem der großen Innovationsschübe und nicht zuletzt infolge gezielt geführter Arbeitskämpfe ein wirtschaftlich und sozial verbessertes Niveau. Dieser „Automatismus“ geriet jedoch seit den 1970er-Jahren ins Stocken, und im frühen 21. Jahrhundert beginnt er zu versagen. Wenn sich Arbeiter unter diesen Umständen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit, gegen Prekarisierung der verbleibenden Beschäftigungsverhältnisse und Sozialabbau wehren, läuft das nicht auf eine Ablehnung neuer Technologien hinaus, sondern dahinter steht, ob man will oder nicht, die Systemfrage und damit die nach den historischen Perspektiven der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung(en).¹⁰⁰ Wenn hierüber die Meinungen und Erwartungen auch weit auseinander gehen, insbesondere was die Zukunft der Arbeit angeht, so heißt das nicht, dass die Auflösung der fordistischen Formation in Europa mit dem Ende der In-

99 Castel, *Metamorphosen*, S.401.

100 Grundsätzlich hierzu Marcel van der Linden: *Workers of the World. Essays toward a Global Labor History*, Leiden-Boston 2008; Ders.: *Sattelzeit. Strategien von oben, Lernprozesse von unten*, in: Ders./Christoph Lieber (Hrsg.): *Kontroversen über den Zustand der Welt. Weltmarkt, Arbeitsformen, Hegemoniezyklen*, Hamburg 2007, S.15-28.

dustriearbeit gleichzusetzen ist.¹⁰¹ Ein größerer Teil der Menschheit erlebt jedenfalls zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Zeichen der digitalen Revolution einen Industrialisierungsschub.

101 Siehe Jeremy Rifkin: Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter, Frankfurt/Main-New York 2011.

Mehr als Descamisados der Evita. Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Argentinien unter dem Einfluss des Perónismus

Jörg Roesler

1. Die Legendenbildung um Evita Descamisados

Descamisados (wörtlich: Hemdlose) wurden die proletarischen Anhänger von Eva Maria (genannt Evita) und Juan Domingo Perón genannt. Der Armeeeoffizier Perón war Mitte der vorigen Jahrhunderts (1945-1955) Präsident Argentiniens. Von den Historikern wird er unterschiedlich – als Diktator, autoritärer Herrscher oder populistischer Führer – charakterisiert.¹ Seine Frau übte bis zu ihrem Tode 1952 als Ministerin, Parteiführerin und de facto Vizepräsidentin auf Peróns Herrschaft wesentlichen Einfluss aus.

Der Beginn dieses Einflusses wird auf den 17. Oktober 1945 datiert.² Am 10. Oktober war Juan Perón, Staatssekretär für Arbeit und Vizepräsident in der 1943 durch einen Putsch an die Macht gekommenen Militärregierung, von der Armeeführung in Buenos Aires verhaftet und auf einer kleinen Insel im Rio de la Plata interniert worden. Am 17. Oktober strömten daraufhin aus den Vorstädten Proletarier auf der Plaza de Mayo vor dem Sitz des Präsidenten in Buenos Aires, der Casa Rosada, zusammen und demonstrierten für die Freilassung des Ministers. Zur Demonstration aufgerufen hatte die populäre Radiosprecherin Eva Maria Duarte, seit mehr als einem Jahr auch enge persönliche Vertraute Peróns.³ Die Legende will es, dass die vor der Casa Rosada viele Stunden lang ausharrenden (männlichen) Arbeiter an diesem heißen Frühlingstag ihre Hemden ausgezogen hatten. Seitdem sei in Argentinien für die Anhänger Peróns, die sich vor al-

1 Siehe Dieter Boris: Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts, Hamburg 2001, S.42f. In dem in der Geschichtsschreibung Lateinamerikas häufig verwandten Begriff des Caudillo sind alle diese Aspekte vereinigt. Siehe Michael Retho Martin/Gabriel H. Lovell: Encyclopedia of Latin American History, Indianapolis-New York 1968, S.77.

2 Siehe Georg Pendle: A History of Latin America, Harmondsworth/Großbritannien 1965, S.204.

3 Siehe Detlef Nolte: Der Wandel politischer Systeme in Lateinamerika, in: Informationen zur Politischen Bildung, 1994, H. 244, S.6.

lem aus dem städtischen Industrieproletariat rekrutierten, die Bezeichnung „Descamisados“ üblich.⁴

Die Militärs zeigten sich von den Protesten vor der Casa Rosada derart beeindruckt, dass sie ihre Putschpläne aufgaben und Perón aus seinem Verbannungsort zurückholten. Die Descamisados bereiteten ihm einen triumphalen Empfang. Er wurde von der Militärregierung in seinen Ämtern bestätigt. Die Militärs sahen sich darüber hinaus gezwungen, Wahlen für den Februar 1946 anzusetzen.⁵ In Vorbereitung dieser Wahlen entfaltete Eva Duarte, die wenige Tage nach dem Putsch den Witwer Juan Perón geehelicht hatte, eine äußerst effektvolle Kampagne zugunsten ihres Mannes, der noch im Oktober 1945 eine Partido Laborista (Arbeiterpartei) gegründet hatte. Diese und weitere mit Perón verbündete Parteien, vereinigt im „Perónistischen Block“, erhielten am 24. Februar 1946 als Resultat einer durchaus freien und fairen Wahl 54 Prozent aller Stimmen.⁶ Im Wahlkampf wandte sich Juan Perón besonders an die städtische Arbeiterschaft. Den Eisenbahnzug, mit dem er durch das Land tourte, hatte er „El Descamisado“ getauft.

Ab Juni 1946 war Juan Domingo Perón Präsident Argentiniens. Eva Peróns geschickt organisierte Kampagnen zur Unterstützung der Politik ihres Gatten blieben nicht auf Wahlkampagnen beschränkt. Sie nahm sich des vom Präsidenten verkündeten Ziels, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, engagiert an. Als „Evita, die Mutter aller Armen und Schwachen“, als Chefin der perónistischen Dachgewerkschaft Confederación General del Trabajo (CGT, Allgemeiner Verband der Arbeit), als Leiterin der Frauenpartei des „Perónistischen Blocks“ sowie Vorsitzende eines wohl dotierten Sozialfonds, der die Geringverdienenden materiell unterstützte, erfreute sie sich außerordentlicher und andauernder Popularität. Es sei vor allem ihren Aktivitäten zu danken, dass Juan Perón im November 1951 bei den turnusmäßigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wiedergewählt wurde, heißt es.⁷ Sein Stimmenanteil in diesen freien Wahlen lag mit über 64 Prozent noch deutlich höher als im Februar 1946. Peróns aus der „Arbeiterpartei“ hervorgegangene Partido Justicialista (Partei der Gerechtigkeit) kontrollierte nunmehr beide Häuser des Parlaments sowie sämtliche Provinzparlamente.⁸

4 Siehe Pendle, *History*, S.204.

5 Siehe John Edwin Fagg: *Latin America. A General Story*, New York 1977, S.734.

6 Siehe Nolte, *Wandel*, S.7.

7 Siehe Martin/Lovelt, *Encyclopedia*, S.262.

8 Siehe Russel H. Fitzgibbon: *Argentina. A Chronology and Fact Book 1516-1973*, Dobles

Eva Perón starb am 26. Juli 1952 an Krebs. „La Presidenta“, wie die Descamisados sie achtungsvoll zu nennen pflegten, wurde von ihnen heftig betrauert. Tausende Mitglieder des CGT und der Partido Justicialista fanden sich zu spontanen Trauerdemonstrationen zusammen. Nach Evitas Tod ging die enge politische Bindung zwischen Perón und den Descamisados nach und nach verloren. Wahrscheinlich deshalb zögerte der von seinen politischen Gegnern und von Militärs bedrängte Präsident, als letzten Schritt an Mitglieder des CGT Waffen herausgeben zu lassen. Tatsache ist, die Descamisados verhinderten den Sturz Peróns durch die militärische Führung im September 1955 nicht.⁹

Das Engagement Evita Peróns, so die Erzählung über sie und ihre Descamisados, hatte Juan Perón auf den Präsidentenstuhl gebracht, ihr Tod bereitete das Ende seiner Herrschaft vor.

Eva Maria Duarte de Perón ist in Argentinien bis heute lebendig.¹⁰ Verständlich, dass Evita und die Descamisados auch über Argentinien hinaus Gegenstand von Filmen und Thema literarischer Betrachtungen geworden sind.¹¹ Als Descamisados sind die argentinischen Werktätigen dabei zur bloßen Staffage verkümmert. Ihre eigenständige Rolle fand demgegenüber wenig Beachtung. Die Geschichte der argentinischen Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung des La-Plata-Staates ist allerdings eng verbunden mit dem Perónismus, worauf im Folgenden näher eingegangen wird.

2. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbrüche in Argentinien seit der Weltwirtschaftskrise von 1929

Argentinien, das sich 1810 aus spanischer Kolonialherrschaft befreit hatte und seit den 1820er-Jahren als unabhängiger Staat international anerkannt war,¹² machte sich beginnend mit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts weltweit einen Namen als Agrarexporteur. Im Rahmen des für

Ferry-New York 1974, S.19.

9 Siehe Pendle, History, S.206.

10 Siehe Dieter Boris: Ende der Ära Kirchner? Versuch einer Bilanz, Standpunkte international 2010, Nr. 29, S.4.

11 Ihr Leben und ihre Beziehungen zu den Descamisados werden im britischen Musical „Evita“ von Andrew Lloyd Webber und Tim Rice behandelt. Das Musical ist auch verfilmt worden. Über Evita existieren mindestens ein halbes Dutzend Biografien, darunter: Alicia Ortiz: Eva Perón, Berlin 1998.

12 Siehe Hans-Joachim König: Kleine Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart 2006, S.377-381.

die lateinamerikanischen Staaten charakteristischen Export-geleiteten Entwicklungsmodells führte das Land am Rio de la Plata Rindfleisch und Getreide aus und importierte aus Westeuropa und den USA Fertigerzeugnisse – von einfachen Stoffen bis zu Luxuserzeugnissen, von Gebrauchsgütern aller Art bis zu Ausrüstungen für das Eisenbahnnetz.

Der auf den großen Latifundien arbeitende Viehzüchter, der Gaucho, war über ein Jahrhundert lang das charakteristische proletarische Element in der argentinischen Gesellschaft. Die besitzende Klasse stellten die Estandos, die Herren der großen Landwirtschaftsbetriebe, und ebenso die Eigentümer der „Hafenindustrien“, jener Wirtschaftszweige, die die nach Europa bzw. den USA zu verschiffenden landwirtschaftlichen Produkte für den Überseetransport vorbereiteten. Auch im internationalen Maßstab waren die Schlachthäuser und die Getreidemühlen von Buenos Aires beachtlich.¹³ Dieses „Export-Import-System“ brachte der ländlichen und städtischen „Exportoligarchie“ beträchtliche Einnahmen, die sie vorrangig für den Import von Luxusgütern nutzte, sicherte aber auch dem städtischen Proletariat, d. h. den Schauerleuten, Bauarbeitern und Beschäftigten in Schlachthäusern und Getreidemühlen der Hauptstadt und anderer Hafenstädte, ein bescheidenes, aber sicheres Auskommen.¹⁴

Die Situation änderte sich mit der 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise. Die Importe der heftig unter der Rezession leidenden Industriestaaten Europas und Nordamerikas gingen stark zurück, wodurch Argentinien seinerseits die Mittel fehlten, jene Importgüter zu erwerben, die es bisher mit dem Erlös aus den Exporten bezahlt hatte. Die Arbeitslosigkeit nahm rasch zu. Ein Großteil der städtischen Industriearbeiter verarmte.¹⁵ Diese Armen, die sich die Standardkleidung der Städter nicht leisten konnten (wie auch die Ponchos tragenden Landarmen), wurden von der argentinischen Elite mit verächtlichem Unterton als „Descamisados“, als „Hemdlose“, bezeichnet.

Immer deutlicher wurde im Laufe der 30er-Jahre, dass die Stabilisierung der argentinischen Wirtschaft nicht ohne ein prinzipielles Abgehen vom Export-Import-Modell gelingen könne. Man begann im Lande eine Textil-, Bekleidungs-, lederverarbeitende und Lebensmittelindustrie aufzubauen.

13 Siehe Hermann Adalbert Daniel: Kleineres Handbuch der Geographie, Leipzig 1877, S.294.

14 Siehe Victor Bulmer-Thomas: The Economic History of Latin America since Independence, Cambridge 2003, S.31-38, 186-188.

15 Siehe Jörg Roesler: Kompakte Wirtschaftsgeschichte Lateinamerikas vom 18. bis 21. Jahrhundert, Leipzig 2009, S.114f.

en, um die Importabhängigkeit bei Verbrauchsgütern zu verringern. Diese Entwicklung führte dazu, dass Argentiniens Industrieproduktion zwischen 1937 und 1943 um mehr als ein Fünftel (auf 122 Prozent) stieg.¹⁶

In Zusammenhang mit dem Aufbau der Leichtindustrie im La-Plata-Staat seit den 1930er-Jahren wuchs das städtische Proletariat, nahm die Urbanisierung zu. Das galt besonders für Buenos Aires. Die Zahl der Einwohner der argentinischen Hauptstadt, der (1936) 2,4 Millionen „Porteños“, stieg durch Zuwanderung Ende der 1930er-/Anfang der 1940er-Jahre jährlich um über 50.000.¹⁷ In der Hauptstadt begann sich eine neue Schicht des Proletariats zu konzentrieren, der die traditionellen sozialen Bindungen fehlten und die politisch nicht integriert war.

Dem sich aus der zunehmenden Industrialisierung ergebenden gesellschaftlichen Wandel standen keine dementsprechenden politischen Veränderungen gegenüber. Die Exportoligarchie betrieb eine Politik des „Weiter so!“ Die ihre Interessen vertretenden Regierungen waren nicht ernsthaft bereit, sich auf die seit der Weltwirtschaftskrise für Argentinien veränderte wirtschaftliche Situation und deren soziale Konsequenzen einzustellen, was infolge des sich beschleunigenden Proletarisierungsprozesses die Gefahr einer gesellschaftlichen Destabilisierung heraufbeschwor. Als die politische Elite 1943 erneut ihre Borniertheit unter Beweis stellte und einem reichen Estanciero die Präsidentschaft antrug, putschten die Mitglieder einer geheimen Militärloge, der Grupo de Oficiales Unidos (Gruppe der Vereinigten Offiziere, GOU), auch als „Obristentruppe“ bezeichnet, und bereitete der Periode, in der die Interessenvertreter der Exportoligarchie in Argentinien uneingeschränkt das politische Geschäft bestimmt hatten, ein Ende. Ein Angehöriger der GOU, der Oberst Juan Domingo Perón, sollte bald als Vorsitzender des „Sekretariats für Arbeit und Wohlfahrt“, als Kriegsminister und Vizepräsident der argentinischen Republik die Politik der Militärregierung maßgeblich bestimmen.¹⁸

16 Wladimir S. und Emma S. Woytinsky: *World Population and Production. Trends and Outlook*, New York 1953, S.1001.

17 Siehe Willi Czajka: *Buenos Aires als Weltstadt*, in: *Zum Problem der Weltstadt*, Berlin 1959, S.159-202, hier S.165.

18 Peron war ein Bewunderer der Achsenmächte und Francos (siehe Fitzgibbon, *Argentina*, S.19). Er hat während seiner Präsidentschaft NS-Verbrechern in Argentinien Unterschlupf gewährt. Der Peronismus ist u. a. deshalb, aber auch wegen der hegemonialen Rolle von Juan und Evita Perón in der argentinischen Politik „zuweilen als Linksfaschismus bezeichnet worden“ (Boris, *Zur Politischen Ökonomie*, S.42).

3. Oberst Peróns Hinwendung zur Arbeiterschaft

Juan Domingo Perón, Sohn eines kleinen Landwirtes, der mit 18 Jahren die militärische Laufbahn eingeschlagen hatte, hielt neben politischer Selbstständigkeit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit soziale Gerechtigkeit für das wichtigste Ziel seiner Regierungspolitik. Unter Herstellung von wirtschaftlicher Unabhängigkeit verstand er vor allem die nachdrückliche Unterstützung des in den 30er-Jahren in Gang gekommenen Prozesses der Ablösung des Export-Import-Systems in der Wirtschaft durch den Staat zugunsten einer auf den nationalen Markt setzenden Industrialisierung. Den Trägern dieser Binnenindustrialisierung, den kleinen und mittleren Unternehmern, vor allem aber den Arbeitern galt Peróns besondere Aufmerksamkeit. Als Arbeitsminister und Vizepräsident setzte er 1944/45 eine Reihe wesentlicher sozialer Verbesserungen für die Lohnabhängigen durch, die vor allem der vom Lande zugewanderten, bisher sozial benachteiligten „neuen Arbeiterschaft“ zugute kamen. Die sozialen Regelungen wurden aber auch auf das Land ausgedehnt. So gab es erstmals gesetzliche Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohn im Agrarsektor. Wohnungsbauprogramme und bezahlte Urlaubstage für das Industrieproletariat rundeten diese materiellen Verbesserungen ab. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, dass Peróns „Sekretariat“ durch die Schaffung eigener Arbeitsgerichte, vor denen Arbeitskonflikte ausgetragen wurden, dem argentinischen Proletariat ein gewisses Maß an rechtlichem Schutz gewährte, wodurch für die Arbeiterklasse zum ersten Mal Prinzipien formaler Gleichheit realisiert werden konnten.¹⁹

Zum direkten Ansprechpartner der Regierung auf sozialpolitischem Gebiet wurden die Gewerkschaften. Perón machte ihrer Zersplitterung ein Ende, indem er den CGT als alleinigen Dachverband anerkannte und neue Zweiggewerkschaften organisierte. Sozialistisch bzw. kommunistisch orientierten Organisationen der Gewerkschaftsbewegung wurde dadurch, dass die Regierung allein dem CGT Tariffähigkeit zuwies, der Boden entzogen. Der CGT erstarkte unter dem „Caudillo der Gewerkschaften“²⁰ rasch. Es gelang ihm 1944/45 mithilfe von Streiks für die Arbeiter Lohn-erhöhungen von 30 Prozent durchzusetzen.²¹ Die „Gruppe der Vereinigten Offiziere“ stand insoweit hinter Peróns arbeiterfreundlichem Pro-

19 Siehe Dieter Boris/Peter Hiedl: Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart, Köln 1978, S.73.

20 Pendle, History, S.203.

21 Siehe Boris/Hiedl, Argentinien, S.92.

gramm, als sie – schon im Interesse einer eigenständigen Rüstungsproduktion – die Industrialisierung des Landes bejahte. Auch wollte sie angesichts nicht auszuschließender kriegerischer Verwicklungen Argentiniens die politische Lage im Lande durch soziale Zugeständnisse an die an Bedeutung gewinnende Arbeiterschaft stabil halten.²² Tatsächlich gelang es Perón, mit seiner Sozial-, Gewerkschafts- und Parteipolitik die Arbeiterschaft in die Gesellschaft zu integrieren und das argentinische Proletariat gegen die politische Einflussnahme von Sozialisten und Kommunisten weitgehend abzuschirmen.²³

Doch Peróns letztendlich die bürgerliche Gesellschaft stabilisierende Arbeiterpolitik traf bei den Angehörigen der Oligarchie auf wenig Verständnis. Innerhalb der herrschenden Klasse entstand eine Gegenbewegung derer, die dem „sozialistischen Oberst“ – so wurde er anerkennend in Gewerkschafterkreisen genannt – zunehmend misstrauten und die sich dessen Entmachtung und die Rücknahme seiner Sozialpolitik zum Ziel setzten. Dieser politischen Gruppierung gehörten vor allem einflussreiche *Estancieros* an, die in der *Sociedad Rural* (Ländliche Gesellschaft) organisiert waren, aber auch Angehörige der Unternehmerverbände der traditionellen Industrien sowie altgediente hochrangige Militärs (Generale im Unterschied zu den Obristen der GOU). Am 10. Oktober 1945 wurde – wie schon erwähnt – Perón von den Militärs seiner Ämter enthoben und ein Mitglied der Oligarchie mit der Bildung eines neuen Militärkabinetts beauftragt.²⁴ Der Putsch scheiterte bereits einige Tage später auf Grund der Straßenproteste der Arbeiterschaft.

4. Die Bedeutung der Losung „Aufbau eines neuen Argentiniens“ für die Formierung der Arbeiterklasse des Landes (1946-1955)

Im Wahlkampf Anfang 1946 verkündete der wieder eingesetzte Präsident seine Entschlossenheit, im Falle seines Wahlsieges „ein neues Argentinien“ aufzubauen. Nach der Übernahme der Präsidentschaft im Juni präsen-

22 Die Kriegserklärungen Argentiniens an Deutschland und Japan erfolgten dann allerdings erst Ende März 1945. Siehe Manfred Kossok: Argentinien, in: Walter Markov/Alfred Anderle/Ernst Werner (Hrsg.): *Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte. Die Länder der Erde von A-Z*, Leipzig 1964, S.67-74, hier S.72.

23 Siehe auch Ingrid Wehr: *Wohlfahrtsregime und soziale Ungleichheit in Lateinamerika*, in: Dies./Hans-Jürgen Burchardt (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*, Baden-Baden 2011, S.257-282, hier S.257f.

24 Siehe Martin/Lovelt, *Encyclopedia*, S.261.

tierte er für diesen Neuaufbau einen Fünfjahrplan.²⁵ Im Zuge seiner Verwirklichung setzte sich die perónistische Regierung für die fortgesetzte Ablösung des Export-Import-Modells zugunsten einer Importsubstitutionspolitik ein. Ihre erste systematische Darstellung erfuhr diese Politik durch den argentinischen Ökonomen Raul Prebisch, der 1950 seine Streitschrift „Ökonomische Entwicklung Lateinamerikas“ veröffentlichte, die später als „Prebisch-Manifest“ gefeiert wurde.²⁶ Prebisch plädierte dafür, die nach Übersee orientierte Wirtschaftsstrategie der lateinamerikanischen Staaten durch eine an ihren inneren Bedürfnissen ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu ersetzen. Dieses Plädoyer beruhte auf seiner Analyse der Export-Import-Politik bis in die 1930er-Jahre und auf der Auswertung der beim wirtschaftspolitischen Strategiewechsel in einer Reihe lateinamerikanischer Länder, vor allem Argentinien, aber auch in Mexiko und Brasilien gesammelten Erfahrungen.²⁷

Die perónistische Regierung setzte für die Fünfjahrplanperiode auf eine Stärkung des Staats im Wirtschaftsprozess.²⁸ Öffentliche Dienstleistungsunternehmen, Banken, Eisenbahnen, Telefongesellschaften, Fluggesellschaften sowie die Erdölgewinnung und -verarbeitung wurden nationalisiert. Den Import von Industriewaren aus Europa und Nordamerika erschwerte die Regierung durch hohe Zölle, um die im Entstehen begriffenen nationalen Industrien zu schützen, und subventionierte die neugegründeten klein- und mittelständischen Unternehmen zusätzlich aus dem Budget. Den Außenhandel mit Argentinien's agrarischen Produkten monopolisierte die Regierung im „Institut zur Förderung des Handels“ (IAPI). Das IAPI kaufte Rinder und Getreide zu niedrigen Preisen auf und verkaufte sie zu Weltmarktpreisen in Westeuropa bzw. Nordamerika. Auf diesem Wege wurden Gewinne aus den Estancias abgeschöpft und waren für die Förderung der Industrialisierung bzw. die Finanzierung der Sozialpolitik verfügbar.²⁹

25 Angeregt wurde Perón dazu durch den vom mexikanischen Präsidenten Lázaro Cárdenas in den 30er-Jahren verkündeten „Sechsjahrplan für ein neues Mexiko“. Siehe Roesler, *Wirtschaftsgeschichte*, S.125.

26 Raul Prebisch: *The Economic Development of Latin America and its Principal Problems*, Lake Success (N. Y./USA) 1950.

27 Siehe Roesler, *Wirtschaftsgeschichte*, S.119.

28 Siehe Jorge Katz/Ezequiel Gallo: *The Industrialisation of Argentina*, in: Claudio Veliz (Hrsg.): *Latin America and the Caribbean. A handbook*, New York-Washington 1968, S.597-635, hier S.601.

29 Siehe Martin/Lovell, *Encyclopedia*, S.261.

Peróns „Fünfjahrplanpolitik“ trug Früchte. Die Industrieproduktion stieg zwischen 1945 und 1951 um ein Drittel (33,9 Prozent). Verglichen mit 1943, dem Jahr der Regierungsübernahme durch die GOU, lag der Umfang der Industrieproduktion 1951 bei 150 Prozent.³⁰ Die Zahl der industriellen Unternehmen stieg zwischen 1939 und 1947 von 54.000 auf 102.000 und verdoppelte sich bis 1959 noch einmal.³¹ In der Leichtindustrie entstanden vor allem Kleinbetriebe mit bis zu zehn Beschäftigten. Ihre Zahl erhöhte sich zwischen 1946 und 1954 von 26.000 auf 49.000.³² Entsprechend vergrößerte sich die Industriearbeiterschaft. 1947/49 zählte man in Argentinien 1.000.000 Industriearbeiter, 450.000 Transportarbeiter und 200.000 Bauarbeiter. Im Jahre 1937 hatte die Anzahl der Industriearbeiter 640.000 betragen.³³ Der Anteil des Lohneinkommens am Nationaleinkommen erhöhte sich zwischen 1946 und 1950 von 39 auf 46 Prozent. Wie im Fünfjahrplan vorgesehen, wurde Vollbeschäftigung erreicht.³⁴

Die Urbanisierung Argentinien beschleunigte sich dank der Fortschritte bei der Industrialisierung weiter. 1947 überschritt die Bevölkerung von Buenos Aires die Dreimillionengrenze. Die „Riesenstadt am Rio de la Plata“ wurde zur größten Stadt der südlichen Hemisphäre.³⁵

Der Zustrom vom Lande bezifferte sich allein im Jahre 1951 auf mehr als 54.000. Bereits 1948 war die Großregion Buenos Aires gebildet worden. In den Außenbezirken entstanden „auf der grünen Wiese“ großflächige Industrieanlagen. Neben den Gewerbeflächen der Hauptstadt entwickelten sich Arbeitervorstädte – so Villa Adelina und Martelli neben Textil- und chemischen Fabriken und San Isidro und San Fernando neben Werken „zur Herstellung von leichten Gebrauchswaren“. Am unteren Riachuelo, einem sich östlich des Stadtzentrums von Buenos Aires in den Rio de la Plata ergießenden kleinen Fluss, entstand die industriereichste Zone Argentinien.³⁶ Außerhalb der Metropole entwickelten sich ähnliche Arbeiteransiedlungen in der zweitgrößten Stadt des Landes, Rosario, die 1947 bereits knapp eine halbe Million Einwohner zählte und in den zu Großstädten gewordenen,

30 Siehe Woytinski, *World Population*, S.1001.

31 Siehe Manfred Kossok: *Kolonialbürgertum und Revolution*, in: Ders.: *Ausgewählte Schriften*, Bd. 1: *Kolonialgeschichte und Unabhängigkeitsbewegung in Lateinamerika*, Leipzig 2000, S.95-119, hier S.118.

32 Siehe Boris/Hiedl, *Argentinien* S.82f.

33 Siehe Kossok, *Kolonialbürgertum*, S.118.

34 Siehe Katz/Gallo, *Industrialisation*, S.601.

35 Siehe Karl Heck (Hrsg.): *E. von Seydlitzsche Geographie*, Bd. 3, Breslau 1935, S.164.

36 Siehe Czajka, *Buenos Aires*, S.171-175.

im mittleren Argentinien gelegenen Küstenstädten Mar del Plata und Bahia Blanca.³⁷

Für die vom Lande kommenden Arbeitskräfte bedeutete die Aufnahme der Arbeit in einem Industriebetrieb und die Ansiedlung in Satellitenstädten eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensgrundlage. Erstens wurden sie, aus weitgehend ungeschützten landwirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen kommend, der von der Regierung Perón geschaffenen sozialen Absicherungssysteme teilhaftig. Artikel 37 der 1949 beschlossenen „Perónistischen“ Verfassung benannte explizit u. a. folgende Rechte der lohnabhängig Beschäftigten: auf Arbeit, auf gerechten Lohn, auf Aus- und Weiterbildung, auf gute Arbeitsbedingungen, auf Gesundheitsvorsorge, auf ökonomisches Fortkommen, auf Verteidigung der Berufsinteressen. Diese Rechte standen keineswegs nur auf dem Papier. Waren 1946 bereits 1,5 Mill. Arbeiter und Angestellte in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen, so erhöhte sich deren Zahl bis 1955 auf fünf Millionen.³⁸ Dank des Ausbaus der sozialen Sicherungssysteme in Argentinien erfreute sich die Arbeiterschaft der „relativ besten Sozialversicherung im damaligen Lateinamerika“.³⁹

Zweitens verbesserten sich die materiellen Lebensbedingungen der Zugezogenen deutlich. Das Realeinkommen der argentinischen Arbeiter und Angestellten stieg zwischen 1946 und 1949 um 40 Prozent.⁴⁰

Realisierbar wurde dieser Wohlstandsanstieg auch dank der für Argentinien günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Mitte der 1940er-Jahre. Die perónistische Regierung konnte die in den Kriegsjahren durch Lebensmittelausfuhren erwirtschafteten Devisenreserven einsetzen und profitierte in den ersten Nachkriegsjahren von den hohen Weltmarktpreisen für Agrarprodukte.⁴¹

So war es nicht verwunderlich, dass sich die Arbeiter und Angestellten Argentiniens angesichts der Verbesserung ihrer Lebenslage in ihrer Mehrheit zur Politik Peróns bekannten. Die Zahl der Mitglieder in der Dachgewerkschaft CGT stieg nach der Amtsübernahme durch die Perónisten zwischen 1946 und 1948 sprunghaft von 0,9 auf 1,5 Millionen an und erhöhte sich bis 1954/55 auf 3,5 Millionen.⁴²

37 Siehe Kurt Witthauer: Die Bevölkerung der Erde, Gotha 1958, S.322.

38 Siehe Boris/Hiedl, Argentinien, S.92.

39 Ebenda, S.72.

40 Siehe Nolte, Wandel, S.7.

41 Siehe ebenda.

42 Siehe Roesler, Wirtschaftsgeschichte, S.123; Boris/Hiedl, Argentinien, S.93.

Zur Vergrößerung der Anhängerschaft Juan Peróns trug zweifellos das Auftreten seiner charismatischen Gattin bei. Evita war es zu verdanken, dass die öffentlichen Plätze von jubelnder Menge gefüllt waren, wenn es galt, Errungenschaften des „neuen Argentinien“ für die Bevölkerung einprägsam zu begeben. So versammelten sich z. B. am 12. Februar 1948 zur Feier der Nationalisierung des bis dahin privat geführten argentinischen Eisenbahnnetzes – eines der größten in Lateinamerika – auf der Plaza de Retiro vor dem gleichnamigen Bahnhof über eine Million Menschen vor der berühmten „La Porteña“, der ersten argentinischen Lokomotive aus dem Jahre 1857. Über dem Fahnenwald, den die Feiernden mitgebracht hatten, prangten am Bahnhofsgelände in riesiger Aufschrift die Worte: *Ya son argentinos* (Sie sind nun argentinisch). Die perónistische Presse berichtete ausführlich über das Ereignis und schätzte ein, dass der 12. Februar 1948 der ruhmreichste Tag in der Geschichte Argentiniens seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1810 sei.⁴³ Mit ihren den Fortschritten beim „Aufbau eines neuen Argentinien“ gewidmeten Inszenierungen erreichte die charismatische Evita eine vertiefte emotionale Bindung der Descamisados an den Perónismus, die grundsätzlich bereits durch die seit Peróns Machtantritt verbesserte Lebenslage und durch die achtungsvolle Behandlung der Werktätigen als gleichberechtigte Staatsbürger gegeben war. Nach 1949 erhielt Evitas Politik gegenüber den Descamisados für die politische Konsolidierung des Perónismus zusätzliches Gewicht, als die Reallohnsteigerungen sich verlangsamten bzw. der Reallohn fiel.⁴⁴ Der hohe Stimmenanteil für den Partido Justicialista bei den Wahlen 1951 lässt sich nicht mehr in erster Linie aus Peróns – inzwischen ins Stocken geratener – Wohlstandspolitik erklären. Die Decamisados vertrauten der perónistischen Führung dank Evitas Populismus weiterhin – wenigstens bis zum Tod Eva Peróns –, auch wenn ein Blick ins Portemonnaie ihnen schon früher hätte zu denken geben müssen.

5. Peróns Legitimitätsverlust, Sturz und Erbe

Die Reallohnrückgänge seit Anfang der 50er-Jahre waren das Resultat der Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen für die argentinische Wirtschaft. Sie waren zum einen verursacht durch das Abschmelzen der Devisenguthaben. Diese Entwicklung war auf den Aufkauf der sich

43 Siehe Jiri Hanzelka/Miroslav Zikmund: *Südamerika. Zwischen Parana und Rio de la Plata*, Berlin 1956, S.57f.

44 Siehe Boris/Hiedl, *Argentinien*, S.93.

in britischen bzw. französischen Händen befindenden Eisenbahnen (für 600 Mill. Dollar) bzw. den Erwerb weiterer Privatunternehmen zurückzuführen, die sich in den Händen von Ausländern befunden hatten. Zudem gingen die Devisenreserven des Staates (insgesamt 1,5 Mrd. Dollar)⁴⁵ durch Verringerung der Exporterlöse im Ergebnis der Verschlechterung der „terms of trade“, d. h. als Resultat des Anziehens der Weltmarktpreise für Industriegüter bei gleichzeitigem Sinken der Preise für Agrarprodukte, zurück. In die gleiche Richtung wirkten Missernten infolge einer außergewöhnlichen Dürre 1950 und 1951. Die bis dahin üppigen Einnahmen der IAPI, die hauptsächlich in die Sozialfonds geflossen waren, versiegten. Die veränderten Rahmenbedingungen zwangen die Regierung schließlich, die Löhne und Preise für zwei Jahre, zwischen 1952 und 1953, einzufrieren.⁴⁶ Die drei letzten Jahre seiner zweiten Präsidentschaft (1953-1955) gestalteten sich für Juan Perón zusätzlich ungünstig durch das Bekanntwerden einer gerade in Staatsbetrieben um sich greifenden Korruption⁴⁷ sowie durch zunehmende Auseinandersetzungen des Staates mit der katholischen Kirche – 90 Prozent der Bevölkerung waren Katholiken – wegen des Verbots des Religionsunterrichtes an Schulen, der Einführung der Zivilehe und anderer antiklerikaler Maßnahmen. Zu dieser Politik sah sich Perón veranlasst, seitdem sich seine wieder an Einfluss gewinnenden Gegner in der Oligarchie hinter der Organisation der Kirche verschanzten.⁴⁸ Im Juni 1955 war es die katholische Kirche, die mehr als 100.000 Demonstranten auf der Plaza de Mayo vor der Casa Rosada zusammenbrachte, um gegen die antiklerikalen Maßnahmen der Regierung zu protestieren. Die offensichtliche Schwäche Peróns ermunterte seine Gegner in der Militärführung. Ein noch im Juni 1955 unternommener Versuch der Flotte, durch gezieltes Bombardement von Regierungsgebäuden in Buenos Aires Perón zur Abdankung zu zwingen, scheiterte allerdings. Zwei Monate später, am 16. September 1955, brachen Armeerevolten an Militärstandorten in mehreren Provinzen Argentiniens aus. Am 19. September trat Perón als Präsident zurück und floh ins benachbarte Uruguay.⁴⁹

Anders als im Falle vieler anderer Revolten der Streitkräfte gegen gewählte Präsidenten in lateinamerikanischen Staaten bedeutete der Sturz Peróns nicht das Ende seines Einflusses auf das Land. Ungeachtet seiner Abdan-

45 Siehe James C. Hunt: *Argentina*, in: Veliz, *Latin America*, S.3-27, hier S.13.

46 Siehe Katz/Gallo, *Industrialisation*, S.600.

47 Siehe Pendle, *History*, S.205.

48 Siehe *Weltgeschichte in Daten*, Berlin 1970, S.1062.

49 Siehe Fitzgibbon, *Argentina*, S.21.

kung, des Verbots der Partido Justicialista und der Aufhebung der perónistischen Verfassung im Jahre 1956 blieben die Errungenschaften, die der Perónismus der Masse der Bevölkerung nach 1943 gebracht hatte, unvergessen. Die perónistischen Gewerkschaften hatten weiterhin Zulauf.⁵⁰ Als perónistische Parteien 1962 wieder zugelassen wurden, stimmte für sie ein Drittel der Wählerschaft.⁵¹ 1973 gewannen die Perónisten die Wahlen erneut und übernahmen für kurze Zeit die Regierungsgewalt.⁵² Die Importsubstitutionspolitik, die Staatsbetriebe und – wenigstens in Teilen – die sozialen Sicherungssysteme blieben bis Ende der 80er-Jahre erhalten.

Eine vollständige Demontage der von Perón betriebenen Politik des Staatsinterventionismus und des darauf beruhenden Wirtschafts- und Sozialsystems wurde ausgerechnet von einem Präsidenten vorgenommen, der – nach einer anderthalb Jahrzehnte andauernden Folge von Militärdiktaturen – als Perónist die Wahlen gewonnen hatte. Um Argentinien aus der (Schulden-)Krise herauszuführen, akzeptierte Carlos Menem (1990-1998) 1993 den von den USA und dem Internationalen Währungsfonds verfochtenen „Washington Consensus“, d. h. den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Unter anderem geschah das durch ein selbst für die 90er-Jahre, das „neoliberale Jahrzehnt“ Lateinamerikas,⁵³ außerordentlich rigoroses Programm der Entstaatlichung, beginnend mit der Privatisierung der wirtschaftlichen Schlüsselbetriebe bis hin zur Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme.⁵⁴ Die Deregulierung der Wirtschaft führte allerdings Ende der 90er-Jahre zur erneuten Verschuldung Argentinien und endete für das

50 Trotz der Übernahme der Kontrolle des CGT durch „Regierungskommissare“ und ungeachtet der Verbannung von Gewerkschaftsführern in die entlegene argentinische Südprowinz Patagonien ab November 1955 sowie einer von der Regierung vorgenommenen „Neuordnung“ des CGT im Jahre 1961 belief sich die Mitgliedschaft der perónistischen Gewerkschaft Anfang der 60er-Jahre noch auf 2,5 Mill. Die nichtperónistischen Gewerkschaften zählten dagegen nur 200.000 Mitglieder. Siehe Sándor Radó: *Welthandbuch. Internationaler politischer und wirtschaftlicher Almanach*, Budapest 1962, S.29f.

51 Siehe Hunt, *Argentina*, S.13.

52 Juan Perón kehrte aus dem spanischen Exil zurück und wurde erneut zum Präsidenten gewählt, seine dritte Ehefrau Maria Estela (Isabel) Martínez de Perón wurde Vizepräsidentin. Nach dem Tod ihres Gatten 1974 folgte sie ihm bis zur ihrem Sturz durch die Armee als Staatsoberhaupt. Angesichts der durch die stärkere Ausrichtung der beiden Staatsoberhäupter nach rechts zunehmend zerstrittenen perónistischen Gewerkschaften und Partei konnten die Peróns allerdings nicht mehr viel bewirken. Siehe König, *Geschichte*, S.677.

53 Siehe Roesler, *Wirtschaftsgeschichte*, S.161-179.

54 Siehe Margot Geiger: *Die Reintegration der Revoltierenden in Argentinien*, in: *Das Argument*, 47 (2005) 4, S.521-520, hier S.523.

Land in einer schweren Rezession.⁵⁵ Im Laufe des Jahres 2001 meldeten fast 3.000 argentinische Unternehmen Insolvenz an. Ende 2001 war Argentinien zahlungsunfähig. Die städtische Arbeitslosigkeit erreichte fast 20 Prozent. Die Arbeiter und Angestellten in Buenos Aires, Rosario und anderen Großstädten, viele von ihnen auf den Stand jener Descamisados zurückgeworfen, für die Evita Perón sich einmal engagiert hatte, wehrten sich schließlich mit Straßenblockaden und Massendemonstrationen gegen die rasch fortschreitende Verelendung. Ein Teil von ihnen führte in Pleite gegangene Unternehmen in eigener Regie fort.⁵⁶

Im Frühling 2003 wurde der seit den Jahren der Militärdiktatur den Linken innerhalb der perónistischen Bewegung nahestehende Anwalt Néstor Kirchner zum Präsidenten Argentiniens gewählt. Er schuf eine sich als progressiv verstehende Strömung innerhalb der perónistischen Partei, die sich unmittelbar auf Juan Peróns Wirtschafts- und Sozialprogramme bezieht und eng mit dem CGT zusammenarbeitete. Kirchner versprach wirtschaftliche Gesundung durch Wiederaufnahme staatlicher Regulierung der Wirtschaft und eine Beendigung der sozialen Misere mittels der Vergabe von finanziellen Mitteln aus dem Staatshaushalt zugunsten der Ärmsten.⁵⁷ Durch eine von Wiederverstaatlichungen im Bereich der Post, der Wasserversorgung, der Flughäfen und einiger Eisenbahnlinien⁵⁸ begleitete „gezielte Industriepolitik“⁵⁹ konnte unter Kirchner wieder ein beträchtliches Wirtschaftswachstum erzielt werden. Zwischen 2003 und 2007 stieg das Bruttoinlandsprodukt Argentiniens um ca. 44 Prozent.⁶⁰ Die Arbeitslosigkeit sank bis 2007 auf 7,5 Prozent.⁶¹ Viele der von Menem abgeschafften arbeitsrechtlichen Sicherungen und gewerkschaftlichen Rechte führte Kirchner wieder ein. Die Mittel für seine aktive Sozialpolitik verschaffte sich Néstor Kirchner – ganz entsprechend einer von Juan Perón verfolgten Praxis – vorrangig durch Abschöpfung von bis zu 40 Prozent der aus Rohstoff-

55 Siehe Dieter Boris: Die argentinische Tragödie, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2002, H. 12.

56 Siehe Kristina Hille: Reaktivierte Unternehmen: die empresas recuperadas in Argentinien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, 2010, Nr. 10, S.29-34, hier S.29.

57 Siehe Boris, Ende, S.1.

58 Siehe Dieter Boris: Linkstendenzen in Lateinamerika. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2007, H. 7/8, S.22.

59 Ders., Argentinien, S.2.

60 Siehe Anuario estadístico de América Latina y el Caribe, Santiago de Chile 2008, S.95.

61 Siehe Der Fischer Weltalmanach 2009. Zahlen. Daten. Fakten, Frankfurt/Main 2008, S.57.

exportierten resultierenden Gewinne der großen, nunmehr vor allem Sojabohnen exportierenden Agrarunternehmen. Durch ein komplexes System von Subventionen und Vereinbarungen mit der weiterverarbeitenden Industrie und den Handelsketten gelang es Kirchner, den Anstieg der Verbraucherpreise niedrig zu halten. Dank der preis- und sozialpolitischen Maßnahmen des Präsidenten ging der während der Krise Anfang des Jahrzehnts rasch auf über 50 Prozent gestiegene Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze bis 2010 auf zwölf Prozent zurück.⁶²

Auf Néstor Kirchner folgte im Präsidentenamt 2007 seine Gattin Cristina Fernandez de Kirchner. Die Kandidatin der linksperönistischen „Frente para la Victoria“ (Front für den Sieg) konnte sich mit einem Stimmenanteil von 44,9 Prozent gegenüber ihren Mitbewerbern durchsetzen.⁶³ Sie führte die von ihrem Gatten begonnene Politik der staatlichen Eingriffe fort und verstaatlichte u. a. die von Menem privatisierten Pensionsfonds, „um die Beiträge der Rentner zu retten“, wie sie sozial argumentierte.⁶⁴ Der Kreis der anspruchsberechtigten Rentner wurde von der Regierung um 2,4 Mill. ausgeweitet, die Rentensätze mehrfach deutlich erhöht.⁶⁵

So wie die Rentner konnte die Mehrheit der werktätigen Argentinier unter den Kirchners wieder Hoffnung schöpfen und eine Zukunftsperspektive entwickeln.

Wie einst Juan Perón zollten die argentinischen Wähler den Kirchners Anerkennung für ihre Wirtschaft- und Sozialpolitik, aber auch für die Wiederherstellung des internationalen Rufes Argentinien durch eine clevere Entschuldungspolitik.⁶⁶ Die Kirchners wurden bald von der Mehrzahl der Argentinier bewundert wie Jahrzehnte zuvor Juan und Evita Perón. Als im Oktober 2010, wenige Monate bevor Cristina Kirchner sich der Wiederwahl im Präsidentenamt stellen musste, Néstor Kirchner unerwartet starb, begaben sich Hunderttausende von Argentinern aus den Unter- und Mittelschichten auf öffentliche Trauerkundgebungen.⁶⁷ Auch auf der Plaza de Mayo versammelten sich Zehntausende zu einer Großkundgebung, um der amtierenden Präsidentin Mut zu machen, sich für die Präsidentschaft zu bewerben und die soziale Politik ihres Gatten weiterzuführen. Der Platz vor den Absperrgittern vor der Casa Rosada füllte sich schnell mit Blu-

62 Siehe Boris, Ende, S.1f.

63 Siehe Jürgen Vogt: Stabwechsel bei den Kirchners, in: Neues Deutschland, 2.12.2007.

64 Siehe Alexander Busch: Argentinien beerdigt Börse, in: Handelsblatt, 24.11.2008, S.32.

65 Siehe Boris, Ende, S.2.

66 Siehe ebenda, S.2f.

67 Siehe ebenda, S.1.

men, selbst gefertigten Transparenten und kleinen handschriftlichen Zetteln. „Eva, Perón und Néstor gemeinsam im Himmel, auf Erden alle für Cristina“ war darauf u. a. zu lesen.⁶⁸ Ein Jahr später gewann Cristina Kirchner die Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang mit einer Mehrheit von 54 Prozent.⁶⁹

Bleibt festzustellen, dass das Zusammenspiel von Evita und ihren Descamisados mehr als eine Episode im Konstituierungsprozess der Arbeiterklasse der La Plata-Republik war. Was sich während der Regierung Perón an Beziehungen zwischen Regierung, Partei, Gewerkschaften und werktätiger Bevölkerung entwickelte, prägt die organisatorische Struktur, die politische Ausrichtung und die Demonstrationskultur der argentinischen Arbeiter, Angestellten und vieler Angehöriger der Mittelschichten bis zum heutigen Tag mit.

68 Jürgen Voigt: Eva, Perón und Néstor im Himmel, in: Neues Deutschland, 29.10.2010.

69 Siehe Ders.: Kirchner tritt zweite Amtszeit an, in: Neues Deutschland, 12.12.2011.

Von der 48. Linzer Konferenz

Interventionen für sozialen und kulturellen Fortschritt

Jürgen Hofmann

Vom 13. bis 15. September 2012 beriet die Linzer Konferenz zum Thema „Interventionen für sozialen und kulturellen Fortschritt“. Die Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) schloss damit einen mehrjährigen Konferenzyklus ab, der den Beitrag der Arbeiterbewegung und sozialer Bewegungen generell zum gesellschaftlichen Fortschritt unter verschiedenen Blickwinkeln ausloten wollte. Die Anregung dazu war von *Feliks Tyeb* (Warschau) gekommen. Koordinator dieser Reihe, deren Auftakt sich 2010 dem Platz der Arbeiterbewegungen in globalen Erinnerungsprozessen gewidmet hatte, war *Jürgen Mittag* (Bochum). Laut Konzeption sollte „auch der Frage nachgegangen werden, inwieweit Arbeiterbewegungen die soziale Integration der Bevölkerung in Staat und Gesellschaft forciert haben und inwieweit Formen sozialer Desintegration auf Arbeiterbewegungen zurückgehen“.¹ Der zweite Aspekt blieb erwartungsgemäß unterbelichtet. Die meisten Beiträge konzentrierten sich auf Fallbeispiele zu den Auseinandersetzungen um die Gewährung sozialer Rechte und die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Unter aktuellen Gesichtspunkten, da es selbst in den fortgeschrittenen Ländern um die Verteidigung und Sicherung bereits erkämpfter sozialer Standards geht, war diese Akzentuierung zu erwarten. Ungefähr 60 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Europa, Asien und den USA hatten sich nach Linz in Österreich begeben, um in entspannter Atmosphäre spannende Diskussionen zu führen.

Stefan Berger (Bochum), der die Nachfolge von Klaus Tenfelde (1944-2011) angetreten hat, stellte die Frage: „Was hat die Arbeiterbewegung für uns getan?“ In seinem Auftaktreferat erörterte er, wie die Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Strömungen und Gruppierungen gegen den Widerstand anderer sozialer Kräfte den Ideen der Wohlfahrt und der Bildung in Europa zum Durchbruch verhalf. Er schlug einen Bogen vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Der Wohlfahrtsstaat und die Idee des Zugangs zu kulturellen Ressourcen für alle werden außerhalb Europas als

1 http://www.ith.or.at/konf/call_2012_2.htm.

eine europäische Eigenheit wahrgenommen und zuweilen als Hemmnisse für Investitionen und ökonomisches Wachstum betrachtet. Daraus erklärt sich zugleich die Bedeutung des „alten Kontinents“ als Orientierungsmuster in den aktuellen und künftigen sozialen Auseinandersetzungen.

Uwe Fuhrmann (Berlin) räumte mit der Legende auf, die soziale Marktwirtschaft sei ein von Ludwig Erhard gewolltes Konzept gewesen. Dieser hatte im Gegenteil zunächst die „freie Marktwirtschaft“ überschwänglich gefeiert. Erst die Protestwelle in den Westzonen und der Generalstreik vom November 1948 erzwangen die soziale Korrektur der mit der Währungsreform entfesselten Marktwirtschaft. Dass in Stuttgart zur „Befriedung“ damals Panzer der amerikanischen Besatzungsmacht auffuhren, ist weitgehend in Vergessenheit geraten.² In der Meistererzählung zur Geschichte der Bundesrepublik wird die soziale Marktwirtschaft als einzigartige Erfolgsgeschichte gefeiert und Ludwig Erhard zugeschrieben, damit der Glanz auf die Nachfolger abfärben kann.

Jörg Roesler (Berlin) beleuchtete das Spannungsverhältnis zwischen tradierter proletarischer Arbeitsmoral und den Erfordernissen einer sozialistischen Leistungsgesellschaft in der DDR sowie die daraus erwachsenen Konflikte und Kompromisse. Die Industriearbeiter hatten bereits im ausgehenden 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine proletarische Arbeitsmoral entwickelt, die Tüchtigkeit, Solidarität und Gleichbehandlung auf den Schild hob. Sie war keineswegs leistungsfeindlich. Aber die Losung „Akkord ist Mord“ wurde im Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutung fest verinnerlicht. Die Einführung eines Leistungslohnsystems musste deshalb als Rückfall in den Kapitalismus erscheinen. Das Spannungsfeld zwischen der SED- und Staatsführung in der DDR und der Arbeiterschaft führte immer wieder zu Konflikten. Der spektakulärste war die Arbeiterrevolte am 17. Juni 1953. In der Folge wurde nach Konfliktlösungen im Sinne eines Modus Vivendi gesucht. Der Verzicht auf Prinzipien der Leistungsgesellschaft schuf aber neue Konflikte und Wachstumshemmnisse. Einen Einblick in die Entstehungsgeschichte des Wohlfahrtssystems und die Rolle der Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften (s. nachfolg. Text) sowie der Gewerkschaften in Frankreich zwischen 1850 und 1914 vermittelte *Patricia Toucas-Truyen* (Paris). Diese Hilfsorganisationen seien Pioniere bei der Durchsetzung von Gesundheitsversicherungen für Arbeiter und im Kampf gegen Kindersterblichkeit, Tuberkulose und Alkoholismus

² Siehe dazu auch Jörg Roesler: Die Stuttgarter Vorfälle vom Oktober 1948. Zur Entstehung der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2007/1, S.40-49.

gewesen. Sie bildeten einen Rahmen für die Herausbildung von Bürgerrechten und ein Laboratorium sozialer Innovationen.

Danach ging der Blick nach dem Iran in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. *Tourai Atabaki* (Amsterdam) behandelte ausgehend von der Hungersnot 1917 und der Entstehung von Gewerkschaften den Beitrag der dortigen Arbeiterbewegung an den Zivilrechts- und Gesellschaftsdiskursen. Schon die Verfassungsrevolution 1905 bis 1909 setzte einen Prozess der Zentralisation sowie politischer und ökonomischer Reformen in Gang. Die Arbeiterbewegung forderte nicht nur bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Ihre Aktionen beförderten auch eine neue Identität der Iraner. Die Modernisierung des Landes müsse nicht nur, wie bisher, durch die Brille der Entwicklung der politischen Gesellschaft gesehen werden.

Den Besonderheiten der Sozialstaatskonstruktionen in Lateinamerika widmete sich *Bruno Groppo* (Paris). Dabei ging es ihm speziell um das Verhältnis von Arbeiterschaft und Populismus. Da es einen Sozialstaat im europäischen Sinn in dieser Region nicht gab, wurden die Elemente des sozialen Schutzes und der Gesundheitsfürsorge in Teilen von populistischen Regimes kreiert und implementiert, wie sich das an Mexiko und vor allem an Brasilien und Argentinien belegen lässt.

Der bildungspolitische Beitrag der Arbeiterbewegung wurde, mit dem sehr spezifischen Beitrag über die Arbeitserziehung in Kinderheimen des sozialistischen Ungarn von 1949 bis 1956, von *Eszter Varsa* (Budapest) leider nur angedeutet. Da Vergleiche zum Ungarn der Horthy- und der Vorkriegszeit oder auch zu anderen Staaten des sozialistischen Lagers ausgeblendet blieben, musste eine historische Einordnung und Bewertung vage ausfallen. Das Konzept, die „Zigeunerfrage“ über die Erziehung zur Arbeit und mit Zwang zur Assimilation zu lösen, zeitigte nur punktuelle Erfolge. Politische Ansätze, die die Besonderheiten dieser Bevölkerungsgruppe ignorieren, sind auch gegenwärtig zum Scheitern verurteilt.

Vielschichtiger waren dagegen die Beiträge zur Intervention der Arbeiterbewegung in die kulturelle Entwicklung. *H. Shelton Stromquist* (Iowa/USA) referierte zum Munizipalsozialismus und zur umstrittenen Politik des Everyday Life zwischen 1890 und 1920. Wie wandelten sich die kommunalen Institutionen im Ergebnis der ständigen „Grabenkämpfe“ der Sozialdemokraten? Mit welchen Barrieren waren sie konfrontiert? Solchen und weiteren Fragen ging der Beitrag nach. Die Kommunalpolitik und ihr Beitrag zur sozialen Gestaltung seien in der Arbeitergeschichte bisher vernachlässigt worden. Stromquist verwies auf Eduard Bernsteins Aussagen zum Wert der Gemeindepolitik und zu Möglichkeiten und Grenzen eines gemeindeorientierten Sozialismus.

Helmut Weibsmann (Wien) sprach zur Morphologie, Ästhetik und Wirkung der Gemeindebauten des „Roten Wien“. Die austro-marxistische Gemeindeverwaltung stellte bewusst dem „alten Wien“ das „neue Wien“ entgegen. Nachdem ursprüngliche Pläne eines bürgerlich-repräsentativen „Groß-Wien“ an den Umständen der Zeit mit Weltkrieg, Wirtschaftskrisen und Verelendung scheitern mussten, kamen die Vorhaben des kommunalen Wohnungsbaus zum Zuge, die sich als dritte große Bauwelle nach Barock und Gründerzeit in die Stadtumgestaltung einordnen. Mit dem Karl-Marx-Hof und anderen Quartieren entstanden Beispiele sozialen Wohnungsbaus, die einen breiten Konsens zwischen Bauherren und Mietern fanden. Für eine „sozialistische“ Stadtumgestaltung waren die Spielräume jedoch eingeschränkt. *Derek Weber* (Wien) machte darauf aufmerksam, dass die sowjetische Kulturpolitik der 1920er- und 1930er-Jahre nicht konsistent war. Die Revolution von 1917 führte zu einer Neuorientierung in kulturellen Fragen. Die Sowjetunion wurde zu einem großen „Kunstlaboratorium“, in dem traditionelle und avantgardistische Strömungen ihren Platz hatten. Noch bis in die zweite Hälfte der 1920er-Jahre herrschte eine Vielfalt der Strömungen vor. Die anfängliche Toleranz wich jedoch mit dem Verlust der Utopie restriktiven Praktiken.

Den unterschiedlichen Umgang mit dem Medium Film und seines Einsatzes durch westdeutsche und britische Gewerkschaften erläuterte *Stefan Moitra* (Bochum) an Beispielen aus den 1950er- und 1960er-Jahren. Während die westdeutschen Gewerkschaften an Ideen der 1920er-Jahre und die Ideale einer sozialistischen klassenbewussten Bildung anknüpften und Schund- und Schmutz-Filme ausschlossen, boten die selbstverwalteten walisischen Kulturhäuser einen professionellen Kinobetrieb mit kommerzieller Massenkultur. Ein Rückblick auf die zeitgenössische Filmproduktion der Bundesrepublik lässt erahnen, dass damit das Angebot der westdeutschen Gewerkschaften extrem eingeschränkt war. Bibliotheken als emanzipatorische Werkzeuge analysierte *Christian Chevandier* (Le Havre) am Beispiel von drei französischen Gewerkschaftsbibliotheken im Zeitraum vom ausgehenden 19. bis zum beginnenden 21. Jahrhundert. Er zitierte den Gewerkschaftsführer Fernand Pelloutier, der erklärte, dass der Arbeiter die Wissenschaft seiner Misere studieren müsse. Mit der Veränderung der französischen Gesellschaft veränderte sich aber auch das Nutzungsverhalten der Leser, was sich an den Buchbeständen nachvollziehen lässt.

Andreas Diers (Bremen) sorgte mit einem Beitrag über Wolfgang Abendroth und die Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz dafür, dass auch der Anteil der Arbeiterbewegung zur Entwicklung des Rechts gestreift wurde. Der juristischen Argumentation Abendroths ist es zu ver-

danken, dass sich in der juristischen Auseinandersetzung um die gewerkschaftlichen Protestaktionen vom Mai 1952 nicht die Positionen durchsetzen konnten, die solche Proteste künftig ausschließen wollten. Die Bedeutung dieser Kontroverse reicht bis in die Gegenwart. Nach Abendroth hatte das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland „die Vorstellungswelt der in der Periode des vordemokratischen liberalen Parlamentarismus entwickelten älteren Repräsentationstheorie durch die Anerkennung des politischen Mitwirkungsrechts der politischen Parteien in Art. 21 [...] ausdrücklich aufgegeben“. Weil es sich beim Betriebsverfassungsgesetz um einen Gesetzgebungsakt handle, „der Probleme des allgemein-politischen Bereichs“ regele, „seien hier die Koalitionen nicht nur durch das Grundgesetz nicht rechtlich [...] gehindert, sondern vielmehr sogar ganz ausdrücklich [...] berufen, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken“.³

Den Abschluss bildete ein Beitrag von *Kevin J. Callahan* (Hartford/Connecticut/USA) über die Zweite Internationale und deren Repräsentation in der deutschen Presse. Sein Anliegen war es, zum einen zu zeigen, was diese Reflexionen über den kulturellen Wandel von der „alten“ zur „neuen“ Arbeitergeschichte offenbaren, und zum anderen, was von dem Zusammenstoß der sozialistischen und Arbeiterbewegung mit der sozialen und kulturellen Entwicklung zu lernen sei.

Nachhaltigen Eindruck bei den Konferenzteilnehmern hinterließ der Film „Salt Of The Earth“ (Das Salz der Erde) von 1954, der mit seiner Schilderung eines Streiks von Zinkminenarbeitern in New Mexiko eine Ausnahmeproduktion in den USA blieb. *Joachim Schätz* (Wien) führte in die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Films sachkundig ein. Ein Film, der auf die schwarze Liste kam, geschrieben und produziert von Professionellen aus Hollywood, die ebenfalls auf der schwarzen Liste geführt wurden, und gespielt von Laien vor Ort und wenigen Berufsschauspielern. Die Hauptdarstellerin wurde anschließend nach Mexiko ausgewiesen. Der in den USA zunächst geächtete Film erhielt Preise in Karlovy Vary (ČSR) und in Frankreich und ist inzwischen seit 1992 in das Nationale Filmregister der Kongressbibliothek aufgenommen.

Die Beiträge der Konferenz werden in einigen Monaten wieder in einem Protokollband nachzulesen sein. Die nächste Linzer Konferenz wendet

3 Nach Andreas Diers: Die Bedeutung der Grundgesetzinterpretation von Wolfgang Abendroth für die ArbeiterInnenbewegung in der BRD – dargestellt am Beispiel der Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) Anfang der 1950er Jahre und der gewerkschaftlichen Protestaktionen im Mai 1952 (Manuskript).

sich 2013 einer Globalgeschichte der Dienstmädchen, Hausarbeiter und häuslichen Betreuungskräfte unter Einschluss aktueller Aspekte zu. Das Call for Papers lag – anders als zur 48. Konferenz – bereits vor und der Einsendeschluss war zum Zeitpunkt der Berichterstattung bereits abgelaufen. Weitere Informationen sind unter www.ith.or.at zu erlangen.

Die Rolle der Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften und der Arbeiterbewegung bei der Schaffung des Wohlfahrtsystems in Frankreich vor 1914¹

Patricia Toucas-Truyen

Fast alle Franzosen wissen, dass die Sozialversicherung im Jahr 1945 vom Nationalen Widerstandsrat gegründet wurde. Sie vergessen dabei jedoch meist, dass dieses System keine Gründung aus dem Nichts war, sondern auf eine Vielfalt an sozialen Schutzmaßnahmen zurückging, die Schritt für Schritt im Laufe eines Jahrhunderts geschaffen worden waren. Ganz unterschiedliche Kräfte hatten sich daran beteiligt, wobei sie jeweils eigene, manchmal auch direkt gegensätzliche Interessen verfolgten.

Wie überall in Westeuropa war es zunächst die Kirche, die in der vorindustriellen Gesellschaft Hilfe bot. Mit dem Aufkommen der Industriegesellschaft trugen Arbeitgeber, Gegenseitige Unterstützungsgesellschaften (mutual aid societies) und Versicherungen die Risiken der Arbeit bzw. der zeitweiligen Arbeitsunfähigkeit gemeinsam. Chronologisch betrachtet, waren die Gewerkschaften die letzten, die in dieser allmählichen Entwicklung eine wichtige Rolle spielten. Letztlich war die soziale Absicherung während ihrer größten Ausdehnung vor vierzig Jahren eher das Ergebnis zahlreicher Kompromisse und weniger das eines eindeutigen politischen Willens.

Anders als in weiten Kreisen der Gewerkschaften und der Linken allgemein nach der Befreiung 1944 lange Zeit verbreitet, ist die soziale Sicherheit nicht mehr einfach als Sieg der Arbeiterschaft anzusehen. Die Dinge sind weitaus komplexer. Hier kann dieser vielschichtige Prozess der Entstehung des Wohlfahrtsstaates nicht nachgezeichnet werden. Stattdessen geht es lediglich um zwei wesentliche Säulen der Arbeiterbewegung und ihr Verhalten in Beziehung zum Sozialstaat vor dem Ersten Weltkrieg. Eine dieser beiden Säulen, der Mutualismus, war eng verbunden mit dem Staat. Die Gewerkschaften dagegen hatten ein gespanntes Verhältnis zur Regierung.

Die langfristigen Auswirkungen der Französischen Revolution auf das Sozialsystem

Das moderne Sozialsystem als „gesellschaftliche Verwaltung allgemeiner Lebensrisiken“ entstand in Frankreich, wie in anderen westlichen Län-

1 Bearbeiteter Vortrag auf der 48. Linzer Tagung 2012.

dern auch, am Arbeitsplatz. Nach übereinstimmendem Urteil der Historiker wurzeln sowohl die Unterstützungsgesellschaften als auch die Gewerkschaften in den Zünften aus der Zeit vor 1800.² Ohne Zweifel haben beide eine solche gemeinsame Herkunft, denn durch die Regulierung des Arbeitsmarktes boten die Zünfte ihren Mitgliedern einen doppelten Schutz. Sie garantierten ihnen ein bestimmtes Einkommensniveau – die Forderung nach angemessenen Löhnen wurde später Aufgabe der Gewerkschaften. Außerdem waren die Zünfte im Todesfall für die Beerdigung verantwortlich und kümmerten sich um Witwen und Waisen, wie es dann auch die Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften taten.

Im Zuge der Französischen Revolution wurden 1791 durch das Gesetz *Le Chapelier* die Zünfte abgeschafft. Das führte wie in anderen westlichen Ländern zu einem beispiellosen Bruch in der sozialen Entwicklung. Die Revolution versuchte eine Vorstellung von sozialer Wohlfahrt durchzusetzen, die in sich widersprüchlich war. Denn sie gründete sich zugleich auf Liberalismus und Jakobinismus und damit auf zwei Prinzipien, die kaum miteinander vereinbar waren. Tatsächlich wurde das Ende der Zünfte gleichermaßen im Namen des ökonomischen Liberalismus und der Gleichheit aller Bürger gegenüber der Nation verkündet. Zwei Jahre später hieß es in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte: „Die Gesellschaft schuldet ihren unglücklichen Mitbürgern den Unterhalt, entweder indem sie ihnen Arbeit verschafft oder den Arbeitsunfähigen die Existenzmittel bereitstellt.“³ Nach dieser Erklärung waren Arbeiter stillschweigend von der staatlichen Unterstützung ausgeschlossen, wurde doch allgemein angenommen, dass die Arbeitseinkommen als Schutz vor der Armut ausreichend seien. Dieser Glaube wurde erst im Kontext der Industrialisierung revidiert.

Ab den 1830er-/1840er-Jahren bildete sich aber dann eine Klasse von arbeitenden Armen, die unter schlechtesten Bedingungen als Lohnempfänger tätig waren.⁴ Dieses industrielle Proletariat kam vom Lande, weshalb die familiären und nachbarschaftlichen Netzwerke nur begrenzt wirksam waren. Traf jemanden ein Unglück, beispielsweise eine lange Krankheit, hing sein Schicksal von der Wohltätigkeit des Arbeitgebers ab. Aber gleichzeitig organisierten zunächst einige weniger arme Selbstständige wie Hand-

2 Siehe Jean-Noël Chopart: *Le fil rouge du corporatisme: solidarité et corporations ouvrières au XIXe siècle*, Paris 1991; Michel Dreyfus: *Liberté, Egalité, Mutualité, Mutualisme et syndicalisme (1852-1967)*, Paris 2001.

3 *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen*, 24. Juni 1793.

4 Siehe Henri Hatzfeld: *Du paupérisme à la Sécurité sociale 1850-1940*, Nancy 2004 (zuerst 1971).

werker, Bauern und Kleinhändler ihre Vorsorge in eigenen Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften. Auch für Arbeiter entstanden solche Unterstützungsgesellschaften, war dies doch die einzige Organisationsform, welche die Regierung tolerierte. Jedenfalls solange sie das angesparte Geld nicht für Streiks verwendeten wie etwa die „Canuts“ genannten Seidenarbeiter Lyons in den frühen 1830er-Jahren. Aber solche Fälle von missbräuchlicher Verwendung der Gesellschaften blieben äußerst selten. Das Verlangen nach sozialer Absicherung war unter den Arbeitern stark genug, um allein damit die Existenz der Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften zu rechtfertigen.

Gegenseitigkeit als Probefall moderner sozialer Sicherung

Der Staatsstreich von Louis-Napoléon Bonaparte 1851 beendete die Zweite Republik. Ein Jahr später verkündete er unmittelbar vor seiner Krönung ein Dekret über die Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften. Das kann als Eckpfeiler in der Gesetzgebung zum Schutz der Arbeiter angesehen werden. Seine Idee war folgende: Statt die Gesellschaften zu verbieten und damit zu Ansatzpunkten eines verdeckten Widerstands zu machen, gab er ihnen einen legalen Rahmen und stärkte so ihr Ziel sozialer Wohlfahrt. Gleichzeitig ermunterte er lokale Honoratioren, sich an der Leitung der Gesellschaften zu beteiligen, wodurch diese zum Werkzeug sozialer Pazifizierung wurden. Die Vorstellungen von Louis-Napoléon Bonaparte regten dann auch Reichskanzler Bismarck an, als er in den 1880er-Jahren das weltweit erste Sozialversicherungssystem schuf.

Gegenseitigkeit war nach dem Dekret von Bonaparte nicht verpflichtend, stattdessen basierte es auf der gemeinsamen Vorsorge von Arbeitern für die Arbeiter und ihre Familien. In den Regeln wurde festgehalten: „Jeder Bewerber sollte einen respektablen Beruf ausüben, der ihn und seine Familie ernährt.“⁵ Als Gegenleistung für eine monatlich fällige Gebühr erhielten die Mitglieder eine Beerdigungs- und Krankenversicherung. Das war etwas völlig anderes als die Armenfürsorge der Kirche, denn bei dieser war keinerlei Ausgleichszahlung vorgesehen. Die Einführung der Krankenversicherung für Arbeiter ging zurück auf eine neue Wahrnehmung von Krankheit als einer gesellschaftlichen und ökonomischen Angelegenheit. Das Ziel bestand darin zu verhindern, dass die Familie des kranken Arbeiters durch den Einkommensausfall verarmte. Die tägliche Un-

5 Extract of regulation of the mutual aid societies.

terstützungsleistung schien daher wichtiger zu sein als die Bezahlung der Behandlungskosten.

Einer der Kernpunkte des Dekrets von 1852 war es, die unteren Schichten zum Sparen und selbstverwalteten Vorsorgen zu ermutigen. Deshalb war es demokratisch angelegt mit einer Wahl der Verwalter und mit Vollversammlungen. Mit diesen Versammlungen, an denen die Mitglieder teilnehmen mussten, wurde eine innovative Form der Demokratie geschaffen. Neben der einfachen Krankenversicherung führten die Mitglieder neue Formen von sozialen Dienstleistungen ein, die ihren Bedürfnissen entsprachen. Dazu gehörte beispielsweise die wechselseitige Arbeitsunterstützung im Krankheitsfall für Bauern. Auch Unterweisungen in Gesundheitsfragen kamen hinzu, ausgehend von der Annahme, dass Prävention die Behandlungskosten senken würde. Auf diese Weise entwickelte sich innerhalb der Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften ein neuartiges Konzept sozialer Sicherheit. Die Mitglieder gingen dabei über die restriktiven Vorgaben hinaus, um die volle Kontrolle über ihre Organisation zu erlangen.

Mutualismus versus Gewerkschaften: Meinungsverschiedenheiten über die Form der Einführung sozialer Sicherung

Die gesetzliche Verpflichtung auf politische und religiöse Neutralität erforderte eine hochgradige Anpassungsfähigkeit des Mutualismus gegenüber politischen Veränderungen. Seit den 1880er-Jahren wurde er von den republikanischen Regierungen unterstützt, schienen die Praktiken der Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften republikanische Werte doch geradezu zu verkörpern: Demokratie, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die ideologische Verbindung zwischen Dritter Republik und Mutualismus wurde um die Jahrhundertwende noch enger geknüpft. Das geschah vor allem mit der Verbreitung des „Solidarisme“, der die Praktiken des Mutualismus theoretisch fasste. Begründer dieser philosophischen Strömung war Leon Bourgeois, eine zentrale Figur der Republik.

Das republikanische Mutualismus-Gesetz vom 1. April 1898 förderte die Ausweitung Gegenseitiger Unterstützungsgesellschaften. Sie wurden nun Vorreiter bei der Bekämpfung von Kindersterblichkeit, Tuberkulose und Alkoholismus. Außerdem unterstützten sie die Gesundheitsprävention und erfanden den Mutterschutz. Letzteren mithilfe des Staates, da ein solcher Schutz ein effektives Mittel zur Verringerung der Kindersterblichkeit war. So sah man den Mutualismus als wichtige Stütze der Geburtspolitik der Dritten Republik. Ohne Zweifel brachte deren Förderung zunächst durch das Zweite Kaiserreich, dann durch die republikanische Regierung die Ge-

sellschaften bei den Arbeiterführern in Misskredit. Zu Beginn der Dritten Republik kritisierten die meisten von ihnen jegliche „reformistische“ Lösung, denn ein besseres Leben für die Arbeiter konnte ihrer Meinung nach ausschließlich von einer Revolution erwartet werden.

Auf dem Arbeiterkongress von 1879 in Marseille initiierte der Marxist Jules Guesde, später Führer der Französischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier Français; POF), eine scharfe Kampagne gegen die Unterstützungsgesellschaften. Er argumentierte: „Gegenseitige Hilfe unter denen, die nichts besitzen, weil man ihnen alles genommen hat, ist die höchste Stufe des Betrugs.“⁶ Diese Position gegen den Mutualismus teilte die 1886 gegründete Nationale Gewerkschaftsföderation (Fédération nationale des Syndicats, FNS), die als Anhang der POF zu betrachten ist.

Auf das mangelnde Interesse der Gewerkschaften für die soziale Absicherung haben Historiker immer wieder hingewiesen.⁷ In der Tat wurde das Thema lediglich auf einem Viertel aller Arbeiterkongresse der 1880er- und 1890er-Jahre behandelt. Lange Zeit mussten die Gewerkschaften im Untergrund bleiben, bis sie 1884 durch das Gesetz Waldeck-Rousseau legalisiert wurden. Die Tatsache, dass sich die Arbeiterklasse bis dahin nicht legal organisieren konnte, war der Hauptgrund für das radikale Verhalten der französischen Gewerkschaften über mehr als ein Jahrhundert hinweg.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts glaubten Gewerkschafter, Gesundheit und Wohlbefinden der Arbeiter hingen vor allem von steigenden Einkommen – um besseres Essen kaufen zu können – und kürzeren Arbeitszeiten ab. Der 1895 gegründete Allgemeine Gewerkschaftsbund (Confédération Générale du Travail ; CGT) mobilisierte auf der Basis dieser Forderung. Auch die ökonomischen und politischen Eliten neigten dazu, die Gesundheit der Arbeiter als stimulierenden Produktionsfaktor einzuschätzen.

Eine solche utilitaristische Vorstellung mochte innerhalb der Arbeiterbewegung dazu beigetragen haben, die soziale Absicherung erst gar nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Die satirischen Zeichnungen des CGT-Gewerkschafters Jules Granjouan im libertären Blatt „L'assiette au beurre“ zeigten offene Verachtung sowohl für den institutionalisierten Mutualismus⁸ als auch für die Sozialgesetzgebung um die Jahrhundertwende. Beispielsweise war eine Zeichnung bezüglich der Debatte

6 *Le Socialiste*, 28.8.1898.

7 Siehe Dreyfus, *Liberté*, und Madeleine Reberieux: *Mouvement syndical et santé, 1880-1914*, in: *Prévenir*, 1989, Nr. 18.

8 *L'Assiette au Beurre*, Nr. 240, 4.11.1905.

um die Pensionen, welche in dem „Gesetz vom 5. April 1910 über den Ruhestand der Arbeiter und Bauern“ mündeten, recht unverhohlen überschrieben mit: „Lasst uns die Pensionen aufgeben, denn das ist ein Weg zur Zerstörung des Kapitalismus.“⁹ Es war weniger das Prinzip der sozialen Absicherung, das die Gewerkschafter ablehnten, vielmehr ging es um die Art und Weise ihrer Einführung durch die Regierung und darum, dass der Mutualismus als Erweiterung des Staates angesehen wurde.

1880 nahm die POF die Sorge um alte und behinderte Arbeiter durch die Gesellschaft in ihr Programm auf. Die Partei wollte die soziale Absicherung ausschließlich von Unternehmern und Staat finanzieren lassen, nicht aber mithilfe der Ersparnisse der Arbeiter. Denn das hätte deren ohnehin sehr niedrige Löhne noch weiter verringert. Während der Debatte vor der Abstimmung über das Pensionsgesetz griff die CGT diese Argumentation wieder auf. Schließlich entwickelten die Gewerkschaften eine Vorstellung von sozialer Sicherheit als Unterstützung für die Arbeiter. Dagegen basierte die Förderung des Mutualismus durch Zweites Kaiserreich und Republik auf einer liberalen Logik: Die Arbeiter sollten für sich selbst sorgen, um der Gesellschaft nicht zur Last zu fallen.

Beispiele einer Annäherung zwischen Mutualismus und Gewerkschaften zur Förderung der sozialen Absicherung

Die Arbeiterbewegung war jedoch alles andere als monolithisch. Ihre unterschiedlichen Teile nahmen keineswegs eine gemeinsame Position hinsichtlich der sozialen Absicherung ein. Historische Studien über die gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften zeigen, dass selbst während des Zweiten Kaiserreichs ein Arbeiter ganz pragmatisch einer solchen Gesellschaft angehören konnte, um seine Familie im Bedarfsfall abzusichern und vor dem Mangel zu schützen, aber gleichzeitig an revolutionären Kundgebungen teilnahm. Ein exemplarischer Fall sind die Arsenalarbeiter im Militärlager Rochefort nahe La Rochelle in Westfrankreich. Sie waren bekannt für ihre „fortschrittlichen Ideen“, d. h. sie waren Republikaner im Kaiserreich – bereits fünf Jahre vor dessen Fall wurde 1865 ein republikanischer Bürgermeister gewählt – und Sozialisten während der Republik. Obwohl hier schon sehr früh, ab den 1840er-Jahren, Unterstützungsgesellschaften bestanden, wurden die Arbeiter nach 1884 auch aktive Gewerkschafter. Und sie waren sehr einfallsreich in sozialen Belangen. Sie besa-

⁹ Les retraites ouvrières, in: L'Assiette au Beurre, Nr. 257, 3.3.1906.

ßen eine sehr klare Vorstellung vom Mutualismus, den sie als Bollwerk gegen Unglück verstanden und nicht als Mittel der Emanzipation. Diese Rolle war anderen Organisationen vorbehalten. Die Präambel des Reglements der Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaft in Rochefort lautete: „Wenn wir auch nicht glauben, dass Mutualismus ein Allheilmittel für all unsere Probleme ist, glauben wir dennoch, dass er einen großartigen Weg darstellt, um Arbeiter zusammenzubringen, sie zu Respekt, Liebe und Hilfe zu erziehen, und das ohne Unterstützung durch Menschen außerhalb ihrer Kreise. Das Ziel, sich bei allen schwierigen und unglücklichen Gelegenheiten gegenseitig zu helfen, ist hoch genug gesteckt, um vom bewussten Proletariat als ein essenzieller Faktor der Einheit zu gelten, getreu unserem Motto: von uns, für uns!“¹⁰

Am besten lässt sich die Synergie von Mutualismus, Gewerkschaften und Genossenschaften, die dann zu einem Kommunalsozialismus führte, am Beispiel die Stadt Saint-Claude im Jura zeigen. Die meisten Arbeiterfamilien der Industriestadt waren parallel Mitglied in einer Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaft (für Krankenversicherung und Altersvorsorge), einer Gewerkschaft (zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen) und einer Konsumgenossenschaft (um bessere und billigere Lebensmittel kaufen zu können). Eine einzige Mitgliedsgebühr ermöglichte den Zugang zu diesen verschiedenen Organisationen.

Solche lokalen Erfahrungen wurden von Basisaktivisten verbreitet, die von den Organisationen profitierten, die sie selbst gegründet hatten. Soziale Absicherungen im engeren Sinne (Kranken-, Renten- und Beerdigungsversicherung) waren nur ein Baustein in einem umfassenden Programm zur unmittelbaren Verbesserung des alltäglichen Lebens. Im Interesse kurzfristiger Ergebnisse gewann der Pragmatismus die Oberhand über theoretische Diskussionen, die von den Mitarbeitern der Gewerkschaften geführt wurden.

Neben den Gewerkschaften, die Jules Guesde folgten, muss noch die Bewegung der „Bourses du travail“ (Arbeitsbörsen) und deren Position zur sozialen Absicherung erwähnt werden.¹¹ Die Arbeitsbörsen schlossen sich im Jahr 1892 zusammen und wurden ab 1895 vom Anarchisten Fernand Pelloutier geleitet. Diese Organisationen suchten Abgeordnete zu beeinflussen, um arbeiterfreundliche Gesetze durchzusetzen. Außerdem schu-

10 Privatarchiv der Gegenseitigen Unterstützungsgesellschaft der Feuerwehrleute Rochefort, 1906.

11 Siehe Fernand Pelloutier: *Histoire des bourses du travail*, Paris-London-New York 1971 (Reprint von 1946).

fen sie vielfältige Dienste wie Reisekassen, Arbeitsvermittlungen und Unterstützungen. Am Ende des 19. Jahrhunderts gründeten sie Kliniken, so beispielsweise die Föderation der Buchdrucker mit ihrer „gegenseitigen Gesundheitsstrategie“, wie Madeleine Rebérioux das genannt hat.¹² Innerhalb dieser Arbeitsbörsen gab es meistens eine Unterstützungsgesellschaft, die von den Mitgliedern überaus geschätzt wurde. Aber die Umsetzung wich etwas von den rein mutualistischen Praktiken ab, da der Zugang an eine Gewerkschaftszugehörigkeit gebunden war. Folglich waren die Arbeitsbörsen eine Mischung aus Mutualismus und Gewerkschaftsbewegung und organisierten die Förderung der sozialen Absicherung rundum.

Schluss

Wir sollten die jeweiligen Einflüsse von Mutualismus und Gewerkschaftsbewegung beim Aufbau der sozialen Sicherung noch einmal überdenken. Und zwar im Sinne einer anthropologischen und soziologischen Annäherung an die Geschichte dieser beiden Säulen der Arbeiterbewegung. Zweifellos spielten sie verschiedene, sogar gegensätzliche Rollen: Die Verwaltung der Arbeiterversicherungen im ersteren Fall, sozialer Kampf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im letzteren. Aber jenseits davon weise ich die Einschätzung des Mutualismus als vollständig von Honoratioren und Staat manipuliert zurück. Eine solche Perspektive basiert ausschließlich auf institutionellen Ursachen. Sie ignoriert dabei die sozialen Innovationen, die in Gegenseitigkeitsgesellschaften von unten her angeregt wurden. In diesem Sinne und trotz der Kritik durch Gewerkschaftsführer traten viele Arbeiter, selbst die revolutionären unter ihnen, in diese ein, um Schutz für ihre Familien zu erhalten.

Unterschiedliche ideologische Einflüsse führten die militanten Mitglieder zu gegensätzlichen Standpunkten hinsichtlich der sozialen Absicherung. Doch in manchen Berufen kümmerten sich die Gewerkschaften – sei es aus Pragmatismus oder aus strategischen Erwägungen – schon früh um Arbeitsunfälle und Gesundheitsrisiken. Sie taten es, um die unmittelbaren Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen.

Trotz gewisser Spannungen gab es zwischen Unterstützungsgesellschaften, Gewerkschaften und dem Staat eine gemeinsame Sicht auf soziale Sicherheit, die auf Solidarität beruhte. Nach dem Ersten Weltkrieg begann dann eine neue Ära, als eine verbindliche Sozialversicherung für Lohnemp-

12 Rebérioux, *Mouvement*, S.25.

fänger von Privatunternehmen in Industrie und Gewerbe eingeführt wurde. In dieser Zeit und teilweise aufgrund des Einflusses der Internationalen Arbeitsorganisation wurden sowohl Gewerkschaften als auch Gegenseitige Unterstützungsgesellschaften Partner des Staates, um die soziale Sicherheit der Arbeiter zu verbessern.

Aus dem Englischen von Axel Weipert

Diskussion

DDR-Sozialismus und Patriarchat¹

Ursula Schröter

Der folgende Aufsatz bietet einen Rückblick auf die DDR-Frauen- und Familienpolitik aus einer Sicht, in der sich DDR-Wissen mit 20-jährigen alternativen Erfahrungen und nicht zuletzt mit partiellen Kenntnissen der gegenwärtigen Patriarchats- bzw. Matriarchatsforschung verbindet. Zu dem letzten Punkt sind allerdings gesicherte Aussagen in der Literatur rar; es gibt nach meiner Wahrnehmung keine unumstrittene Theorie zur Entstehung des Patriarchats, insofern auch keine unumstrittene Definition. Von der deutsch-amerikanischen Historikerin Gerda Lerner stammen die Sätze: „Das System des Patriarchats ist ein historisches Konstrukt. Es hat einen Anfang, und es wird ein Ende haben. Seine Zeit scheint zur Neige zu gehen, denn es dient nicht mehr den Bedürfnissen von Männern und Frauen, und seine unauflöbliche Verstrickung mit Militarismus, hierarchischer Struktur und Rassismus ist eine unmittelbare Bedrohung für den Fortbestand des Lebens auf unserem Planeten.“² Und die Österreicherin Eva Cyba, die die unterschiedlichen Patriarchatsdefinitionen recherchiert hat, kommt zu dem Schluss, dass alle Definitionen auf die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und auf asymmetrische Machtbeziehungen verweisen – und auf die Tatsache, dass es sich dabei nicht um ein natürliches Phänomen handelt.³ Noch vielfältiger sind die Auffassungen, die es heute zur Frühgeschichte der Menschheit gibt, also zu der Zeit vor dem Patriarchat. Sie reichen von der Vermutung, dass es niemals ein Matriarchat gegeben hätte,⁴ bis dahin, dass matriachale Muster bis heute die Gesell-

1 Überarbeitetes Manuskript eines Vortrages, der am 15. September 2011 im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde gehalten wurde.

2 Gerda Lerner: Die Entstehung des Patriarchats, Frankfurt/Main-New York 1991, Klappentext.

3 Siehe Eva Cyba: Patriarchat: Wandel und Aktualität, in: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden 2004, S.15.

4 Siehe Helen Fisher: Das starke Geschlecht. Wie das weibliche Denken die Zukunft verändern wird, München 2000, S.202.

schaft prägen, also diesbezüglich niemals ein deutlicher Bruch stattgefunden habe.⁵ Entsprechend umstritten sind die Definitionen. Dazwischen liegen Meinungen, nach denen weltweit in den tropischen, subtropischen und gemäßigten Zonen der Erde matriachale Gesellschaftsformen existierten, die sich in Enklaven bis in die Gegenwart erhalten haben.⁶

All diese theoretischen Überlegungen wären für den Rückblick auf die DDR uninteressant, wenn nicht auch dem real-sozialistischen Konzept eine bestimmte Auffassung zur Patriarchatsentstehung und -überwindung zugrunde gelegen hätte. Bekanntlich ging Friedrich Engels mit Bezug auf damals aktuelle Forschungen von Bachofen und anderen davon aus, dass es erstens in der Menschheitsentwicklung eine „Herrschaft der Weiber“⁷ gab und dass zweitens mit der Entstehung von Klassen die Männerherrschaft entstanden sei. „Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus zwischen Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.“⁸ So gesehen hatte es seine Logik, dass mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln – Fernziel: klassenlose Gesellschaft – auch die patriarchalische Familie und das hierarchische Verhältnis zwischen Mann und Frau abgeschafft seien. Oder wie es August Bebel in seinem berühmten Buch „Die Frau und der Sozialismus“ ausdrückte: mit dem Ende der Klassenherrschaft ende auch die Herrschaft des Mannes über die Frau.⁹

Einige Linke in der Bundesrepublik leiteten daraus die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch ab. In der DDR gab es diese Begrifflichkeit nicht, wohl aber die entsprechende Politik. Die Frauenfrage war in die Klassenfrage, in die „soziale Frage“ eingeordnet, was in der praktischen Politik nicht selten eine Unterordnung bedeutete. Frauenbefreiung galt als Bestandteil der Arbeiterbefreiung. Die schon erwähnte Gerda Lerner konnte nun in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts nachweisen, dass patriarchale Strukturen sehr viel früher entstanden sind als die Klassengesell-

5 Siehe Annette Kuhn: *Historia. Frauengeschichte in der Spirale der Zeit*, Opladen- Farmington Hills 2010.

6 Siehe Heide Göttner-Abendroth: *Matriarchat: Forschung und Zukunftsvision*, in: Becker/Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch*, S.21.

7 Nach Heide Göttner-Abendroth eine unzulässige Gleichsetzung mit dem Matriarchat, ebenda, S.25.

8 Friedrich Engels: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, in: Karl Marx/Friedrichs Engels: *Werke (MEW)*, Bd. 21, Berlin 1984, S.25-173, hier S.68.

9 August Bebel: *Die Frau und der Sozialismus*, Berlin 1954, S.575.

schaft. Sie war zunächst auch von marxistischen Positionen ausgegangen, kam dann aber zu dem Schluss, dass die männliche Kontrolle über weibliche Sexualität bzw. die „Aneignung der sexuellen und reproduktiven Kapazität der Frauen durch die Männer“ Ausgangspunkt patriarchaler Gesellschaften war.¹⁰ Und diese Aneignung fand lange vor der Entstehung von Privateigentum an Produktionsmitteln statt. Gerda Lerner war sich sicherlich der Brisanz dieser Forschungsergebnisse für die Frauenpolitik der damals noch existierenden sozialistischen Länder bewusst. Denn wenn Männerherrschaft sehr viel älter ist als Klassenherrschaft, dann muss sie nicht ins Wanken geraten, sobald die traditionelle Klassenstruktur infrage gestellt wird. Dann stimmen die Ausgangspunkte der sozialistischen Frauenpolitik nicht. Oder anders gesagt: Wenn Männerherrschaft sehr viel älter ist als Klassenherrschaft, dann kann es ein sozialistisches Patriarchat geben bzw. gegeben haben.

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Solche Überlegungen stoßen vor allem bei Ostdeutschen vielfach auf Unverständnis, mitunter auf Ablehnung. Denn gerade auf dem Gebiet von Frauen- und Familienpolitik waren die Differenzen zwischen DDR und Bundesrepublik so gravierend, dass sich eine rückblickende Kritik an patriarchalen Strukturen – in der DDR genauso wie in der Bundesrepublik – zu verbieten scheint. Mir geht es auch nicht darum, die Besonderheiten des sozialistischen Patriarchats gegenüber der jetzt so selbstverständlich erscheinenden kapitalistischen Variante unkenntlich zu machen. Es gab in der DDR international anerkannte, vorbildliche frauenpolitische Maßnahmen und Gesetze, die eine Veränderung der Lebensweise bewirkten.

Dazu exemplarisch:

- Der Gleichberechtigungsgrundsatz musste in der DDR 1949 nicht wie in der Bundesrepublik mittels Frauenprotesten in die Verfassung gedrückt werden, sondern gehörte zu den Selbstverständlichkeiten.
- Das Alleinbestimmungsrecht des Mannes in allen familiären Angelegenheiten wurde 1950, also 27 Jahre früher als in der ehemaligen Bundesrepublik, juristisch aufgehoben.
- Weibliche Berufstätigkeit war nicht nur, wie nach 1990 oft behauptet wurde, der ökonomischen Notwendigkeit geschuldet, sondern gehörte

10 Lerner, Entstehung, S.26.

zum Konzept. August Bebel sprach in diesem Zusammenhang von einem Grundgesetz des Sozialismus.

- Damit hängt zusammen, dass die Bildungsoffensive für Frauen, die nach aktuellen Sozialberichten in Deutschland in den 80er-Jahren stattgefunden hätte, in der DDR für die 50er- und 60er-Jahre nachweisbar ist. Seit Mitte der 70er-Jahre gab es im formalen Qualifikationsniveau bei den unter 60-jährigen keine signifikanten Geschlechterunterschiede mehr.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Es gab in der DDR keinen „feministischen Aufruhr“, keine Kinderläden, keinen erbitterten Kampf um das Abtreibungsrecht, kein Frauenministerium, keine Bewegung PorNo usw. Aber es gab seit Ende der 60er-Jahre flächendeckend öffentliche Kinderbetreuung, seit 1972 das Abtreibungsrecht und Ende der 80er-Jahre eine Mütterrate von 92 und eine Frauenberufstätigenrate von 91 Prozent.

Die auffälligen Unterschiede zwischen dem westlichen und östlichen Frauenleben und damit auch zwischen den Orientierungen und Lebensansprüchen der Frauen wurden unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik von Politik und Sozialwissenschaft sehr heftig debattiert. Nach meiner Wahrnehmung gab es in den 90er-Jahren zunächst eine Phase, in der an der westlichen Norm kaum gerüttelt und eine Anpassung der östlichen Ansprüche an westliche Standards erwartet wurde, und das ausdrücklich nicht nur bezogen auf den Institutionen-Transfer, sondern auch hinsichtlich der Wertorientierungen und Verhaltensweisen.

Mit Blick auf Frauen betraf das vor allem die sogenannte Erwerbsneigung. Damals waren es nicht nur Politiker, die behaupteten, ostdeutsche Frauen würden die Männer vom Arbeitsmarkt verdrängen. Es gab Mitte der 90er-Jahre soziologische Studien, die – methodisch korrekt – belegten, dass die Arbeitsplätze im Osten ausreichen würden, wenn die Frauen eine ähnlich niedrige Erwerbsneigung hätten wie im Westen.¹¹ Auch für andere Probleme wie Kindesstörungen versprach man sich nach Überwindung der DDR-Relikte Lösungen. Besonders aufwendig wurde die deutlich höhere Mütterrate der DDR beforscht und schließlich mit der sogenannten Instrumentalisierungsthese begründet. DDR-Frauen (meiner Generation) wurde unterstellt, sie hätten sich zum Kinderkrieg instrumentalisieren lassen. Sie seien an Wohnungen, an Geld (Stichwort: Ehekredit) oder an dem zeit-

11 Siehe Rüdiger Pohl: Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Berlin 1995.

weiligen Ausstieg aus der Berufstätigkeit (Stichwort: Babyjahr) interessiert gewesen.¹²

Später und vor allem in den letzten fünf/sechs Jahren sind die offiziellen Verlautbarungen zu diesem Thema differenzierter geworden. Im jährlichen Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit wurde 2008 erstmals festgestellt, dass es bezüglich weiblicher Erwerbsneigung eine Annäherung des Westens an den Osten gibt. Die Daten sind eindeutig. Im Osten ist der Anteil derer, die sich als freiwillige Hausfrauen bezeichnen, seit 20 Jahren immer unter fünf Prozent geblieben, die Allbus-Befragung von 2010 weist 2,1 Prozent aus. Auch im Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung ist von zwei Prozent Hausfrauen im Osten die Rede. Das ist eine Größe, die aus statistischer Sicht vernachlässigt werden kann. Im Westen ist der Anteil von etwa 30 auf jetzt 18 Prozent gesunken. Auch was die zugehörige Polemik betrifft – Stichwort Rabenmutter oder auch die abwertenden Argumente zur öffentlichen Kinderbetreuung – zeigt sich jetzt ein sachlicheres Herangehen bzw. eine Verringerung konservativer Vorbehalte. Das betrifft auch die Auffassungen zur DDR-Familie. Inzwischen werden sowohl die Rückzugs-These als auch die These von der Versorgungsgemeinschaft kritisch gesehen.¹³

Auch zur Geburtenhäufigkeit und zu anderen familiären Entscheidungen gibt es in den letzten Jahren eine Entwicklung, die sich deutlich von der in den 90er-Jahren unterscheidet. Seit 2008 ist die Geburtenrate im Osten wieder höher als im Westen. Ein Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Mutter und Kinderlosigkeit besteht in den östlichen Bundesländern nicht. Während für die alten Länder nach wie vor gilt, dass vor allem hoch qualifizierte Frauen auf Kinder verzichten, tritt in den neuen Ländern – genau wie in der DDR – dieser Trend nicht auf. Im Gegenteil, es sind gegenwärtig gerade die hoch gebildeten Frauen, die die Mütterrate der letzten DDR-Jahre wieder erreicht haben. Auch Frauen, die eher zum unteren Teil der Bildungsskala gehören, verhalten sich bezüglich einer Familiengründung anders. Im Osten gehören sie eher zu den Kinderlosen, im Westen eher zu den Kinderreichen. Im Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung werden diese regionalen Unterschiede – sicherlich zu

12 Siehe Johannes Huinink: Familienentwicklung und Haushaltgründung in der DDR. Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung? Arbeitsbericht 5/93 des Projektes „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 1993.

13 Siehe Gitta Scheller: Partner- und Eltern-Kind-Beziehung in der DDR und nach der Wende, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B19/2004, S.33-38.

Recht – mit den unterschiedlichen frauenpolitischen Traditionen begründet.¹⁴ Da Frauen, die heute im gebärfähigen Alter sind, bestenfalls Kindheitserinnerungen an die DDR haben können, ergibt sich daraus, dass im Osten stabile Familien-Orientierungen, stabile familiäre Verhaltensweisen existieren müssen, die sich auch auf die junge Generation übertragen und die – wie alles Familiäre – stärker von Frauen als von Männern geprägt werden. Vielleicht kann man von einer spezifisch östlichen stabilen Familienphilosophie sprechen, die die „Erwerbsneigung“ gleichrangig neben die „Mutterneigung“ stellt.

Die auffälligen Unterschiede zwischen Ost und West in familiären Entscheidungen sorgen bis heute für Debatten zwischen den Frauen in Deutschland. Westliche Feministinnen hatten mit dem gesellschaftlichen Umbruch 1990 die Hoffnung verbunden, dass sich die ostdeutschen Frauen möglichst schnell ihres Frau-Seins bewusst werden, dass sie sensibilisiert werden für patriarchale Strukturen. Bekanntlich verband die sogenannte Zweite Frauenbewegung der Bundesrepublik, die ihre Hoch-Zeit Anfang der 70er-Jahre hatte, im Allgemeinen Patriarchatskritik mit Kapitalismuskritik. Ihre These war: Kapitalismus funktioniert nur zusammen mit Patriarchat, weil die kapitalistische Ausbeutung geschlechtsspezifische Arbeitsteilung braucht.¹⁵ Diese These ist sicherlich richtig, aber für die Analyse von DDR-Verhältnissen nicht hilfreich. Es ist an der Zeit, dass ostdeutsche Frauen ergänzen: Patriarchat funktioniert auch ohne Kapitalismus, nur anders.

Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland

Die bis heute spürbare Frauen- und Familienpolitik der DDR hat das Patriarchat gezügelt, aber nicht infrage gestellt. Die unterschiedlichen frauenpolitischen Traditionen, die im Gleichstellungsbericht zur Sprache kommen, sprechen nicht gegen ebenfalls vorhandene gemeinsame Traditionen zwischen Ost und West.

Das soll an einigen ausgewählten Aspekten erläutert werden – in Ermanglung wohldefinierter und geprüfter Indikatoren, mit denen man patriarchale Gesellschaften messen könnte. Jeder dieser Aspekte ruft nach gründlicher sozialwissenschaftlicher Forschung und Auseinandersetzung.

14 Siehe Gutachten für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“, Berlin 2011, S.101.

15 Siehe Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive, Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg 2008, S.99-122.

Erstens. Es gab auch in der DDR eine unangefochten hierarchische Sicht auf *Öffentlichkeit und Privatheit*. Die in der Öffentlichkeit geleistete Arbeit erfuhr auch hier eine sehr viel höhere Wertschätzung als die in der Privatheit, nicht nur gemessen an der Bezahlung. Nur die in der Öffentlichkeit erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen wurden mit gesellschaftlichem Fortschritt in Zusammenhang gebracht.

Zu Öffentlichkeit und Privatheit gibt es seit den 60er-Jahren in Deutschland intensive Debatten und zahlreiche Publikationen, aber nur als Kategorien der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Für diese ist nachgewiesen, dass öffentliche und folglich als relevant geltende Lebensäußerungen dem Manne, private und damit als unwichtig angesehene Lebensäußerungen der Frau zugeordnet werden.¹⁶ Inwieweit eine solche Auffassung auch für Gesellschaften gilt, in denen die Frauen massenhaft in die Öffentlichkeit geholt wurden, ist aus meiner Sicht nicht erforscht. Es fehlen auch sozialwissenschaftliche Aussagen zur Trennwand zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, in der westlichen Soziologie mit struktureller Rücksichtslosigkeit¹⁷ in Zusammenhang gebracht, in der DDR sehr viel durchlässiger. Was im privaten Bereich passierte, unterlag in der Öffentlichkeit keiner Schweigeverpflichtung. Seit den 60er-Jahren waren die Arbeitsstätten „soziale Orte“, in denen Kindereinrichtungen, Essenversorgung, medizinische Betreuung, Urlaubs- und Freizeitangebote, Kosmetik, Friseur usw. angeboten wurden, mit denen das Privatleben helfend beeinflusst wurde.

Gleichzeitig mangelt es an Analysen über die Kehrseite dieser Unterstützung. Denn die durchlässigere Trennwand zwischen Öffentlichkeit und Privatheit in der DDR hatte nicht nur eine helfende Funktion, sondern auch eine kontrollierende, immer gemäß dem Grundsatz, dass in der Öffentlichkeit entschieden wird, was auch im Privaten erstrebenswert ist.

Das zeigt sich beispielsweise an den Debatten um den Erziehungsstil der DDR-Eltern, die seit den 50er-Jahren geführt wurden, zunächst als parteipolitische Forderung,¹⁸ später im Zusammenhang mit umfangreichen so-

16 Siehe Elisabeth Klaus: Öffentlichkeit und Privatheit. Frauenöffentlichkeiten und feministische Öffentlichkeiten, in: Becker/Kortendiek (Hrsg.), Handbuch, S.212.

17 Der Begriff wurde von Franz Xaver Kaufmann Anfang der 90er-Jahre geprägt und spielt auch im 5. Familienbericht der Bundesregierung 1994 eine zentrale Rolle.

18 „Die Kinder unserer Genossen müßten ausnahmslos die fortschrittlichsten und bewußtesten unter den Kindern sein [...] Daß das längst nicht alle Genossen erkannt haben, zeigte sich in [...] einer] Versammlung [...] Dort meldete sich kurz vor Schluß der Debatte Genosse M. zu Wort und erklärte sinngemäß folgendes: Genossen, diese Diskussion hat mich davon überzeugt, daß ich mich um die Erziehung meiner Kinder kümmern muß. Ich bin

ziologischen Untersuchungen, deren Ergebnisse in den Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ (verantwortlich Herta Kuhrig) erschienen.¹⁹ Die Ergebnisse waren immer ähnlich: Die Väter könnten ihre Kinder richtig erziehen, weil sie konkrete Vorstellungen vom sozialistischen Menschenbild haben, tun es aber zu wenig. Die Mütter tun es, können es aber nicht gut genug, weil sie eher „allgemeinere“ Erziehungsziele verinnerlicht haben.

Mit der hierarchischen Sicht auf Öffentlichkeit und Privatheit ist verbunden, dass es auch in der DDR eine Auffassung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit gab, die Frauen benachteiligte. Das betrifft zum einen das Hausarbeitsproblem. Bekanntlich gehört zur Geschichte der Arbeiterbewegung die Auffassung von Adam Smith, Hausarbeit sei nicht produktiv. Diese Arbeit wurde in den konzeptionellen Überlegungen zur sozialistischen Gesellschaft Anfang des 20. Jahrhunderts weitgehend ausgeschlossen, allerdings mit der damals plausibel erscheinenden Begründung, für die „barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit“ in der Hauswirtschaft beginne demnächst die Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft.²⁰ Mit diesem berühmt gewordenen Lenin-Zitat war zwar ein DDR-Haushalt nicht zu beschreiben, aber die Auffassung, dass es sich bei Hausarbeit um ein auslaufendes Modell handelt, blieb erhalten.

Forschung zu diesem Thema, zu Inhalt, Umfang, Verantwortlichkeit für unbezahlte Arbeit im DDR-Haushalt begann 1966 und wurde später immer wieder fortgesetzt.²¹ Heute ist diese Forschung ein Indiz für die Ernsthaftigkeit der Gleichberechtigungsbestrebungen. Ihre Ergebnisse zeigen aber auch die Hilflosigkeit gegenüber stabilen patriarchalen Strukturen, die von Männern wie von Frauen stets aufs Neue reproduziert wurden. Denn immer wieder wurde festgestellt, dass erstens die Erledigung der Hausarbeit mehr Zeit in Anspruch nahm als die Berufsarbeit und dass zweitens

Kaderleiter, viel unterwegs in der Republik und habe bisher die Erziehung meiner Kinder ausschließlich meiner Frau überlassen. Ich sehe aber jetzt ein, daß das falsch ist. Ich werde mich daher in Zukunft, so viel ich kann, selbst um die Erziehung der Kinder kümmern.“ Lotte Ulbricht: Machen wir unsere Kinder immun gegen die bürgerliche Ideologie! Artikel in „Neuer Weg“ April 1958, in: Dies.: Reden und Aufsätze, Berlin 1968, S.165.

19 Siehe Ursula Schröter/Renate Ullrich: Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Berlin 2005.

20 W. I. Lenin: Die große Initiative, in: Ders.: Werke, Bd. 29, Berlin 1976, S.399-424, hier S.419.

21 Ein vergleichbares Projekt aus anderen Ländern ist mir nicht bekannt.

diese Zeit zu 70 bis 80 Prozent die Frauen aufbrachten, auch wenn sie berufstätig waren.²²

Aus heutiger Sicht ist besonders interessant, dass Lösungen für das Hausarbeit-Problem zunächst in drei Richtungen gesehen wurden: Zum einen sollten Frauen bestimmte Arbeiten im Haushalt ganz weglassen, zum zweiten sollten – entsprechend der Leninschen Empfehlung – mehr Arbeiten in gesellschaftliche Dienstleistungsbereiche ausgelagert werden und zum dritten sollte der Haushalt rationalisiert, mehr Technik eingesetzt werden.²³ Partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann schien dann nicht mehr notwendig zu sein; zumindest gehörte dieser Gedanke in den 60er-Jahren nicht zu den Zukunftshoffnungen. Die erste Empfehlung wurde von den DDR-Frauen offenbar angenommen, denn bis heute ist nachweisbar, dass in ostdeutsche Haushalte weniger Zeit investiert wird als in westdeutsche. Der zweite Weg – öffentliche Dienstleistungen – wurde begonnen, und die dafür nötigen gesellschaftlichen Bedingungen wurden bis zum DDR-Ende immer wieder angemahnt. Den dritten Weg, den Einsatz technischer Haushaltgeräte, sah man schon bald kritisch, weil sich herausstellte, dass der Zeitaufwand für Hausarbeit trotz Technisierung nicht geringer wurde. Daran hat sich nichts Grundsätzliches geändert. Auch der Familienbericht der Bundesregierung von 2005 weist darauf hin, dass seit mehr als 100 Jahren Umfang und Verantwortlichkeit für die unbezahlte Arbeit im deutschen Haushalt fast stabil geblieben sind und dass jede technische Neuerung im Haushalt andere, bisher nicht erforderliche Arbeiten hervorrief.²⁴

Viele feministische Debatten und Konferenzen zum Thema gesellschaftlich notwendige Arbeit enden mit der Forderung nach einer neuen Arbeitsdefinition. Aus Frauensicht sei neu zu definieren, was gesellschaftlich notwendig ist. Nicht alles müsse gemacht werden, was technisch machbar sei. In der DDR gab es, abgesehen von den allerletzten Jahren, keine feministischen Debatten. Und als der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft Ende der 70er-Jahre weltweit als „große Hoffnung“ für die Arbeitsgesellschaft²⁵ diskutiert wurde, fühlten sich die DDR-Frau-

22 Siehe Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, 1966, H. 5, S.22.

23 Siehe Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, 1966, H. 4, S.8 und 1966, H. 5, S.32.

24 Siehe Siebter Familienbericht „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“, Berlin 2005, S.155.

25 Siehe Daniel Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1979.

en nur partiell angesprochen, weil die Arbeitsgesellschaft in der DDR nicht in Gefahr schien. Heute meine ich, dass das Unbehagen über einen männlich definierten Arbeitsbegriff und die spezifischen Frauenprobleme im Zusammenhang mit der Arbeit im Dienstleistungssektor auch in der DDR hätten debattiert werden müssen. Gesellschaftlich ernst genommene und deshalb gut bezahlte Arbeit war auch in der DDR an das Herstellen und Verändern von Gegenständen gebunden. Die Tarifpolitik war darauf ausgerichtet, das Pflegen und Erhalten des Vorhandenen geringer zu schätzen als das Herstellen und Verändern. Und auch in der DDR hatte dieses Thema eine Geschlechterdimension. Seitdem in den letzten Jahren innerhalb des stark angewachsenen Dienstleistungssektors eine neue Geschlechtertrennung stattfindet, bei der Männer Sachen, Frauen hingegen Personen pflegen und erhalten, werden prompt personenbezogene Dienstleistungen schlechter bezahlt als sachbezogene, gibt es bei den personenbezogenen Dienstleistungen weniger Vollzeitjobs als bei den sachbezogenen.²⁶ Diese Geringschätzung gab es auch in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern. In dem Maße, in dem beispielsweise in der Sowjetunion der Arzt-Beruf von Frauen ausgeübt wurde, verlor er an gesellschaftlichem Wert und wurde schlechter bezahlt.

Zweitens. Mit *Gleichberechtigung* war in der DDR das Heranführen der Frauen an das Männerniveau gemeint. Erklärtes Ziel war, Frauen in die Öffentlichkeit, in die Berufstätigkeit einzubeziehen – aus heutiger Sicht ist das nicht wenig. Aufgabe der Männer war es, Frauen dabei zu unterstützen. Schon für August Bebel war selbstverständlich, dass es Sache der Frau sei, „zu beweisen, daß sie ihre wahre Stellung [...] in den Kämpfen der Gegenwart für eine bessere Zukunft begriffen hat und entschlossen ist, daran teilzunehmen. Sache der Männer ist es, sie in der Abstreifung aller Vorurteile und in der Teilnahme am Kampfe zu unterstützen.“²⁷ Diese Logik, Frauen müssen neue Wege gehen und Männer müssen sie dabei hilfreich begleiten, war gewissermaßen der Kompass, der die Frauenpolitik prägte. 1971 erschien eine Publikation in der Soziologie-Reihe zu „Problemen der Frauenqualifizierung“, in der festgehalten ist: „Der Mann sollte seiner Frau auch helfen, Probleme des Selbststudiums zu klären.“²⁸ Dass er dazu in der Lage

26 Siehe Gender-Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München 2005, S.127.

27 Bebel, Frau, S.613.

28 Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR (Hrsg.): Probleme der Frauenqualifizierung, Berlin 1971, S.45.

ist, dass er gewissermaßen schon dort ist, wo sie hin will, wurde noch zu diesem Zeitpunkt als normal vorausgesetzt. Dabei existierte das hierarchische Bild von Mann und Frau selbstverständlich nicht nur in den Köpfen von Männern. Aus Analysen von Ehescheidungsverfahren oder auch von Heiratsannoncen, die Anfang der 70er-Jahre durchgeführt wurden, ist abzuleiten, dass Frauen, zumindest im zweiten Anlauf, überwiegend Männer suchten, zu denen sie „aufblicken“ konnten, die nicht nur älter waren, sondern auch einen höheren sozialen Status besaßen.²⁹ Frauen nahmen sich also selbst als „unvollständige Männer“ wahr. Eine solche Begrifflichkeit gab es zwar in der DDR nicht, die Tatsache aber traf zu.³⁰

Zu diesem Thema – wer muss sich ändern, wer entspricht schon dem Leitbild – gibt es neuerdings interessante Vergleiche, wie sich die Rollenbilder von Frauen und Männern in den Familien-Gesetzgebungen beider deutscher Staaten niederschlugen. Es zeigt sich, dass „die Rollenbilder von Frauen und die Verhaltenserwartungen an Frauen überaus deutlich ausgeprägt“ waren und dass sie sich beträchtlich voneinander unterschieden, während die Rollenerwartungen an Männer in den Gesetzen nicht so deutlich und nicht so unterschiedlich durchscheinen.³¹ Mit anderen Worten, in beiden deutschen Staaten wusste man genau, wie Frauen sein sollten, welches Verhalten unterstützt, welches unterdrückt werden sollte. In der alten Bundesrepublik war die Hausfrau, die ihrem Mann den Rücken freihielt, das besonders deutlich bis in die 70er-Jahre geltende Leitbild, in der DDR war dies die werktätige Mutter. Wie Männer sein sollten, spiegelt sich in den Gesetzen nicht im gleichen Maße wider. Männer entsprachen hier wie dort ohnehin schon den Erwartungen.

Männliche Verhaltensweisen änderten sich zwar in den vierzig DDR-Jahren, was bis heute die Männerforschung als Ost-West-Unterschiede wahrnimmt, aber sie standen nicht offiziell zur Debatte und erst recht nicht zur Disposition. Einbeziehung der Männer in den Privathaushalt war eine wissenschaftliche, in vielen Familien auch eine private Forderung, aber keine politische, obwohl Clara Zetkin bereits 1899 in einem Aufsatz prophezeite: „Erschließt die Berufstätigkeit der Frau die Welt, so gibt sie dem Mann das Heim zurück. Denn wenn die Frau auf allen Gebieten menschlichen Schaffens als Mitarbeitende neben dem Mann steht, so gewinnt dieser Zeit und Kraft, als Mitarbeitender im Heim und bei der Erziehung der Kinder

29 Siehe Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, 1971, H. 4, S.56 und 1973, H. 5, S.80.

30 Sie entstammt der westlichen Literatur, siehe Haug, Vier-in-einem-Perspektive, S.97.

31 Siehe Gutachten, S.37.

neben der Frau zu wirken.³² Clara Zetkin sprach in diesem Zusammenhang von einem „Vollleben“, das Männer und Frauen im Sozialismus zu erwarten hätten. Die DDR hat dieses Vollleben nur für Frauen angestrebt und damit für die männliche Persönlichkeitsentwicklung Chancen vergeben. Es lohnt also, auch die theoretischen Wurzeln der DDR-Frauenpolitik neu zu lesen, neu zu verstehen, neu zu interpretieren – gewissermaßen mit der Weisheit einer Niederlage.

Drittens. Das *Abtreibungsverbot* gilt oft als Kernstück der Frauenunterdrückung, und wenn sich die Thesen von Gerda Lerner als richtig erweisen sollten, dann war es auch an der Entstehung des Patriarchats beteiligt. In der SBZ bzw. DDR wurde Abtreibung nach Kriegsende liberal behandelt, § 218 des BGB galt nicht mehr und einen neuen Paragraphen gab es zunächst nicht. Das ist ganz sicher ein Hinweis darauf, dass die Entscheidungsträger sehr wohl über Vergewaltigungen in der Nachkriegszeit informiert waren. Das musste aber ein Tabu-Thema bleiben, weil die Sowjetsoldaten nicht nur Männer, sondern auch Klassenbrüder waren. Im September 1950 wurde dann, noch von der provisorischen Volkskammer, das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ verabschiedet, das in § 14 das Alleinbestimmungsrecht des Mannes in familiären Angelegenheiten aufhob, das aber auch in § 11 die soziale Indikation für eine Abtreibung, die bis dahin zwar nicht de jure aber de facto wirksam war, zurücknahm.³³ Diese zweifellos patriarchale Entscheidung wurde erst 1965 durch eine „Instruktion des Ministeriums für Gesundheitswesen“ wieder gelockert und 1972 aufgehoben. Als Anfang März 1972 eine Abtreibung, „wenn die Frau es will“, für rechtens erklärt und dem Krankheitsfall gleichgesetzt wurde (also kostenlos war!), überraschte das möglicherweise manche JuristInnen und MedizinerInnen nicht, vielleicht auch nicht die Teilnehmerinnen am Ersten DDR-Frauenkongress 1964, aber für die Masse der DDR-Frauen war dieses Gesetz das, als was es propagiert wurde: ein Frauentagsgeschenk. Das Gesetz wurde nicht wie das Familiengesetz einige Jahre zuvor im Entwurf breit diskutiert. Auch erfuhren nur wenige, dass es bei der Abstimmung in der Volkskammer erstmals Gegenstimmen und Stimmenthaltungen gab. Genau neun Monate vor der Veröffentlichung des DDR-Gesetzes fand im Westen die spektakuläre Stern-Ak-

32 Clara Zetkin: *Der Student und das Weib*, 1899, in: Florence Hervé (Hrsg.): *Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist*, Berlin 2008, S.62.

33 Siehe Karin Thietz: *Ende der Selbstverständlichkeit? Die Abschaffung des § 218 in der DDR*, Dokumente, Berlin 1992.

tion „Ich habe abgetrieben“ statt. So bleibt zum Thema Abtreibung im geteilten Deutschland festzuhalten, dass im Westen die lautstarke Forderung ohne juristisches Ergebnis blieb, während im Osten das juristische Ergebnis ohne lautstarke Forderung eintrat.

Viertens. Es sind die asymmetrischen *Machtstrukturen* zu betrachten, die nach Eva Cyba auf jeden Fall zur Charakterisierung des Patriarchats gehören. Das Thema kann auch für die DDR etwa folgendermaßen auf den Punkt gebracht werden: je höher die Entscheidungsebene, desto weniger Frauen. Diese Tatsache ist seit 1990 relativ häufig diskutiert worden und war auch in der DDR kein Geheimnis. Doch gab es in den 40 Jahren deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung dieser Asymmetrie. Solange Lotte Ulbricht Einfluss hatte, wurde das Problem zumindest angesprochen. Das Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“, das im Dezember 1961 veröffentlicht wurde, kritisierte in erster Linie, dass zu wenig Frauen an der „Lenkung des Staates“ beteiligt seien. Und Lotte Ulbricht ließ in der Folgezeit keine Gelegenheit aus, um öffentlich zu betonen, dass dieses Kommuniqué vor allem für Männer geschrieben sei, weil vor allem sie sich ändern müssten. Engstirnigkeit, Kurzsichtigkeit, mangelndes Vertrauen und Voreingenommenheit gegenüber Frauen seien zu überwinden.³⁴ Heute gelesen, hinterlassen die Texte um das Kommuniqué bei mir zwiespältige Gefühle. Zum einen ist eine erstaunlich kritische Sicht festzustellen im Vergleich zu dem, was danach kam. Zum anderen offenbaren sie eine Orientierung ausschließlich auf Bewusstseinswandel, auf Einstellungsänderungen. Dass festgeklopfte gesellschaftliche Strukturen die Frauen daran hindern könnten, Führungspositionen zu übernehmen, wurde nicht in Erwägung gezogen. Ende der 80er-Jahre jedenfalls lag der Anteil der Frauen an Leitungsfunktionen aller Ebenen bei etwa 30 Prozent.

Fünftens. Überlegungen *zu Klasse und Geschlecht* sind für mich in diesem Zusammenhang das wichtigste Thema, das gleichzeitig am meisten nach solider Forschung ruft. Über die Beziehungen zwischen Klasse, Geschlecht, Ethnie, Generation und andere gesellschaftliche Widersprüche muss neu nachgedacht werden. Für unbestreitbar halte ich, dass die absolute Dominanz der Klassentheorie und Klassenpolitik, die das DDR-Konzept prägte

34 Siehe Autorenkollektiv: Alles für die Entwicklung und Förderung der Frauen, Berlin 1964, S.49.

und die in Zeiten des Kalten Krieges lebensnotwendig erschien, dem Patriarchat gut tat. Diese Dominanz verstellte den Blick für spezifische Potenzen der weiblichen Sozialisation.

Das möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen. Zunächst durch einen Rückblick auf Dokumente des Demokratischen Frauenbundes Deutschland (DFD).³⁵ Im Zuge der Recherche solcher Dokumente hat sich meine Einstellung zur einzigen Frauenorganisation der DDR, deren Mitglied ich seit 1969 war, sehr verändert. Das Bild einer biederen Organisation, die den Frauen die Parteibeschlüsse erläuterte, geriet zumindest für die 40er- und 50er-Jahre sehr ins Wanken. Schon die Tatsache, dass der DFD 1947 mit dem Gelöbnis von „schwesterlicher Verbundenheit“ gegründet wurde, ist bemerkenswert. Offizielle Dokumente der späteren DDR-Jahre enthielten ausschließlich die „brüderliche Verbundenheit“, die Bruderparteien, die Bruderländer. Freilich war das kein ehrliches Bekenntnis zur Dominanz von Männern, sondern meinte – ganz wie die „Ode an die Freude“ – die Menschen im Allgemeinen. Die Gründungsfrauen des DFD schlossen mit ihrer Formulierung aber Männer aus, signalisierten Misstrauen gegenüber Männerpolitik und hatten nach zwölf Jahren Faschismus ja auch allen Grund dazu. Entsprechend autoritär wurden der DFD und seine jeweiligen Vorsitzenden in den Anfangsjahren behandelt. Betriebsgruppen waren zunächst erlaubt, später verboten, das ursprüngliche Mitspracherecht bei der Gesetzgebung wurde dem DFD später verwehrt, seine Mitgliedschaft in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) offiziell gewürdigt, unter der Oberfläche aber sehr misstrauisch beobachtet. Dahinter stand immer die Grundangst, die „bürgerlichen Frauen im DFD“ könnten der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Wege stehen.

Vor allem Ende der 40er-Jahre waren der DFD und mit ihm die gesamte Frauenarbeit der SED harter Kritik ausgesetzt. Seit wann gibt es in der Partei Männer- und Fraueninteressen? Diese Frage wurde im „Neuen Deutschland“ sehr polemisch behandelt. Und in einer Vorlage für das Zentralsekretariat der SED ist zu lesen, dass die Partei sich zu wenig um die anderen Massenorganisationen kümmert und zu viel um den DFD, ohne „jedoch die klare politische Führung zu sichern [...] Die Arbeit zur Um-erziehung der Frauenmassen muß verstärkt werden [...] Die Genossinnen des DFD werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich als

35 Siehe Ursula Schröter: Die DDR-Frauenorganisation im Rückblick, in: Dies./Renate Ullrich/Rainer Ferchland: Patriarchat in der DDR. Nachträgliche Entdeckungen in DFD-Dokumenten, DEFA-Dokumentarfilmen und soziologischen Befragungen, Berlin 2009.

Beauftragte der Partei zu fühlen haben.“³⁶ Die Parteienunabhängigkeit, die zum Gründungsergebnis des DFD gehörte, wurde in den ersten Jahren von den Frauen ganz offensichtlich ernst genommen.

Später, nachdem drei DFD-Vorsitzende abgelöst worden waren bzw. wegen Krankheit nicht wieder kandidierten, wurden die Kritiken seltener. 1953 fand in Berlin eine Konferenz statt, die unter dem Motto stand „Die Frauen fördern heißt die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken“. Frauenfrage und Klassenfrage standen also scheinbar in Übereinstimmung. Dennoch sprach Walter Ulbricht noch 1963 auf dem VI. SED-Parteitag die Hoffnung aus, dass der DFD nun auch „die letzten Reste von Sektierertum“ überwinden möge.³⁷

Als zweites Beispiel zum Thema „Klasse und Geschlecht“ sei hier der Erste Frauenkongress 1964 angeführt. Zunächst fällt auf, mit welchem riesigem Aufwand der Kongress vorbereitet und ausgewertet wurde. Monate vorher wurde festgelegt, zu welchen Terminen, einschließlich Tageszeiten, das DDR-Fernsehen über den Kongress berichtet, welche Briefmarken, welche Dia-Serien, welche Leserbriefaktionen vorzubereiten sind, worauf sich die Zeitungen und der Rundfunk einzustellen haben usw. Die Antragkommission, die sich im Vorfeld gebildet hatte, nahm mehr als 13.000 Anträge aus der weiblichen Bevölkerung entgegen, die den Frauenalltag in berührender Weise widerspiegeln. Diese Anträge wurden noch vor dem Kongress analysiert und nach dem Kongress an die entsprechenden staatlichen Stellen weitergeleitet.³⁸ Acht Monate nach dem Kongress mussten der Ministerrat und die Staatliche Plankommission über die „Verwirklichung der Vorschläge und Empfehlungen des Frauenkongresses“ berichten. In diesem Bericht wurde beispielsweise informiert, dass ab dem 2. Halbjahr 1965 die volle Versorgung aller Bezirke der DDR mit löffelfertiger Kindernahrung erreicht werden sollte. Zur Erfüllung der Forderung nach kombinierbaren tischfertigen Gerichten war noch im Jahr 1965 der Import von Automaten vorgesehen, wodurch die Produktion von tischfertigen Gefriergerichten nahezu verdreifacht werden könne.³⁹ Die Dokumente sprechen zweifellos für ehrliche Fürsorglichkeit gegenüber Frauen. Aber sie zeugen auch von einem ungebrochenen Erziehungsbedürfnis und Misstrauen Frauen gegenüber. Denn sowohl im Vorfeld als auch nach dem Kon-

36 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), NY 4036/731.

37 Siehe Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, Bd 1, Berlin 1963.

38 Siehe Schröter, Die DDR-Frauenorganisation im Rückblick, S.45-47.

39 Siehe ebenda, S.48-51.

gress wurde der Bewusstseinsstand der Frauen scharf kritisiert. Sie würden immer noch vorwiegend Probleme diskutieren, die mit ihrem individuellen Leben zusammenhängen und so von den Hauptfragen des Kongresses ablenken.⁴⁰ Ausgangspunkt solcher Kritiken waren oft der Frauenwunsch nach Teilzeitarbeit und vor allem das offene Eingeständnis, dass „persönliche Interessen ausschlaggebend“ für sie seien.⁴¹

Als 1969 der zweite und letzte Frauenkongress stattfand, schienen die Frauen sich deutlich gebessert zu haben. In einer abschließenden Information, wahrscheinlich an das Politbüro, heißt es: „Der Kongreß machte eindrucksvoll sichtbar, daß die Frauen und Mädchen bereit sind, Verantwortung für das Ganze zu tragen. Sie beschäftigen sich nicht nur mit Problemen, die sich auf ihr unmittelbares Leben in der Familie, auf ihren Arbeitsplatz beziehen, sondern auch mit solchen, die das Vorwärtskommen unserer ganzen Gesellschaft betreffen.“⁴² Aber das waren dann wohl schon der Übergang zu Sprechblasen und der Abschied von Frauenpolitik überhaupt.

Soweit meine Überlegungen zum Thema „sozialistisches Patriarchat“. Mir ging es darum, die Grenzen der DDR-Frauenpolitik deutlich zu machen, ohne den Chancenreichtum zu leugnen. Ich zähle mich zu den Ostdeutschen, denen die rückblickende Kritik weh tut, weil sie auch auf eigene Defizite verweist. Heute weiß ich, dass die DDR auch bezüglich der Geschlechterverhältnisse nicht in jeder Hinsicht die erhoffte Alternative zur Bundesrepublik Deutschland war. Ein neuer Gesellschaftsentwurf, den ich für dringend erforderlich halte, muss konsequenter mit der Geschlechterfrage umgehen.

40 Siehe ebenda, S.44.

41 Siehe ebenda, S.43f.

42 Siehe ebenda, S.41.

Regionales

Zur Geschichte der Bernauer Arbeiterbewegung 1848 bis 1900

Holger Czitrich-Stahl

In diesem Beitrag geht es vor allem um jene Phase der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in der die Sozialdemokratie aus einer kleinen und verfolgten Arbeitervereinigung zur bedeutendsten politischen Interessenvertreterin der Arbeiterschaft und der „kleinen Leute“ werden konnte, um die Phase also, die wir auch heute noch mit dem Wirken von so großen Persönlichkeiten wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Paul Singer, Karl Kautsky und Eduard Bernstein, um nur einige zu nennen, verbinden. Es war die Zeit, in der die Sozialdemokratie, die sich bis zum Hallenser Parteitag von 1890 „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD) nannte, von Jahr zu Jahr und von Wahl zu Wahl beinahe automatisch stärker und stärker wurde, bis sie 1912 die mit Abstand größte Reichstagsfraktion stellte.

Ihr endgültiger Sieg und der Weg zum demokratischen Sozialismus schienen nur noch eine Frage der Zeit zu sein, als dann, am 28. Juni 1914, mit den Schüssen von Sarajevo und der auf das Attentat folgenden Julikrise die Katastrophe des Ersten Weltkrieges über Europa hereinbrach. Als der Krieg endlich beendet und das Deutsche Reich von einer absoluten Monarchie in der Novemberrevolution zur parlamentarischen Republik transformiert wurde, waren aus der alten und stolzen Vorkriegs-SPD zwei, bald schon drei Parteien geworden: die Mehrheitssozialdemokraten der MSPD um Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Wels, die Unabhängigen Sozialdemokraten der USPD um Hugo Haase, Georg Ledebour und Rudolf Breitscheid, und zuletzt die Kommunistische Partei Deutschlands, entstanden u. a. aus der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Auch der im Berliner Umland gelegene Kreis Niederbarnim, zu dem die Kleinstadt Bernau gehörte, besaß ein prominentes Reichstagsmitglied und einen bekannten Sozialdemokraten der damaligen Zeit, den Rechts- und Sozialexperten Arthur Stadthagen aus Berlin. Seinen Namen kennen die Bernauer längst auch als Straßennamen in ihrer Stadt, aber leider hat Bernau diesen Vorzug recht exklusiv für sich. Alle Arthur Stadthagen betref-

fenden quellenkundlichen Erkenntnisse habe ich in einer Biografie zusammengefasst, die unter dem Titel „Arthur Stadthagen – Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung“ bei Peter Lang erschienen ist.¹ Des Weiteren stütze ich mich vor allem auf die in dieser Hinsicht hervorragende Potsdamer Dissertation von Gerhard Pardemann aus dem Jahr 1970.² Seine Arbeit soll in diesem Aufsatz die Würdigung finden, die sie längst verdient hat. Einbezogen wurde auch die mehrbändige Darstellung von Eduard Bernstein aus den Jahren 1907 bis 1910 über die Berliner Sozialdemokratie der Kaiserzeit.³

Die Anfänge der Bernauer Arbeiterbewegung

Zusammenschlüsse von Arbeitern im Kreis Niederbarnim⁴ lassen sich bereits bis in die Zeit der Revolution von 1848 zurückverfolgen. In Bernau beispielsweise entstand in jenem Jahr der „Demokratische Sozial-Verein“, der rund 400 Mitglieder organisiert haben soll. Geleitet wurde er vom Kupferschmied Polack, den Lehrern Eduard und Ludwig Zaar, den Webern Meltzheimer, Wunsch, Kluck und C. Balke sowie dem Werksführer F. London. Die Mitgliedschaft bestand vorwiegend aus Webermeistern, Webern, Handwerkern anderer Gewerke und aus Tagelöhnern. Wegen seines Engagements auch für Lohnfragen schloss der Bernauer Magistrat nach der Niederlage der Revolution den Verein im Juni 1849. Nach diesem Vereinsverbot traten die Mitglieder dem königstreuen „Patriotischen Verein“ Bernaus bei, den sie alsbald majorisierten, sodass dieser Verein trotz seines obrigkeitstreuen Namens Ende 1850 ebenfalls dem Verbot zum Opfer fiel. Das gleiche Schicksal erfuhr der lokale Verein der „Arbeiterverbrüderung“ mit immerhin 111 Mitgliedern.⁵

1 Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen – Anwalt der Armen und Rechtslehrer der Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main u. a. 2011. Zu Stadthagen siehe auch meine beiden Aufsätze: Arthur Stadthagen (1857-1917) – der erste sozialdemokratische Jurist im Deutschen Reichstag. Annäherung an einen beinahe vergessenen Sozialisten (Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/III, S.69-94); Arthur Stadthagen – Reichstagsneuling und Rechtsexperte (1890 bis 1896) (ebenda 2011/I, S.22-41).

2 Gerhard Pardemann: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Niederbarnim (1871-1910) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des Reichstagsabgeordneten Arthur Stadthagen. Dissertation A an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, November 1970.

3 Eduard Bernstein: Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 3 Bde., Berlin 1907-1910.

4 Siehe Czitrich-Stahl, Arthur Stadthagen, S.112.

5 Siehe Pardemann, Geschichte, S.48.

1863 gründete sich der „Consumverein sozial-demokratischer Richtung zur Beschaffung billiger Lebensmittel“, dem rund 100 Bernauer angehörten. Als Leiter fungierte der Weber Buchholz. Im gleichen Jahr entstand der „Männer-Turnverein“ mit etwa 50 Mitgliedern. Beide Vereine galten der Obrigkeit als verdächtig, weil sie „nachtheiligen Einfluß“ ausübten.⁶ Als im „Norddeutschen Bund“ im Mai 1869 ein beschränktes Koalitions- und Streikrecht in Kraft trat, schlossen sich im Niederbarnim, vor allem in Bernau, die ersten gewerkschaftlichen Organisationen zusammen: „1869 wurde der Ortsverein der Stuhlarbeiter, 1872 der Sozialverein der Handschuhmachergehilfen und 1873 der Lokalverein des allgemeinen deutschen Maurervereins und ebenso der Gewerkschaftsverein der Maurer- und Schornsteinfegergesellen gegründet.“⁷

Sozialdemokratische Parteiorganisationen sind seit 1871 in Bernau nachweisbar. In diesem Jahr wurde wohl eine Ortsgruppe des lassalleanischen ADAV gebildet, die der Arbeiter W. Siering leitete. Später entstand eine Ortsgruppe der SDAP, also der „Eisenacher“. Im Jahre 1873 hatte die Ortsgruppe der Eisenacher in Bernau, wie Bernstein schreibt, „durch Weber Gladewitz eine Versammlung mit dem Thema ‚Leipziger Hochverratsprozeß und die Sozialdemokratie‘ ins ‚Elysium‘ einberufen.“ Doch traten beide Arbeiterorganisationen zunächst auch gegeneinander auf.⁸ Dabei nutzte dem ADAV wohl vor allem, dass er auf eine vergleichsweise längere Organisationsgeschichte zurückblicken konnte. Franz Mehring stellte dazu fest: „Die Lassalleaner waren die ältere Fraktion und hatten eine sechsjährige Kriegserfahrung vor den Eisenachern voraus; die günstigsten Quartiere waren schon in ihren Händen, als die Eisenacher begannen. Die Lassalleaner waren weit überwiegend in dem einzigen Großstaate des neuen Reichs vertreten; sie hielten die Reichshauptstadt und eroberten von ihr aus die Mark Brandenburg.“⁹

Trotz dieser widrigen Rahmenbedingungen erreichten die sozialistischen Arbeiterparteien bei den Reichstagswahlen erste Achtungserfolge. Schon am 10. Januar 1874 wählten im Kreis Niederbarnim 2.142 Männer

6 Zit. nach: ebenda, S.49. Pardemann stützt sich auf die seinerzeit im Staatsarchiv Potsdam archivierten Acta betreffend die im Regierungsbezirk Potsdam bestehenden politischen Vereine 1865-1895, lfd. Nr. 14159, Rep 2 A, ID, Nr. 86.

7 Ebenda.

8 Siehe ebenda, S.49f. Eduard Bernstein berichtete, von Pardemann zitiert, über diese Versammlung der SDAP im „Elysium“ in Bernau.

9 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, Berlin 1980, S.425.

die beiden Arbeiterparteien, die somit auf 20,59 Prozent der Stimmen kamen, wohingegen das Reichsergebnis lediglich auf 6,8 Prozent lautete.¹⁰

Die Entwicklung nach dem Gothaer Parteitag vom Mai 1875

Der politische Druck auf die Arbeiterparteien hatte deren Vereinigung gefördert. Der Zusammenschluss von ADAV und SDAP in Gotha zur SAPD wiederum beschleunigte die Bildung von Organisationsstrukturen der Sozialdemokratie im Niederbarnim. Für die Niederbarnimer Sozialdemokraten nahm Otto Kapell, selbst Berliner, am Vereinigungsparteitag teil.¹¹ Die Dominanz der Lassalleaner bestand auch nach dem Gothaer Parteitag von 1875 fort, wie sich an den Kandidaten der Sozialdemokratie für den Reichstagswahlkreis Niederbarnim ablesen lässt. Carl Finn, der 1877 antrat, entstammte ebenso dem ADAV wie der Bernauer Schuhmacher Friedrich Arndt, der als Kandidat auf Finn folgte.¹²

In den Jahren vor der Verhängung des Sozialistengesetzes am 21. Oktober 1878 gingen die Behörden und die Fabrikbesitzer sehr repressiv gegen die junge Arbeiterbewegung in Berlin und Umgebung vor. Am Stadtgericht Berlin obwaltete seit Anfang 1874 als erster Staatsanwalt Hermann Ernst Christian Tessoroff. Er befolgte besonders nach dem Gothaer Vereinigungsparteitag beflissen Bismarcks Linie, der ein „energisches Vorgehen gegen die sozialistischen Vereine, insbesondere auch gegen die Gewerkschaften (Gewerksgenossenschaften, Fachvereine)“ im gesamten Reichsgebiet gefordert hatte.¹³ Wer als Sozialdemokrat identifiziert war, verlor häufig seine Arbeit und bekam große Probleme, wenn es einen neuen Arbeitsplatz zu finden galt. Landrat Scharnweber unterstützte das rigide Vorgehen von Behörden und Betrieben. Im Anschluss an den Gothaer Parteitag gründeten sich neue „Sozialistische Arbeiter-Wahlvereine“ auch in Bernau. Jedoch gerieten die neuen Organisationsgliederungen schnell in den

10 Siehe Pardemann, *Geschichte* S.53, für die einzelnen Ortschaften führt er allerdings keine Einzelangaben an; Franz Osterroth/Dieter Schuster: *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 1, Bonn-Bad Godesberg 2005, S.42.

11 Siehe Bernstein, *Geschichte*, Bd. 1, S.298f., Pardemann, *Geschichte*, S.54; Dieter Fricke: *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917*, Bd. 1, Berlin 1987, S.144.

12 Siehe Pardemann, *Geschichte*, S.50f.; Bernstein, *Geschichte*, Bd. 1, S.316, 385.

13 Siehe Wolfgang Schröder u. a.: *Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung*, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1987, S.217; Bernstein, *Geschichte*, Bd. 1, S. 290.

Fokus der behördlichen Überwachung. Tessedorf ließ am 19. März 1876 den Berliner Verein verbieten und setzte durch, dass das Betätigungsverbot für die SAPD am 30. März 1876 auf ganz Preußen ausgedehnt wurde.¹⁴ Unter den Bedingungen der Halbbillegaltät führte nun das „Zentral-Wahlkomitee“ die SAPD, das aus der Reichstagsfraktion konstituiert wurde.¹⁵ Auch im Kreis Niederbarnim überwachte die Polizei die sozialdemokratischen Bestrebungen. Besonders auf dem Land war es ausgesprochen schwierig, sich als Sozialdemokrat zu betätigen. Es war „nur in wenigen Ortschaften möglich, größere Versammlungen abzuhalten, weil die geeigneten Lokale für die Sozialisten nicht hergegeben wurden“, wie Eduard Bernstein resümierte.¹⁶

Insgesamt hielt die Sozialdemokratie im Niederbarnim auch der rabiaten Agitation der herrschenden Kräfte nach den Attentaten auf Wilhelm I. stand und behauptete sich bei den „Attentatswahlen“ vom 30. Juli 1878. Friedrich Arndt bekam immerhin noch 2.775 Stimmen statt 2.855 wie Carl Finn bei der Januarwahl 1877.¹⁷ Im Mittelpunkt der Wahlkampf-führung stand der Kampf gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung. In einem Wahlauf-ruf, verantwortet vom „Vorstand des Arbeiter-Wahlvereins für den Nieder-Barnimer Kreis“, griffen die Sozialisten Kanzler Otto von Bismarck scharf an, er wolle zugunsten der Militärrüstung die indirekten Steuern erhöhen, „Der Tabak, der Zucker, das Bier, der Branntwein und das Petroleum sollen die Steuerobjekte bilden!! [...] Diese Steuern werden zum großen Theil von den ärmeren Klassen der Bevölkerung getragen.“¹⁸

Unter dem „Sozialistengesetz“

Am 21. Oktober trat 1878 das „Sozialistengesetz“ in Kraft. Am 28. November wurde gemäß § 28 Absatz 3 des Ausnahmegesetzes der „kleine Belagerungszustand“ auch über den Reichstagswahlkreis Niederbarnim verhängt. Die Sozialdemokratie und alle ihr angeschlossenen Vereine befanden sich von nun an in der Illegalität oder wurden umgehend verboten. Ab Dezember 1878 griff die Polizei zum Mittel der Ausweisung. Während der zwölfjährigen Dauer betraf diese Maßnahme fünfzehn Aktivistin-

14 Siehe Bernstein, Geschichte, Bd. 1, S.299; Schröder u. a., Geschichte, S.217f.; Osterroth/Schuster, Chronik, Bd. 1, S.45.

15 Siehe Fricke, Handbuch, Bd. 1, S.156.

16 Siehe Bernstein, Geschichte, Bd. 1, S.316.

17 Siehe Pardemann, Geschichte, S.570.

18 Wahlauf-ruf zur Reichstagswahl 1878, zit. nach: ebenda, S.568.

nen und Aktivisten der Sozialdemokratie Niederbarnims.¹⁹ In diesen zwölf Jahren schuf sich auch die Niederbarnimer Parteiorganisation ein illegales Vertrauensmännersystem und stellte die ersten Kontakte zu den Berliner Nachbarn her. Man gründete Kranken- und Sterbekassen, unter deren Dach sich wieder Sozialdemokraten zusammenfanden und sich oft recht erfolgreich der Bespitzelung entziehen konnten. Trotzdem brachte man Agitationsmaterial unter das arbeitende Volk: „Für den Zusammenhalt in der Partei ist es bezeichnend, daß dennoch bis in die entlegeneren kleinen Ortschaften persönlich der Entschluß zur Teilnahme verbreitet worden, und schon am Abende vor der Wahl die Stimmzettel vertheilt worden sind“, konstatierte die überwachende Polizei womöglich nicht ohne Staunen.²⁰ Überhaupt funktionierte die illegale Arbeit der Sozialdemokratie nach folgendem Muster: „Die Parteimitglieder schlossen sich in den einzelnen Orten und Kreisen den jeweiligen lokalen Bedingungen entsprechend zusammen. Für diese vor der Polizei verborgene, illegale Organisation bürgerte sich bald die Bezeichnung ‚innere Organisation‘ ein. Die Parteimitglieder wählten sogenannte Vertrauensmänner, die die Verbindung mit den illegalen Organisationen der Nachbarorte hielten. Andere bewährte Mitglieder unterhielten den Kontakt mit der Redaktion und Expedition des ‚Sozialdemokrat‘. Grundsätzliche Fragen der Parteiarbeit und -politik wurden auf geheimen Versammlungen, den sogenannten Corpora-Versammlungen, die oft im Freien stattfanden, beraten und geklärt.“²¹

Gleichwohl bestand der berechtigte Wunsch nach legalen Kontakten. Zu diesem Zweck schrieben sich viele Niederbarnimer Sozialdemokraten, die am Rande der Großstadt beheimatet waren, auch in Gesangsvereine, Theatergesellschaften, Pfeifenklubs etc. Berlins ein. Bis 1889/90 verstärkte sich zudem der Organisationsgrad der gewerkschaftlichen Fachvereine in Berlin und Umgebung. Hierbei wuchs die Verbundenheit der Mitglieder aus beiden Reichstagswahlgebieten. Und im Jahre 1887 schloss sich die Niederbarnimer Sozialdemokratie der Berliner Organisation an, was den Zusammenhalt stärkte und ein Verflechtungsnetz zu erzeugen half, das die Gesamtorganisation stützte.²² Zur Reichstagswahl am 21. Februar 1887 verteilten die Niederbarnimer Sozialdemokraten ein doppelseitiges Wahlflugblatt für ihren Kandidaten Georg von Vollmar, gerichtet an die „Arbeiter! Handwerker! Landleute!“ Die letzten Zeilen des Flugblattes beschrie-

19 Siehe Pardemann, *Geschichte*, S.121.

20 Zit. nach: ebenda, S.71.

21 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Berlin 1966, S.364.

22 Siehe Pardemann, *Geschichte*, S.78.

ben nochmals die Umstände, unter denen die Arbeiterpartei ihren Wahlkampf führen musste: „Es wird uns unmöglich gemacht, persönlich oder durch Versammlungen zu Euch zu reden, da in den meisten Ortschaften die Lokale versagt worden sind, sehen wir uns veranlaßt, auf diesem Wege unsere Meinung kund zu geben. G. Maynhardt, J. Vieweg“.²³

Den Wahlkreis verteidigte der Konservative Arnold Lohren, die Sozialdemokratie aber bekam 22,43 Prozent der abgegebenen Stimmen.²⁴ Diese Erstarkung der Arbeiterpartei dürfte nicht unwesentlich zur Ausweisung weiterer Vertreter der Niederbarnimer Organisation im Frühjahr 1887 beigetragen haben. Andere wurden auf Geheiß der Obrigkeit entlassen, wie am 1. April 1887 der Posthilfsbote Schibolsky in Bernau, der auf seinen Botengängen in Schönow nicht nur Post ausgetragen, sondern in seinen Gesprächen häufig sozialistisches Gedankengut geäußert oder gar Flugblätter verteilt hatte. „Die sozialdemokratischen Wühlereien des Genannten sind dem Postamte in Bernau nicht unbekannt geblieben“, hieß es dann auch aktenkundig.²⁵ Dessen ungeachtet musste Landrat Scharnweber im Juli 1888 berichten: „Die Socialdemokratie hat zur Zeit noch nicht an Anhängern verloren, im Gegentheil noch gewonnen, zum Theil selbst dadurch, daß in Folge des Zwanges des Gesetzes das Verhalten im Allgemeinen äußerlich ruhiger geworden“ ist. Die „Zahl der kleinen Agenten und Agitatoren habe sich ebenfalls vermehrt“.²⁶ Die Bernauer Sozialdemokraten, so resümierte Pardemann, „ließen sich deshalb in ihrem Kampf gegen den militaristischen Obrigkeitsstaat und das Sozialistengesetz nicht beirren, so daß der Landrat der Bernauer Polizei am 16.4.1887 anrät, den Bernauer Turnverein stärker als bisher zu überwachen. Tatsächlich war er ein Sammelbecken der Sozialdemokraten.“²⁷

Und so überstand die Sozialdemokratie Niederbarnims die Jahre des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890 gestärkt und nicht geschwächt, wie es ihre obrigkeitlichen Gegner zu erzwingen versucht hatten. Das widerspiegelt sich auch in den Bernauer Ergebnissen für die Reichstagswahlen:²⁸

23 Wahlflugblatt für den Wahlkreis Niederbarnim, in: Bernstein, Geschichte, Bd. 2, S.203f.

24 Siehe Bernstein, Geschichte, Bd. 2, S.211; Pardemann, Geschichte, S.575.

25 Zit. nach: Pardemann, Geschichte, S.84.

26 Bericht G. Scharnweber an den Regierungspräsidenten, zit. nach: ebenda.

27 Pardemann, Geschichte, S.83.

28 Siehe ebenda, S.567; Czitrich-Stahl, Arthur Stadthagen, S.112, 136.

10. Januar 1877	Carl Finn	237 Stimmen
30. Juli 1878	Friedrich Arndt	234 Stimmen
27. Oktober 1881	Friedrich Arndt	46 Stimmen
28. Oktober 1884	Friedrich Arndt	221 Stimmen
21. Dezember 1887	Georg von Vollmar	357 Stimmen

Nach dem Tiefpunkt von 1881 unter den Bedingungen der Verfolgung durch Staat und Polizei war die SAPD 1884 beinahe wieder an die Wählerzahl der Zeit vor dem „Sozialistengesetz“ herangekommen und hatte sie 1887 deutlich übertroffen.

Überall im Reich veranstalteten die Sozialdemokraten am 25. Januar 1890 spontane Freudenfeiern.²⁹ Eduard Bernstein bemerkte zum Fall des Sozialistengesetzes: „Es ist schwer zu sagen, ob die Art und Weise, wie dies Machwerk sein Ende fand, Bismarck und seine Kartellparteien nicht in noch viel schimpflicherem Lichte erscheinen läßt als die Mittel, mit denen es in die Welt gesetzt worden war. Lüge und Fälschung hatten ihm Atem gegeben, Hinterhältigkeit und Bosheit bliesen ihm, soweit seine Stützen in Betracht kamen, das Lebenslicht aus. Ein würdiges Ende.“³⁰ Und Franz Mehring charakterisierte rückwirkend die psychologisch-politische Wirkung des Sieges der Arbeiterbewegung: „Sie war in den Kampf gezogen, ein Jüngling mit schnell aufgeschossenen Gliedern, mit manchen schwärmenden Gedanken im Kopf; als sie heimkehrte, war sie ein muskelkräftiger und wettergehärteter Mann, entschlossen, fertig, klar, gewachsen welch Höchstem immer.“³¹

Die Reichstagswahl vom Februar 1890

Kurz vor dem Ende des Sozialistengesetzes ordnete Kaiser Wilhelm II. für den 20. Februar 1890 Reichstagswahlen an.³² Die Niederbarnimer Sozialdemokraten hatten im Oktober 1889 auf mehreren Wahlversammlungen den Berliner Rechtsanwalt Arthur Stadthagen zum Reichstagskandidaten der Partei nominiert. Stadthagen, schlagfertig, redegewandt und forsch, dementsprechend unbeliebt bei seinen Berufskollegen, zumal er jüdischen

29 Zum Fall des Sozialistengesetzes und zur Gesamtbilanz der Unterdrückungsjahre siehe Osterroth/Schuster, *Chronik*, Bd. 1, S.65; Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*. Deutsche Geschichte 1806-1933, Bonn 2002, S.241.

30 Bernstein, *Geschichte*, Bd. 2, S.287.

31 Mehring, *Geschichte*, Bd. 2, S.675.

32 Die Anordnung ist auch veröffentlicht in: *Niederbarnimer Kreisblatt*, 15.1.1890.

Glaubens war, war seit 1887 immer offener für die Sozialdemokratie eingetreten.³³ In vielen Orten des Wahlkreises lud Stadthagen unter dem Motto aus Friedrich Schillers *Wilhelm Tell*: „An’s Vaterland, an’s theure, schließ Dich an!“ oder mit Themen wie „Über das Koalitionsrecht der Arbeiter“ die Anhänger der Sozialdemokratie zu Hunderten auf seine Kundgebungen ein, unterstützt von Flugblättern, die die Arbeiter und die Landbevölkerung auf die bestehenden sozialen und politischen Benachteiligungen der „kleinen Leute“ hinwiesen. Stadthagen forderte in seinem Vortrag die vollständige Durchsetzung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und betonte die Notwendigkeit der Mitgliedschaft in Interessenorganisationen. Es sei notwendig, „unsere Lehre weiterzuverbreiten, täglich, stündlich“, um die Arbeiterklasse mächtig zu machen.³⁴ Waren dann mehrere hundert Anhänger zusammengekommen, konnte die Polizei lediglich bei verdächtigen Handlungen oder aufrührerischen Reden die Versammlung auflösen. Der Preis dafür war hoch, denn jede Auflösung bedeutete einen Gesichtsverlust für die staatliche Autorität. Zur Unterstützung des Wahlkampfes von Stadthagen bildete sich ein Niederbarnimer Zentralwahlkomitee, dem auch der geschasste Postbote W. Schibolsky aus Bernau angehörte.³⁵ Mehrfach trat Stadthagen in der Stadt vor der Anhängerschaft der Sozialdemokratie auf. Als er „am 3. November 1889 in Bernau in einer sozialdemokratischen Versammlung referieren wollte, stand weder ein Lokal zur Verfügung noch war die Veranstaltung unter freiem Himmel erlaubt. So zogen die 500 Teilnehmer in die nördlich Bernaus gelegenen Wälder“.³⁶ Einen weiteren Wahlkampfauftritt in Bernau absolvierte er am 8. Februar 1890. Das „Niederbarnimer Kreisblatt“ kündigte dazu am Vortag an: „Am Sonnabend, den 8. d. Mts., Abends 8 Uhr, findet im Saale des ‚Elysiums‘ eine Wähler-Versammlung statt. Alle 3 Kandidaten des diesseitigen Kreises sind eingeladen. Herr Arthur Stadthagen hält zur Vorbereitung der Reichstagswahl einen Vortrag.“ Als Einlader fungierte G. Schöder.³⁷ Am 12. Februar berichtete die Lokalzeitung über die von rund 750 Wählern besuchte Veranstaltung: „Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden Herrn Schöder um 8 ½ Uhr eröffnet, und ergriff dann der sozialdemokratische Wahlcandidat, Rechtsanwalt Stadthagen aus Berlin das

33 Ausführlicher zu Stadthagens Reichstagswahlkampf siehe Czitrich-Stahl, Arthur Stadthagen, S.124; ders.: Arthur Stadthagen (JahrBuch 2009/III), S.82-84.

34 Zit. nach: Pardemann, Geschichte, S.108.

35 Siehe ebenda, S.111.

36 Zit. nach: ebenda, S.114.

37 Niederbarnimer Kreisblatt, 7.2.1890.

Wort und legte in einer ca. 2 ½ Stunden dauernden Rede das Programm der socialdemokratischen Partei und seine eigenen Ansichten klar. – Hierauf [...] sprach dann noch der hiesige Schuhmachermeister Arndt im socialdemokratischen Sinne [...] Zum Schlusse erfolgte noch eine kleine Debatte wegen Hergabe der Säle des Elysiums und Schützenhauses zu socialdemokratischen Versammlungen.³⁸ Der Sozialdemokratie blieb auch in den folgenden Jahren manch Versammlungssaal versperrt. Die Konservativen kämpften mit harten Bandagen. Noch am 19. Februar 1890 wiederholte das „Niederbarnimer Kreisblatt“ deren Aufruf zur Wahl gegen Stadthagen und die Sozialisten: „Zur Wahlurne! Donnerstag, den 20. Februar hat jeder Wähler seine Stimme für die Neuwahl des Deutschen Reichstages abzugeben. Der Kaiser hat gerufen, Jeder folge dem kaiserlichen Rufe! Niemand darf sagen, ‚Auf meine Stimme kommt es nicht an‘; ganz im Gegentheile: ‚es kommt auf jede Stimme an‘. ‚Keiner darf fehlen! Vorwärts mit Gott für Kaiser und Reich!‘“³⁹

Am 25. Februar 1890 druckte das „Niederbarnimer Kreisblatt“ das amtliche Endergebnis der Hauptwahl für den Wahlkreis Niederbarnim ab. Das Ergebnis kam einem Erdrutsch gleich. 13.362 Stimmen entfielen auf Arthur Stadthagen, das bedeutete einen Stimmenanteil von 45,27 Prozent! Arnold Lohren, der bisherige konservative Mandatsinhaber, verbuchte 11.482 Stimmen, alle anderen Kandidaten endeten abgeschlagen.⁴⁰ In Bernau votierten mehr als doppelt so viele männliche Wähler für Arthur Stadthagen als im Jahre 1887 für Georg von Vollmar, nämlich 770 statt 357.⁴¹ Da aber weder Arnold Lohren noch Arthur Stadthagen die absolute Mehrheit in der Hauptwahl erreichen konnten, musste am 1. März 1890 die Stichwahl entscheiden. Am Wahltag kam es zu jenem berüchtigten tätlichen Übergriff auf sozialdemokratische Stimmzettelverteiler in Blumberg, der als „Massaker von Blumberg“ in die Annalen der hiesigen Arbeiterbewegung einging. Dabei wurden mehrere Sozialdemokraten von Kriegervereinsmitgliedern und anderen aufgeputschten Dörflern krankhausreif geprügelt.⁴² Dennoch konnten die Konservativen den Wahlsieg Stadthagens nicht verhindern, der am Schluss knapp mit 15.411 gegen 15.025 Stimmen vorn lag. Dabei waren vermutlich jene Wähler mitentscheidend, die in der Hauptwahl für die linksliberalen Freisinnigen gestimmt hatten. Das „Nie-

38 Ebenda, 12.2.1890.

39 Ebenda, 19.2.1890. Siehe auch Czitrich-Stahl, Arthur Stadthagen, S.134.

40 Das genaue Ergebnis siehe ebenda, S.136.

41 Siehe ebenda, S.137.

42 Siehe Bernstein, Geschichte, Bd. 2, S.299.

derbarnimer Kreisblatt“ mutmaßte, dass sich die vormals rund 4.223 Stimmen aus der Hauptwahl wie folgt aufteilten: „1450 sich der Wahl enthalten, 1150 für Lohren und 1623 für Stadthagen gestimmt haben.“ In Bernau erhielt Stadthagen nun 942 Stimmen (Hauptwahl: 770 Stimmen), Lohren hingegen nur 473 anstatt 431 in der Hauptwahl. Die Bernauer wählten also mit großer Mehrheit sozialdemokratisch.⁴³ Das sollte sich bis zum Ende des Kaiserreiches nicht mehr sehr ändern. Stadthagen verteidigte den Wahlkreis Niederbarnim bis zu seinem Tod am 5. Dezember 1917 stets erfolgreich mit wachsenden Mehrheiten.

Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bernau bis 1900

Als Arthur Stadthagen am 1. Mai 1891 auf einer weiteren Massenversammlung der Sozialdemokratie in Bernau, wiederum im Lokal „Elysium“, auftrat, „füllte sich“, wie das „Niederbarnimer Kreisblatt“ informierte, „Abends zur Feier des Tages und Abfassung einer Resolution der große Saal des hiesigen Elysiums von Männern und Frauen bald derartig, daß viele Personen keinen Zutritt finden konnten. In der Versammlung sprach der Reichstags-Abgeordnete Stadthagen und wurde [...] eine auf den 8stündigen Arbeitstag bezügliche Resolution gefaßt. Mit einem Hoch auf den 8stündigen Normalarbeitstag wurde die von 500 bis 600 Personen besuchte Versammlung geschlossen. Der Saal war an der Bühne mit rothen Fahnen decorirt.“⁴⁴ Am folgenden Sonnabend, dem 2. Mai, veranstaltete die Sozialdemokratie ihre eigentliche Maifeier, über die das „Niederbarnimer Kreisblatt“ ebenfalls ausführlich berichtete: „An der Vormittags stattgehabten Waldpartie haben 6-700 Personen theilgenommen, darunter über 120 Berliner. Der Zug bewegte sich mit einem Musikcorps und mit rothen Fahnen vom Mühlenberge aus nach der Borderheide. Der Rückmarsch erfolgte Nachmittags 3 Uhr, und wurde dabei das Dorf Schönow durchzogen. Von 4 Uhr ab nahm die Feier im hiesigen Schützenhause ihren Fortgang, zunächst durch Concert und von Abends ab durch Ball in beiden Sälen. Sowohl Nachmittags, als auch Abends waren die Räumlichkeiten des Schützenhauses drückend gefüllt, so daß man hier über 1000 Festtheilnehmer zählen konnte.“⁴⁵

Die großen Säle des am damaligen Königstor gelegenen „Elysiums“ (daran erinnert noch heute der Name „Elysiumteich“) und des „Schützenhauses“

43 Siehe Niederbarnimer Kreisblatt, 5.3.1890.

44 Ebenda, 3.5.1891.

45 Ebenda, 6.5.1891.

in Bernau dienten auch in der Folgezeit den politischen Kontrahenten immer wieder als Adresse für ihre Versammlungen. Anlässlich der Reichstagswahlen trat am 20. Mai 1893, einem Sonnabend, Arthur Stadthagen erneut in Bernau im „Elysium“ vor seine Anhänger. Die Kundgebung begann um 18.30 Uhr und kostete jeden Besucher einen „Arbeitergroschen“, also 10 Pfennige. Eine zweite Versammlung gab es am 9. Juni im „Schützenhaus“, etwa 350 Zuhörer folgten Stadthagens Ausführungen, wie das „Niederbarnimer Kreisblatt“ vom 11. Juni 1893 berichtete. Außerdem unterstützten ihn die Sozialdemokraten Schöder und Krüger aus Bernau.⁴⁶ In der Stichwahl steigerte Stadthagen in Bernau sein Wahlergebnis von 766 Stimmen in der Hauptwahl auf 891, was aber gegenüber 1890 einen kleinen Verlust bedeutete.⁴⁷ Fünf Jahre später wiederholte sich das Szenario. Am 19. Mai 1898, dem Himmelfahrtstag, mobilisierte die katholische Zentrumsparterie ihre Anhängerschaft ins „Elysium“.⁴⁸ Der „Conservative Volksverein“ des Kreises stellte wie 1893 Prof. Irmer zur Wahl. Wenige Tage vor der Wahlentscheidung trat Irmer am 10. Juni 1898 im „Schützenhaus“ auf, während Arthur Stadthagen für den 11. Juni das „Elysium“ gemietet hatte. Die „Freisinnigen“ folgten an gleicher Stelle am 13. Juni mit ihrem Kandidaten Plonz.⁴⁹ Doch obwohl vor allem die Konservativen alle Kräfte anspannten und sogar die publizistische Unterstützung des Grafen Posadowsky-Wehner erhielten, immerhin Staatssekretär im Innenministerium und Vizekanzler im Reich, der im „Niederbarnimer Kreisblatt“ vom 12. Juni 1898 zur Wahl gegen die Sozialdemokratie als „Umsturzpartei“ aufrief, gewann Arthur Stadthagen erneut das Reichstagsmandat, dieses Mal sogar bereits im Hauptwahlgang. Auch in Bernau lag Stadthagen mit 752 Stimmen gegenüber 400 für Irmer und 196 Stimmen für Plonz weit vorn.⁵⁰

Der Aufstieg der Bernauer Arbeiterbewegung zur stärksten politischen Kraft, wie er sich in den Reichstagswahlen als Ausdruck der Kräfteverhältnisse niederschlug, verlief natürlich keinesfalls ohne Störungs-, Infiltrations- und Observierungsbemühungen der Obrigkeit. Schon nach dem Fall des „Sozialistengesetzes“ am 30. September 1890 intensivierte die Polizei ihre Beobachtungen der sozialdemokratischen Gliederungen, Organisationen und Repräsentanten. Auf Basis des Runderlasses des Potsda-

46 Siehe ebenda, 9.6. und 11.6.1893.

47 Siehe Pardemann, *Geschichte*, S.598.

48 Siehe *Niederbarnimer Kreisblatt*, 18.5.1898.

49 Siehe die Ankündigungen in: ebenda, 8.6. und 10.6.1898.

50 Siehe ebenda, 17.6.1898.

mer Regierungspräsidenten vom 11. Dezember 1890⁵¹ legte die Polizei Listen führender Vertreter der Arbeiterbewegung im Kreis Niederbarnim an, denen wir heute die Namen einiger Aktivisten der damaligen Zeit entnehmen können.

Für Bernau waren, vermutlich im Jahre 1895, verzeichnet:

- Wilhelm Werner, Webermeister, 36 Jahre alt, Weinbergstr. 23, Vorsitzender des Gesangvereins „Freiheit“
- Otto Leist, Webermeister, 31 Jahre alt, Wallstraße 2, Kassierer der Hilfskasse der Textilarbeiter
- Gustav Krüger, Seidenwirker, 33 Jahre alt, Weinbergstr. 59, früherer Vertrauensmann und Vorsitzender des Arbeiter-Bildungsvereins
- Hermann Schibolsky, Maurer, 40 Jahre alt, Weinbergstraße 79
- Heinrich Höhne, Seidenwirker, 35 Jahre alt, Weinbergstraße 79
- Carl Schulz, Seidenwirker, 30 Jahre alt, Weinbergstraße 32, Spediteur des „Berliner Volksblattes“ und des „Vorwärts“
- Adolf Gartz, Seidenwirker, 36 Jahre alt, Weinbergstraße 79, Stadtverordneter.⁵²

Fazit und Ausblick

Zur Jahrhundertwende erläuterte August Bebel in einem sozialdemokratischen Kalender für das Jahr 1901 die Aufgaben der Sozialdemokratie. Er erklärte das 19. Jahrhundert als „der Geschichte anheimgefallen“, beschrieb die Errungenschaften des Kapitalismus und der Industrialisierung als zwingende Voraussetzungen für die Durchsetzung einer sozialistischen Perspektive und benannte die zahlreichen Versuche und Methoden, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. „Die Bewegung wird, darin liegt ihr Wesen und ihr Leben, nur dadurch ihr Ende finden, daß sie ihr Endziel erreicht. Eher kommen die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen nicht zur Ruhe, als bis auch der letzte Rest von Ausbeutung und Unterdrückung verschwunden ist. Die Menschheit wird endlich erlangen, wonach sie bisher vergeblich gestrebt, sie wird ein Geschlecht von Freien und Gleichen

51 Pardemann, Geschichte, S. 54, 214 (Anm. 77). Dort heißt es: „[...] mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln möglichst unauffällig gegen dieselbe (Sozialdemokratie, G.P.) vorzugehen“.

52 Siehe ebenda, S. 54f. Das vermutete Registrierungsjahr 1895 ergibt sich aus der Datierung für Georg Ledebour (Friedrichshagen) mit 45 Jahren. Ledebour wurde 1850 in Minden/Westf. geboren.

werden und so ein Ziel erreichen, das den vorgeschrittensten Geistern aller Völker und Zeiten vor Augen schwebte.“⁵³

Die den gesamten Text wie ein roter Faden durchziehende euphorische Zukunftserwartung entsprach der Stimmungslage in der Arbeiterbewegung, deren Wachstum und Organisationskraft beständig zunahm. Neben der SPD und den freien Gewerkschaften belebten zahlreiche weitere Organisationsformen das Leben der Arbeiterschaft. Aus den Gesellenverpflegungs- und Krankenunterstützungskassen und -vereinen früherer Zeiten wurden regionale oder nach Gewerkschaften organisierte Invaliden-, Witwen-, Spar-, Arbeiterversorgungs- und Streikkassen, aber auch Heirats- und Begräbniskassen.⁵⁴ So schuf sich die Arbeiterklasse bis um 1900 ein eigenes soziales und kommunikatives Netz und kämpfte gleichzeitig um eine ihren Interessen stärker entsprechende Sozialgesetzgebung. Hinzu kamen ein ausgeprägtes Genossenschaftswesen für die Wohnungs-, Lebensmittel- und Werkzeugversorgung, die Arbeitersportbewegung, die Jugendverbände, die Frauenorganisationen, Bildungsvereine, Rechtsberatungen, der Arbeiter-Samariter-Bund, Abstinenzlervereine, Gesangvereine usw., die bewusst den bürgerlichen oder kirchlichen Organisationen entgegentraten und so ein eigenes Arbeiterbewusstsein zu unterstützen bestrebt waren.

Die Entwicklung in Stadthagens Kreiswahlverein Niederbarnim nahm einen vergleichbaren Verlauf wie in Berlin. Es bestanden im Jahr 1900 dort zwölf Bezirkswahlvereine mit knapp 2.000 Mitgliedern. Etwa 5.000 Arbeiter waren Abonnenten des „Vorwärts“. Die Niederbarnimer Parteiorganisation wuchs stark, und die Zahl der Mitglieder stieg zwischen 1901 und 1908 von 2.671 auf 11.105, d. h. auf mehr als das Vierfache.⁵⁵ Diese Mitgliederentwicklung vollzog sich jedoch vor allem in den industrialisierten Vororten Berlins, wohingegen auf dem platten Lande kaum Bindungen von Sozialdemokraten existierten. Bezirks- oder Ortswahlvereine gab es 1904 in Bernau, Dalldorf, Erkner, Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Lichtenberg, Neuenhagen, Oranienburg, Oberschöneweide, Pankow, Reinickendorf, Rummelsburg, Stralau, Tegel, Waidmannslust, Weißensee und Wilhelms-

53 August Bebel: Die Aufgaben des zwanzigsten Jahrhunderts. Illustrierter Neuer Weltkalendar für das Jahr 1901, zit. nach: Wolfgang Abendroth u. a. (Hrsg.): Sozialdemokratie und Sozialismus, Köln 1974, S.170, S.175.

54 Dietrich Mühlberg (Ltg.): Arbeiterleben um 1900, Berlin 1983, S.114. Nach heutigem Verständnis könnte man von einer Parallelgesellschaft der Arbeiterklasse sprechen.

55 Siehe Pardemann, Geschichte, S.266f. Er bezieht sich auf die Angaben im Jahresbericht des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine für Berlin und Umgegend 1909/10, Berlin 1910, S.163.

ruh.⁵⁶ Über die in Bernau existierenden sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen wie geselligen Vereine der Arbeiterbewegung lässt sich aktuell noch wenig sagen. Eine regionalgeschichtlich orientierte Quellenforschung könnte hier sicherlich viele neue oder zwischenzeitlich verschüttete Erkenntnisse zu Tage fördern, die den Aufstieg der Arbeiterbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts auch auf örtlicher Ebene sichtbar werden lassen. Bislang kann man lediglich die der Aufstiegsbewegung im Deutschen Reich entsprechende Tendenz in Bernau vor allem wahlpolitisch mit Blick auf das Wirken Arthur Stadthagens nachzeichnen. Es fehlen noch fundamentale, allgemein verfügbare organisationsgeschichtliche Ergänzungen und Vertiefungen. Gewiss gab es in der historischen Forschung zur Regionalgeschichte der Arbeiterbewegung in der DDR viele Aktivitäten in dieser Richtung. Diese Quellen und Erkenntnisse sollten wir zusammentragen. In einer Zeit, in der die einseitig kapitalistische Interpretation der Globalisierung viele Erkenntnisprozesse zu verschütten droht, die sich nicht rechnen, lohnt sich diese historische Rekonstruktionsanstrengung umso mehr.

56 Pardemann, *Geschichte*, S.266f., der sich auf den „Vorwärts“ vom 1.11.1904 stützt.

Biografisches

Neues über Max Hoelz: Sein Aufenthalt in der ČSR 1920¹

Peter Giersich

In den politisch bewegten Zeiten nach der Novemberrevolution 1918 in Deutschland machte ein Mann von sich reden, der mit unkonventionellen Methoden für eine sozialistische Gesellschaft stritt und dabei Geist, Witz und den Mut der persönlichen Verantwortung zeigte: Max Hoelz. Im März/April 1920, in den Tagen des Kapp-Lüttwitz-Putsches, bildete er im Vogtland eine bewaffnete „Rote Garde“, welche über die Grenzen der Region hinaus bekannt wurde. Nach Beendigung des Generalstreiks weigerte er sich, die Waffen niederzulegen und wurde deshalb aus der KPD ausgeschlossen. Im März 1921 stellte Hoelz sich erneut an die Spitze bewaffneter Arbeiter, die im Mansfelder Land gegen paramilitärische Polizeieinheiten kämpften. Er entwickelte dabei eine partisanenähnliche Kampftechnik. Vor einem Sondergericht wurde er des Totschlags angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Hoelz wurde der prominenteste Gefangene der Weimarer Republik, mit dessen Namen die KPD und die Rote Hilfe Deutschlands für ihre Ziele warben. Über das Leben von Max Hoelz gibt es eine umfangreiche Literatur, nicht zuletzt seine Autobiografie „Vom ‚Weißen Kreuz‘ zur roten Fahne“, die 1929 im Malik-Verlag erschien. Über den Zeitabschnitt nach den Kapp-Tagen, als Hoelz mit einigen Gefährten in die Tschechoslowakei flüchtete, dort auch verhaftet wurde und vor Gericht stand, findet man aber kaum Untersuchungen. Tiefer gehende archivalische Forschungen hat es offensichtlich bisher nicht gegeben. Diese Lücke soll mit nachfolgendem Beitrag geschlossen werden.

1 Berichtet wird über Forschungsergebnisse des Freundeskreises Max Hoelz e. V. in Falkenstein/Vogtland. Über Gründung und Anliegen des Freundeskreises siehe Peter Giersich: *JahrBuch*, 2009/I, S.171-174. Der Verein erarbeitete eine Wanderausstellung über Leben und Wirken von Max Hoelz, die inzwischen in Chemnitz, Dresden, Riesa, Zittau und Zwickau, jeweils verbunden mit einem Vortrag, vorgestellt wurde (Informationen und Ausleihe über pgiersich@t-online.de). Das und weitere öffentliche Veranstaltungen, bei denen es auch immer um die Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung geht, bewirkten, dass sich viele Menschen beim Freundeskreis gemeldet haben, die etwas über Max Hoelz mitzuteilen hatten, Zeitungsausschnitte, Fotos und anderes Material zur Verfügung stellten. Das alles wird für die Forschungsarbeit und Aktualisierung der Ausstellung genutzt.

Mit Unterstützung der Stadtverwaltung von Jičín erhielten wir Einsicht in den Verlauf des Prozesses, der Hoelz' Verhaftung in Marienbad (Mariánské Lázně) im April 1920 gefolgt war. Entsprechende Unterlagen fanden wir im Kreisarchiv Jičín und im Regionalarchiv in Zámrsk. Unser inzwischen leider verstorbener Vereinsfreund Dieter Büttner übersetzte die zahlreichen Schriftstücke aus dem Tschechischen ins Deutsche, und so können wir nun die „böhmische Zeit“ von Hoelz von April bis August 1920 genauer als bisher bekannt darstellen. Die von Hoelz geführte Rote Garde hatte noch bis zum Abzug aus Falkenstein einen großen Zulauf, auch aus Gebieten außerhalb des Vogtlands. Ein Bäckergehilfe aus Neuhammer (Nové Hamry) bei Johanngeorgenstadt schrieb Hoelz: „[...] da ich durch die Schuld der agrarischen Kapitalisten ganz mittellos bin, so würde ich Sie hiermit ersuchen, mich in die Reihen Ihrer Leute aufzunehmen, was Sie nicht bereuen würden, denn ich könnte Ihnen bei vielen Angelegenheiten hier an der Grenze gut beiseite stehen. Obzwar ich noch nicht beim Militär gewesen bin, denn ich bin erst 19 Jahre alt, verstehe ich doch als Weltmann den Gebrauch von allen Waffen und Instrumierungen.“² Am 11. April 1920 erreichte die Rote Garde in der Frühe Klingenthal. Angesichts der unübersichtlichen Lage und auf Vermutungen fußend, mobilisierte das tschechoslowakische Innenministerium das gesamte Landes-Gendarmeriekommando und die 3. Infanteriedivision der Armee in Litoměřice, als sich Max Hoelz mit seinen bewaffneten Arbeitern der ČSR-Grenze bei Klingenthal bzw. Kraslice näherte. Der Bezirkshauptmann von Kraslice Adalbert Schwarz und der Stationskommandant Oberleutnant Fischer fuhren zur Grenze nach Markhausen (einem kleinen Ort zwischen Klingenthal und Kraslice, den es heute nicht mehr gibt), wo sie mit Hoelz verhandelten. Hoelz ersuchte den Bezirkshauptmann, er solle sich telegrafisch an die Regierung der Tschechoslowakischen Republik wenden und anfragen, ob er mit seiner „Armee“ die Grenze überschreiten könne, denn er wolle der ihm nachrückenden Reichswehr keinen Widerstand mehr leisten und auf diese Weise Blutvergießen vermeiden. Mit Entwaffnung und Internierung wäre er jedoch nur einverstanden, wenn man ihn nicht der deutschen Reichswehr ausliefern würde.³

2 Regionalarchiv Zámrsk (Státní oblastní archiv v Zámrsku), im Folgenden RAZ, Bestand Max Hoelz. Die Akten sind nur zum Teil signiert und paginiert, hier Z 31/20, Bl. 3.

3 Nach Richard Slánský: Revolutionär oder Räuberhauptmann? Max Hoelz und die Arbeiterbewegung der ČSR, in: Prager Volkszeitung. Das Wochenblatt der Deutschen in der ČSSR, 12.7.1968 (Teil 1). Teil 2 in der Ausgabe vom 2.8.1968, Teil 3 in der vom 9.8.1968.

Nach diesem Gespräch richtete Hoelz gemeinsam mit zwei Mitgliedern des Roten Vollzugsrates am 12. April 1920 ein Schreiben an die Regierung der ČSR, in dem es heißt: „Wir sind mit 4500 bewaffneten Arbeitern in Klingenthal u. Umgebung eingerückt, um der gegen das Vogtland u. Erzgebirge in Bewegung gesetzten Reichswehr auszuweichen. Wir wollen dadurch unnötiges Blutvergießen vermeiden. Unsere Maßnahmen u. Aktionen richten sich in keiner Weise gegen die Tschecho-Slowakische Regierung. Sollten wir durch den Vormarsch der deutschen Reichswehr gezwungen sein, in Tschecho-Slowakisches Gebiet überzutreten, so werden wir sofort alle Waffen ausliefern.“⁴ Dabei ist anzunehmen, dass die Zahl der Rotgardisten stark „hochgerechnet“ wurde, wie es in Markneukirchen am 23. März 1920 der Fall war, als Hoelz dem Bürgermeister gedroht hatte, mit 3.500 Mann in die Stadt einzurücken. Beamte des Prager Innenministeriums berichteten von 1.200 Mann. Darüber hinaus erwähnten sie, dass sich in der Hoelz-Armee Gardisten deutscher, tschechischer, ungarischer und russischer Nationalität befänden.⁵

In einer letzten Hoffnung, dass sich das Blatt noch wenden möge, ließ der Rote Vollzugsrat Plakate in deutscher und tschechischer Sprache drucken. Darin hieß es: „Tschechoslowaken! Brüder und Schwestern! [...] Wir sind auf dem Rückzug vor der Reichswehr und befinden uns an der Grenze von Kraslitz. Eure Behörden behandeln uns human, hindern uns aber daran, die Grenze zu überschreiten. Sie halten uns nicht für Feinde, behandeln uns aber auch nicht wie gleichberechtigte Brüder. Belaßt uns unsere Waffen in unserer Hand, damit wir in der Not unsere Feinde, die deutsche Reichswehr, zurückdrängen können. Wir sind davon überzeugt und verstehen, daß Ihr uns nicht wie Gefangene behandeln wollt, sondern uns schützen wollt. Weg mit dem Kapitalismus! Es lebe der internationale Sozialismus! Es lebe die Herrschaft der Arbeiter!“⁶

In einem anderen Plakat in deutscher Sprache war zu lesen: „Die bewaffneten revolutionären Arbeiter des sächs. Erzgebirges-Vogtlandes rufen in der Stunde höchster Gefahr ihren Arbeitsbrüdern und Genossen in der Tschecho-Slowakei und in Oesterreich aus tiefstem Herzen zu: Helft uns und

Im Folgenden: Slánský, PVZ, Teil... Hier Teil 1. Richard Slánský war der Bruder von Rudolf Slánský, der ab 1951 stellvertretender Ministerpräsident der ČSR und zweiter Ehemann von Traute Hoelz war. Er wurde 1952 in einem Schauprozess als angeblicher „Leiter eines staatsfeindlichen Verschwörungszentrums“ zum Tode verurteilt und hingerichtet.

4 Privatarchiv Thorald Meisel, Klingenthal.

5 Siehe Slánský, PVZ, Teil 1 und 2.

6 RAZ, Bestand Max Hoelz.

unseren kranken, unterernährten Frauen und Kindern! Verlaßt uns nicht in unserem Kampfe gegen die letzten Stützen der verräterischen deutschen Regierung, im Kampfe gegen eine verbrecherische Militär-Kanaille, die sich Reichswehr nennt! Mit der Waffe in der Hand verlassen wir unseren heimatlichen Boden, nehmen unter dem Feuerschein brennender Villen und aus Verzweiflung in die Luft gesprengter Besitzungen unserer Ausbeuter Abschied von Weib und Kind, um zu kämpfen für die Revolution, um bereit sein zu sterben für die Freiheit! Die Dinge liegen in Deutschland so, daß eine neue Revolutionswelle über das Land braust! Es geht diesmal ums Ganze, es geht um alles! Das Proletariat Deutschlands in seiner Gesamtheit steht im gegenwärtigen Augenblicke im schwersten Ringen mit der Reaktion und der Regierung des Verrats. Es kann nur eine Losung geben: Verschärfter Generalstreik auf der ganzen Linie! Heraus aus den Betrieben! Massen auf die Straße!⁷

In seiner Autobiografie „Vom ‚Weißen Kreuz‘ zur roten Fahne“ schilderte Hoelz die damalige Situation wie folgt: „Wir waren vollkommen eingekreist, und es blieben uns nur noch zwei Auswege: entweder gingen wir geschlossen mit unseren Waffen über die Grenze und ließen uns von der tschechoslowakischen Regierung internieren, oder wir lösten uns hier an Ort und Stelle auf und versuchten, in kleineren Trupps oder einzeln durch die Sperrketten der Reichswehr hindurch oder über die Grenze zu gelangen. Die Genossen stimmten letzterem zu, da an einen weiteren Widerstand nicht zu denken war“.⁸ So löste sich die Rote Garde auf, und Hoelz überschritt gemeinsam mit Paul Göthe – beide hatten falsche Pässe – am 13. April 1920 die Grenze zur ČSR. Am 15. April 1920 sandte das Präsidium der politischen Landesverwaltung Prag an die Bezirksdienststellen an der deutschen Grenze ein Zirkular, in dem es hieß, Hoelz habe am 14. April 1920 seine Stellung in Klingenthal in Richtung Kraslice verlassen. Es wurden verschärfte Grenzkontrollen angeordnet, verdächtige Personen seien an das Gefangenenerlager in Planá bei Marienbad zu überstellen.⁹

Nach seiner Verhaftung erzählte Max Hoelz dem Untersuchungsrichter Dr. Liska, er sei nach dem Grenzübertritt gemeinsam mit Paul Göthe zu Fuß bis Neudeck (Nejdek) gegangen, dann mit der Bahn bis Eger (Cheb) gefahren. Im Gasthof „Zum Goldenen Stern“ trugen sie sich als Adolf Müller (Hoelz) und Kurt Weber (Göthe) ein und übernachteten. Von Eger fuhren sie weiter mit der Bahn nach Tuschkau (Touškov). Ihr Ziel war Ös-

7 Ebenda.

8 Max Hoelz: Vom „Weißen Kreuz“ zur roten Fahne, Berlin 1929, S.114.

9 Siehe Slánský, PVZ, Teil 2; RAZ, Bestand Max Hoelz, PŘ-presidium, 1931-40, H 50/50.

terreich, von wo sie nach Sowjetrussland reisen wollten. Sie mussten aber vor Gendarmen flüchten, benutzten den ersten besten Zug und gelangten so nach Marienbad.¹⁰

Am 19. April 1920 berichtete die „Prager Abendzeitung“, die Militärpolizei Marienbad habe am 18. April von Tuschkau telefonisch eine Meldung erhalten, wonach sich zwei verdächtige Männer im Eisenbahnhof nach Marienbad befänden. Die Militärpolizei verhaftete im Marienbader Bahnhof die zwei Männer in einem Abteil 2. Klasse und überstellte sie dem Gendarmeriekommando. Die Männer gaben sich als Adolf Müller aus Stendal und Max Weber aus Bitterwalde aus. Bei der Leibesvisitation zog „Müller“ eine Handgranate, und beide nutzten die Überraschung zur Flucht. Unter Androhung des Schusswaffengebrauchs war die Flucht bald beendet. Bei den Männern wurden über 100.000 Mark und ein großer Betrag in Kronen gefunden. Unter sicherem Geleit wurden sie ins Kreisgericht Eger eingeliefert. „Bemerkt sei, daß die Personsbeschreibung des Hölz auf keinen der Verhafteten paßt“, meldete die Zeitung. Die „Egerer Zeitung“ vom 20. April 1920 berichtete von der raschen Identifizierung des Hoelz: Bereits einsitzende Rotgardisten hätten gerufen: „Jessas, das ist ja der Hölz.“ Hoelz bekannte sich zu seiner Identität.¹¹

Am 20. April sandte er Telegramme an seine Schwester Elisabeth (sie solle nach Eger kommen und Rechtsanwalt Dr. Ernst Hegewisch aus Celle mitbringen), an Rechtsanwalt Dr. Theodor Liebknecht (den Bruder von Karl Liebknecht) sowie an den sozialdemokratischen Abgeordneten Joseph Stivín, Redakteur der „Právo Lidu“ (Recht des Volkes) in Prag, auch mit der Bitte, sie mögen nach Eger kommen.¹²

Ebenfalls am 20. April wurde Hoelz der Beschluss des Oberlandesgerichts Prag mitgeteilt, seine Angelegenheit sei an das Kreisgericht Jičín delegiert worden. Nach ersten Verhören in Eger wurde Max Hoelz in ein Gefängnis bei Jičín verlegt. Grund dafür dürfte gewesen sein, dass Hoelz sich großer Sympathien bei der Bevölkerung erfreute – in einem Bericht vom 18. April 1920 ist von achtzigprozentiger Zustimmung die Rede. Andere Dokumente weisen darauf hin, dass die tschechischen Behörden mit Befreiungsversuchen rechneten. Jičín, das etwa 70 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt liegt und fast 300 Kilometer von Eger, gehörte nicht zu den „Unruhegebieten“, war also ein sicherer Ort, um die Gerichtsverhandlung ge-

10 RAZ, Bestand Max Hoelz, Vr 701/20 - Vernehmungsprotokoll vom 19. April 1920 in Eger.

11 Kreisarchiv Jičín (Státní okresní archív Jicín), Bestand Max Hoelz, K čis. 8234 1920.

12 Ebenda.

gen Hoelz vorzubereiten und durchzuführen. Hoelz kam in das Gefängnis Kartouzy-Valdice (Karthaus-Walditz), wo Untersuchungsrichter Dr. Liska zahlreiche Befragungen vornahm.

Am 26. April 1920 erging eine Verbalnote der diplomatischen Vertretung des Deutschen Reiches in Prag an das Außenministerium der ČSR, die den Haftbefehl des Amtsgerichts Plauen vom 18. April 1920 gegen Hoelz wegen Verbrechen und Vergehen vom 12. bis 17. April 1920 enthielt und forderte, Hoelz an das Landgericht Dresden auszuliefern.¹³

Der Plauener Haftbefehl war Grundlage für mehrere Vernehmungen, bei denen Hoelz die Rechtmäßigkeit seines Handelns mit der Situation in Deutschland begründete: „Zur Zeit des Kapp-Putsches im März 1920, wo es im Deutschen Reich mehrere Regierungen gab – im Vogtland die Arbeiterregierung – wurden überall die politischen Gefangenen [...] befreit.“ Hoelz erklärte, dass alle diese Handlungen politischer Natur waren, dem Willen der Massen entsprangen, die darüber empört waren, „daß die Reichswehr unter der Führung [...] kaisertreuer Offiziere gegen die Arbeiterschaft den Bruderkampf aufgenommen hat“.¹⁴

Während des unfreiwilligen Aufenthaltes von Hoelz in Karthaus wurden die tschechischen Behörden mindestens zweimal alarmiert, weil kommunistische Trupps aus Sachsen eingereist wären, die Hoelz befreien sollten. Zu einem Befreiungsversuch ist es freilich nicht gekommen. Anfang Juni 1920 reichte der Verteidiger von Hoelz, Dr. Rudolf Abl aus Jičín, eine 27 Seiten umfassende Denkschrift über die Zustände in Deutschland im März 1920 ein, mit der er die Rechtmäßigkeit des Generalstreiks sowie der Handlungen der verschiedenen bewaffneten Arbeiterwehren und somit auch des Handelns von Hoelz nachwies. Aus Inhalt und Stil des Papiers kann abgeleitet werden, dass an seiner Erarbeitung auch Rechtsanwalt Hegewisch beteiligt war.¹⁵

Am Vormittag des 11. Juni 1920 erreichte den Untersuchungsrichter Dr. Liska ein Brief von Max Hoelz, in dem dieser mitteilte, er sei am Morgen in den Hungerstreik getreten und verweigere jegliche Nahrungsaufnahme, bis 1. endlich die Gerichtsverhandlung stattfindet, 2. die beschlagnahmten Gelder freigegeben werden und 3. die Prager Regierung garantiert, dass er nach seiner Entlassung aus Karthaus in ein privates Sanatorium gehen kann. Am Nachmittag desselben Tages richtete Hoelz erneut einen Brief an Dr. Liska und teilte mit, dass er auf Anraten zweier Ärzte den am Mor-

13 RAZ, Bestand Max Hoelz, Vr XIV 528/20.

14 Ebenda, Vernehmungsprotokoll vom 27. Mai 1920.

15 RAZ, Bestand Max Hoelz, Vr XIV 528/20, Bl. 114ff.

gen begonnenen Hungerstreik einstellt, bis der angekündigte Besuch aus Prag kommt oder sonst die Forderungen irgendwie erfüllt werden. Weitere Dokumente über einen späteren Hungerstreik liegen nicht vor.¹⁶

Im Ergebnis der Untersuchungen war am 26. Juni 1920 die Anklageschrift gegen Hoelz fertig: Er habe sich am 17. April 1920 in Marienbad durch gefährliche Drohung mit einer Waffe der Verhaftung widersetzt, habe eine Eierhandgranate in die ČSR eingeführt und mit sich herumgetragen.

Am 12. Juli 1920 reichte Rechtsanwalt Dr. Abl den Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 10. April 1920 „Hölz als Diktator des Vogtlandes“ ein. Darin heißt es: „Dadurch, daß der kommunistische Diktator des Vogtlandes Hölz in seinem Machtbereich auf Ruhe und Ordnung hält, unterscheidet sich sein Verhalten vorteilhaft von dem kommunistischen Treiben im Ruhrbezirk, das mehr und mehr in hemmungslose Erpressungen und Plünderungen ausgeartet ist. Hölz scheint auch eine große und noch wachsende Anhängerschaft zu haben, und die Tatsache, daß sich niemand bisher die ausgesetzte Prämie von 30000 Mark zu verdienen gewagt hat, läßt erkennen, welchen Einfluß Hoelz als Persönlichkeit ausübt [...] Ein Räuberhauptmann, eine Rinaldo-Rinaldini-Natur ist Hölz nicht. Er, der ehemalige Filmerklärer im Kino, ist ein tatkräftiger, selbstbewußter, vor allem ein durchaus ernst zu nehmender Mann, der die Verzweiflung und Erbitterung großer Kreise der vogtländischen Arbeiterschaft geschickt benutzt hat, um diese für seine eigenen Zwecke zu gebrauchen. Hölz hat die Massen hinter sich.“¹⁷

Das war die letzte Hilfe von Dr. Abl für Hoelz. Am 14. Juli 1920 beging der Anwalt Selbstmord. Wie die Zeitung „Kraonos“ schrieb, stand sein Tod „mit Bestimmtheit im Zusammenhang mit den Enthüllungen in einem Artikel von ‚Vecernika Práva Lidu‘ [Abendblatt. Recht des Volkes] vom 12. Juli, daß der sächsische Kommunist Hoelz in den Händen dieses tschechischen Advokaten in das Karthaus-Gefängnis eingeliefert wurde und Geld erpreßt worden ist“. Entweder sollte Hoelz 33.000 Kronen zahlen, oder er würde an Deutschland ausgeliefert werden. Für die Auslieferung würde Abl 20.000 Mark erhalten.¹⁸ Ob dieser Vorwurf gegen Abl zutreffend war, ist unklar, jedoch nicht unwahrscheinlich.

Am 19. Juli 1920 begann um 9.00 Uhr die Hauptverhandlung vor dem Kreisgericht Jičín. Hoelz erklärte sich für nicht schuldig. Als Zeugen wurden Oberwachtmeister Wendelin Hönig, Gendarmerieführer Adalbert Ble-

16 RAZ, Bestand Max Hoelz, Vr XIII 528/20; Vr XIV 528/20.

17 RAZ, Bestand Max Hoelz, Vr VIII 528/20.

18 Kreisarchiv Jičín, Bestand Max Hoelz.

nisek, Gendarm Franz Valenta und Sicherheitswachmann Adam Stich vernommen. Hoelz wurde durch Dr. jur. Franz Soukup verteidigt.

Die Zeugen schilderten die Vorgänge bei der Verhaftung von Max Hoelz in Marienbad, wobei er eine Ekrasit-Handgranate in der Hand gehabt habe und damit zu fliehen versuchte. Hoelz bestritt die Absicht, die Handgranate zu zünden, denn bei einer Streuweite von 75 Metern hätte er sich dabei selbst getötet. Die bestellten Sachverständigen Dr. Johann Horn und Dr. Franz Pelikan – beide Gerichtsärzte in Jičín – attestierten Hoelz für den Vorgang in Marienbad eine herabgesetzte Zurechnungsfähigkeit, gemindert aufgrund der psychischen Beschaffenheit des Angeklagten.

Im Urteil des Kreisgerichtes Jičín vom 19. Juli 1920 heißt es: „Max Hoelz, 1889 geboren, Techniker in Falkenstein, dzt. in ordentl. Untersuchungshaft in der Strafanstalt Karthaus, ist schuldig:

I. Er habe sich am 17. April 1920 in Marienbad dem Gendarmerieoberwachtmeister Wendelin Hönig und dem Sicherheitswachmanne Adam Stich, somit den im § 68 St.G. genannten Personen, in Ausübung ihres Dienstes in der Absicht, die Vollziehung, nämlich seine Durchsuchung und Festnahme, zu vereiteln, mit gefährlicher Waffendrohung widersetzt und habe hiedurch das im § 81 St.G. bezeichnete Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit begangen.

II. Er habe eine Ekrasitgranate, somit eine verbotene Waffe, unbefugt in Besitze gehabt und hiedurch die Übertretung nach §§ 2 und 32 des kaiserl. Patentes vom 24. Oktober 1852, No. 223 RgBl. begangen, und wird hiefür gemäß § 82, II St.G. unter Anwendung der §§ 54 und 55 St.G. zu 4 Monaten schweren Kerkers, verschärft durch monatlich ein hartes Lager und gemäß § 32 des kaiserl. Patentes vom 24. Oktober 1852, No. 223 RgBl., zu einer Geldstrafe von 20 K[ronen], im Uneinbringlichkeitsfalle zum vierundzwanzigstündigem Arrest und gemäß § 389 St.P.O. zum Strafkostenersatze verurteilt.

Gemäß § 55 a St.G. wird in die Freiheitsstrafe die Verwahrungs- und Untersuchungshaft in vom 17. April 1920, 10 h nachm. bis zum 19. Juli 1920, 1 h nachm. eingerechnet. Gemäß § 1 des Gesetzes vom 17. Oktober 1919, Z 562 Sg. G. u. VdG, wird der Strafvollzug aufgeschoben, und gemäß § 3 desselben Gesetzes werden als Probezeit zwei Jahre bestimmt.⁶¹⁹

Acht Tage später, am 27. Juli, richtete Hoelz ein Schreiben an den Untersuchungsrichter mit der Bitte, eine Erklärung über sein zukünftiges Verhalten aufzunehmen. Er schrieb: „In dieser Erklärung will ich mich ehrenwörtlich

19 RAZ, Bestand Max Hoelz, Vr VII 528/20.

u. unterschriftlich verpflichten, daß ich weder im schriftlichen noch mündlichen Verkehr, weder direkt noch indirekt mit irgendwelchen politischen noch privaten Parteien u. Personen in der Tschecho-Slowakei in Verbindung treten werde.“²⁰

Am selben Tag erhielt seine Ehefrau Klara Hoelz, die sich gemeinsam mit Rechtsanwalt Ernst Hegewisch in einem Hotel in Libosad/Jičín aufhielt, eine „Ausweisungserkenntnis“, mit der sie aufgefordert wurde, binnen acht Tagen die ČSR zu verlassen. Dagegen legte sie Berufung ein. Am 28. Juli 1920 schlug der erste Staatsanwalt vor, angesichts nervöser Störungen bei Hoelz und Selbstmordgefahr, die Landesverweisung seiner Frau Klara aufzuheben. Sie besuche Hoelz täglich in Karthaus und beruhige ihn. Außerdem schlug er vor, Hoelz vorzeitig zu entlassen.²¹

Am 7. August 1920 ging beim Kreisgericht Jičín eine Entscheidung des Oberlandesgerichtes Prag ein, die aufgrund einer Berufung der Staatsanwaltschaft das Urteil gegen Hoelz auf acht Monate schwere Kerkerhaft erhöhte und die bedingte Verurteilung (d. h. die Bewährung) aufhob. Jedoch schon am 18. August verließ Hoelz in Begleitung von Aufsehern Karthaus und wurde in ein Sanatorium bei Prag gebracht. Seine Strafe wurde wegen seines angeschlagenen Gesundheitszustands ausgesetzt. Am Bahnhof wurde er von tschechischen Sozialdemokraten mit Blumen und einer Rede verabschiedet.

Am 19. August 1920 kam Max Hoelz mit seiner Frau Klara im Sanatorium Krč in Prag an. Klara sagte später vor Gericht aus – sie war im September auf der Fahrt aus Österreich nach Sachsen beim illegalen Grenzübertritt festgenommen worden –, dass Max nach der Entlassung aus der Heilanstalt nach Russland wollte, jedoch fuhren beide zuerst nach Wien. Hoelz reiste von dort weiter nach Triest. Hier verliert sich seine Spur.²²

Hoelz tauchte im Frühjahr 1921 wieder in Deutschland auf und spielte eine bedeutende Rolle bei den mitteldeutschen Kämpfen im März 1921. Nach diesen Kämpfen wurde er gefasst, vor ein Sondergericht gestellt und zu Zuchthaus auf Lebenszeit verurteilt. Seine Frau Klara trennte sich von ihm, weil sie – wie sie bereits vor den tschechischen Behörden ausgesagt hatte – seine kommunistischen Anschauungen nicht teilte. Sie gab damals an, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei zu sein.

Um einen sicheren Kontakt zu Max Hoelz im Zuchthaus zu gewähren, organisierte die Rote Hilfe Deutschlands eine Zuchthaus-Ehe: Die jun-

20 Ebenda.

21 Kreisarchiv Jičín, Bestand Max Hoelz, St 1265/20.

22 Ebenda, Hauptverhandlung am Bezirksgericht Znojmo am 19. September 1920.

ge Traute Loebinger heiratete ihn und warb für seine und die aller proletarischen politischen Gefangenen Befreiung in zahllosen Veranstaltungen. Nach Hoelz' Befreiung wurde diese Ehe aufgelöst.

Wanderausstellung

„Max Hoelz: Rebell, Revolutionär“

Der Geschichtsverein „Freundeskreis Max Hoelz e.V.“ aus Falkenstein im Vogtland gestaltete zum 120. Geburtstag des bekannten Revolutionärs der Weimarer Zeit eine Ausstellung, die kostenlos zur Ausleihe angeboten wird.

Die Ausstellung umfasst zehn Tafeln im Format A 1, auf denen wesentliche Lebensstationen von Hoelz dargestellt werden. Sie können bei entsprechender Sicherheit (verschießbare Vitrine o. ä.) durch Bücher, Broschüren, Fotos und Gegenstände ergänzt werden: Originale aus der Zeit der Weimarer Republik und aus dem persönlichen Besitz von Max Hoelz.

Die Autoren der Ausstellung sind bereit, begleitend zur Ausstellung in Foren und Gesprächsrunden über das Leben und Wirken von Hoelz Auskunft zu geben.

Kontakt und Anfragen an:

Freundeskreis Max Hoelz e.V.
c/o Peter Giersich, 08209 Auerbach, Eisenbahnstraße 37,
Tel.: 03744/80883; E-Mail: pgiersich@t-online.de

Berichte

43. Konferenz der IALHI vom 20. bis 22. September 2012 in Lissabon

Anja Kruke

Die diesjährige Tagung von The International Association of Labour History Institutions (IALHI) fand in der Stiftung Mario Soares im Herzen Lissabons statt. Am Beginn der Tagung stand die Generalversammlung, auf der über die erfolgreiche Gründung der IAHLI-Stiftung berichtet wurde. Sie ist Grundlage dafür, dass die Übernahme des EU-Projektes HOPE (Heritage of the Peoples' Europe) nach dem Ende des Projektes Ende April 2013 garantiert werden kann. Die Generalversammlung billigte die Übernahme und Fortführung der Aktivitäten durch die IALHI-Stiftung.

Nach der Generalversammlung stellten *Gabriella Ivacs* (Open Society Archiv, Budapest), *Marco Rendina* (Confederazione Generale Italiana del Lavoro, Rom) und *Sebastian Scharte* (Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn) den bisherigen erreichten Stand des HOPE-Projektes vor. Mehrere 100.000 digitalisierte Objekte sind online über die Europeana verfügbar, die erstmalig in dem europäischen Kulturportal die Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in großem Umfang sichtbar macht. Die dafür entwickelte Open-Source-Software, die Programmierungen und Infrastruktur werden erhalten, das bereits bestehende IAHLI-Portal wird weiterentwickelt werden, um neben den dort zu recherchierenden digitalisierten Beständen auch nicht digitalisierte Bestände mit Findmitteln verfügbar zu machen. Die jetzigen Partner von HOPE suchen zu diesem Zweck weiterhin interessierte Institutionen zur Mitwirkung an dem Portal.

In der ersten Sektion zu den Tätigkeiten der IAHLI-Mitglieder präsentierte *Boris Belenkin* (Memorial, Moskau) die „Schneerevolution“ in Russland als eine sehr einfallreiche, von üblichen Vorgehensweisen abweichende Bewegung, die rein individuell mit dem verbindenden Element der weißen Farbe Identität schaffen konnte. Daher bietet sich für eine Archivierung an, die Personen einzeln mit ihren selbstgemachten Symbolen zu fotografieren, um die individuellen Zeichen der Demonstration in der Ganzheit abzubilden. *Jesper Jørgensen* (Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung, ABA, Kopenhagen) stellte ein komplexes internationales Projekt vor, mit

dem die Personalakten aus dem Archiv der Komintern digitalisiert und in Papierform im ABA zur Verfügung gestellt wurden.

In der zweiten Sektion hielt *Evelyne Morel* (Centre d'Etudes et de Recherches sur les Mouvements Trotskyste et Révolutionnaires Internationaux, Paris) ein Plädoyer dafür, weiterhin Originale im Leseraum statt deren digitaler Derivate zu betrachten. Fragen des Leseraums beschäftigten auch das ABA, das in diesem Jahr aus Kopenhagen in ein 25 Kilometer entfernt liegendes Gewerbegebiet gezogen ist und nun das Museum nutzt, um eine Art Außenstelle der Bibliothek zu schaffen. Darüber hinaus, so führte *Louise Karlskov Skjoggebjerg* mit visueller Unterstützung aus, würden individuell gestaltete Lese- und Studierräume kreiert, um die Quellennutzung attraktiver zu machen. *Nick Dyrenfurth* (Melbourne) stellte die seit 1961 existierende australische Gesellschaft für Arbeitergeschichte vor, die zunehmend digitale Kooperationen eingeht, um der australischen Arbeitergeschichte eine Stimme im Netz zu geben (www.reasoninrevolt.net.au; Noel Butlin Archives centre: nbac.anu.edu.au, und auch digitalisierte Zeitungen, z.B. „Worker“: trove.nla.gov.au/ndp/title/191). Es entspann sich eine rege Diskussion, in der das Erlebnis des Originals und Authentizitätsfragen gegen die Sichtbarkeit von Arbeiter-/Arbeiterbewegungsgeschichte bzw. die Verfügbarkeit sowie die dadurch geschaffenen Konnexitätsmöglichkeiten doppelt im Netz abgewogen wurden.

In der folgenden Sektion wurden weitere Projekte der IAHLI diskutiert. *Raquel Varela* (Lissabon) stellte die Weiterentwicklung der International Association Strikes and Social Conflicts ein Jahr nach der Gründung vor. Inzwischen liegen die erste (online-)Ausgabe der Zeitschrift „International Journal on Strikes and Social Conflict“ sowie ein Band zur Start-Tagung vor. Der Direktor des Staatlichen Museums der Politischen Geschichte Russlands in Sankt Petersburg *Eygenij Artemov* präsentierte die Geschichte und die Sammlungen des Museums. Grundlegend verbindet die Einrichtung Ausstellungsprojekte mit oral history. Ein großes Projekt beispielsweise verknüpft eine Ausstellung über den Überfall auf die Sowjetunion 1941 mit einem oral history-Projekt zu persönlichen Kriegserfahrungen in Russland, Weißrussland und Deutschland, sodass der Zweite Weltkrieg eine persönliche Erlebnisdimension erhält. *João Madeira* (Lissabon) arbeitete demgegenüber die Archivsituation und Forschungslage in Portugal mit Blick auf Kommunismen und Oppositionsbewegungen als nachholende Geschichtsschreibung im Vergleich zu anderen westlichen Ländern heraus, die eigentlich erst nach 1990 begonnen habe. Dabei spiele insbesondere oral history aufgrund fehlender schriftlicher Belege eine besondere Rolle. Am zweiten Tag war die Konferenz stärker auf historische Fragestellun-

gen, auf die Geschichte und Archive Portugals sowie die Zusammenhänge zwischen Forschung und Archivwesen ausgerichtet. Den Auftakt bildete ein Vortrag *Fernando Rosas* (Lissabon) zur Historiografie der Arbeiterbewegung in Portugal, die als ein Teil des Kampfes gegen die Diktatur im Untergrund oder im Exil in den späten 1960er-Jahren begann. Im Anschluss daran wurden die beiden Archive der zwei Gewerkschaftsverbände in Portugal präsentiert. *Filipe Caldeira* berichtete über die Entstehung und die Entwicklung des Archivs und Dokumentationszentrums der Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses mit Blick auf Inhalte und Standards von Verzeichnung und digitaler Langzeitarchivierung (cad.cgtp.pt). Im Anschluss stellte *Luis Correia* das neu gegründete Dokumentationszentrum der União Geral dos Trabalhadores Portugueses vor, dessen Schwerpunkt auf der Bibliothek liegt. Verwiesen wurde auf den großen Bedarf, das Material einiger langsam verschwindenden Gewerkschaften in Portugal zu retten und zu bewahren.

Am Nachmittag folgte eine Sektion über Archive außerhalb Europas. Zunächst präsentierte *Françoise Blum* (Paris) die (historisch gewachsene) Situation von Archiven in Senegal, die auf einen großen Fundus schriftlicher Hinterlassenschaften blicken könnten und die zugleich aus eurozentrischer Sicht immer noch nicht anerkannt würden. Auch das IISG beteiligt sich aktiv an der Rettung afrikanischer Archive und hat ein Büro in Nordafrika eingerichtet. *Victor Ramos* und *Alfredo Caldeira* (beide Lissabon) stellten Pilotprojekte zur Rettung und Unterstützung gefährdeter Archive in Guinea-Bissau und in Ost-Timor seitens der Mario-Soares-Stiftung vor.

Den Abschluss der Konferenz bildete eine Sektion über Plattformen im Web. Zunächst stellte *Marien van der Heijden* (Amsterdam) die Neuerungen auf der Seite der Assoziation (www.ialhi.org) und die bevorstehenden Aktualisierungen des Auftrittes von www.labourhistory.net vor. Letztere Plattform soll weiterentwickelt werden zu einer Präsentation der Bestände der verschiedenen Archive und auch Bibliotheken der Assoziation, fußend auf der Präsentation der Bestände aus dem EU-Projekt HOPE. *Paulo Andringa* und *Hugo Guerreiro* (beide Lissabon) veranschaulichten den Prozess der Umstellung von einem proprietären System der Archivverwaltung auf ein Open Source System, das sowohl den Bedürfnissen der Erschließung der Archivalien durch das Archiv als auch denen der NutzerInnen gerecht wird (www.casacomum.net).

Am letzten Tag der Konferenz fand der traditionelle Ausflug statt, der in diesem Jahr in die Glasfabrik Favicri und zum Kulturzentrum João Soares führte. Im nächsten Jahr wird die Konferenz in Budapest stattfinden.

Propagandist, „Pressezar“ und Unperson. Tagung in Berlin zu Willi Münzenberg

Mario Keßler

„Willi Münzenberg brachte Komitees zustande, wie ein Zauberünstler Kaninchen aus einem Hut zieht. Seine Genialität bestand in der einzigartigen Kombination eines Jahrmarktgauklers mit der wahren Hingabe eines Kreuzritters.“ Diese pointierte Charakteristik seines Freundes Arthur Koestler war auf einer Tagung, die sich Münzenberg widmete, ebenso zu hören wie Verleumdungen zitiert wurden, die Münzenberg von früheren Genossen nachgerufen wurden, als er 1938/39 die kommunistische Partei verließ. Er war ein Charakter im Feld der Widersprüche und des Pro und Kontra.

Am 12. und 13. März 2012 trafen sich im Willi-Münzenberg-Saal im Gebäude des „Neuen Deutschland“ in Berlin rund zwei Dutzend Forscherinnen und Forscher aus Deutschland, Schweden, Frankreich, Finnland und Großbritannien, um anhand neuer Forschungsergebnisse über die Persönlichkeit und die Wirkung Willi Münzenbergs zu diskutieren. Die Konferenz stand unter dem Motto „Propagandist, ‚Pressezar‘ und Unperson. Europäische Willi-Münzenberg-Tagung“. Neben der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde sie von Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam), der Abo Akademi University (Abo-Turku/Finnland) und dem Institut für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität (Bochum) getragen. Leider konnte *Stefan Berger*, Direktor des Bochumer Institutes, nicht teilnehmen, schickte aber ein Grußwort in der Hoffnung auf weitere Kooperation. Die Berliner Tagung soll die Weichen für eine größere internationale Konferenz über Münzenberg und sein Umfeld im Jahre 2014 stellen.

Münzenberg (1889-1940) war Mitbegründer der Kommunistischen Jugendinternationale, Generalsekretär der Internationalen Arbeiterhilfe, er wurde als „roter Pressezar“ bewundert wie geschmäht – und er hatte sich als der herausragende Gegenspieler des Hugenbergschen Presseimperiums wie später des Propagandaministeriums von Joseph Goebbels etabliert. Er gründete Zeitschriftenverlage, Solidaritätskomitees und gestaltete Netzwerke. Maßgebliche Intellektuelle seiner Zeit – von Heinrich Mann über George Lansbury bis Henri Barbusse und Albert Einstein – erklärten sich bereit, an Solidaritätskampagnen mitzuwirken, etwa für hungernde Kinder in Sowjetrussland. Auch schaffte er es, dass Künstler und Geistesschaffende in der Antiimperialistischen Liga mitwirkten, die die Kolonialgräuere und

Kolonialkriege anprangerte. Freunde und Gegner schilderten ihn als faszinierenden Organisator und phantastischen „Klimaproduzenten“ für politisches Engagement.

Die Konferenz in Berlin suchte Münzenberg auf vier Ebenen zu fassen: die Person, sein Wirken im Rahmen der Partei, seine Arbeit im Hinblick auf eine europäische und schließlich auch globale Perspektive. Zur Person wurden Analysen vorgelegt, die vor allem seine Zeit in der KPD wie auch im Exil betrafen. Doch wurde bedauert, dass über seine Jugendzeit und über die Umstände seines Todes bislang noch keine wesentlichen neuen Forschungsergebnisse erbracht werden konnten. *Holger Weiss* (wie die folgenden Abo Akademi University) betonte, dass Münzenbergs globales Wirken bislang zu wenig ausgeleuchtet sei. Er selbst sowie seine Doktoranden *Fredrik Petterson* und *Kasper Braskén* machten freilich mit in Arbeit befindlichen Buchmonografien und Dissertationen neugierig auf bislang unbekannte Fakten. *Marvel Bois* (Hamburg) und *Norman LaPorte* (Glamorgan/Großbritannien) diskutierten anhand neuer Archivstudien Münzenbergs Position innerhalb der wechselnden KPD-Führungseliten.

Ursula Langkau-Alex (Amsterdam) ging auf die Gründe ein, warum Münzenberg noch in den Dreißigerjahren Stalin unterstützte – was auch von Zeitgenossen damals heftig kritisiert wurde. Offenbar wollte und konnte Münzenberg nicht glauben, dass die in den Moskauer Prozessen Verurteilten wirklich hingerichtet würden. Als dies dennoch geschah, rückte er zunächst unmerklich, aber dann mit großer Konsequenz vom Stalinismus ab und nahm dafür den unweigerlichen Bruch mit vielen früheren Weggefährten in Kauf, was auch *Anne Hartmann* (Bochum) am Beispiel der Beziehungen zwischen Münzenberg und Lion Feuchtwanger zeigte. *Tanja Schlie* (Glückstadt) stellte neue Literatur aus den USA und Frankreich über Münzenberg vor und betonte, dass gerade dessen Antistalinismus in diesen Publikationen zu einseitig als bloße Reaktion auf Stalin gesehen werde, statt ihn als Ausdruck einer eigenen geistig-emanzipatorischen Sicht auf die kommunistische Idee zu werten. Andere Konferenzteilnehmer zeigten Münzenberg als einen Politiker eigenen Rechts, der anfänglich wirklich davon überzeugt war, mit Stalin und Thälmann gemeinsam gehen zu müssen. Als ihm diese Überzeugung abhanden gekommen war, suchte er als Kommunist einen Weg jenseits bisheriger Parteiloyalitäten.

Gut waren die Bestandsaufnahmen zu Münzenbergs verlegerischer Tätigkeit, so von *Christian Opetit* (Paris) und *Werner Abel* (Chemnitz), dessen Beitrag verlesen wurde, wenig Neues boten hingegen *Rainhard May* (Berlin) über Münzenbergs Beitrag zu klasseneigenen Massenkommunikationsformen und *Wolfgang Hesse* (Dresden) zur Arbeiterfotografie. Detailreich äü-

berten sich hingegen *Günter Agde* über Münzenbergs Beziehungen zur sowjetischen Filmindustrie und *Ursula Schlude* (beide Berlin) zur „deutsch-sowjetischen Fotodiplomatie“. Einen Mitstreiter Münzenbergs stellte *Mario Keßler* (Potsdam) vor: Joseph Berger, Sekretär der Kommunistischen Partei Palästinas, dann in der Antimperialistischen Liga und der Komintern aktiv, schließlich Opfer Stalins und zuletzt Linkszionist in Israel.

Manche vorgetragene Fakten waren bisher unbekannt. So leuchtete *Dieter Nelles* (Bochum) die bislang nicht behandelten Beziehungen Münzenbergs zu Edo Fimmen, dem Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Gewerkschaft, aus, und *Bernhard Bayerlein* (Potsdam), ein Mitorganisator der Tagung, nannte neue Einzelheiten zu Münzenbergs antistalinistischen Netzwerken ab 1938.

Einen breiten Raum nahm auf der Konferenz die verhinderte Münzenberg-Rezeption in der DDR und der Sowjetunion ein, so in Beiträgen von *Gleb Albert* (Bielefeld) und *Dieter Schiller* (Berlin). Diese Rezeption scheiterte an der Dogmatik der parteioffiziellen Geschichtsauffassung. Aber gerade weil Münzenbergs Leistung so unzureichend gewürdigt und er als „Unperson“ betrachtet wurde, blieb er doch – wie *Uwe Sonnenberg* (Potsdam), ein weiterer Mitorganisator der Konferenz, betonte – durch seinen Bruch mit Stalin und der KPD, eine „stille Herausforderung“.

Diese Konferenz war ein ermutigender Beginn, eine große linke Persönlichkeit des frühen 20. Jahrhunderts weiter aus dem Nebel der geheimnisumwitterten Vermutungen zu befreien.

Buchbesprechungen

Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Karl Dietz Verlag Berlin 2012, 287 S., ISBN 978-3-320-02272-3

Mit dem Bd. liegen die Ergebnisse eines wissenschaftlichen Kolloquiums vor, das am 14. Januar 2011 in Berlin zu Ehren von Günter Benser veranstaltet wurde (siehe den Bericht in: *JahrBuch*, 2011/II, S.146-149). Die Hrsg. haben über die dort präsentierten Beiträge hinaus Aufsätze hinzugewonnen, so dass hier 24 Studien vorgestellt werden können, Vorwort und Laudatio eingeschlossen. Der Mithrsg. und Laudator Siegfried Prokop würdigt den Jubilar: Er „gehört zu den profilierten marxistischen Zeithistorikern dieses Landes mit einer reichen Ausbeute an Publikationen. Seine Bibliografie listet 507 Titel auf, die sich in 19 thematische Bereiche untergliedern“ (S.12). Es ist den Hrsg. insbesondere dafür zu danken, dass im vorliegenden Bd. zumindest eine Auswahlbibliografie publiziert wird, die von den vielseitigen Forschungen Günter Bensers zeugt. Der anschließende Beitrag von Dietrich Staritz über „Begegnungen“ mit Benser spricht von der frühen Wirksamkeit dessen Arbeiten über die Grenzen der DDR hinaus. B. selbst macht mit seinem grundlegenden Aufsatz „Basisdemokratie gestern, heute und morgen“ (S.24-52) deutlich, dass das Kolloquium als ein Beitrag zur aktuellen Auseinandersetzung um das Demokratieverständnis in der Bundesrepublik verstanden werden sollte. Er geht davon aus, dass „Basisdemokratie“ (nach der Definition von Klaus

Schubert/Martine Klein) ein „Sammelbegriff für Formen politischer Beteiligung [ist], bei denen politische Entscheidungen direkt vom Volk getroffen werden oder neben den etablierten Parteien auch andere politische Gruppen (z. B. Verbände) und spontane Vereinigungen (z.B. Bürgerinitiativen) die politischen Entscheidungen beeinflussen und gestalten können“ (S.24). Bei seinem weitgespannten historischen Rückgriff bis in die Antike, intensiver dann ins 19. Jh., umreißt B. die Problematik der Basisdemokratie, natürlich in stets modifizierter Weise, in wechselnden Zusammenhängen. Ausführlicher beschreibt er das Problem dann in seinem Arbeitsgebiet, der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfangsjahren in den 1860er-Jahren, über die deutsche Revolution 1918/19, einen der Höhepunkte der revolutionären Bewegung „von unten“, bis hin in die Geschichte nach 1945, über die er forschend und publizierend sowie leitend im Institut für Marxismus-Leninismus (IML) über 30 Jahre lang arbeitete. Er wertet auch die umstürzenden Ereignisse von 1989/90 als basisdemokratische Bewegung und zitiert seine 1993 gewagte Prognose: „Das Thema Demokratie von unten wird sich mit dem Ausgang unseres Jahrhunderts nicht erledigen, es bleibt auf der Tagesordnung und gewinnt an Brisanz.“ (S.49) B. sieht sich durch die jüngsten Ereignisse bestätigt, auch wenn „unumkehrbar eine neue Ära begonnen hat, [...] in der wir das durch die Arbeiterbewegung geprägte Zeitalter endgültig verlassen“. Er meint, „der Schlüsselbegriff für ei-

ne entfaltete, stärker nach unten verlagerte Demokratie könnte Partizipation lauten“, repräsentative Demokratie und Basisdemokratie seien nicht mehr als Antagonismen zu begreifen (S.51). Walter Schmidt schreibt über „Basisdemokratische Bestrebungen im Lager der Demokratie und in der Arbeiterbewegung im Umfeld der deutschen Revolution von 1848/49“. Basisdemokratisches Denken „trieb Wurzeln“ und suchte, den „herkömmlichen Parlamentarismus direktdemokratisch zu untermauern“ (S.62)

Ralf Hoffrogges Beitrag „Die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt – Sozialismuskonzepte und Arbeiterbewegung 1848 bis 1920“ zeigt in einem raschen Ritt durch die Jahrzehnte, dass die Sozialdemokratie „von einem einheitlichen Sozialismuskonzept weit entfernt war“ (S.77). Erst die Rätebewegung 1918 „mit ihrer einzigartigen Verbindung aus klassenkämpferischer Bewegung und Vorgriff auf eine sozialistische Gesellschaft“ habe das entsprechende Potenzial erkennen lassen (S.79).

Man vermisst bei H. allerdings jeden Bezug auf DDR-Literatur, wenn man von Dieter Frickes Taschenbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1961(!) einmal absieht.

In Hartmut Henickses „Sozis, Demokratie und Deutsches Kaiserreich“ kann man im Gegensatz zu Hoffrogge eine positive Beurteilung des Erfurter Programms der SPD von 1891 entdecken: Es wird als ein Dokument gewürdigt, in dem demokratisches Nahziel und sozialistisches Fernziel formuliert wurden (S.85). Den Schwerpunkt in H.s Beitrag bildet aber die Spaltung der Arbeiterbewegung während des Ers-

ten Weltkriegs unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens von Eduard David, einem exponierten Vertreter der Parteirechten. H. gibt davon ein differenziertes Bild und lässt verstehen, warum „die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft (mit der) sozialdemokratischen Revolution Genüge getan sah“ (S.95).

Gerhard Engel stellt, gestützt auf seine fundamentale Johann-Knief-Biografie, die „Demokratie in Theorie und Praxis der Bremer Linksradikalen“ dar. Mit einem klaren Zuschnitt auf die Thematik des Bd. stellt er fest, dass die Bremer Linksradikalen wie alle deutschen Linken, weit davon „entfernt waren, eine demokratiethoretische Konzeption zu besitzen“ (S.98). Die Besonderheit der Bremer Linken habe in der weitgehenden Negierung der Demokratie überhaupt und der Forderung nach der Diktatur des Proletariats als wahrer sozialistischer Demokratie bestanden (übrigens einem Grundproblem, dem sich kaum einer der Autoren explizit stellt), was auch die Herrschaft einer bewussten Minderheit über die Mehrheit bedeuten konnte. Sie erstrebten eine Parteiorganisation, die sich dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ jedoch widersetzte und „Basisdemokratie“ verlangte.

Annelies Laschitza/Eckhard Müller legen neue Forschungsergebnisse „zu Rosa Luxemburgs Ideal von einer bewussten freien Selbstbestimmung“ vor. Sie erörtern an Grunddokumenten (Die russische Revolution; Spartakusprogramm) das Demokratie-Verständnis Rosas und betonen, dass sie „keine Rosa-Luxemburg-Rezepte für die Auseinandersetzungen über basisdemokratische Strategie und Taktik von heute anbieten“ können und wol-

len (S.112). Sie stellen aber neue Dokumente von 1913/1914 über Massenstreik und demokratische Volksbewegung vor.

Es folgen vier Beiträge zum Komplex „Über das Spannungsverhältnis von Basisdemokratie und Arbeiterbewegung im Jahre 1945“. Peter Brandt, der schon in den 1970er-Jahren Studien über Antifa-Ausschüsse vorgelegt hat, weist hier neuerlich deren basisdemokratischen Ansatz und ihre entsprechenden Aktivitäten über Parteigrenzen hinaus nach. Er unterstreicht, dass weder die westlichen Mächte noch die Sowjetadministration Interesse an diesen Selbstorganisationen der Bevölkerung hatten. Dem folgt auch Rolf Badstübner mit „Basisdemokratie und Besatzungsmacht“, wenn er fragt, ob unter einem Besatzungsregime überhaupt Basisdemokratie möglich ist. Er weist jedoch basisdemokratische Aktionen (Bodenreform, Entnazifizierung, Betriebsräte u. a.) nach und zeigt, wie diese Ausschüsse und Komitees sehr bald in neuen Partei- und Staatsinstitutionen aufgingen. Heinz Niemann formuliert schon in der Überschrift den Inhalt seines Beitrags deutlich: „Sozialdemokratie 1945 zwischen (basisdemokratischer) Neu- und (restaurativer) Wiedergründung“. Zusammenfassend spricht er davon, dass in aller bisherigen Parteigeschichte das Scheitern basisdemokratischer Bewegungen die Norm war, so auch 1945/1946. Anders sei es 1989 gewesen. „Einheit ohne Zwang – zur Konstituierung der SED im Berliner Stadtbezirk Neukölln“ überschreibt Rainer Zilkenat seinen dokumentarisch sehr überzeugenden Artikel, der den basisdemokratischen Einigungsprozess in diesem (West-)Berliner Arbeiterbe-

zirk im US-Sektor darstellt. Allgemeine Tendenz oder Ausnahme?

Im Block „Basisdemokratie 1989/90“ erscheinen neben Artikeln von Stefan Bollinger und Feliks Tych Beiträge von Kurt Schneider („Basisdemokratische Innenansichten einer Revolution – die DDR 1989/90“), Jörg Roesler („Chancen für die Wirtschaftsdemokratie am Ende der DDR“) und Günther Glaser („Die Nationale Volksarmee 1989/90 – zwischen Beharrung und Wandel. Ihre Veränderung in der friedlichen Revolution der DDR“). Aus allen Beiträgen geht hervor, dass eine tief greifende Veränderung auf allen Gebieten dringend erforderlich war, eine konsequente Demokratisierung. Dem entsprachen, so Sch., auch „Neues Forum“ und „Demokratie Jetzt“ sowie dann der „Runde Tisch“, deren Demokratiepoteziale mit den Wahlen vom 18. März 1990 jedoch verschwanden. R. konstatiert für die Wirtschaft, dass sich in ihr Demokratiebewegung kaum deutlich zeigte, es sei bei Einzelinitiativen geblieben, die mit der „Wirtschafts- und Sozialunion“ schließlich auch unterbunden wurden. G. berichtet über den komplizierten Komplex der Haltung der NVA und ihrer Führung, von einem „Mentalitätswandel“ bereits im Frühjahr 1989. Er beschreibt die reale Gefahr des möglichen Waffeneinsatzes gegen die aufbegehrenden Massen in Dresden und Leipzig und die folgende „Sicherheitspartnerschaft“, den 9. November 1989 und die faktische Auflösung der Armee im Entscheidungsjahr.

In einem abschließenden Komplex „Konzepte und Vorstellungen in der Arbeiterbewegung vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ sind Aufsätze von Ulla Plener, Gisela Notz, Theo-

dor Bergmann und Gregor Kritidis abgedruckt, präsentiert Andreas Diers kluge, knappe, überzeugende Gedanken zu Wolfgang Abendroth und fragt – weit in die Zukunft blickend – Karlen Vesper-Gräske danach, was den tunesischen Gemüsehändler Mohamed Bouazizi mit dem deutschen Erfinder Konrad Zuse verbindet.

Nichts geht ohne Basisdemokratie, sie reicht über die Arbeiterbewegung hinaus. „Wie gewinnen wir, vereinfacht, die Carmen-Nebel-Zuschauer für das Projekt der demokratischen Gesellschaft“, fragte Friedrich Schorlemmer im Januar 2012. Wie erweitern wir die parlamentarische Demokratie um das Element unmittelbarer Demokratie? *Ingo Materna*

Joachim Perels: Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit. Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2011, 182 S., ISBN 978-3-631-61090-9

Joachim Perels wurde 1942 als Sohn einer im Antifaschismus aktiven Familie in Berlin geboren und lehrt als emeritierter Professor für Politische Wissenschaften an der Leibniz-Universität Hannover. Er zählt zu jener Generation kritischer und sozialistischer Wissenschaftler, die von bedeutenden akademischen Lehrern wie Wolfgang Abendroth, Ernst Bloch oder Peter von Oertzen beeinflusst und ausgebildet wurden.

P. gehört zu den Mithrsg. und Redakteuren der „Kritischen Justiz“ und veröffentlichte eine Vielzahl von Büchern und Zeitschriftenbeiträgen zur Arbeiterbewegung, zu einer Rechtswissenschaft im Interesse des Fortschritts und zur Aufarbeitung der NS-

Vergangenheit. Das vorliegende Buch widmete der Verf. Peter von Oertzen (1924-2008), der als Wissenschaftler, Politiker und Publizist bedeutenden Einfluss auf die Nachkriegsgenerationen linker Sozialdemokraten besaß. P. würdigt von Oertzen hier als „demokratischen Sozialisten in widrigen Zeiten“. In diesem Sinne beschreibt er als Anliegen seines Buches: „Die Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit ist das Ziel der demokratischen Arbeiterbewegung. Diese Perspektive verbindet die Beiträge dieses Buches. Die Kritik am Kapitalismus, am Stalinismus und an der neo-liberalen Ideologie bildet den Interpretationsrahmen. Die mit dem Denken von Marx verbundene Tradition wird nicht unkritisch vergegenwärtigt.“ Aber der Satz von Marx, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (S.10f.), behalte richtunggebende Bedeutung.

Diesem Leitziel folgend, versammelt P. in diesem Buch siebzehn Texte aus dem Schaffenszeitraum von 1971 bis 2009 und gliedert sie in drei Kapitel: I. Grundlegung, II. Theoretiker, III. Orientierungen. Im Zentrum seiner Überlegungen und Analysen steht die Frage nach der normativen Bedeutung der Menschen- und Freiheitsrechte für den Emanzipationskampf der Beherrschten. Deshalb erfolgt gerade in einigen Passagen des I. Kapitels die Rückbindung an sozialistische Rechts- und Verfassungstheoretiker wie Wolfgang Abendroth, Otto Kirchheimer, Ernst Fraenkel oder Hermann Heller, nicht zuletzt an Rosa Luxemburgs Auseinandersetzung mit dem konkreten Verlauf der russischen Revolution und ihrem sich daraus entwickelnden Frei-

heitsverständnis (S.22). Getreu diesem Rechtsdenken, in dessen Tradition sich P. stellt, bilden für ihn die Menschen- und Freiheitsrechte in dialektischer Perspektive sowohl eine vorstaatliche Voraussetzung als auch humanistisches Befreiungsziel einer sozialistischen Alternative: „Tatsächlich können die bürgerlichen Freiheiten und verfassungsrechtlichen Garantien in einem Sozialismus der Selbstbestimmung erst in vollem Maße Wirklichkeit werden“ (S.23), schreibt P. in seinem ersten Beitrag im I. Kapitel und bezieht sich dabei ausdrücklich auf Ernst Bloch, Rosa Luxemburg und Max Horkheimer.

In seinem Vorwort bringt der Autor zuvor seinen an Marx und Bloch angelehnten und mit von Oertzen geteilten aufklärerischen Ansatz zur Geltung, wenn er formuliert, dass „schon die Antizipation einer humaneren Ordnung eine mobilisierende Wirkung entfalten“ kann (S.10). Diese Wirkungen und die eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft begründenden Potenziale sucht er nicht nur im klassischen Ideenfundus der Arbeiterbewegung, sondern auch in den Reformbewegungen innerhalb der ehemaligen (staats-)sozialistischen Gemeinschaft, so etwa in den Konzeptionen des „Prager Frühlings“, aber auch in der Ära Gorbatschow. Dabei kritisiert P. die von Rousseaus „volonté générale“ herührende Homogenitätsvorstellung im realen Sozialismus, die das Individuum und seine Rechte der vorausgesetzten Interessenebereinstimmung aller nachordne. Auch der Sozialismus bedürfe der rechtstaatlich-demokratischen Garantien und der Gewaltenteilung.

Ps Ausgangspunkt allerdings ist die Gegenwart, in der die Weltwirtschaftskrise die Frage nach der Legitimität des kapitalistischen Systems wieder auf die Tages-

ordnung gesetzt hat. Er sieht mit dem Blick zurück in die Geschichte des 20. Jh. sowohl die Chance zur Eröffnung einer demokratisch-sozialistischen Zukunft als auch die Gefahr der Rückkehr zu autoritären Herrschaftsformen. Von daher misst er dem Kampf um den Erhalt und den Ausbau rechtsstaatlich-demokratischer Garantien und der Freiheitsrechte als Bestandteil der gesellschaftlichen Aneignung des Produktions- und Lebensprozesses eine zentrale Bedeutung bei, wobei er Freiheit im umfassenden, also auch sozialen Sinne versteht (S.24). Die vielfältigen Angriffe der Herrschenden auf diese Freiheitssubstanz der Beherrschten zeigt er in den folgenden Texten des ersten Kapitels auf, um dann konzeptionell auf das Verhältnis von Sozialismus, Demokratie und Recht einzugehen.

In seiner Auseinandersetzung mit den Deformationen des Sozialismus durch den Stalinismus führt P. den Leser zurück zum frühen Marx und seiner Schrift „Zur Judenfrage“, in der die Dialektik von gesellschaftlicher, politischer und individueller Emanzipation entfaltet wurde. Daran anknüpfend zieht sich die Bedeutung des Individuellen und der Freiheitsrechte für den Sozialismus wie ein roter Faden durch den Bd. Neben dem frühen Marx und Rosa Luxemburg gelten für P. die im „Prager Frühling“ entwickelten Reformvorstellungen der KPČ als Beweis dafür, dass die politische Demokratie eine unabdingbare Voraussetzung für den Sozialismus darstellt. Wiederum an Bloch angelehnt, ist für P. freilich erst die sozialistische Demokratie in der Lage, die Menschen- und Freiheitsrechte voll zu entfalten. Wenn er Bloch mit den Worten zitiert: „Jedes Volk hat denjenigen

Sozialismus zu erwarten, den es aufgrund seiner errungenen bürgerlichen Freiheiten verdient“ (S.79), so führt der Autor die Demokratiedefizite des realen Sozialismus eben auch auf die autoritären Vorgeschichten der sozialistischen Länder des 20. Jh. zurück. Damit setzt er dem Sozialismus – wie Fukuyama – kein „Ende der Geschichte“, sondern er konstituiert den Beginn eines neuen Anlaufs.

Im II. Kapitel „Theoretiker“ würdigt P. jene ihn prägenden Denker des 20. Jh., die er in einigen Fällen als akademische Lehrer oder Vorbilder erlebte: Ernst Bloch, Bertolt Brecht, Peter von Oertzen, Theodor Lessing, Wolfgang Abendroth, Jürgen Seifert, Oskar Negt, Siegfried Landshut. Er erweist ihnen hier seine stellenweise auch kritische, aber stets gebührende Referenz. Im III. Kapitel „Orientierungen“ befasst sich P. kritisch mit der politisch-programmatischen Nachkriegsentwicklung der SPD. Er setzt sich mit Adolf Arndt auseinander, der das Rechtsdenken der SPD in Richtung „Godesberg“ prägte und hält ihm Franz L. Neumann entgegen, der noch marxistische Ansätze verkörperte. In seinen abschließenden beiden Beiträgen zur Politik der SPD von 1998 bis 2009 nimmt P. aktuelle Fragen der Politik auf und verdeutlicht sehr kritisch, wie weit sich die SPD seinerzeit in neoliberale Gefilde begeben hatte. P.s Buch gibt wertvolle Anstöße für die Diskussion über einen Sozialismus des 21. Jh., der modern ist, aber dennoch die Verknüpfung mit den besten geistigen Traditionen der Arbeiterbewegung sucht.

Holger Czätrich-Stahl

Ralf Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914, Schmetterling Verlag GmbH, Stuttgart 2011, 216 S., ISBN 978-3-89657-655-2

Mit dem Mut des Tüchtigen versucht sich ein vergleichsweise junger, freilich längst ausgewiesener Historiker an einer Aufgabe, die gemeinhin von älteren übernommen wird, nämlich auf der Grundlage eines vorhandenen empirischen Forschungsmaterials und diskursiver theoretischer Ansätze in der Fachliteratur einen ganzen historischen Prozess in seinen politischen und theoretischen Dimensionen zu synthetisieren. H. legt ein lesenswertes, anregendes und diskussionswürdiges Plädoyer für die brennende Aktualität und Unentbehrlichkeit der weithin im Abseits stehenden Geschichte der Arbeiterbewegung vor. Es zielt unmittelbar auf die Erfordernisse und Debatten der heutigen linken und sozialistischen Bewegung. Wiewohl die Strategien in den modernen sozialen und politischen Kämpfen andere sein müssten als im 19. und 20. Jh., wäre es dennoch absurd, die Erfahrungen der Arbeiterbewegung nicht zur Kenntnis zu nehmen, zumal Klassenbewusstsein nicht nur aus eigener Erfahrung stamme, sondern „ein historisches Produkt von langer Dauer“ (S.10) sei.

Das im besten Sinne historisch-politische Buch wendet sich als „Hilfe zur Selbsthilfe“ (S.10) an politische Aktive und Interessierte aller Strömungen, in- und außerhalb von Parteien und Gewerkschaften, nicht zuletzt auch – angesichts der Marginalisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung an den deutschen Universitäten – an die kritische Studentenschaft. Der breite Ad-

ressatenkreis bestimmt auch die erfreulich verständliche, aber nie simplifizierende Sprache des Verf.

Die Darstellung ist auf die politische Geschichte und Debatten der Arbeiterbewegung konzentriert. Der Organisationsfrage wird erhöhte Aufmerksamkeit zuteil. Dennoch sind die ökonomischen und sozialen Grundlagen der politischen Geschichte stets präsent.

H. legt seiner Darstellung einen weit gefassten Begriff der Arbeiterbewegung zugrunde. Er kennzeichnet sie als Protest von Lohnarbeitenden, die zum Erwerb ihres Lebensunterhalts auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Da es solche Proteste lokal bereits in der Phase zwischen der Bauernbewegung des 16. Jh. und der „klassischen“ Arbeiterbewegung im 19. Jh. gegeben habe, sind sie für H. Teil einer Geschichte der Arbeiterbewegung. Deshalb behandelt er zunächst die sozialen Protestbewegungen vor dem Entstehen erster sozialistischer Organisationen in der Zeit des Vormärz. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Kapitel „Maschinenstürmer und Handwerkerkommunismus“, in dem H. ein gerechtes, nicht abwertendes historisches Verständnis für die Maschinenstürmer einfordert. Diese wendeten unter den sozialen und politischen Bedingungen ihrer Zeit den Aufruhr als verständliche Kampfform an, um Verhandlungen über die weitreichenden Folgen der Industrialisierung für die Lohnarbeiter zu erzwingen.

H. stellt überzeugend dar, dass Arbeiterbewegung und sozialistische Theorie zunächst getrennte Phänomene waren, ehe sie in der zweiten Hälfte des 19. Jh. in einem komplizierten und langwierigen Prozess „zu einer ge-

schichtsmächtigen Einheit“ (S.11) fanden. Diesen Prozess verfolgt er über den Weg von Marx und Engels in die sozialistische Arbeiterbewegung, die im Vergleich zu Weitling sowohl deren Ziele als auch Wege revolutionierten. In der ausgewogenen Würdigung des Kommunistischen Manifests stört lediglich die Anerkennung für die von Martin Henkel und Rolf Taubert 1979 formulierte Behauptung, die Marxsche Diskreditierung der Maschinenstürmer als Fortschrittsfeinde habe in der DDR die „Arbeiter mit dem sozialistischen Fließband versöhnen“ sollen (S.46).

H. zeigt die Emanzipation der sozialistischen Arbeiterbewegung vom Liberalismus seit der Revolution von 1848 über Lassalles ADAV und die Gründung der SDAP durch Bebel und Liebknecht bis zur Vereinigung von Gotha 1875, durch die erstmalig die Idee einer eigenständigen Arbeiterpartei als Massenorganisation mit antikapitalistischen, sozialistischen Zielen verwirklicht worden war. Diese Partei musste in einem preußisch dominierten Obrigkeitsstaat für demokratische Forderungen kämpfen, die anderswo vom Bürgertum angegangen worden waren, eine Situation, in der ein Dauerkonflikt zwischen demokratischen Forderungen und sozialistischem Endziel angelegt war.

Die Erste Internationale skizziert H. im Wesentlichen als Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Anarchismus, zwischen Zentralismus und Basisorientierung, eine bis heute virulente Debatte, in der Gefahren linksradikaler Isolation ebenso lauern wie der Verlust revolutionärer Spontaneität.

H. zeigt die ambivalenten Implikationen der Verfolgung der Sozialdemokratie im Kaiserreich für ihre ideolo-

gische und organisatorische Entwicklung. Dabei kennzeichnet er die Sozialpolitik Bismarcks als ein „Konzept des nationalen Wohlfahrtsstaates, der soziale Leistungen an Loyalität und Produktivität im Dienst von Staat und Wirtschaft band“ (S.83f.), das langfristig auf die innere Entwicklung der Sozialdemokratie einwirkte.

Die Phase des Sozialistengesetzes wertet H. nicht nur als Zeit heroischen Kampfes, sondern auch folgenreicher Anpassungen. Dabei machte sich zwar eine Radikalisierung der Theorie, aber zugleich in der politischen Praxis eine von Verbalradikalismus getragene Orientierung auf die Dominanz des parlamentarischen Kampfes und der Reformen bemerkbar.

Besonderes Interesse verdient der Exkurs über das Verhältnis von Basis und Organisation in der ausgewogenen Polemik über Karl Heinz Roths These von der „anderen Arbeiterbewegung“. Gleiches gilt für die auch durch ihre überproportionale Ausführlichkeit auffällenden Abschnitte zum „Gendertrouble“, also zur Rolle der eigenständigen proletarischen Frauenbewegung in der Sozialdemokratie, und über das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Alkohol. Besonders in diesem Abschnitt lenkt H. verdienstvoll den Blick auf die Implikationen des Lebensalltags der Arbeiter und ihrer Frauen für die Entwicklung, den Erfolg oder Misserfolg ihrer politischen Bewegung.

Mehr als zwei Drittel des Textes verwendet H. auf die knapp zweieinhalb Jahrzehnte zwischen dem Erfurter Programm und dem unmittelbaren Vorabend des Ersten Weltkrieges. Er begründet den außerordentlichen Aufschwung der sozialistischen Bewegung nach 1890, besonders auch im Bereich

der Gewerkschaften und deren wachsenden Einfluss auf die Politik der sozialdemokratischen Partei, vor allem sichtbar in den Massenstreikdebatten nach 1905. Die dem Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften zugrunde liegenden Probleme erörtert H. auch in der Analyse des sogenannten Revisionismusstreits sowie in der Entwicklung der Zweiten Internationale. Immer stärker bildete sich eine Trennung von Politik und Ökonomie heraus, die zu einer Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften führte und das politische Handlungsfeld der Partei einengte. Letztlich versiegte die Debatte darüber, wie der alltägliche Klassenkampf um Reformen zu einer revolutionären und systemüberwindenden Politik ausgeweitet werden könne.

Der längste Unterabschnitt des Buches behandelt das Verhältnis von Sozialismus und Internationalismus, überwiegend exemplifiziert an der Stellung zur Kolonialpolitik. Die Beschäftigung mit der Friedenspolitik bleibt leider vergleichsweise marginal. Erwähnung findet die Resolution über Krieg und Frieden von Stuttgart 1907, die aber nur mit der Verpflichtung zitiert wird, alles für die Verhinderung eines Krieges zu tun. Unerwähnt bleibt die Schlusspassage der Resolution, die es zur Pflicht erklärte, einen dennoch ausbrechenden Krieg „zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft zu beschleunigen“ (Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S.66). Aber erst an der nationalistisch-reformistischen Missachtung dieser Selbstverpflichtung ihrer Mitglieder scheiterte die Zweite Internationale endgültig. Der reformistisch begründete

Übergang auf die Seite der jeweiligen Kriegsparteien leitete 1914/15 die schließlich auch organisatorische Aufspaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung ein.

Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges charakterisiert H. als „Paradoxie von Radikalismus, Organisationserfolg und politischer Ohnmacht“ (S.195), die einen „orthodoxen Marxismus“ in evolutionärer Lesart zur Grundlage hatte, also eine ökonomistische Verkürzung des Marxschen Denkens, die den Zusammenhang von Theorie und Praxis, von ökonomischen Strukturen und politischem Handeln nicht herzustellen vermochte.

H. folgert zu Recht, die Verbindung von Theorie und Praxis sei für jede Epoche neu herzustellen. Seine Schrift ist eine Polemik gegen theorieferne „Praktiker“, die stets am ehesten geneigt waren (und sind), ideologischem Druck und realpolitischen Widersprüchen nachzugeben und sich anzupassen. Alle bereits dagewesenen Probleme der Vergangenheit seien in neuer Gestalt aktuell geblieben: die Organisationsfrage, Wahlkampf oder außerparlamentarische Bewegung, Reform oder Revolution, Krieg und Frieden, Generalstreik. Bei Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci seien heute die fruchtbarsten Anregungen zu finden.

Natürlich führt eine knapp gefasste Darstellung auch zu Fehlstellen, die in folgenden Auflagen beseitigt werden sollten. Das betrifft vor allem die Imperialismus-Debatte mit ihren konkurrierenden Folgerungen aus dem Wandel des Kapitalismus der Jahrhundertwende und die nur am Rande erwähnte Arbeiterjugendbewegung.

H. hat einen zweiten Bd. angekündigt,

in dem er die Prozesse vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis 1933 erörtern will. Man darf gespannt sein.

Gerhard Engel

Raphael Hörmann: Writing the Revolution. German and English Radical Literature 1819-1848/49 (Kulturgeschichtliche Perspektiven, Bd. 10), LIT Verlag, Wien-Zürich-Berlin 2011, 392 S., ISBN 978-3-643-90134-7

So sehr jedem jungen Autor eine Großmutter zu wünschen ist, die ihm – wie im vorliegenden Fall – den Druck seines Erstlingswerks finanziert, sollte noch dringender auf Großmütter der Zukunft gehofft werden, die erst kritisch lesen, ehe sie dem Enkel den Druckkostenzuschuss bezahlen. Denn Hörmann bringt für die Wissenschaft nichts wirklich Neues. So sehr sein Bekunden lobenswert ist, mit einem materialistischen Theoriegerüst an den historisch-literarischen Stoff heranzugehen, so schöne Beispiele interdisziplinären Herangehens er bietet und so viele Dutzend Mal er Marx-Zitate anführt, das Ergebnis ist ernüchternd. Zwischen Theoriedebatte und historischer Darstellung wurde keine einsichtige Entscheidung getroffen.

Die Gliederung des Buches ist unklar, auch nicht wirklich chronologisch. Keines der angerissenen vielen Probleme wird erschöpfend behandelt.

Während Kapitel 1 Ansichten von Marx in den Jahren 1844 bis 1848 rekapituliert, geht es im zweiten um die Entwicklung in England seit dem Peterloo-Massaker von 1819, im dritten um den social turn in der Literatur (Heine, Börne, Büchner), im vierten um Probleme des Klassenkampfes,

wobei überraschenderweise (und auf über 90 Seiten) Georg Weerth auf einen vorderen Platz gerückt wird. (Es sei damit absolut nichts gegen Weerth gesagt, aber was er bedeutete und was er leistete, wissen wir spätestens seit den Forschungen von Bruno Kaiser und François Melis).

Da H. sich entschloss, sein Buch in Englisch zu schreiben (wobei jedoch inkonsequenter Weise bereits in englischer Übersetzung vorliegende Marx-Zitate in Deutsch wiedergegeben werden), wäre eine stärkere Berücksichtigung des Chartismus, der ja auch in der Literatur starken Widerhall fand, notwendig gewesen. Überhaupt war die „soziale Literatur“ dieser Zeit viel enger mit der Arbeiterbewegung verbunden, als das vorliegende Buch deutlich macht. Das betraf nicht nur die Chartisten, sondern auch französische Geheimgesellschaften und den Bund der Gerechten bzw. Kommunisten.

H. betrachtet den Wechsel vom Konzept einer politischen Revolution zu einer sozialen als den Schlüssel beim Vergleich des deutschen und des britischen revolutionären Diskurses zwischen 1819 und 1849 (S.357). Aber dieser Schlüssel öffnet keine Tür der Erkenntnis, wie Marx bereits 1844 in den (von H. ausführlich zitierten, aber nicht bis zu Ende verstandenen) „Kritischen Randglossen“ gegen Ruge klarstellte: „Jede Revolution löst die *alte* Gesellschaft auf; insofern ist sie sozial. Jede Revolution stürzt die *alte Gewalt*; insofern ist sie politisch.“ (MEW, Bd. 1, S.409). Daher geht es auch völlig an der Problematik vorbei, Georg Büchners Kampf um Brot in einen Gegensatz zu stellen zu Heines Kampf um „Gottesrechte des Menschen“ (S.159). Der Hauptmangel des Buches aber

ist das Wiederaufwärmen des unsäglichen Streits zwischen Heine und Börne. Nicht nur, dass dazu seit langem alles Nötige mehrfach gesagt wurde, ist H.s Angriff auf Heine ungerecht und bedrückend; die hierher gehörenden neuen Forschungen von Bodo Morawe kennt er offenbar nicht. Es ist einfach falsch und linkssektiererisch-dogmatisch, Heine das Streben nach sozialen Veränderungen abzusprechen und als Gipfel die These aufzustellen, nicht Heine, sondern Börne hätte Marx die Stichworte zum „Manifest der kommunistischen Partei“ gegeben (S.250f.).

Martin Hundt

Anke Reuther (Hrsg.): Robert Blum. Auf dem Theater des Lebens. Beiträge zur Robert-Blum-Ehrung, be.bra Wissenschaft-Verlag GmbH, Berlin-Brandenburg 2011, 287 S., 1 CD, ISBN 978-3-937233-80-2

Die Freireligiöse Gemeinde Berlin mit ihrem Zentrum zur Erforschung der Freireligiösen Bewegung hat sich unter ihrer Vorsitzenden und Leiterin Anke Reuther in der Robert-Blum-Traditionspflege inzwischen einen Namen gemacht. Sie nahm den 200. Geburtstag des engagierten Deutschkatholiken im Jahre 2007 zum Anlass, um gemeinsam mit dem Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften in einer Festveranstaltung und einer wissenschaftlichen Konferenz Leben und Werk des großen deutschen Demokraten zu würdigen und erste Erträge auch zu publizieren (siehe Volker Müller [Hrsg.]: Robert Blum – ein Demokrat, Revolutionär und Freigeist, Neustadt am Rübenberge 2008). Die jetzt vorgelegte Sammelschrift bietet

weitere Ergebnisse der Bicentenaire-Veranstaltungen der historisch rühri- gen Berliner Gemeinde. Sie bezeugt deren engagierte Bemühungen um eine zielstrebige Aufarbeitung der Geschichte der freireligiösen Bestrebungen in Deutschland, die auch zu anderen Themen, etwa in der von Helmut Bleiber verfassten Schrift zu Robert Brauner, ihren Niederschlag fanden.

Im Unterschied zu anderen Blum-Untersuchungen, die fast durchweg politikgeschichtlich angelegt sind, werden in der hier zu besprechenden Publikation die Verknüpfungen der Politik mit den spezifischen freigeistig-religiösen Motiven des herausragenden achtundvierziger Protagonisten stärker beachtet. Das gilt insbesondere für die Festrede des Landespredigers der freireligiösen Landeskommune Baden Eckhart Pilick, der seine detailfreundige biografische Skizze über Blum nutzt, um Wesensinhalte der freireligiösen Bewegung wie die Konziliation und Erfahrungen aus ihrer mehr als eineinhalb Jahrhunderte zurückreichenden Entwicklung zu erläutern. Einen Beitrag zur Forschung liefert die Dokumentation von fünf Briefen Blums an den Begründer des Christkatholizismus Johannes Ronge aus den Jahren 1842 bis 1845. Sie sind ein wichtiger „Baustein zum Geschichtsbild über die freireligiöse Bewegung“ (S.61). Man bedauert nur, dass die folgenden neun Briefe von 1845 bis 1848, die über den Fortgang und die politischen Konsequenzen der Dissidentenbewegung Auskunft geben, nicht auch wiederabgedruckt wurden.

Im Zentrum des Bd. stehen zwei Arbeiten von Kirsten Reuther, ihr wissenschaftlicher Festvortrag „Schöne Freiheit – Robert Blum und die ästhe-

tische Erziehung des Menschen“ und ihr Theaterstück, eine 2007 auch von ihr inszenierte „Robert-Blum-Revue“. In ihrem Vortrag hat die studierte Philosophin und Musikwissenschaftlerin wohl zum ersten Mal das geistesgeschichtliche Verhältnis Blums zu Immanuel Kant und Friedrich Schiller untersucht. Sie sucht aufzuhellen, wie der leidenschaftliche Schiller-Verehrer Blum Kants Aufklärungspositionen zu Freiheit, Recht, Sittlichkeit und Moral über deren Umsetzungen und Modifizierungen in Schillers Dichtungen und Schriften rezipierte und mithilfe von Bildung für die ästhetische Erziehung der Menschen anzuwenden empfahl. Dabei taten sich gravierende Widersprüche auf, und Blum als Vertreter von Gewaltfreiheit stieß – zumal in der Revolution – auf Realitäten, in denen, wie Schiller es ausdrückte, das liberale Regiment der Vernunft noch nicht reif war zur bürgerlichen Freiheit. Für einen wirklichen Demokraten erzwang das letztlich doch die Akzeptanz und praktische Anwendung von revolutionärer Gegengewalt gegen die freiheitsvernichtende Konterrevolution der alten Mächte.

R. hat diese ihre Erkenntnisse in der Revue über Robert Blum und sein Wirken künstlerisch umgesetzt. Von einer Moderatorin in die historischen Hintergründe eingeführt, werden die Hauptetappen seines Lebensweges in Dialogen mit dem Gesinnungsgenossen Johannes Ronge, dem Freund Albert Lortzing, Blums Ehefrau Jenny und anderen Figuren, vereinzelt auch durch Monologe Blums nachgezeichnet. Die Handlung wird immer wieder unterbrochen und vertieft durch Revolutionslieder jenes Zeitalters: vom „Blutgericht der schlesischen Weber“ über

das „Bürgerlied“ und das „Schwarzrot-gold“ von Freiligrath und Schumann bis zu Freiligraths trotzigem „Trotz alledem“ und einem neuen Robert-Blum-Lied aus der Feder von R. und Isabel Neuenfeldt. Letzteres kann der Leser auf einer dem Bd. beigegebenen CD abhören. Schade nur, dass die Autorin in der Revue das große Dilemma Blums im Wiener Oktober nur mit der vom Narr resigniert vorgetragenen Schillerschen Passage über die Unreife der Situation erklären (S.224) und nicht auch anklängen lässt, dass der Volkstribun hier doch wohl eher Kants Einsicht folgte, wonach die ersten Versuche, Freiheit zu erringen, „roh, gemeinlich auch mit einem beschwerlicheren und gefährlichen Zustande verbunden sein“ können; [...] man reift für die Vernunft nie anders, als durch eigene Versuche (welche man machen zu dürfen frei sein muß)“ (S.109).

Ein Anhang bietet neben einem verdienstvollen Abdruck der Revue-Lieder auch Erklärungen über Personen und Sachverhalte, deren vereinzelte kleine Fehler (so S.269 bei Sedlnitzki: Friedrich Wilhelm III., nicht II.) leicht auszumerzen wären. Das Buch ist nicht nur ein wichtiger Beitrag in der demokratischen Robert-Blum-Ehrung; auch die Blum-Forschung wird ihm – namentlich im Hinblick auf die geistigen Wurzeln Blums – Anregungen entnehmen können.

Walter Schmidt

Ulrich Teusch: Jenny Marx. Die rote Baronesse, Rotpunktverlag, Zürich 2011, 230 S., ISBN 978-3-85869-459-1

Ulrich Teusch ist freier Publizist und seit 2008 außerordentlicher Professor an der Universität Trier. Mit diesem

vom Verlag ansprechend gestalteten Buch will er keine „detaillierte Biografie“ vorlegen, sondern vielmehr ein verständnisvolles und würdiges „Porträt“ zeichnen (S.10). Auch deshalb stellt T. Jenny Marx einleitend als eine „Frau im vorgerückten Alter“ vor, als Endvierzigerin, die von ihrem Ehemann Karl Marx nach 20 Ehejahren und langjährigem, oft elendem Exildasein, Krankheiten und dem Verlust vier ihrer Kinder immer noch in romantischer Manier als „liebe gute Herzensjenny“ (S.13) angesprochen und geachtet wird.

Wie diese enge Beziehung zustande kam, sich entwickelte und angesichts ständiger Geldsorgen, persönlichen Leids und geringer öffentlich-gesellschaftlicher Anerkennung dennoch Bestand hatte, wird in den elf folgenden Kapiteln des Buches erzählt. Dabei kommt die formale Anlage des Erzählten nicht streng chronologisch, sondern eher thematisch gegliedert und in konzentrischen Annäherungen daher.

In „Liebesbände – Familienbände“ geht T. auf die Familienverhältnisse der von Westfalen und der Marxens ein. Er verweist darauf, dass im westlichen preußischen Provinznest Trier beide als honorig geltende Oberschichtfamilien mit aufgeklärter liberaler Gesinnung in Kontakt zueinander standen und die Kinder Freundschaften pflegten. Widerstand gegen die Ehe zwischen Jenny von Westfalen (1814-1881) und Karl Marx, die erst 1843 nach siebenjähriger Verlobungszeit geschlossen werden konnte, ging weniger von den beiden Elternhäusern aus. Er kam vielmehr von der konservativ-aristokratisch eingestellten Familie der 1807 verstorbenen ersten Ehefrau des Johann Ludwig von Westfalen und von Jennys Halbgeschwistern, be-

sonders von Ferdinand von Westfalen, der später, in der konterrevolutionären Reaktionszeit, preußischer Innenminister (1850-1858) wurde. Die hübsche, gebildete und umschwärmte junge Frau Jenny ließ sich jedoch von ihrer romantischen Liebe zu dem vier Jahre jüngeren Karl nicht abbringen: Diese „beiden Königskinder“ kamen letztlich doch als Eheleute zusammen. Damit endet die romantische Phase der Beziehung. Die politisch-revolutionäre beginnt.

Im zunächst 1843 freiwillig gewählten, intellektuell anregenden Pariser und im ab 1845 erzwungenen, politisch-organisatorisch geprägten Brüsseler Exil sowie der 1848er-Revolution wird Jenny zur „Aussteigerin“. „Mitte der 1840er-Jahre beginnt Jenny sich unter dem Einfluss des Pariser Emigrantenumlieus von der Religion zu lösen. Ihre Politisierung und Radikalisierung beginnt. Sie entwickelt ein souveränes, eigenständiges Urteilsvermögen“ (S.61). Dieses politische Bewusstsein ermöglichte ihr auch, das „Los der (politischen) Frau“ (S.69-79) zu ertragen. Das bedeutet: aufgrund behördlicher Veranlassung mehrmals mit Kleinkindern den Wohnort wechseln, ihrem Mann Karl Marx in politisch motivierten Gerichtsverfahren beistehen und dessen öffentliche Verleumdungen abwehren. Das hieß aber auch, als seine Mitarbeiterin aufzutreten, beispielsweise beim Redigieren des gemeinsam mit Friedrich Engels 1847/48 erarbeiteten und geschriebenen „Manifests der Kommunistischen Partei“ (des „Kommunistischen Manifests“). Von einem aber ist T. so überzeugt wie beeindruckt: „Jenny Marx hat ihren Mann aus tiefer innerer Überzeugung unterstützt und offenbar nie den Versuch gemacht, ihn von bestimmten Vorhaben, die ihm wichtig waren, ab-

zubringen oder ihn auf einen anderen Weg zu leiten.“ (S.72)

Nach dem Scheitern der 1848er-Revolution(en) verschlug es die Familie Marx 1849 ins Exil nach London. In der damaligen Weltmetropole ging es jahrelang vor allem um den „Kampf ums Dasein“, ums blanke Überleben in den großstädtischen Armenvierteln. Dies war nur möglich mit finanzieller Hilfe anderer, besonders des Freundes Friedrich Engels. Schließlich gelang es Marx, für die „New York Daily Tribune“ als Korrespondent und Journalist zu arbeiten. Auch hier unterstützte Jenny ihren Karl als Sekretärin (wie auch Engels seinem „Mohr“ sprachlich und gedanklich half). Und wie oft damals unter Armen üblich, zeigten sich auch Jenny und Karl Marx gegenüber noch Bedürftigeren, beispielsweise Wilhelm Liebknecht, hilfsbereit.

Schlechte, erbärmliche, armselige Lebensumstände erfordern stets Opfer. Bei Jenny und Karl Marx waren es „Die toten Kinder“ (S.103-120): Heinrich Guido starb einjährig im November 1850, Franziska lebte 1851 nur wenige Wochen, Edgar raffte 1855 im neunten Lebensjahr eine Krankheit hin, und ein namenlos gebliebenes Kind, Jennys siebtes, überlebte 1857 nicht einmal die Geburt.

Das waren „fundamentale Erschütterungen“ (S.116) für die kinderliebenden Eltern und besonders für Jenny Marx als Mutter mit immer häufigeren und heftigeren depressiven Stimmungen. Dass unter diesen Umständen auch die eheliche Harmonie litt, erklärt der Autor in „Szenen einer Ehe“ (S.121-152). „Ein Ereignis im Frühjahr 1851“ (S.153-168), die Geburt von Lenchen Demuths Sohn Frederik, wahrscheinlich Karl Marx' Sohn, trübte zusätzlich die familiäre Stimmung.

Gleichwohl bescheinigt T. dem Ehepaar Marx „Lebenslange Liebe“ (S.169-176) und widerspricht damit der Behauptung, Jenny wäre Opfer ihres Mannes Karl gewesen. T. beharrt darauf, dass Jenny „ihren Mann bis zuletzt geliebt hat wie er sie und dass sie bis zuletzt für dieselben humanistischen und sozialistischen Ziele und Ideale gelebt und gekämpft hat wie er“ (S.176). Abschließend folgen drei Kapitel „Höhere Töchter“, „Politik und Theater“ und „Abschied“ sowie kommentierte „Literaturhinweise“. Insgesamt zeichnet der Autor ein humanes Lebensbild. Er stützt sich hauptsächlich auf Aussagen in persönlichen Briefen. Diese sind freilich – wie der Autor weiß – als auch zu interpretierende Quellen nicht unproblematisch (S.127-129).

Der Empathie T.s für Jenny Marx entspricht als Pendant die Idealisierung seiner Protagonistin – möglicherweise, um ein positives Gegenbild zum „mainstream“ der gegenwärtigen, vor allem karrieristisch ausgerichteten, erwerbswirtschaftlichen und auf „die Nachgeborenen“ (Bertolt Brecht) oft moralisch heruntergekommen wirkenden Frauenemanzipationsbewegung anzudeuten. Aber wie auch immer: Jenny Marx war intellektuell, politisch und persönlich keineswegs eine historische Ausnahmeerscheinung ihrer Zeit.

Wilma Ruth Albrecht

Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution. Bd. 1: Vom Kaiserreich zur Republik, Bd. 2: Die Novemberrevolution, Bd. 3: Der Bürgerkrieg in Deutschland, hrsg. von Jochen Gester, Ralf Hoffrogge und Rainer Knirsch, Die Buchmacherei, Berlin 2011, 755 S. ISBN 978-3-00035-400-7

Vor fast neun Jahrzehnten schrieb Richard Müller, führender Kopf der revolutionären Obleute im Deutschen Metallarbeiter-Verband, deren Sprecher auf dem linken Flügel der USPD, Vorsitzender des Vollzugsrates der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19 und 1922 als kommunistischer Gewerkschaftsfunktionär aus der KPD ausgeschlossen, jene drei Bücher, die nun, erstmalig in einem Bd. vereinigt, nachgedruckt vorliegen. Für die Neuausgabe wurden Müllers Bde neu gesetzt und ihre Seitenzahlen fortgeschrieben, was für Vergleiche und Zitierungen beachtet werden muss.

Richard Müller verhehlte zwar nicht seine Zeitzeugenschaft als Führungsgestalt in der deutschen Revolution, aber er schrieb keine Memoiren, sondern, gestützt auf die von ihm gesammelten Dokumente der Rätebewegung, eine kompakte, gründlich dokumentierte Geschichte der Revolution von 1918/19 einschließlich ihrer Vorgeschichte, die er 1924/25 im Malik-Verlag bzw. in dem von ihm mitbegründeten Phöbus-Verlag publizierte. Müller schrieb mit dem Anspruch, „einen Beitrag zur Selbstreflexion der revolutionären Bewegung“ zu leisten, „die er noch nicht als abgeschlossen betrachtete“ (Einleitung der Hrsg., S.17).

Unter der Überschrift „Ein revolutionäres Vermächtnis – Richard Müller und seine Geschichte der Novemberrevolution“ stellt Ralf Hoffrogge dem Nachdruck des Müllerschen Werkes eine Einleitung voran (S.11-25), in der er die Biografie Müllers skizziert und die Wirkungsgeschichte seiner Schriften erörtert. H. hebt zu Recht hervor, dass Müllers Revolutionsgeschichte zwar bei Historikern über die Jahrzehnte gut bekannt blieb und –

meist als Fakten-Steinbruch – genutzt wurde, dass sie aber in den Strömungen der Arbeiterbewegung verdrängt worden ist. Der nachrevolutionären und staaterhaltenden Sozialdemokratie musste der bekennende Revolutionär als linker Extremist erscheinen. In das Bild der parteikommunistischen Historiografie, die allein auf eine von Spartakus begründete Traditionslinie setzte, passte der zudem aus der KPD ausgeschlossene Revolutionshistoriker ebenso wenig. Die mehr oder weniger direkte Rezeption der Revolutionsdarstellung Müllers durch Arthur Rosenberg und Ossip K. Flechtheim, auch deren Weiterwirkung in Arbeiten von Fritz Opel, von Eberhard Kolb und insbesondere von Peter von Oertzen kennzeichnet H. zutreffend als „Minderheitenstrang in der westdeutschen Geschichtswissenschaft“ (S.23). Die Mehrheitsströmung habe in der Interpretation der Revolution 1918/19 an dem „konstruierten Gegensatzpaar Demokratie-Kommunismus“ (S.22) festgehalten und nur bürgerliche und sozialdemokratische Stimmen zur Kenntnis genommen. Desinteresse an historischen Alternativen und an den Kämpfen um den sozialen Charakter der Weimarer Republik bestimmte auch den Inhalt der Schulbücher und die Erinnerungskultur.

Im Gegensatz zum Mainstream der akademischen Historiografie interessierten sich Gewerkschaften und die Studentenbewegung der 60er-Jahre sehr wohl für Müllers Arbeiten über eine Räte-demokratie, die sie der rückständigen und dringend reformbedürftigen Gesetzgebung der Bundesrepublik auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und politischen Mitbestimmung

gegenüberstellten. Diese Bewegung rief Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre eine größere Anzahl von Dokumentationen zur Rätefrage in der Novemberrevolution hervor, in denen auch Positionen Richard Müllers reflektiert wurden. Müllers frühe Trilogie über die Revolution 1918/19 wurde in fotomechanischen „Raubdrucken“ von Hand zu Hand gereicht, bis 1973/74 die bisher letzte Neuauflage in der „Kritischen Bibliothek der Arbeiterbewegung“ erschien.

Die Ausgaben von 1924/25 und 1973/74 sind heute nur noch in wenigen Exemplaren auf dem Antiquariatsmarkt anzutreffen. Seltenheit und Nachfrage trieben deren Preis in extreme Höhen. Der hier anzuzeigende Nachdruck schließt also eine empfindliche Lücke im normal zugänglichen Bestand an marxistischer Literatur über das revolutionäre Geschehen während des Ersten Weltkriegs und der ihm folgenden Revolution in Deutschland. Damit gelingt das Vorhaben der Hrsg., „Müllers Thesen vom unfreiwilligen Status eines Geheimtipps“ zu lösen und „sie in den allgemein zugänglichen Fundus historischer Kampferfahrungen“ zurückzubringen (S.25). Der Satz zielt auf die politische Aktualität der „alten“ Schriften. In der Tat bietet der Bd. hinreichend Gesprächsstoff für geschichtsbewusste Debatten über die Zusammenhänge zwischen Sozialismus und Demokratie, über Wirtschaftsdemokratie und über das Verhältnis von repräsentativer parlamentarischer und Basisdemokratie. Aber auch die Fachhistoriker sind herausgefordert, die Renaissance des Müllerschen Werkes aufzugreifen, sich nicht nur des in ihm ausgebreiteten reichen Faktenmaterials zu bedienen, das ohnehin indessen noch umfassender und

genauer, als es Müller möglich war, dokumentiert und dargestellt wurde, sondern – natürlich nicht unkritisch – den methodologischen Ansatz zu prüfen, wenn es um weitere Arbeiten über die deutsche Revolutionsgeschichte und ihre bis in Gegenwart und Zukunft fortwirkenden Implikationen geht.

Der Bd. mit Richard Müllers revolutionsgeschichtlichen Abhandlungen und Dokumentenanhängen gehört nicht nur in den Grundbestand der Bibliotheken, sondern auch in das Handregal des Historikers und aller historisch Interessierten, besonders jener, die sich an der aktuellen Debatte über historische Alternativen beteiligen wollen. H. ist zu beglückwünschen, dass es ihm nach seiner verdienstvollen Richard-Müller-Biografie gelang, die notwendige Unterstützung zu finden, nun auch das Hauptwerk seines Protagonisten wiederzubeleben.

Es ist erfreulich, dass der Bd. im März 2012 bereits seine 5. Auflage erlebte. Ebenso erfreulich: Das Buch wurde nachträglich mit einer Chronologie und – noch wichtiger – mit einem zunächst vermissten Personenregister ausgestattet. Wer Exemplare der ersten Auflagen benutzt, kann beides als PDF-Datei bei www.diebuchmacherei.de/verlagstitel/kaempfe/bisher_erschienen.htm#Müller herunterladen.

Gerhard Engel

Ronald Friedmann: Die Zentrale. Geschichte des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses, Karl Dietz Verlag, Berlin 2011, 160 S., ISBN 978-3-320-02254-9

Keine Bundestagspartei residiert in einem Gebäude, das über eine so lange Zeit mit der Geschichte der eigenen

Partei verwoben ist, wie die LINKE mit dem Karl-Liebknecht-Haus. Ronald Friedmann legt mit seinem Buch erstmals eine umfassende, geschlossene Geschichte vor. Er bietet damit weit mehr als seine Vorläufer, so der mehrseitige, von einem Autorenkollektiv erstellte Flyer „Das Karl-Liebknecht-Haus am Rosa-Luxemburg-Platz“, der vor einigen Jahren zaghaft versuchte, zumindest einen groben Überblick zu geben.

F. gliedert seinen Bd. chronologisch in elf Kapitel, meist den historischen Hauptetappen folgend. Auffällig ist, dass die Zeit 1945 bis 1990 (2 Kapitel) recht dürftig wegkommt, ihr nicht viel mehr Platz als zuvor den „braunen Jahren“ gewidmet ist (S.107-122). Mit der Fusion von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE endet das Büchlein 2007. Im ersten Kapitel behandelt F. die Baugeschichte und schließt dabei den heutigen Rosa-Luxemburg-Platz mit ein. 1912 wurde das zunächst „Adler-Haus“ genannte Gebäude errichtet. Im Juli 1926 kaufte es die KPD und ließ es bis 1928 für die Nutzung als Parteizentrale umbauen. Von 1926 bis 1933 war hier der Sitz des ZK der KPD. Diesem Abschnitt ist fast die Hälfte des Bd. gewidmet.

Wann und wie die Entscheidung fiel, das Gebäude „Karl-Liebknecht-Haus“ zu nennen, konnte der Autor nicht ermitteln (S.20). Nachweislich wurde im Oktober 1927 diese Bezeichnung verwendet. Akribisch im Detail geht der Verf. auf die nun im Hause wirkenden und untergebrachten Gliederungen der KPD, ihrer Nebenorganisationen, Redaktionen (u.a. „Rote Fahne“, „Internationale Pressekorrespondenz“) und Firmen (u. a. City Druckerei) sowie die Personen, die in dem Hause arbeiteten, ein.

Die widersprüchlichen Angaben, wo sich das Arbeitszimmer von Ernst Thälmann befand, kann F. auch nicht auflösen. Er räumt aber nochmals mit der immer wieder kolportierten Legende auf, die Tür zu dessen Zimmer wäre hinter einem großen Schrank verborgen gewesen. Typisch für jene Jahre war, dass auf dem Hause nicht nur die rote Fahne wehte, sondern auch großflächige Transparente an der Hausfront prangten, das Haus für Ausstellungen genutzt wurde (bekannt ist die mit dem Titel „10 Jahre UdSSR“) und dass auf dem davor liegenden Platz Kundgebungen durchgeführt wurden.

In der Weimarer Republik war die Zentrale der KPD zahlreichen Durchsuchungen und sonstigem Argwohn der Polizei und der Justiz ausgesetzt. F. beschreibt dies sowie die zahlreichen Sicherheitsvorkehrungen, die die KPD-Führung angesichts dessen ergriff. Die Ereignisse des 1. Mai 1929 wie auch die des 9. August 1931 – mit einem eigenen Kapitel: Schüsse auf dem Bülowplatz – fehlen in der Darstellung ebenfalls nicht. Im Sommer 1932 begann sich die KPD auf ein eventuelles Parteiverbot vorzubereiten und deshalb Unterlagen, Arbeitsmittel und Büroräume aus dem Haus zu verlagern. Vollständig geräumt war es dennoch Anfang 1933 nicht.

Seit Ende der 20er-Jahre kam es wiederholt vor dem Karl-Liebknecht-Haus zu Provokationen der Nazis. Die größte war unmittelbar vor Hitlers Machtantritt der SA-Aufmarsch am 22. Januar 1933, an dem Polizei das Haus besetzt hatte und Gegenkundgebungen verboten worden waren. Nach dem Machtantritt der Nazi-Regierung wurde es am 17. Februar auf Dauer polizeilich besetzt. Ausführlich geht F. auf

Mythen und Fakten über Geheimgänge, über verzweigte Katakomben, über angeblich gefundene Aufstandspläne und große Waffenlager ein. Im März 1933 benannten die Nazis das Haus in „Horst-Wessel-Haus“ um, nach der Enteignung der KPD und dem Umbau des Hauses – auch der nunmehrige Horst-Wessel-Platz wurde völlig umgestaltet – zogen Katasterämter und eine SA-Gruppe in das Gebäude.

In den beiden letzten Kapiteln beschreibt F. die Zeit nach 1945. Gebäude und Grundstück wurden von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, dann an die SED-Firma Fundament GmbH übertragen. Im Februar 1948 beschloss das Zentralsekretariat der SED den Wiederaufbau, der gegen Ende 1950 abgeschlossen war. Das Haus wurde nun als Büro- und Gästehaus der SED genutzt. Ab 1959 waren in ihm Abteilungen des Instituts für Marxismus-Leninismus, der Verlag für Agitation und Anschauungsmittel sowie die Fundament GmbH untergebracht. Seit 1977 steht das Gebäude unter Denkmalschutz. Der Parteivorstand der PDS nahm 1990 hier seinen Sitz, 1991 wurde es unter Treuhandverwaltung gestellt und mehreren Hausdurchsuchungen unterzogen. Erst 1995 erhielt die PDS das Gebäude als Eigentum zugesprochen.

Insgesamt entsteht ein farbiges Bild von der Geschichte des Hauses, untermalt von Fotos und Faksimiles. Die Darstellung basiert auf Archiv-Quellen und vorhandener Literatur. Ein Vorzug des Bd. ist zweifelsohne, dass Berichte von Zeitzeugen zu den verschiedensten Ereignissen gut eingebunden werden, quellenkritisch hinterfragt werden sie allerdings kaum. Der Verf. verbindet die Geschichte des Hauses mit Grundzügen der Entwicklung der KPD, wo-

bei diese naturgemäß knapp geraten muss und nicht Gegenstand dieses Bd. sein konnte. Das Buch bietet einen interessanten Beitrag zur Geschichte von politischen Parteien in Deutschland wie auch zur Berliner Regionalgeschichte.

Herbert Mayer

Martin Großheim: Ho Chi Minh. Der geheimnisvolle Revolutionär, Verlag C. H. Beck, München 2011, 190 S., Abb., ISBN 978-3-406-62208-3

Der Autor hat seine Abhandlung in 19 Kapitel eingeteilt, die von einem Vorwort und einem Epilog eingerahmt werden. Die einzelnen Kapitelüberschriften thematisieren das im Folgenden Dargelegte und werden durch Untertitel und Angabe der entsprechenden Jahreszahlen konkretisiert. Drei Beispiele seien angeführt: „Nguyen der Patriot“/Von Saigon nach Paris (1911-1923) und „Wir müssen schnell handeln“/Ho Chi Minh und der Weg in die Unabhängigkeit (1944-1945) sowie Ein schwankender Präsident/Die Kampagne gegen den „Revisionismus“ (1963-1964).

Im Vorwort betont G., durch Nutzung „neu zugänglich gewordener Quellenbestände ein facettenreicheres Porträt von Ho Chi Minh zu entwerfen“, das weder das Bild eines „revolutionären Heiligen“ noch das eines „heuchlerischen Komintern-Agenten“ zeichnet (S.11).

Schon im ersten Satz des Bd. wird der Untertitel „Der geheimnisvolle Revolutionär“ vom Autor durch die Aufzählung vieler Decknamen belegt, unter denen der am 19. Mai 1890 geborene Nguyen Sinh Cung, der sich erst ab August 1942 Ho Chi Minh nannte, im

Laufe seines Lebens auftrat. Auch seine von ihm geschriebene Biografie aus dem Jahre 1948 erschien unter dem anderen Namen Tran Dan Tien.

Interessant und aufschlussreich sind die Ausführungen über das Verhältnis Vietnams zur UdSSR und zu China, vor allem nach dem Ausbruch des chinesisch-sowjetischen Konflikts. Da Präsident Ho Chi Minh zu Moskau und Peking gute Beziehungen hatte, bemühte er sich um Vermittlung (S.126). Gleichzeitig wurde er in dieser Zeit innenpolitisch von Le Duan an den Rand gedrängt. Etwas salopp scheint die Funktionsangabe „Parteichef“ (S.127) für Le Duan, da Ho Chi Minh als Parteivorsitzender bestätigt wurde.

Vom Autor werden viele vietnamesische Persönlichkeiten genannt, deren Namen nicht leicht auseinanderzuhalten sind, deren Wirken aber einen guten Überblick über die Geschichte Vietnams bietet und das Verständnis dafür erleichtert.

Die 1954 auf der Genfer Indochinakonferenz für Mitte 1956 vereinbarten landesweiten Wahlen (S.112) wurden vom südvietnamesischen Präsidenten verhindert.

G. hat zahlreiche neue Quellen genutzt, die seinem im Vorwort formulierten Ziel dienen. So wird erst 21 Jahre nach Ho Chi Minhs Ableben 1969 gesagt, warum der 3.9. als Todestag angegeben wird. Auch zu seiner Ehefrau gibt es noch einige Informationen (S.154). Ein ausführlicher Anhang mit Zeittafel, Karten, Abkürzungen, Anmerkungen, Literatur, Bildnachweis und Personenregister vervollständigt den Bd. Es ist ein lesenswertes Buch für jeden, der sich nicht nur für das Leben Ho Chi Minhs, sondern auch für die Geschichte Vietnams interessiert. *Joachim Eichler*

Franz Walter: „Republik, das ist nicht viel“. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus (Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, 2), transcript-Verlag, Bielefeld 2011, 453 S., ISBN 978-3-8376-1832-7

Wem ist er nicht bekannt durch seine regelmäßigen, gelegentlich erfrischend gegen den *Mainstream* gebürsteten politischen Kommentare zum tagespolitischen Geschehen, zu Wahlausgängen und parteipolitischen Kontroversen – der Göttinger Parteienforscher Franz Walter? Weniger bekannt dürfte sein, dass er in seinen jungen Jahren zum einen ein streitlustiger Akteur in den Flügelkämpfen der Jungsozialisten der Siebzigerjahre war, dass er sich zum anderen seine ersten wissenschaftlichen Meriten durch die Erforschung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen der Weimarer Periode erwarb. In einem bemerkenswert offenen Vorwort beschreibt der Autor die Gründe, warum er sich nun erneut darangemacht hat, seine damaligen Arbeitsergebnisse zu sichten und in neuer Form zu präsentieren. Offen deshalb, weil er hier durchaus die Ambivalenz des eigenen Entwicklungsgangs beschreibt: Der enthusiastische Beginn eines Forscherlebens mit der Gefahr, zum *Freak* zu werden, der in den Untiefen der Archive zu versinken droht, der Übergang zur Erforschung der „richtigen“ Parteien und die damit erstmalig einhergehende öffentliche Anerkennung, aber dabei zugleich das wachsende un-gute Gefühl, dass die beständigen Anforderungen zur immer neuen Produktion von schnellen Texten, zumal im Internet-Zeitalter, auch ein Gefühl des

Unbefriedigtseins erzeugen, wenn man denn noch Reste seines früheren Forscherenthusiasmus behalten hat.

Es ist ein außerordentliches Glück, dass W. dem inneren Drang nachgegeben und sich nochmals seinen früheren Forschungsgegenständen zugewandt hat. Denn diese waren nur noch für Spezialisten und Kundige des Antiquariatshandels greifbar, zudem in verschiedenen Kleinpublikationen bzw. in Monografien mit anderen Schwerpunkten oder Sammelbänden verstreut. Aus Einzelstudien zu den Weimarer Jungsozialisten, der Sozialistischen Arbeiterjugend, den Kinderfreunden, der Sozialistischen Studentenschaft und den Jugendorganisationen der sozialdemokratisch ausgerichteten proletarischen Kulturorganisationen ist mit vorliegendem Bd. nun ein großes Ganzes geworden. Der Autor folgt in seinem Text – gut nachvollziehbar begründet – einem Konzept der Orientierung an generationellen Alterskohorten, ohne dass die je unterschiedlichen Ausprägungen von politischen, strategischen, alltagskulturellen wie solchen des habituellen Auftretens der unterschiedlichen Gruppen in den einzelnen Phasen der Weimarer Republik nicht erklärbar wären.

Deshalb folgt die Arbeit auch nicht gängigen, aber häufig vordergründigen Links-Rechts-Dichotomien in der Darstellung von innerorganisatorischen Flügel- und Fraktionsauseinandersetzungen, sondern schält die besonderen Entstehungsbedingungen dieser Ausprägungen heraus. Auf diese Weise wird die häufig kritisierte „nationale Romantik“ des frühen Jungsozialismus nicht einfach als späte Folgeerscheinung bürgerlich-jugendbewegter Phantasterei abgetan, sondern in ihrem rati-

onalen Kontext entwickelt. Und nicht alles, was vermeintlich rational-marxistisch daherkommt, hält einer kritischen Würdigung des Autors stand. Ohne Zweifel spielte im Rahmen der lang-samen politischen Umorientierung – im Übrigen in allen wichtigen hier behandelten Gruppen (Jungsozialisten, SAJ und Sozialistische Studenten) – das Krisenjahr 1923 eine entscheidende Rolle.

Auch wenn heute nur wenigen noch die Gruppen und Flügel dieser Periode bekannt sein dürften (Hofgeismarkkreis, Hannoveraner, Nelsonianer) – schauen wir auf die Protagonisten der Debatten und die jeweiligen geistigen Mentoren, so begegnen uns Persönlichkeiten, die später auch in der „erwachsenen“ Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielen sollten. Zu nennen sind etwa Namen wie Hermann Heller, Max Adler, Theodor Haubach, Siegfried Marck, Otto Stammer, August Rathmann, Franz Osterroth, Georg Engelbert Graf, Max Westphal, Erich Ollenhauer und viele mehr. W.s Stärke liegt u. a. auch darin, dass er aufgrund profunder Kenntnisse der zeitgenössischen theoretischen Debatten und ihrer Impulsgeber die vielfach doch kompliziert verlaufenden Debatten und politischen Wendungen auf ihre Ursprünge zurückführen kann. Je weiter die Weimarer Jahre voranschreiten, umso mehr werden auch linkskommunistische bzw. -sozialistische Theoretiker wie Georg Lukács oder Fritz Sternberg zu orientierenden Figuren insbesondere für die Jungsozialisten. Besonderes Interesse gebührt dabei der Fallstudie Breslau, wenn man so will einer erfolgreichen linkssozialistischen Enklave im sozialdemokratischen Milieu, deren Ausstrahlung weit über die Weimarer

Jahre hinausging. Hier spielte der leider früh verstorbene Ernst Eckstein eine herausragende Rolle. Eine Studie über diese Periode der Breslauer Arbeiterbewegung als Ganzes ist bis heute ein bedauerliches Desiderat.

Während W. die Friktionen, die für die Mutterpartei SPD mit den immer neuen „Linksschüben“ in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen einhergingen, kenntnisreich und klug beschreibt, bleibt deren Einbettung in das Geflecht der Jugendbewegung insgesamt etwas unterbelichtet. Dies gilt auch für das Verhältnis der einzelnen Organisationen zu ihren jeweiligen kommunistischen Konkurrenten. Aber dazu liegen von anderen Autoren hier und da vertiefende Untersuchungen vor. Es darf wohl nicht verwundern, dass in diese Monografie in einigen Kapiteln lange Passagen der vor einigen Jahrzehnten verfassten Ursprungstexte unverändert eingegangen sind. W. hat sich allerdings bemüht, möglichst den neueren Stand der Forschung mit einzubeziehen, was ihm aber nur teilweise gelungen ist.

Abschließend ist auf eine große Stärke dieses Bd. aufmerksam zu machen, in der wiederum zugleich auch eine Schwäche steckt. W. ist ein glänzender *Erzähler* von geschichtlichen Prozessen, Abläufen und Auseinandersetzungen. Er argumentiert gut und überzeugend. Das Buch liest sich deshalb auch für den wissenschaftlich nicht „Vorbetasteten“ schnell und flüssig. Freunden der *Differenzierung* und des *Zweifels* wird der Text gelegentlich zu glatt erscheinen, weil es der Autor weitgehend unterlässt, sich mit anderen Interpretationen und Deutungen von Personen wie Ereignissen ernsthaft und vertieft auseinanderzusetzen. Aber das ist wohl

generell das schwer lösbare Dilemma für alles wissenschaftliche Arbeiten und Schreiben: Schreibe ich „populärwissenschaftlich“, ernte ich die Kritik derjenigen, die den vertieften wissenschaftlichen Diskurs vermissen. Bediene ich letzteren Wunsch, bleibt die Reichweite meiner Veröffentlichung auf den engen Kreis der Spezialisten begrenzt. Dieser Bd. wird hoffentlich viele Leserinnen und Leser finden.

Uli Schöler

Joachim Scholtyssek: Die Geschichte der National-Bank 1921 bis 2011, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2011, 423 S., Abb., ISBN 978-3-515-09831-1

Aus Anlass des neunzigjährigen Jubiläums der National-Bank in Essen beauftragte deren Vorstand den Finanzhistoriker Prof. Scholtyssek mit der Erforschung und zusammenfassenden Darstellung der Geschichte des Bankhauses. Diese liegt nun vor und füllt einen opulenten Bd. mit Fakten, Erläuterungen, Kommentaren und kritischen Stellungnahmen. Sie ist Teil der Aufarbeitung der Geschichte deutscher Unternehmen vor und nach 1945, wie sie in letzter Zeit häufig anzutreffen ist, Teil der Bankgeschichte und Teil der Regionalgeschichte des Ruhrgebietes. Als solche, so könnte man meinen, gehört sie nicht unbedingt zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Wirft man jedoch einen Blick in die Entwicklungsgeschichte der Bank, so gelangt man sehr schnell zu einem anderen Urteil. Denn die National-Bank war ursprünglich eine Gewerkschaftsbank, „eine klassische Gewerkschaftsgründung“ (S.25) ihrer Zeit. Sie wurde 1921 als Vereinsbank

für deutsche Arbeit AG von Christlichen Gewerkschaften im Ruhrgebiet gegründet und wenige Monate später umbenannt in Deutsche Volksbank. Sie war die erste Institution ihrer Art, der im Laufe der 1920er-Jahre noch viele folgen sollten. Sie verkörpert insofern ein typisches Entwicklungsprodukt der Arbeiterbewegung während der Nachkriegszeit und der Weimarer Republik, ein Umstand, der im Buch umfassend gewürdigt wird. Den Hintergrund dafür bildete zum einen der Übergang zum Finanzkapitalismus, der sich in der Gründung einer Vielzahl neuer Finanzinstitute nach 1918 manifestierte, zum anderen der gewachsene Einfluss christlicher Gewerkschaftsverbände. Unter der Devise „Christlich, national, sozial“ formierte sich hier eine gemäßigt antikapitalistische Bewegung, die sich von kommunistischen Kräften abgrenzte und einen „christlichen Sozialismus“ anstrebte. Der Initiator der christlichen Gewerkschaftsbank, Adam Stegerwald, verkündete 1924, die Deutsche Volksbank solle „einen umfassenden Geldaufsaugeapparat im Lande schaffen [...], um einem großen Teil der deutschen Gehalts- und Lohnempfänger zu Einzel- und Kollektiveigentum zu verhelfen“ (S.38).

1933 erfolgte eine „Umstrukturierung“ der Bank. Sie firmiert seitdem unter dem Namen „National-Bank“. Der Autor beschreibt die Übernahme der Bank durch das NS-Regime detailgetreu anhand von Dokumenten und findet es „erstaunlich“, dass das Institut als eigenständige Bank überleben und seine „formelle Unabhängigkeit als National-Bank wahren konnte“ (S.148), wo doch die übrigen Gewerkschaftsbanken der Bank der Deutschen Arbeit einverleibt worden waren. Per-

sonell und von ihren Aufgaben her war jedoch auch die National-Bank „gleichgeschaltet“ worden und galt den Alliierten 1945 daher als NS-Bank. Sie hatte jedoch „das Glück, dass sie als Regionalbank nicht groß genug war“ (S.231), um ins Visier der Besatzungsmacht zu geraten. Auch kam ihr zugute, dass sie in der britischen Zone lag, denn die Briten hielten nicht viel von Bankenschließungen und strengen Kontrollen. So erhielt die National-Bank bereits 1946 die Genehmigung zur Fortführung ihrer Geschäftstätigkeit und dies sogar unter ihrem während der NS-Zeit verfügen Namen. Lediglich einige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wegen ihrer allzu großen Nähe zum NS-Regime ausgetauscht. S. geht dem weiteren Schicksal einzelner Personen zwischen 1945 und 1949 sowie in der frühen Bundesrepublik nach und liefert damit einen bemerkenswerten Beitrag zur bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte im Zeichen der „Entnazifizierung“.

Die weitere Entwicklung der National-Bank war von der Erfolgsgeschichte des wirtschaftlichen Aufstiegs der Bundesrepublik während der 1950er- und 1960er-Jahre und den Turbulenzen in den Zeiten des Finanzmarktkapitalismus geprägt.

Die Lektüre der letzten Kapitel ist weniger interessant, wahrscheinlich, weil darin, je mehr man sich der Gegenwart nähert, die kritische Distanz des Autors fehlt. Er resümiert, dass die Geschichte der National-Bank „in der deutschen Bankenlandschaft eine wohl einmalige Geschichte“ (S.389) ist. Heute ist sie eng verflochten mit der Regionalentwicklung des Ruhrgebietes und der Entwicklung Deutschlands im europäischen Kontext, mit der Globalisie-

rung und Zentralisierung in der Wirtschaft, wovon auch die Bankenlandschaft nicht verschont bleibt. Ob die Bank 2021 ihr hundertjähriges Jubiläum erleben wird, ist fraglich. Vielleicht erklärt dies den jetzigen Zeitpunkt der geschichtlichen Aufarbeitung und Veröffentlichung.

Ulrich Busch

Michael Herms (Hrsg.): Zum Stand der Erforschung der regionalen NS-Geschichte in Mecklenburg-Vorpommern, Projekte Verlag Cornelius GmbH, Halle 2011, 120 S., ISBN 978-3-86237-550-9

Die vorliegende Publikation enthält Referate der Tagung zur oben genannten Thematik. Diese Konferenz am 9. Oktober 2010 in der Rostocker Stadthalle wurde von der Rosa Luxemburg Stiftung – Politische Memoriale Mecklenburg-Vorpommern und der VVN-BdA initiiert. Sie war insbesondere dem Chronisten des antifaschistischen Widerstandes von 1933 bis 1945, Prof. Dr. sc. Karl Heinz Jahnke, gewidmet, der 2009 verstarb.

Herms betont im Vorwort die Absicht der Veranstalter, einen zentralen Blick auf den gegenwärtigen Forschungsstand zur regionalen NS-Geschichte zu richten, sich auszutauschen über die Formen zur weiteren Erforschung des antifaschistischen Widerstandes in Mecklenburg-Vorpommern und mit dieser Zielstellung gegen das Vergessen zu wirken.

In dieser Richtung war auch der Vortrag von Manfred Weißbecker angelegt. Er verwies auf die Vielzahl theoretischer Aussagen und Deutungen über den aufkommenden Faschismus in Deutschland und analysierte in seinem Vortrag

die Stärken und Schwächen der Faschismus-Definition von G. Dimitroff. Er forderte zu prüfen, wie sie für die aktuelle Auseinandersetzung mit dem weltweiten Rechtsextremismus zu nutzen wäre. W. hob als Resümee hervor, ganz im Sinn von Jahnke intensiv die regionalen Aspekte des Widerstehens gegen das NS-Regime gründlich zu erforschen und nach neuen politischen Inhalten und Kampfformen gegen rechte Ideologien im internationalen und nationalen Rahmen zu suchen.

Matthias Pfüller verwies als Vorsitzender und Projektleiter von Politische Memoriale e. V. Mecklenburg-Vorpommern auf die konkrete Erforschung und Publizierung zur Thematik des NS-Regimes und der Vielfalt des antifaschistischen Widerstandes gegen die NS-Diktatur. Er analysierte die unterschiedliche Herangehensweise und den Stand der vorhandenen Kenntnisse über die Jahre der NS-Herrschaft. Kritisch wertete er die Geschichtsvermittlung durch den Historiker Guido Knopp. Im Rückblick auf die Historiografie in der alten Bundesrepublik hob P. hervor, dass in der Öffentlichkeit einschließlich des Bildungswesens von einer Niederlage des deutschen Faschismus kaum gesprochen wurde. Insbesondere verwies er in seinem Vortrag auf die „Vernachlässigung der Opfer“ der braunen Diktatur. Auf die Gegenwart bezogen, betonte er die Notwendigkeit der exakten Erforschung der historischen Orte, Täter und Opfer des NS-Regimes, da die Zeitzeugen des damaligen Geschehens kaum noch vorhanden sind und unbedingt für die Vermittlung eines realistischen Geschichtsbildes noch genutzt werden müssen. Bezogen auf Mecklenburg-Vorpommern verwies P. da-

rauf, dass verdienstvolle Arbeiten zur Erforschung und Publikationen bzw. Ausstellungen zur Lage der Zwangsarbeiter und KZ-Außenlager von Neuenгамme und Ravensbrück existieren. Er erläuterte in Hinsicht auf die gute Gedenkstätten-tätigkeit, dass es zu wenig finanzielle Mittel gibt bzw. bereitgestellt werden, um eine breit gefächerte Bildungsarbeit zur NS-Geschichte und gegen den vorhandenen Rechtsextremismus zu ermöglichen.

In der anschließenden Diskussion zu den beiden Referaten wurden unterschiedliche Forschungsergebnisse von Medienwerkstätten und Schülerprojekten vorgestellt. Dietrich Marquard und Ulrich Sander würdigten in ihren Diskussionsbeiträgen die Forschungs- und Publikationsarbeit von Jahnke zum Widerstand gegen die NS-Diktatur. S. verwies im Besonderen auf dessen 40-jährige Forschungs- und Publikationstätigkeit zum Jugendwiderstand, die unbedingt für die Auseinandersetzung mit dem „Neonazismus“ genutzt werden sollte. Peter Kroh ging auf eine völlig unterbelichtete Seite der Antifaschismusforschung, den Anteil der Sorben am Widerstand, ein.

Der vorliegende Bd. zur regionalen NS-Geschichte in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass es keinen Stillstand beim Erforschen und Publizieren der Widerstandsthematik gibt, aber noch viele weiße Flecken vorhanden sind, die getilgt werden sollten.

Günter Wehner

Horst Gobrecht: Und gingen aufrecht doch. Grete und Adolf Noetzel. Antifaschistischer Widerstand und Briefe aus der Haft, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2011, 351 S., ISBN 978-3-89144-444-3

Wer den alltäglichen Antifaschismus in der Nazizeit und seine bis in die Gegenwart reichenden Wirkungen begreifen will, der muss sich nicht nur mit den seinerzeit führenden politischen Persönlichkeiten, sondern vor allem mit jenen ungezählten Frauen und Männern beschäftigen, die trotz Diskriminierung, Verfolgung, Haft, Folter und Todesgefahr bereit waren, dem allseitigen Terror des Nazi-Systems ihr Denken und Tun für die menschliche Würde entgegenzusetzen. Grete und Adolf Noetzel aus Wiesbaden gehören zu jenen sozialistisch-kommunistischen Widerstandskämpfern, die schon in der Weimarer Republik den heranziehenden Faschismus bekämpften und sich auch nach 1933 gegen die Nazis zur Wehr setzten.

Adolf N., geboren am 8.6.1903 in Ostpreußen, wuchs im Ruhrgebiet auf, lernte im Bergbau unter Tage, schloss sich als 18-jähriger der Sozialistischen Arbeiter-Jugend an, besuchte 1923/24 Kunstgewerbeschulen und wurde ab 1.4.1924 als Plakatmaler tätig. Bei der Arbeit lernte er seine spätere Frau Margarete (Grete), geboren am 12.10.1905 in Bochum, kennen. Beide heirateten am 30.12.1927. Am 3.11.1934 wurde Ursula, das einzige Kind, geboren.

Überwiegend auf der Grundlage von fast 100 erhalten gebliebenen Briefen, zumeist von Adolf N. verfasst, die die Tochter dem Autor zur Verfügung stellte, wird das Leben der N.s im „normalen“ Alltag der Weimarer Republik ebenso dargestellt wie ihr heimlicher und unverzagter Kampf nach 1933.

Anfangs kreisten die Gedanken beider um ihre Liebe, um die Suche nach einem gemeinsamen Weg, auf dem sich Gretes Arbeit als Kontoristin und Adolfs Reklame- und Plakatmalerei mit

ihren politischen Ansichten verknüpfen lassen. Dieser Briefwechsel endete mit der Hochzeit. In Wiesbaden traten die N.s 1928 der KPD bei, Adolf war bald ein anerkannter Redner auf vielen Versammlungen in und um Wiesbaden. Grete engagierte sich in der Internationalen Arbeiterhilfe und leitete die örtliche Kinderarbeit der KPD.

Anfang März 1933 wurde N., wie Tausende andere, in sogenannte „Schutzhafte“ genommen und erst nach Plötzensee und dann ins KZ Sonnenburg verbracht, wo er u. a. Kontakt zu Carl von Ossietzky hatte. Mit der Auflage, sich dreimal wöchentlich bei der Polizei zu melden, wurde Adolf am 28.9.1933 entlassen. Jedoch wurde er schon am 13.11.1933 erneut verhaftet, diesmal wegen des Verteilens von illegalen Flugblättern. Kurz zuvor, am 4.11.1933, kam Grete zuerst in „Schutzhafte“ und später ins KZ Moringen, aus dem sie kurz vor Jahresende wieder entlassen wurde.

In den Folgejahren wechselten Verhaftungen und Verurteilungen sowie Entlassungen und Überweisungen in Krankenhäuser bzw. Heilstätten, sodass beide Widerstandskämpfer kaum eine gemeinsame Zeit als Ehepaar miteinander hatten. Die zahlreichen Briefe aus dieser Zeit zeigen zum einen die tiefe Liebe zueinander, aber auch zu einem Leben, frei von politischer und sozialer Unterdrückung. Sie belegen – trotz aller von den Briefschreibern zu bedenkenden Postkontrolle – gemeinsame politische Ansichten, die Berechtigung ihres Engagements, ihre Begeisterung für eine Kunst, die auch politisch motivierend ist. Oft schien ihre Lage wegen Verfolgung, Trennung, Krankheit und Momenten der Lethargie schier aussichtslos. Aber aus ihren Briefen schöpften sie Kraft, mach-

ten sich gegenseitig Mut und trösteten sich, wenn andere (vermeintliche) Freunde und frühere Genossen sie im Stich ließen. So wehrten sie sich dagegen, dass die Nazis ihnen nicht nur die materielle Lebensgrundlage nach und nach entzogen, sondern auch danach strebten, dass die N.s – wie viele andere – an der alltäglichen Bedrückung der Umstände und Zustände verzweifeln und resignieren.

Adolf N. verstarb am 6.12.1941 im Polizeigefängnis Wiesbaden, bis heute ist unklar, ob von den Nazis in den Freitod getrieben oder ermordet. Grete befreiten US-amerikanische Truppen am 3.4.1945 aus dem Zuchthaus Oberems bei Rheda/Gütersloh. Sie verstarb am 31.10.1983 in Hallgarten.

Die „Verbrechen“ der N.s in der Nazi-Zeit bestanden darin, gelesene, gehörte, gesprochene, geflüsterte Worte gegen die faschistische Herrschaft gezielt verbreitet und dazu ihr marxistisches Wissen genutzt zu haben. Sie hörten Sendungen des Moskauer und des Londoner Rundfunks, lasen in den Nazi-Zeitungen „zwischen den Zeilen“ und machten so in ihren Flugblättern auf Widersprüche zwischen der NS-Propaganda und dem Alltag aufmerksam. Außerhalb und innerhalb von Untersuchungshaft, Verhören und KZ lebten die N.s in aufrechter Haltung, krochen nicht zu Kreuze, gaben ihre Überzeugung nicht auf. Und das trotz zahlloser Misserfolge, Erniedrigungen und körperlicher wie seelischer Folter durch die Gestapo und die Wachleute in den KZ.

Gewiss kann man ihnen auch Fehler und Irrtümer attestieren. Manche Position scheint aus heutiger Sicht etwas dogmatisch und so eher einem antinazistischen Bündnis hinderlich gewesen

zu sein. Aber eins bleibt vorbildhaft bis heute: Sie waren nicht – wie so viele andere – bereit, ob aus Bequemlichkeit oder purem Opportunismus, den Antisemitismus, den Rassismus der Nazis einfach hinzunehmen, weil „es ja sowieso keinen Zweck hat“. Sie waren nicht bereit, sich mit Terror und Krieg abzufinden, weil „ich kleiner Mann ja doch nichts gegen die da oben machen kann“. Diese Haltung und ihr Streben nach einer demokratischen und solidarischen, also sozialistischen Gesellschaft kann uns heute Anstoß sein, nicht defensiv-gleichgültig abzuwarten, wohin sich unsere Gesellschaft bewegt, sondern sich aktiv in Wort und Tat für gerechte und friedensfördernde Verhältnisse einzusetzen.

Vorangestellt ist dem lesenswerten Bericht über Leben, Liebe, Kampf und Tod der N.s zum einen das Gedicht „Zündschnüre-Song“ von Franz Josef Degenhardt. Zum anderen schildert Tochter Ursula aus der Sicht als Kind und junge Frau das Leben ihrer Eltern. Abgerundet und anschaulich ergänzt wird die Darstellung durch einen Essay über Adolf N. als „Maler und Kommunist“ sowie durch farbige Reproduktionen zahlreicher Bilder und eines achtseitigen Kinderbuches mit dem Titel „Der kühne Schnauzer und der reiche Dicke“, das N. für die Kinder der Wiesbadener Kommunisten Charlotte und Alfred Schellenberger schrieb und illustrierte.

Peter Krob

Gerd Kaiser (Hrsg.): Aufrecht und stark. Frauen und Männer aus Suhl und Umgebung im Widerstand gegen Faschismus und Krieg, edition bodoni 2011, 191 S., 978-3-94078-119-2

Gerd Kaiser setzt seine langjährigen Untersuchungen und Veröffentlichungen zu Arbeiterbewegung, sozialen und politischen Konflikten, Antifaschismus und Emigration in Thüringen mit diesem Bd. fort. Er erschien „Im Auftrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in Suhl und in Zusammenarbeit mit Familien Verfolgter im Widerstand, herausgegeben von einer Arbeitsgemeinschaft“ (S.2). Der Hrsg. würdigt den Widerstand als solidarisches Werk Vieler sowie insbesondere das Mittun der Familien verfolgter und ermordeter Widerstandskämpfer und schrieb eine Einführung über Suhl im antifaschistischen Widerstand. Es folgen der Hauptteil mit den Lebensbildern von 28 Frauen und Männern, die Opfer des Naziterrors wurden, und anschließend „Biogramme Unbeugsamer im Widerstand“. Dokumente zu Verfolgung und Widerstand, Informationen über Denk-Male und Gedenkort sowie Bibliografisches und Register schließen die Publikation ab.

Der Hrsg. beschreibt einleitend den exponierten Platz der „Waffenschmiede“ Suhl in der Rüstungsproduktion des Reiches. In vier großen und zahlreichen weiteren Unternehmen wurden im Verlauf des Krieges auch Tausende Zwangsarbeiter ausgebeutet und drangsaliert. „Aus der Verbindung des sozialen Milieus der Arbeitswelt Suhler Betriebe mit der politischen Sozialisierung der Arbeiterschaft erwuchs der politische Widerstand.“ (S.11) Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und der Nachkriegskrise, der Inflation und Massenarbeitslosigkeit hatten proletarische Geburtsjahrgänge seit Beginn des 20. Jh. geprägt. Die meisten Lebenswege zeichnen sich aus durch solidari-

sches Denken und Handeln in der örtlichen und regionalen Arbeiterbewegung, bei Kämpfen um soziale Rechte sowie gegen den vordringenden Nazismus und seine etablierten bürgerlichen Sympathisanten und Sponsoren.

Im Gebiet um die heute kreisfreie Stadt Suhl erhielten KPD und SPD in der Reichstagswahl vom 6. November 1932 gemeinsam weit mehr Stimmen als die NSDAP. Noch unter den Bedingungen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 – als der offene Terror gegen die Linke bereits eröffnet war – erreichten beide Arbeiterparteien fast 43% und hatten damit nur wenige Stimmen verloren. Im Ergebnis der Kommunalwahl stellte die KPD eine Woche später beispielsweise im Ortsteil Albrechts sieben Gemeindevertreter. Der dort 1888 geborene und lebende Metallarbeiter und Kommunist Friedrich Fritz war wie andere Antifaschisten allerdings bereits am 7. März 1933 in „Schutzhaft“ genommen worden. Er wurde im Juni 1944 erneut verhaftet und kam Anfang April 1945 auf dem Todesmarsch von der Landesstrafanstalt Ichttershausen in Richtung KZ Flossenbürg um.

K. unterscheidet zwei Phasen des Suhler Widerstandes. In der ersten Phase von 1933 bis 1938/39 formierten sich widerständige Gruppen und agierten in verschiedensten Formen in Betrieben und Wohngebieten. Bei gleichzeitig hohen Verlusten, unter den Bedingungen des Terrors und auch des Verrats durch ehemalige politische Gefährten verringerten sich die Aktivitäten. Es waren Jahre, in denen es keinerlei Widerstand aus militärischen oder „gutbürgerlich“-aristokratischen Kreisen gab. Die zweite Phase verlief ab 1939/40 „in einer quantitativ und qualitativ aufsteigenden Kurve. Diese erreichte auch in Suhl

(kreisfreie Stadt) zwischen 1941 und 1944/45 ihren Höhepunkt und zeitigte für immer mehr Frauen und Männer im Widerstand tödliche Folgen.“ (S.20) Zwei große Verhaftungsaktionen der Gestapo brachten 1943 und 1944 mehr als zweihundert von ihnen in Haftanstalten und KZ.

Elke Pudszuhn und Dagmar Schmidt verfassten die Mehrzahl der Lebensbilder. Hervorzuheben ist, dass einige von Angehörigen geschrieben wurden – von eigenen Kindern bis zu einer Enkelin und einer Ur-Urenkelin. Die Lebensbilder beginnen mit dem Kommunisten und Gewerkschaftsfunktionär Adolf Anschütz, der am 5. Januar 1945 mit anderen Widerstandskämpfern in Weimar ermordet wurde, und enden mit Ella Ziegler, die – wegen ihrer jüdischen Herkunft im Januar 1943 verhaftet – am 28. Juli 1943 in Auschwitz starb. Die Widerständigen und Opfer gehörten am häufigsten der KPD, SPD und Gewerkschaften, im Einzelfall vor 1933 auch anderen Parteien oder Verbänden an. Manche waren unorganisiert, und es genügten kritische Äußerungen oder solidarische Handlungen, um sie vor Gericht, ins KZ und zu Tode zu bringen. Die Verfolgten starben durch Hinrichtung oder als unmittelbare Folge von Misshandlungen und Verletzungen sowie durch die Umstände der Haft und einer auf Vernichtung gerichteten Zwangsarbeit. Manche Familien betraf es mehrfach: „Minna Recknagel wurde als einzige Frau und als erste von neun zum Tode verurteilten Antifaschisten aus Suhl und Sonneberg am 5. Januar 1945 um 17.30 Uhr, noch vor ihrem Mann Emil, im Landesgerichtsgefängnis zu Weimar hingerichtet.“ (S.104)

Die Biogramme nennen – mit einzelnen Lücken – die Lebensdaten, Wohn-

ort, Beruf sowie Dauer und Ort der Inhaftierung von rund 250 Frauen und Männern einschließlich derjenigen, die in den Lebensbildern vorgestellt werden. Das Strafmaß reichte von einigen Tagen oder wenigen Wochen bis zu mehreren Jahren in Gestapohaft, sonstigen Haftanstalten und KZ. Häufig wurden elf Monate Haft verhängt. Die Übersicht veranschaulicht, dass Widerstand und Verfolgung überwiegend von Arbeitern getragen und erlitten wurden.

Der Leser vermisst allerdings meist Hinweise auf die Gründe oder Vorwände der Verfolgung und Bestrafung. In den Vorbemerkungen umschreibt K. sie summarisch als antifaschistischen Widerstand oder widerständiges Verhalten. Hier als Beispiel der Fall des Mechanikers Otto Günzler (1899-1978): „Nach einer kurzzeitigen Inhaftierung wegen solidarischer Hilfe für sowjetische Zwangsarbeiter, im September 1943 in Gestapohaft in der LSA Ichttershausen (SH), (4 Monate im Keller, 42 Tage Arrest, Misshandlungen bis zur Bewusstlosigkeit), sowie in Greiz und in einem der ‚Suhler Hochverratsprozesse‘ zu 4 Jahren ZH verurteilt. Bis zur Befreiung im April 1945 im ZH Untermaßfeld.“ (S.138) Anna Anschütz, deren Mann Adolf das Widerstehen mit dem Leben bezahlte (s.o.), war acht Monate in Haft; die ehemalige Stadtverordnete Fanny Becher überlebte zwei Monate im KZ Ravensbrück.

Gelegentlich werden Täter genannt. Wenn es ihnen gelang, der Verfolgung durch die Alliierten zu entgehen und die neue deutsche Staatlichkeit in der Bundesrepublik zu erleben, war ihre Chance groß, unbehelligt zu bleiben oder spät und meist geringfügig be-

straf zu werden. Letzter Leiter der Gestapostelle Weimar war der Jurist und SS-Obersturmbannführer Hans Helmut Wolff, seit 1932 Mitglied in SA und NSDAP und seit 1937/38 bei Gestapo und SS, der zuvor in Danzig und Den Haag gewütet hatte. Er war verantwortlich für die Ermordung von 149 Häftlingen des Landesgerichts- und des Gestapo-Gefängnisses im Weibicht bei Weimar am 5. April 1945, unter ihnen aus Suhl die Antifaschisten Robert Gladitz, Guido Heym und Erhardt Schübel. Acht Suhler waren am 5. Januar 1945 einer Mordserie im Landesgericht Weimar zum Opfer gefallen. Wolff verstarb 1969, ohne jemals in der Bundesrepublik vor Gericht gestellt und verurteilt zu werden.

Auch in Suhl wurden nach 1990 Mahnmale und Namen des Widerstandes und der Opfer getilgt oder im Geiste der Totalitarismustheorie anonymisiert und verfälscht. Das herrschende Konzept, die Hauptströme des Antifaschismus totzuschweigen oder herabzusetzen – in der Bundesrepublik 1949/50 begonnen, seit 1990 auf die neuen Länder ausgeweitet und bisher fast lückenlos fortgesetzt –, begünstigt auch heute und morgen Geschichtsfälschung, Antikommunismus und Rechtsextremismus.

Die verdienstvolle Veröffentlichung von K., seiner Mitautoren und Helfer, richtet sich mit ihrem dokumentarischen Gehalt und der Würdigung selbstloser antifaschistischer Entscheidungen und Wege ab 1932/33 beweiskräftig und bewegend gegen die in der offiziellen Erinnerungs- und Gedenkpoltik dieses Landes andauernde antihumanistische Missachtung des frühzeitig und beharrlich überwiegend aus der Arbeiterschaft geführten Kampfes

gegen Terror, Rassismus und Krieg sowie seiner Opfer. *Ludwig Elm*

Gerhard Bassarak: Mit dem Vorsprung einer historischen Epoche. Aufsätze und Vorträge zu Biblischer Theologie, Gesellschaft, Kirche, Ökumene und Sprache, hrsg. von Ingrid Ehrler u. a., GNN Verlag, Schkeuditz 2010, 463 S., ISBN 978-3-89819-348-1

Die Hrsg. haben eine signifikante Auswahl aus den zahlreichen Publikationen von Gerhard Bassarak (1918-2008) zusammengestellt. Anliegen ist, seine Wirksamkeit als Pfarrer, Studienleiter der Evangelischen Akademie, Theologieprofessor für Ökumenik und Mitglied der Prager Christlichen Friedenskonferenz (CFK), in der er leitende Funktionen bekleidete, dem Vergessen zu entreißen und von ihr Impulse sowohl für das Handeln von christlichen Kirchen als auch für das Ringen um positive gesellschaftliche Veränderungen ausgehen zu lassen. Die abgedruckten Predigten, Bibelarbeit, Aufsätze, Vorträge, Zeitschriftenartikel und Interviews stammen aus den Jahren 1960 bis 1992, fallen also weithin in die Zeit des Bestehens der DDR, als deren „sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens“ (S.223) sich B. verstand und deren Innen- und Außenpolitik er mit den ihm gebotenen Möglichkeiten aktiv und dezidiert unterstützte. Aus B.s Erfahrungen in der NS-Zeit und im Zweiten Weltkrieg resultierte sein Engagement für die DDR. Für ihn, der nach dem Kriege Theologie studierte, war sie eine neue Lebenschance für die Deutschen und die Möglichkeit, dem Gebot Jesu zu folgen: „Gehe hin und sündige hinfort nicht mehr!“ (S.268f.)

Als Pfarrer sah sich B. in eine Kirche hineingestellt, in der gegenüber dem in der SBZ bzw. DDR beschrittenen Weg weithin Reserve und Ablehnung bestand. Sich das Erbe der Bekennenden Kirche zu eigen zu machen und christliche Existenz unter den neuen Gegebenheiten zu verwirklichen, schloss für ihn die politische Zusammenarbeit mit Andersdenkenden – vornehmlich Marxisten(-Leninisten) – ein. Ein Hauptanliegen, die Sicherung des Friedens, führte zum Engagement in der CFK. Die theologische Begründung für diese Haltung war die biblische Aussage von der Begnadigung und Rechtfertigung des Gottlosen durch Gott (S.29).

Ein erster Abschnitt des Bd., „Lebensweg und Weggefährten“, bietet nach autobiografischen Ausführungen und einem Gedenkartikel für B.s maßgeblichen theologischen Lehrer Julius Schniewind Würdigungen, die zu Geburtstagen geschrieben wurden, sowie einen Nachruf.

Da in B.s theologischer Arbeit das Neue Testament im Zentrum stand (S.37) folgen in einem weiteren Abschnitt Auslegungen in Form von Predigt oder Bibelarbeit. Hier ist die entscheidende Fundierung der Orientierung der Aktivitäten von B. zu finden. Christen sollten massiv öffentlich Widerspruch einlegen gegen Politiker, die den Namen Christen für sich in Anspruch nehmen, um die (christliche) Wahrheit zu entstellen und Lügen zu verbreiten. Der Kirche bliebe nur Fürbitte im Gebet, die Mahnung an die Mächtigen, dem Wohl der Menschheit den Vorrang zu geben vor „Partikular- oder Profitinteressen“, und die karitativen Aktivitäten. Da letztere nicht ausreichten zur Beseitigung von Hunger,

Armut, Elend und Analphabetismus, „sind strukturelle Veränderungen vonnöten, die nicht anders als etwa durch eine neue Weltwirtschaftsordnung und durch das Vorantreiben revolutionärer Prozesse und Beseitigung von Abhängigkeiten zu erreichen sind“ (S.84f). Hier aktiv mitzuwirken, sei Aufgabe der Christen und Kirchen in Zusammenarbeit mit Nichtchristen.

Der Abschnitt „Staat und Politik“ bietet als erstes eine Auseinandersetzung mit der Obrigkeitsschrift von Bischof Dibelius. Der Essay „Antikommunismus und Proexistenz“, der an eine Diskussion auf der II. Allchristlichen Friedensversammlung (1964) anknüpft, will zeigen, wie antikomunistische Töne die Predigt gefährden und zerstören. Besondere Beachtung verdient die Auseinandersetzung damit, Kommunismus und Faschismus unter dem Oberbegriff „Totalitarismus“ zusammenzufassen und somit zu identifizieren. Die Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus wird nochmals aufgenommen in den Aufsätzen „Der Antikommunismus in der Kirche“ und „Feindesliebe und Antikommunismus“.

Der Aufsatz „Kann es eine Theologie des Friedens geben?“ wendet sich gegen eine Theologisierung und Idealisierung des irdischen Friedens. Betont wird ein nicht zu überbrückender Unterschied zwischen dem Frieden Gottes und dem vernünftigen irdischen Frieden. Modelle für die friedliche Lösung heute strittiger politischer Probleme seien aus der Bibel nicht abzuleiten. Dieser Grundsatz habe auch Gültigkeit im Blick auf die Nahostfrage, wie der Beitrag „Das ‚Heilige Land‘. Zu Theologie und Politik“ zu zeigen sucht: Legitimiert ist die Existenz des Staates Is-

rael durch einen Beschluss der UNO, nicht jedoch durch Berufung auf die Landnahme der Israeliten und das Bestehen ihrer Reiche in alttestamentlicher Zeit. Deutlich gegeneinander abgehoben werden Antisemitismus und Antizionismus.

Von dem nächsten Abschnitt „Kirche und Gemeinde“ ist aus dem Artikel „Theologische Existenz in der sozialistischen Gesellschaft“ (1965) die programmatische Mahnung hervorzuheben: „Sorgen wir in den vor uns liegenden zwanzig Jahren besser als in den vergangenen dafür, dass die Kirche, die Gemeinde, die Welt des Sozialismus als ihre Welt zu begreifen, zu verstehen, zu lieben lernt [...] Als Theologe wird man überzeugt sein, dass auch die Welt des Sozialismus das Evangelium braucht. Sie braucht aber keine Kirche als 5. Kolonne des Westens, sondern eine Kirche, die in der Welt des Sozialismus bezeugt, dass Jesus Christus auch für diese Welt gekreuzigt und auferstanden ist und in ihrer Mitte lebt. Jesus Christus ist nicht in den Westen geflüchtet!“ (S.177)

Nähere Ausführungen dazu bietet der Aufsatz „Strukturwandel der Gemeinde“. Strukturen der Gesellschaft sollten nicht unkritisch übernommen werden, sondern seien zu prüfen, „ob sie mit christlichem Geist zu füllen oder zu vereinbaren sind“ (S.189). Während der einzelne Christ sich politisch engagieren soll, müsse die Kirche, um ihren Auftrag zu erfüllen, lernen, „politisch neutral zu sein“ (S.194).

In einem Gedenkartikel „Zum Darmstädter Wort – 40 Jahre danach“ (1987) werden die Kirchen in der DDR mit den Fragen konfrontiert, „ob unsere politischen Entscheidungen der Freiheit entsprechen, zu der das Evangelium uns

befreit“, ob die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR und „das Beharren auf der ‚besonderen Gemeinschaft‘ nach der Trennung von der EKD“ nicht einen Rest von Nationalismus bedeutet, der der Wahrnehmung „ökumenischer (und internationalistischer) Weltverantwortung“ im Wege steht? Kritisch hinterfragt werden das „Pochen auf Eigenständigkeit“ und die Zurückhaltung bzw. Abgrenzung gegenüber den vom Staat angebotenen Möglichkeiten politischer Betätigung. Kritisiert wird das Verhalten der Kirche zu Ausreisewilligen und Oppositionellen (S.256-258).

Innerhalb des Abschnitts „Ökumene und Frieden“ ist zunächst auf eine persönlich gehaltenen Standort- und Aufgabenbestimmung für die Prager CFK hinzuweisen. In diesem 1962 gehaltenen Referat wird ein institutioneller Charakter der CFK ebenso abgewiesen wie der Versuch, sie als Ost-Ökumene zu konstituieren. B.s Überlegungen zum Frieden führt er im Aufsatz „Die Christliche Friedenskonferenz in der ökumenischen Bewegung“ (1975) fort: „In der Tat ist es das historische und kirchengeschichtliche Verdienst der CFK, zum erstenmal die Friedenskräfte der Christenheit der Welt in wahrhaft umfassender Weise zu integrieren.“ (S. 314) Bei aller Verschiedenheit der theologischen Motivation ist das gemeinsame Ziel: „Friede für alle Menschen, verbunden mit sozialer Gerechtigkeit [...] Das heißt Kampf dem Krieg, seinen Ursachen und den Kräften, die ihn produzieren, Kampf der Ausbeutung in jeder Gestalt“ (S.316f.). Betont wird erneut die differenzierende Anwendung des theologischen Begriffs „Versöhnung“, dem Ausbeuter und dem Ausgebeuteten könne man

„nicht unterschiedslos Versöhnung predigen“. „Dem US-Aggressor ist auf andere Weise zu sagen, was er zur Versöhnung mit den Völkern Indochinas zu tun hat, als diesen Völkern.“ (S.318) Der Aufsatz „Die Kirchen in der BRD und in der DDR unter ökumenischem Aspekt“ (1979) gibt eine weitreichende Lagebeschreibung und betont, dass es zwischen beiden Kirchen darauf ankomme, „die nationale Klammer, die für lange Zeit das entscheidende Bindeglied war, durch die ökumenische, die geistliche Klammer zu ersetzen“ (S.348). Lesenswert sind auch die Beiträge zur Geschichte der Mission und Ökumene. Ergänzt wird der Bd. durch eine Bibliografie. Greift man eine von Hans Joachim Iwand getroffene Unterscheidung auf, so ist festzustellen, dass B. in der DDR, politisch betrachtet, zu den „regulären“ Kräften gehörte, in seinem christlichen Engagement, d. h. im Rahmen der Kirchen, zu den „irregulären“. Eine umfassende und differenzierende Darstellung der Kirchengeschichte der DDR wird an seinem Lebenswerk nicht vorbeigehen können.

Hans-Jürgen Gabriel (red. gek.)

Werner Breunig/Andreas Herbst (Bearb.): Biografisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946-1963. Im Auftrag des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin. Mit einer Einleitung von Siegfried Heimann (Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 14), Berlin 2011, 331 S., Abb., ISBN 978-3-9803303-4-3

Sind biografische Handbücher stets wegen ihres hohen Informationsgehalts für die konkrete personifizier-

te Geschichtsschreibung von großem Interesse, so trifft das für den vorliegenden Bd. besonders zu. Vorgestellt werden die Parlamentarier Berlins in der Stadtverordnetenversammlung und im Abgeordnetenhaus in einer überaus spannungs- und entscheidungsreichen Periode der Stadtgeschichte. Die deutsche Hauptstadt nach ihrer Befreiung von NS-Diktatur und Kriegschaos als Viersektorenstadt mit demokratischem Neubeginn und erster Gesamt-Berliner Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1946 (1. und 2. Wahlperiode) über die Spaltung 1948 und die Beschränkung der Wahl und Wirksamkeit des Abgeordnetenhauses von (West-) Berlin (1.-3. Wahlperiode) bis 1963 findet sich hier widergespiegelt.

Die Bearb. sind ausgewiesene Kenner der Berliner Geschichte, Werner Breunig für die Nachkriegsverfassung und Andreas Herbst als Autor mehrerer fundamentaler Nachschlagewerke. Die Einleitung zu diesem Bd. hat Siegfried Heimann unter dem Titel „Blütenträume“ und die „Mühen der Ebene“ im Nachkriegsberlin (1945-1963) (S.11-54) verfasst. Ein kenntnisreicher, dicht gedrängter Überblick über die wichtigsten Schnittpunkte, die einzelnen Wahlperioden und ihre Ergebnisse, das Wirken der politischen Parteien und ihrer leitenden Funktionäre. Als ein Hauptschauplatz des Kalten Krieges wird die innere Konstitution der Stadt mit ihrer Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin 1946, dem Kleinen Besatzungsstatut vom Mai 1949 und der Verfassung (West)Berlins vom 1. Oktober 1950 dargelegt, die mit mehreren Umbenennungen der staatlichen Organe einherging, so der Stadtverordnetenversammlung in Abgeordnetenhaus, des Magistrats in Senat und

des Oberbürgermeisters in Regieren der Bürgermeister. Als Schlusspunkt wurde das Ende der 3. Wahlperiode 1963 gewählt, da diese Wahl zum Abgeordnetenhaus „in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur in der Berliner Nachkriegsgeschichte“ war, sicher auch verbunden mit dem „Mauerbau“ 1961. Für Westberlin begann die Zeit einer gewissen „Normalität“. Die Lösung der in Berlin konzentrierten und angehäuften Probleme der Nachkriegsgeschichte, „der Traum“, ging erst 1990 mit der „gesamtdeutschen Lösung“ in Erfüllung. (Heimann, S.54).

Den Hauptteil bilden ca. 500 Biografien der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten von 1946 bis 1963. Verzeichnet sind Name, Vorname, Fraktions- bzw. Parteizugehörigkeit, Geburtsort und -datum sowie Sterbedatum und -ort. Die Mitgliedschaft im Berliner Parlament (auch über 1963 hinaus), Bildungsweg und beruflicher und politischer Werdegang werden ebenfalls genannt, dazu kommen Porträtfotos. Diese Viten sind akribisch auf der Basis von Archivmaterialien, gedruckten Quellen und persönlichen Auskünften formuliert; es ist trotzdem nicht vollständig gelungen, alle Daten zu beschaffen, besonders schwierig oft die Sterbedaten; zuweilen mangelt es auch an Fotos. Das überrascht, da es sich doch um Personen der jüngsten Vergangenheit handelt. Vielleicht wird die Publikation zu weiteren Forschungen anregen. Wichtig sind auch die im Anhang gegebenen Übersichten der Laufzeit der Wahlperioden, über Vorstand bzw. Präsidium, die Funktionen und Ausschüsse; dazu die Verzeichnisse der Quellen und Literatur und der Bildquellen.

Die historische Auswertung und Bewertung der Daten steht noch weithin aus.

H. gibt bereits entsprechende Hinweise und bemerkt z. B., dass die meisten der 1946 gewählten Stadtverordneten auch später als Abgeordnete z. T. über mehrere Wahlperioden dem Parlament angehörten. In den ersten Jahren überwogen Mandatsträger, die schon vor 1933 kommunalpolitisch gewirkt hatten, teilweise im antifaschistischen Widerstand verfolgt und eingekerkert waren, sie gehörten im Altersdurchschnitt der älteren Generation an. Knappe Aussagen gibt es über den Frauenanteil (S.22). Zu analysieren wäre noch z. B. die berufliche Struktur der Abgeordneten; ihre überwiegende Herkunft aus Berlin fällt ins Auge. Über einige Abgeordnete, „Prominente“ zumal, wären Hinweise auf bereits vorhandene ausführliche Biografien denkbar, so für die bekannten Sozialdemokraten Willy Brandt, Otto Ostrowski, Ernst Reuter, Louise Schroeder, Klaus Schütz, Otto Suhr u. a.. Vor allem wäre aber die Fortführung der Forschungen über die Abgeordneten nach 1963 dringend wünschenswert – die Zeit läuft. Für zukünftige Forschungen sind detailliertere Übersichten über die Parlamentarier der Arbeiterparteien, vorwiegend über die der SPD, die seit 1946 dominant waren, angesagt. Die SED war bekanntlich nur in der 1. Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung vertreten, mit bekannten Funktionären wie Bruno Baum, Max Fechner, Karl Litke, Karl Mewis, Karl Maron, Elli Schmidt, Ernst Wildangel, Otto Winzer, Helga Wittbrodt u. a.

Dank gebührt den Bearb. und Autoren, dem damaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Walter Momper und dem Direktor des Landesarchivs Uwe Schaper für ein wertvolles Werk.

Ingo Materna

Burkhard Jacob: Pfahl im Fleisch. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin. Geleitwort

Hans Modrow, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2011, 228 S., ISBN 978-3-89144-440-5

Innerhalb kurzer Zeit ist nun eine zweite Publikation zur Geschichte der SEW erschienen (siehe Rezension in *Jahrbuch*, 2010/III, S.214-216), leider ist dieser Bd. von Thomas Klein im Literaturverzeichnis (dafür aber in den Fußnoten) nicht einmal erwähnt. Im Vorwort verspricht der Autor: „Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Einbeziehung von Quellenmaterial des ehemaligen SED-Partei- und eines Privatarchivs, mit zum Teil unveröffentlichten Dokumenten, sowie der Berichterstattung der Parteizeitung ‚Die Wahrheit‘.“ (S.7) Dieses Vorhaben gelingt aber nur unzulänglich.

Der Autor behandelt sein Thema, eingerahmt von Vorwort, Geleitwort von Hans Modrow und Fazit, chronologisch in drei Kapiteln. Er betitelt sie als „Von den Geburtswehen der Sozialistischen Einheitspartei zum ‚antifaschistischen Schutzwall‘ (1945-1961)“, „Von der Strategieveränderung bis zur SEW-Krise (1962-1980)“ und „Friedensbewegung, Perestroika und der Zusammenbruch der DDR (1981-1990)“.

Im 1. Kapitel kann J. zum Entstehungsprozess der SEW nichts wesentlich Neues beitragen. Zur Entwicklung der Parteiorganisation, die damals zur SED gehörte, wird nur wenig gesagt und zu viel zitiert. Zudem ist dieser Abschnitt stark von der teilweise langatmigen Skizzierung der allgemeinen Rahmenbedingungen (z. B. Währungsreform, Spaltung der Stadt, 17. Juni 1953 und Geschichte der DDR, Scheitern der Wie-

dervereinigungsbestrebungen und Berlin-Krise Ende der 50er-Jahre) dominiert. Allerdings zeigt sich hier bereits als Vorzug des ganzen Bd., dass die Entwicklung der SEW nicht aus sich heraus, aus der Partei selbst und ihrer Bestimmung durch die SED, behandelt und erklärt wird. Vielmehr wird sie sowohl in die Zeit des Kalten Kriegs, in die Deutschlandproblematik und die besondere Situation Westberlins eingeordnet.

Auch im 2. Kapitel wird oft mehr die allgemeine Geschichte Westberlins als die der SEW dargestellt, wenig vermitteln auch hier die zahlreichen langen Zitate, vor allem in den Fußnoten. Insgesamt wird im gesamten Bd. weniger analysiert als vielmehr damalige Standpunkte und Entwicklungen referiert. In diesem Zusammenhang erscheinen (wie z. B. um S.120) kritische Wertungen gegenüber damaligen SEW-/SED-/DKP-Positionen mehr pseudokritisch.

Im 3. Kapitel schlägt sich der Autor in der Parteikrise auf die Seite der Kritiker, ohne zu analysieren, welche realistische Alternativen deren Positionen boten. Er zitiert des Öfteren aus „Einschätzungen und ggf. Order zur Situation und zum Handeln der kleinen Bruderpartei SEW“ (S.159), die die zuständige Abteilung der SED gab, ohne aber darauf einzugehen, wieweit die Einwirkungsmöglichkeiten bzw. Einwirkung der SED auf die SEW tatsächlich waren. Für die zweite Hälfte der 80er-Jahre wird an Positionen der SEW kritisiert, was sowieso nicht mehr zu leugnen war (z. B. S.196). Hier wird deutlich: Die Verwirklichung der Drohungen der SED, die regelmäßigen Zuwendungen zu kürzen oder einzustellen, hätte die Existenz der SEW gefährdet (S.197).

Das Fazit des Autors lautet, eine nicht von der SED abhängige und am Monopolanspruch auf „Führung der Arbeiterklasse“ orientierte SEW oder Linkspartei im Zusammenwirken mit Gewerkschaften, neuen sozialen Bewegungen und Migranten hätte wirksamer agieren können als die bestehende SEW mit ihrem monolithischen Parteiverständnis und der Ausgrenzung kritischer Mitglieder (S.218).

Handwerkliche Schwächen wie ungenügende Belege von Zitaten usw., das Aneinanderreihen von Zitaten – oft ohne inhaltlich Übergänge zu schaffen – oder einige Fehler bei bekannten Fakten (z. B., dass 1951 die Welfestspiele der Jugend und Studenten im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark stattgefunden hätten, S.34) sind des Weiteren zu vermerken. Die beigelegte CD enthält 46 Dokumente; Kriterien für die Auswahl lassen sich nicht erkennen. Es sind meist veröffentlichte Artikel, jedoch auch einige unpublizierte interne Einschätzungen, vermisst werden hier Protokolle von Vorstandssitzungen etc.

Jürgen Birg

Klaus Kinner (Hrsg.): Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 71), Berlin 2011, 219 S., ISBN 978-3-320-02267-9

Der Hrsg. stellt 13 Beiträge der 2010 in Leipzig veranstalteten Konferenz „Die Linke, Erbe und Tradition. Eine historisch-kritische Standortbestimmung“ vor, die seiner Auffassung nach hilfreich das programmatische Denken und Handeln in der Partei DIE LINKE beeinflussen können. Die Intentionen des Hrsg. zielen nicht auf ein geschlossenes Geschichtsbild, sondern

auf einen offenen Diskussionsprozess der Linken über ihr geschichtliches Selbstverständnis (S.7).

Lothar Bisky erläutert die Notwendigkeit von Geschichtsbewusstsein und -debatten für die Identitätsstiftung der Linken. „Geschichtliche Auseinandersetzung“ sei „der Humus dafür, dass Pluralität kein abstraktes Postulat einer modernen Parteientwicklung bleibt. Wir erleben doch häufig genug, dass sie uns immer nur solange als heilig gilt, wie sie meine eigenen Auffassungen nicht in Bewegung bringt.“ (S.10) Indessen sei weltanschaulicher Pluralismus „für linke Parteiprojekte nach 1989 unerlässlich geworden“ (S.11). Im Weiteren fordert B. eine Auseinandersetzung mit den Wurzeln des Linkssozialismus sowie eine konsequente Absage an jeglichen Avantgardismus in Parteiprojekten und an den Stalinismus als System (S.12f.). Daran anknüpfend analysiert Stefan Bollinger „Geschichte, Programme und Politik“; er untersucht Umbrüche und drängende Fragen einer programmatischen Sicherheit, wie sie sich nach Erfurt 1891 in der Arbeiterbewegung des 20. Jh. stellten. Problematisch erscheint die hier vorgenommene Zuordnung der KPD und der SED zu den linken Parteien, letztlich waren sie keine demokratisch strukturierten und geführten Parteien. Der sogenannte demokratische Zentralismus ließ das gar nicht zu. Zu fragen wäre, ob die „Einheitspartei“, die im neuen Programm der Partei DIE LINKE noch immer historisch positiv gesehen wird, von Anbeginn „als autoritäre Staatspartei“ (S.24) den Einheitswillen beachtlicher Teile der Arbeiterschaft für die Liquidierung der SPD missbrauchte? Indessen gibt B. selbst zu bedenken, „dass auch der als Weg-

bereiter Stalins gescholtene Wladimir Iljitsch Lenin selbst zutiefst ein Revisonist Marxscher Lehre war“ und nennt „Verwerfungen, die sich früh hinsichtlich von Demokratiedefiziten, Terror und Entwicklungsverweigerung zeigten“ (S.31). In diesem Zusammenhang ist wohl auf Lenins Parteiauffassung und auf das so praktizierte Parteimodell zu verweisen. Zumindest ist zu bezweifeln, dass der von B. kritisch charakterisierte Parteikommunismus der hier untersuchten „Linken“ bzw. dem Linkssozialismus zugeordnet oder in deren Nähe gebracht werden kann.

Jürgen Hofmann untersucht Prozesse und Debatten des „Bruchs mit dem Stalinismus“, wie dies vom Sonderparteitag der SED/PDS im Dezember 1989 beschlossen worden ist. „Die Formel vom ‚Stalinismus als System‘ schloss eine prinzipielle Kritik am bisherigen sozialistischen Gesellschaftsmodell sowjetischer Prägung ein.“ (S.49) Gegen einen gelegentlich zu hörenden Einwand macht er geltend, dass der „Stalinismus“ kein ideologischer Kampfbegriff sei. Linke sollten „ihrem marxistischen Denkansatz nicht untreu werden“ und „akzeptieren, dass es die realen Verbrechen und Deformationen im Namen des Sozialismus sind, die den Rückblick auf den Realsozialismus und die Vision eines neuen Anlaufs belasten“ (S.53).

In diesem Zusammenhang wendet er sich dagegen, die Stalinismuskritik als verdeckten Antikommunismus zu denunzieren. Indessen gelte es, den „Stalinismus als effektivste Form des Antikommunismus“ zu begreifen (S.54). Im Weiteren skizziert H. die Komplexität eines erweiterten Stalinismusbegriffs und verweist u. a. auf dessen innenpolitische Dimension, auf bürokrati-

tisch-diktatorische Herrschaftsformen und Strukturen sowie auf repressive Gewalt.

Edelbert Richter befasst sich mit dem „linken Flügel der DDR-Bürgerbewegung“ seit Ende der 70er-Jahre in der DDR. Er geht in die oppositionellen Spuren von Robert Havemann und Rudolf Bahro, die international großen Widerhall gefunden haben. R. beleuchtet die Böhleener Plattform und ihren Appell „Für eine vereinigte Linke“ und bringt in Erinnerung, dass die vom „Neuen Forum“ und vom „Demokratischen Aufbruch“ 1989 eingebrachten Forderungen keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaft bedeuteten.

Daran anknüpfend befasst sich Andreas Heyer mit Robert Havemann und dem „postmateriellen Utopiediskurs“. Havemann und Rudolf Bahro gehörten neben Wolfgang Harich zu den bekanntesten Kritikern der DDR. Die Biografie Havemanns spiegele „die ganze Zerrissenheit des 20. Jahrhunderts“ wider, sie werde „so zum exemplarischen Beispiel der Irrwege und Verfehlungen der Moderne“ (S.70). Eine Bilanz seiner „Verarbeitung der tschechischen Ereignisse und der Friedens- sowie Ökologieproblematik“ habe Havemann in seinem letzten Buch „Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie“ gezogen (S.73). H. nennt Licht- und Schwachpunkte (negatives Demokratieverständnis) und betont, dass es sich hier „um einen der ersten deutschsprachigen Entwürfe der postmateriellen Utopie“ handelt. „Zugleich ist es ein wichtiges Zeugnis der Oppositionsliteratur der DDR – gerade wegen der Ambivalenzen und der teilweise problematischen Thesen.“ (S.91) Im Weiteren analysiert der Autor Bah-

ros „Alternative“, die „Ökologie, Demokratie und ein neuer Marxismus im Gewand der Utopie“ sei. Beide, Havemann und Bahro, hätten mit ihren Visionen, so H., „den Prager Frühling radikal“ aufgewertet, „indem sie ihn der DDR im Speziellen und dem Staatssozialismus im Allgemeinen als tragfähige Alternativen gegenüberetzten“ (S.97). Helga Grebing nennt ihren Beitrag „Linkssozialismus – Entscheidung für die Sozialdemokratie“ und gibt so bereits eine definitive Antwort. Simple, aber nützlich könne es sein, „einfach alles, was sich links von der SPD bzw. Sozialdemokratie und rechts vom Kommunismus stalinistischer Observanz finden lässt, als linkssozialistisch zu kennzeichnen – gegebenenfalls mit Grenzüberschneidungen [...] Das ist schon nahe bei dem, was ich definitiv versuche: nämlich emanzipatorische Werthaltung und Grundüberzeugungen, die ihren Ursprung bei Marx haben können, aber nicht haben müssen, mit Zielvorstellungen zu verknüpfen, [...] die auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet sind“ (S.107). Als grundsätzliche Kriterien für die Zwischenkriegszeit sieht sie: „1. ‚Dritter Weg‘-Konzeption, 2. produktive Kritik und Weiterführung der Marxschen Theorie, also wenn man so will: ‚Revisionismus‘, 3. Bereitschaft zur Überprüfung alternativer Theorie-Entwürfe, 4. ein enger Bezug von Theorie und Praxis.“ (S.107) G. schildert die Neufindung linker, aus der SAPD kommander Sozialdemokraten nach 1945, wie Willy Brandt, Otto Brenner u. a., sowie die Bedeutung von Linkssozialisten für die SPD. Sozialdemokraten verstünden „den demokratischen Sozialismus nicht als potenzielles Fertigprodukt [...], sondern als ‚ständige Aufgabe““ (S.117).

Philipp Kufferath nennt seinen Beitrag „Vom Parteienwachstum der SPD zum Protagonisten der Neuen Linken. Die Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (1946-1968)“, Björn Allmendinger bietet „Einblicke in den Rätediskurs. Zu den programmatischen Ansätzen der 68er Bewegung“. Gisela Notz untersucht die „Selbstverwaltung und Alternativbewegung der 1960er und 1970er Jahre. Das richtige Leben im falschen“ und betitelt einen zweiten Beitrag mit „Mein Bauch gehört mir. Der Kampf der Frauen um das Recht auf Selbstbestimmung (§ 218 StGB)“. Harald Rein schildert die Widerstandsgeschichte von Erwerbslosen in Deutschland. Markus Mohr und Gerhard Hanloser befassen sich mit dem Thema „Der westdeutsche Maoismus und die Partei Die Grünen“. Der Bd. schließt mit einem ausführlichen Autorenverzeichnis. Die Texte sind insgesamt sehr informativ und für den Diskurs über Linkssozialismus in Geschichte und Gegenwart sehr hilfreich. *Horst Klein*

Harry Nick: Ökonomiedebatten in der DDR, GNN Verlag, Schkeuditz 2011, 109 S., ISBN 978-3-89819-366-5

Der Verf. hat sehr persönlich gehaltene Erinnerungen und Reflexionen an und über „Ökonomiedebatten in der DDR“ veröffentlicht. Dies ist aus zwei Gründen vorauszuschicken: Einerseits ist der Titel des Büchleins insofern eine Nummer zu groß geraten, dass Harry Nick sich nur solcher Diskussionen erinnert, an denen er selbst beteiligt war, demzufolge viele andere und vor allem die an ihnen Beteiligten überhaupt nicht erwähnt.

Selbst wer aus den Ökonomiedebatten all jene ausblendet, die in der DDR zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus stattfanden, zur Ökonomik der Entwicklungsländer, zur Theorie- und Wirtschaftsgeschichte usw., wird solche Namen wie Erich Apel, Arne Benary, Heinz-Dieter Haustein, Gunther Kohlmey, Kurt Vieweg, Hans Wagner usw. vermissen und andere wie Fritz Behrens, Johannes Köhler, Helmut Kozioluk usw. nur in zweitrangigen Zusammenhängen finden.

Andererseits ist der Titel eine Nummer zu klein gewählt, weil viele Probleme, die in der DDR öffentlich überhaupt nicht oder allenfalls in sehr verklausulierter Form debattiert worden waren, nun zum Gegenstand der Reflexion des Verf. geworden sind: das Problem der Demokratie, die Frage der real existierenden Mangelwirtschaft oder die Problematik „sozialistischer Monopole“, erst recht natürlich die Fragen „Wie wollen wir leben?“ und „Was bleibt?“

Dies vorausgeschickt hat N. ein vorerstem Hintergrund geschriebenes und stellenweise durchaus amüsant zu lesendes Büchlein geschrieben, ehrlich, informativ und nicht unkritisch, weder dem real nicht mehr existierenden Sozialismus noch sich selbst gegenüber. Dabei werden sicherlich einige der an den Debatten Beteiligten (sofern noch am Leben) diametral entgegengesetzter Ansicht sein, ob es sich um das Volkseigentum und seinen sozialökonomischen Charakter handelt, um die Frage des „jugoslawischen“ Modells, um den Charakter und das Schicksal des Neuen Ökonomischen Systems oder um die Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Das betrifft erst recht seine Antworten auf die Fra-

ge „Warum sind wir gescheitert?“, denen man durchweg Gegenfragen, weiterführende Gegenfragen, hinterdrein schicken kann. Auch das gehört nun einmal zu persönlich gehaltenen und zum Nachdenken anregenden Erinnerungen und Reflexionen.

Thomas Kuczyński

Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR. Bd. 1: Analyse einer Zerstörung, Bd. 2: Analyse ausgewählter Forschungen – Übersichten – Register, Edition Organon, Berlin 2011, 2012, 504 S., 620 S., ISBN 978-3-931034-14-6, ISBN 978-3-931034-16-0

Der Autor hat sich einem Mammutunternehmen gestellt, allein das verdient schon Achtung und Anerkennung. Dieser Respekt wächst, wenn der Leser die Faktenfülle und Analysen der über 1.000 Seiten durchgearbeitet hat.

Der Bd. 1 bietet einen guten Überblick über Struktur, Forschungen, Schwerpunkte und Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft vornehmlich in den 80er-Jahren und analysiert deren „Abwicklung“ mit dem Ende der DDR. Quellen sind publizierte Forschungsergebnisse, von Historikern der behandelten Institutionen zur Verfügung gestellte Informationen, Veröffentlichungen zur Abwicklung sowie Archivalien (u. a. aus dem SAPMO und Landesarchiven). Wie der Verf. konstatiert, ist die DDR-Geschichtswissenschaft zwar selbst Geschichte, mit dem Ende der DDR verschwanden „ihre Auftraggeber und materiellen Grundlagen, nicht aber ihre Vertreter“, ihre Ergebnisse sind mit der Abwicklung

ihrer Institutionen nicht einfach null und nichtig (S.1). Angesichts der Breite des Dargestellten ist es nicht möglich, all jenes, das zur Diskussion herausfordert, auch nur im Ansatz anzureißen. Dem Profil unserer Zeitschrift entsprechend, soll vor allem die Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung beachtet werden. Zu ihr ist treffend festgestellt: „Für eine soziale emanzipatorische Bewegung und um so mehr für die Befreiungsbewegung der Arbeiter ist es lebenswichtig, ihre eigenen historischen Erfahrungen zu artikulieren und festzuhalten“; die Arbeiterbewegung dürfe sich ihr soziales Gedächtnis nicht enteignen, sich die Deutungen ihrer eigenen Geschichte nicht diktieren, Klitterungen und Fälschungen ihrer Gegner nicht aufdrängen lassen (S.12f.). Der Bd. – wie dann im Bd. 2 nochmals belegt – zeigt die Vielfalt der Institutionen, Projekte und Publikationen, die in der DDR die Geschichte der Arbeiterbewegung zum Gegenstand hatten. Die DDR-Forschung auf diesem Gebiet bildete einen Stachel für die bundesdeutsche Historiografie, unterstreicht der Autor, nur deshalb hat sie diesem Gegenstand Aufmerksamkeit gewidmet und hat sich diese als geschichtswissenschaftliche Disziplin entwickelt (S.107).

Im ersten Kapitel „Historische Institute und ihre Forschungsfelder“ werden auf über 200 Seiten die Organisation der Geschichtswissenschaft in der DDR, ihre Leitungsorgane, die Historikergesellschaft, internationale Kooperationen, der Rat für Geschichtswissenschaft und verschiedene Fachkommissionen/Beiräte vorgestellt und bewertet. Als Koordinierungsorgan fungierte zunächst die Sektion Geschichte der Akademie der Wissenschaften,

ab 1969 der Rat für Geschichtswissenschaft. Dieser Rat, „geschaffen, um den Führungsanspruch der SED gegenüber der Geschichtswissenschaft zielstrebig und systematischer als zuvor durchzusetzen“ (S.206), kommt in der Bewertung äußerst schlecht weg. Er besaß sowohl umfangreiche Kompetenzen für Planung als auch große Befugnisse zur Kontrolle. R. arbeitet dessen grundsätzliche, seiner Ansicht nach der Struktur und der Funktionsweise geschuldete Mängel heraus.

Als wichtigste Akademieeinrichtungen werden das Zentralinstitut für Geschichte (ZIG), das Institut für Allgemeine Geschichte (IAG), das Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie sowie das Institut für Wirtschaftsgeschichte behandelt. Das ZIG hatte eine integrative Funktion für die Forschungen zur deutschen Geschichte und für die gesamte Geschichtswissenschaft; Sozial- und Geschichte der Arbeiterbewegung waren aber nicht explizit sein Gegenstand (auch wenn es eine Forschungsgruppe zur Sozialgeschichte in der DDR gab). Das IAG verfügte zu seiner Thematik über das umfangreichste Forschungspotenzial der DDR und war mit seinen hoch spezialisierten Forschern einmalig in beiden deutschen Staaten.

Von den Forschungseinrichtungen der SED und NVA werden das Institut für Marxismus-Leninismus (IML), das Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IGDA) und das Institut für Internationale Arbeiterbewegung (IIAB) an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften sowie das Militärgeschichtliche Institut näher untersucht. Bedauerlich ist, dass die historischen Bereiche der Parteihochschule trotz deren politischer Stellung nicht einbezogen werden konnten.

Das IML war Leiteinrichtung für die Geschichtswissenschaft und der Rat für Geschichtswissenschaft hier angesiedelt. Durch diese Funktion hat es sich den – berechtigten und unberechtigten – Zorn vieler Historiker zugezogen. Angesichts der aufgeführten Dokumenten- und Quelleneditionen, Biografien, Nachschlagewerke („für die ein Riesenaufwand an Recherchen geleistet“ werden musste, S.97), Sammelbände, Monografien und Artikel zu verschiedenen Themen und Abschnitten der Arbeiterbewegung dürfte der wissenschaftliche Ertrag des Instituts vielleicht doch nicht so gering und unzulänglich sein (S.107), wie vom Autor veranschlagt. Einen zentralen Platz in der Darstellung zum Institut nehmen Defizite und Mängel der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden“, der Thälmann-Biografie sowie der auf vier Bände konzipierten SED-Geschichte ein (S.100-107). Dazu zählen u. a., dass die Entwicklung der Partei von tatsächlichen Bedingungen losgelöst und idealisiert wurde und so eine Hagiografie der Parteigeschichte entstanden sei. Die „administrativpolitische Vorbestimmtheit“ von Arbeitsergebnissen habe letztlich zu einer „Deformierung geschichtswissenschaftlicher Arbeit“ geführt (S.103, 106). Die Behandlung des IGDA als zweites SED-Institut ist zu knapp und oberflächlich. Zu ihm fehlen an dieser Stelle nicht nur Angaben zum Direktor und zu seinen Stellvertretern, auch die Informationen zu Forschungsbereichen, -schwerpunkten und Publikationen fallen dürftig aus. Eine etwas ausführlichere, ihrem Gewicht in der Geschichtswissenschaft aber zu große Erörterung erfährt hingegen das IIAB, das de facto aber vorwiegend aktuell-

politische Prozesse analysierte.

Im Weiteren widmet sich der Autor den historischen Instituten/Sektionen der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Für die Arbeiterbewegungsforschung seien hier die Universitäten in Leipzig, Halle und Berlin genannt, die mit eigenständiger Forschungs- und Publikationstätigkeit (z. B. zur Geschichte der Kominintern und zur nationalen Befreiungsbewegung, zu den sozialistischen Ländern, der kommunistischen Bewegung Westeuropas, der internationalen Sozialdemokratie) hervortraten. In der Regel ergaben sich an den anderen Universitäten – in Jena, Rostock und Greifswald – durch diverse Forschungsgruppen (wie zur Jugendbewegung und Migration in Rostock oder zu Nordeuropa in Greifswald) zahlreiche Schnittpunkte zur Geschichte der Arbeiterbewegung. An den vier Pädagogischen Hochschulen wurde die Arbeiterbewegung im Rahmen anderer Profile (z. B. Ländergeschichte, Frauenbewegung, vor allem Widerstands- und Regionalgeschichte) behandelt.

Ausführlich thematisiert R. in Kapitel 2 („Staatsloyal oder parteilich?“) das Verhältnis von SED und Historikern/historischer Wissenschaft, das er zu Recht als deren Unterordnung unter den Führungsanspruch der SED wertet. Die Inanspruchnahme wissenschaftlicher Forschungsergebnisse „für andere als wissenschaftliche Instanzen“ wie auch die Legitimationsfunktion der Geschichtswissenschaft waren, wie er betont, freilich keine Spezifik der DDR-Historiografie (S.231, auch S.9f.).

In den Kapiteln 3 bis 5 „Historiker in der Krise?“, „Von der Kooperation zur Disqualifizierung“, „Evaluierung, Auflösung, Abwicklung“ befasst

sich R. mit den Aktionen und Reaktionen der DDR-Historiker in der Wendezeit 1989/90, dem Verhältnis der bundesdeutschen Historiker zu den Historikern bzw. zur Historiografie in der DDR und – auf 170 Seiten – mit dem Ende der im ersten Kapitel analysierten Institute. Er zeigt die insgesamt wenig rühmliche Haltung der bundesdeutschen Historiker – die auch mit „Härte und Niedertracht“ gegen ihre (Ex-)Kollegen aus der DDR vorgehen und selbst zur „Pfründennahme“ schritten (S.289). Der Historikerverband habe sich als Vollstrecker der Bundesregierung bei der Delegitimierung der DDR erwiesen (S.275). Politische Überprüfungen und Säuberungen bildeten – ob an Akademie-Instituten oder Hochschuleinrichtungen – nur die Voraussetzung für weitere Überprüfungen. Die entsprechenden Verfahren seien nicht kontrollierbar und korrigierbar, die eingesetzten Kommissionen und Gutachter nicht sachkundig gewesen. Mit Begründungen wie „mangelnde wissenschaftliche Qualifikation“, „mangelnde persönliche Eignung“ oder „fehlender Bedarf“ waren die tatsächlichen politischen Entlassungsgründe nur notdürftig getarnt worden. Alle Ansätze zur Erneuerung der DDR-Geschichtswissenschaft seien konzeptionell, institutionell und personell abgebrochen, administrativ unterdrückt oder gar verboten worden. Das selbst erneuerte Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (das vormalige IML) hat die Treuhandanstalt ohne Evaluierung liquidiert. Im Nachwort zu Bd. 1 konstatiert R., dass die Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft und die Verdrängung der meisten Historiker aus ihrem Beruf um 1993/94 so gut wie abgeschlossen waren.

Es ist ein grundlegendes Verdienst von R., dass mit diesem Bd. nun erstmals die Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft, die eigentlich eine reine Zerstörung und „systematische Eliminierung“ (S.VII) war, umfassend analysiert und kompakt im Zusammenhang dargestellt ist.

Bd. 2 strukturiert sich in zwei verschiedenartige Teile, in einen zu speziellen Forschungsgebieten der DDR-Geschichtswissenschaft und in einen Anhang mit Übersichten. Einer näheren Analyse unterzieht R. DDR-Forschungen, die er für besonders innovativ hält, die national und international ihren Gegenstandsbereich bestimmten, die das vorhandene Leistungspotenzial belegten oder die von der bundesdeutschen Historiografie heute verschwiegen werden (S.VI). Als weiteres Auswahl-Kriterium nennt der Autor, dass diese Bereiche entweder zu seinem eigenen Arbeitsfeld gehörten oder er sie zumindest mit besonderem Fachinteresse verfolgt hat.

Im Kapitel 6 analysiert R. Forschungen zu „Faschismus, Weltkrieg, Widerstand“, wobei er die politische und wissenschaftliche Bedeutung sowie die hohe Qualität der Ergebnisse dieser Arbeiten hervorhebt. Im Kapitel 7 befasst er sich mit der deutschen frühbürgerlichen Revolution, während im nachfolgenden Kapitel „Weltgeschichte im Revolutionsquadrat“ vergleichende Untersuchungen zu den bürgerlichen Revolutionen in Europa 1848/1849 im Mittelpunkt stehen. Kapitel 9 hat „Agrargeschichte und Alltagsgeschichte der Landbevölkerung“ zum Gegenstand. Forschungen zum Mittelalter behandelt R. in Kapitel 10 „Pauperes Christi“ mit sozialreligiösen Bewegungen dieser Zeit und in Kapi-

tel 11 mit „Die deutsche Stadt im Mittelalter“. Abschließend rekonstruiert er in Kapitel 12 die „Debatte über Genesis und Wesen des okzidental Feudalismus“, die sowohl die Marxsche Begrifflichkeit (so der „asiatischen Produktionsweise“) als auch die marxistische Bestimmung der Gesellschaftsformationen betraf. Die Kapitel sind gleichartig angelegt, eingegangen wird auf die politischen Rahmenbedingungen, die Forschungsorganisation, Forschungsprobleme und -ergebnisse sowie offene Fragen und Defizite. Hier sollen an Details nur erwähnt werden:

1) Der Autor betont, dass in der DDR Forschungen über die faschistische Diktatur auch Forschungen zum Widerstand einschlossen. Es erfolgte keine Verselbstständigung der Widerstandsforschung, sondern Widerstand blieb stets in die Zusammenhänge von Terror und Verfolgung eingebettet. Die Widerstandsforschung der DDR resultierte aus dem Selbstverständnis als antifaschistischer Staat und berief sich auf Traditionen des Widerstands der Kommunisten, würdigte aber auch in zunehmenden Maße den Widerstand von Sozialdemokraten, Gewerkschaften und anderen Kräften. Auch wenn der kommunistische Widerstand den Schwerpunkt dieser Forschungen bildete, diagnostiziert R. dennoch wesentliche Defizite und Mängel, u. a. Enthistorisierung, Idealisierung, fehlende sozialhistorische Einbindung, Überbewertung der Aktivitäten der KPD (S.534-537). Insgesamt, so vermerkt er, war die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes und dem politischen Anliegen der Faschismus- und Weltkriegsforschung nicht frei von Widersprüchen (S.567).

2) In den Forschungen zu den bürgerlichen Revolutionen 1848/49 war die Hinwendung zur Arbeiterbewegung verdienstvoll. Sie erfolgte vor allem unter dem Gesichtspunkt, „welche Emanzipation die Arbeiter in und durch diese Revolution erreichen konnten“ (S.663). Allerdings resultierten daraus letztlich Einseitigkeiten, die Rolle der Arbeiter zu überbewerten und die anderer sozialer Kräfte zu unterschätzen.

3) Im Kapitel 9 geht der Autor kurz auf das sogenannte „Bördeprojekt“, eine Untersuchung zur Alltagsgeschichte der Landbevölkerung, ein. In ihm wurden beispielhaft ökonomische und soziale Verhältnisse in der Magdeburger Börde vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts analysiert, in die, wenn auch unzulänglich, die Industriearbeiterschaft einbezogen war.

Im Anhang knüpft R. an die Untersuchung von Institutionen der DDR-Geschichtswissenschaft in Kapitel 1, 5 und 11 an. Auf über 300 Seiten gibt er eine Übersicht über Struktur und Personal sowie einige Aktivitäten der dort behandelten bzw. erwähnten Wissenschaftseinrichtungen und Gremien. Nach einem einheitlichen Schema werden aufgeführt: die Leitungsgremien, Anzahl der Mitarbeiter sowie Professoren und Dozenten; die Wissenschafts-/Forschungsbereiche mit ihren Untergliederungen sowie die jeweiligen Leiter und Mitarbeiter; dazu gehörende Bibliotheken; Periodika; Schriftenreihen sowie Mitgliedschaften und Berufungen in Gremien der Historikerverbände. Die Anfertigung dieser Übersichten dürfte besonders mühsam, mit einem enormen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden gewesen sein. Als Stand zu den DDR-Einrichtun-

gen ist in der Regel der 1.10.1989 fixiert, einzelne Angaben sind zu diesem Bezugspunkt nicht ganz exakt. Außerordentlich interessant sind die Übersichten zu Kapitel 5, in der für 1990 Ausschüsse, Evaluierungs- und Gutachterkommissionen und sich erneuerte Geschichtsinstitutionen aufgelistet werden. Enthalten sind auch verschiedene Dokumente zur Struktur universitärer Geschichtsbereiche vorwiegend in den 90er-Jahren, aber auch teilweise bis 2011 reichend. Dazu gehören Aufstellungen mit dem „Verbleib der Wissenschaftler nach 1991“ von früheren Akademieinstituten und anderer Geschichtseinrichtungen. Wenn diese auch unvollständig bleiben müssen, zeigen sie doch sehr deutlich, wie nach 1990 mit dem Wissenschaftspotenzial der DDR umgegangen wurde und wie rigoros sich die „Abwicklung“ vollzog. Das Faktenmaterial dieser Übersichten belegt die Analysen des Autors, dass keine andere Disziplin bei der Zerschlagung des DDR-Wissenschaftssystems „so umfassend und mit so grundsätzlichem Beseitigungsfuroor“ behandelt worden war wie die Geschichtswissenschaft (S.9). Das schloss nicht aus, dass einige DDR-Historiker ihre Karriere unter bundesdeutschen Bedingungen fortsetzen konnten.

Das Literatur- und Quellenverzeichnis, in das nur Arbeiten aufgenommen wurden, aus denen zitiert bzw. auf die verwiesen wurde, sowie ein verifiziertes Personenregister umfassen jeweils fast 80 beachtliche Seiten. Ein Abkürzungsverzeichnis beschließt den Bd.

Beide Bd.e erforderten eine sehr aufwendige Recherche- und Analyse-Arbeit. Der Unterstützung zahlreicher Kollegen (die umfangreiche Danksagung belegt das) war R. gewiss. Da er

meist akribisch bis in Details geht, waren Faktenfehler und Fehlrurteile wohl kaum zu vermeiden. Die Bewertung und die notwendige, vielleicht aber manchmal überzogene Kritik der DDR-Geschichtswissenschaft, ihrer Leistungen und Erkenntnisse, ihrer Mängel und Defizite, ihrer Forschungseinrichtungen und -profile werden weiter zu diskutieren sein. R. betont, dass nicht alle Leistungen der DDR-Historiker in den beiden Bd.en systematisch erörtert und gewürdigt werden konnten, er appelliert an die Mitarbeit der Historiker aus der DDR, das „produktive Erbe eigener Forschungen für künftige Historiker selbst wissenschaftlich zu erschließen und bereitzustellen“ (Bd. 1, S.11, Bd. 2, S.VI).

Einzelne Ungenauigkeiten, Unvollständigkeiten oder Wiederholungen mindern nicht den Wert der Bd.e und dürften bei einer eventuellen Neuauflage zu revidieren sein. Wünschenswert wäre auch die Einbeziehung weiterer, bisher nur erwähnter Einrichtungen der DDR, die sich mit Geschichtsforschung und -publikationen befassten.

Herbert Mayer

Fritz Keller: Gelebter Internationalismus. Österreichs Linke und der algerische Widerstand (1958-1963), Promedia Verlag, Wien 2010, 315 S., Abb., ISBN 978-3-85371-321-1

Mit dem vorzustellenden Buch, das als Dissertationsschrift verfasst ist, führt der Autor seine 1985 zum Thema „Sozialistische Jugendorganisationen 1945 bis 1965“ verfasste Arbeit weiter. Im Mittelpunkt steht nunmehr die umfassende Analyse der internationalen Solidarität sozialistischer Jugendorganisa-

tionen, insbesondere die der Sozialistischen Jugend Österreichs (SJÖ) mit dem Befreiungskampf des algerischen Volkes gegen den französischen Kolonialismus. Aus dieser Sicht bringt der Autor die Geschichte dieses grausamen Kolonialkrieges in die Erinnerung, der am 1. November 1954 begann und mit der von General de Gaulle im Juli 1962 verkündeten Unabhängigkeit Algeriens endete.

Marcel van der Linden, Forschungsdirektor des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, bezeichnet in seinem Vorwort die algerische Revolution als einen „der wichtigsten antikolonialen Kämpfe der Nachkriegszeit“ (S.7). Die Rolle Österreichs in der internationalen Solidarität mit der Front de Libération Nationale (FLN) sei in der Literatur zum Thema bisher unterbelichtet geblieben. K.s Studie „erkundet deshalb neues Terrain“ (S.8). Wie Karl Blecha – einst Vorsitzender des Verbands Sozialistischer StudentInnen Österreichs und österreichischer Innenminister – in seinem Vorwort schreibt, habe die Algerien-Solidarität „in Österreich eine zweifache Funktion“ gehabt: „Einerseits war sie ab 1957 ein Deserteurs-Hilfswerk, andererseits eine Trägerrakete des Antiimperialismus und der Dekolonisation [...] Die jungen Linken in der SPÖ [...] waren durch die Schule des Josef ‚Bruno‘ Hindels gegangen, der ihnen Otto Bauer nahebrachte und die unbedingte Unterstützung der antikolonialen Revolution ans Herz legte.“ (S.9) Im Weiteren würdigt Blecha die Rolle Bruno Kreiskys, der sich von Anbeginn für Algerien positioniert habe. Als dieser 1959 das „österreichische Außenministerium übernahm, [habe] er sich sofort für die Anerkennung des FLN“ eingesetzt (S.11).

Der Autor äußert sich einleitend, was ihn veranlasste, sich erneut und ausführlicher mit dem Thema zu befassen: „Zum einen setzte nach einer Phase, in der Algerien zu ‚den weißen Flecken‘ in der öffentlichen Präsentation von [französischer] Geschichte wie die Nazi-Ära in Westdeutschland zählte, ein Prozess der ‚Vergegenwärtigung‘ ein. Die Diskussionen um die Deutungshoheit führten jedoch zu einem ‚Rechtsruck der Erinnerung‘ bei der Aufarbeitung der Geschichte der Kolonialherrschaft in Nordafrika.“ (S.13) K. schildert, wie widersprüchlich mit dem mörderischen Kolonialkrieg, mit den Gräueltaten der Fremdenlegion umgegangen wird und zitiert aus der französischen Verfassung: „Unterrichtsprogramme erkennen besonders die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, speziell in Nordafrika an, und geben den Opfern der kämpfenden Truppe der französischen Armee aus diesen Territorien den wichtigen Platz, der ihnen gebührt.“ (S.14)

Zur Wissenschaftsmethode und zum Aufbau des Buches erläutert der Autor: „Um zu verhindern, dass ‚das Einzelne, Individuelle, Besondere im Allgemeinen ertrinkt‘, wird der Erzählfluss durch exemplarische Biografien von AktivistInnen durchbrochen.“ (S.18)

Die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus habe in der SJÖ, deren Obmann Peter Strasser war, auch in der bildungspolitischen Arbeit große Beachtung gefunden. Dazu seien auch die Schriften des prominenten Austromarxisten Otto Bauer herangezogen worden, der den fortschrittlichen Charakter der antikolonialistischen Revolutionen nachgewiesen habe (S.25f).

Ausführlich erklärt der Autor das

„Rückführungsprojekt“, mit dem Söldner der französischen Fremdenlegion zur Desertion ermutigt und auf dem Weg in ihre Heimat betreut wurden. Kopf des Rückführungsprojekts in Österreich sei Reimar Holzinger gewesen, der auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesvorsitzenden der deutschen Jungsozialisten (Jusos) Hans-Jürgen Wischnewski gepflegt habe. Circa 80 Prozent der Legionäre seien Deutsche gewesen, „die durch Kriegs- und Nachkriegswirren aus ihren gesellschaftlichen Bahnen geschleudert worden sind“ (S.35). Viele Söldner seien noch minderjährig gewesen. Es könne davon ausgegangen werden, dass „der Rückführungsdienst bis 22. Dezember 1962 insgesamt 4.111 Legionäre, darunter 2.783 Deutsche und 137 Ungarn“ repatrierte (S.55). Zur Vielfalt des antikolonialen Kampfes der sozialistischen Jugend haben u. a. die Weltjugendfestspiele vom 26. Juli bis 4. August 1959 in Wien beigetragen. In diesem Zusammenhang wird auf Bruno Kreisky verwiesen, der hinter den Kulissen für die Stärkung der algerischen Widerstandsbewegung und den Rückführungsdienst gewirkt habe (S.74).

Im Abschnitt „Anti-Folter-Kampagnen“ werden Ausmaß von Mord, Folter und grausamen Massakern der Kolonialmacht beschrieben, über die Betroffene der Weltöffentlichkeit berichteten. „Anfang Jänner 1960 veröffentlichte ‚Le Monde‘ Auszüge aus einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes über die Zustände in algerischen Internierungslagern: Algerische Aufständische würden dort geprügelt, mittels Elektroschock, kaltem Wasser und Abschneiden der Luftzufuhr (Badewanne) gefoltert, an den Händen aufgehängt und ‚auf der Flucht er-

schossen‘.“ (S.86) Es wird u. a. auf die Misshandlung des moslemischen Mädchens Djamila Boupacha verwiesen (S.87), deren Schicksal verfilmt wurde und so auch die Solidaritätsbewegung in hier nicht untersuchten Ländern wie der DDR erreichte.

Besondere Aufmerksamkeit wecken die vom Autor aufgehellten wirtschaftlichen Hintergründe der Kolonialpolitik. Dazu wird das intensive publizistische Engagement Karl Blechas gewürdigt, dessen Beiträge der Autor in Erinnerung bringt und ausführlich aus diesen zitiert. Auch aus der Sicht des Autors habe es für die französische Kolonialpolitik Gründe gegeben: „das Sahara-Öl. 1956 setzte die Regierung 20 Bohrgeräte ein, vergab Forschungsgenehmigungen [...] und bewilligte 10 Milliarden Francs.“ Im Weiteren verweist er auf einen Beitrag Blechas, mit dem dieser den „Problembereich ‚Sahara-Öl‘ (und die neu entdeckten Steinkohle-, Eisen-, Kupfer-, Wolfram-, Uran-, Zinn-, Phosphor- und Diamantenlager) mit den in offenem Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen stehenden Atombombenversuchen“ verknüpft. De Gaulle habe sich zu zwei Demonstrationen entschlossen: „den Atombombenversuch und das Waffenstillstandsangebot [...] Die Sahara-Schätze sollten Frankreich gesichert bleiben, selbst um den Preis eines autonomen Algeriens“ (S.90f).

Das Buch wird dem vom Autor genannten primären Anliegen, „den Wissensstand über die österreichische Algerien-Solidarität zu vertiefen“ (S.253) voll gerecht; es vermittelt tiefere Einblicke in ein furchtbares Kapitel der Nachkriegsgeschichte und bringt die Akteure des mutigen Kampfes für nationale Freiheit, Frieden und Mensch-

lichkeit in Erinnerung. Daher kann Karl Blecha nur zugestimmt werden: Das Buch „verdient das höchste Lob, eine große Verbreitung und die bestmögliche akademische Anerkennung“ (S.12).

LeserInnen finden im Anhang eine Chronologie ausgewählter Ereignisse und Verzeichnisse der Quellen, Internet-Ressourcen, Interviews mit ZeitzeugInnen, Korrespondenzen, Rundfunk-Beiträge, Telefonate, Zeitschriften/Zeitungen, Personen, Abbildungen und Tabellen sowie der Abkürzungen.

Horst Klein

Hannes Stütz (Hrsg.): Jupp Angenfort. Sprung in die Freiheit. Die Geschichte des Josef A., PapyRossa Verlag, Köln 2011, 232 S., ISBN 978-3-89438-451-7

Jupp Angenfort hinterließ keine Autobiografie. Die hier abgedruckten Erinnerungen entstanden aus Interviews, die der Hrsg. ab 1994 mit A. führte und auf Tonband aufnahm. Sie führen bis ins Jahr 1969, der Zeitabschnitt danach fehlt auf diese Weise leider.

S. versucht, den „Originalton“ Jupp Angenforts „ins Schriftliche zu bringen“ und ihn von „manch mündlichen Zufälligkeiten“ zu befreien (S.9). Das ist nicht völlig gelungen, zu viel ist noch vom gesprochenen Wort geprägt. Herausgekommen ist jedoch auf alle Fälle ein gut lesbares Buch, im Unterschied zu manch trockenen biographischen Werken. Schade aber, dass mancher Fakt und viele Ereignisse nicht erklärt und ungenaue Datierungen nicht präzisiert wurden, da der Hrsg. auf Erläuterungen bzw. Fußnoten verzichtete. Auch wenn der Bd. so nicht vollen

wissenschaftlichen Ansprüche genügen mag, so bringt er allemal interessantes Material aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik bis Ende der 60er-Jahre, dargestellt aus der Sicht eines von Auswirkungen des Kalten Kriegs in der Bundesrepublik unmittelbar Betroffenen. Fünfeinhalb Jahre saß der Kommunist Angenfort in Gefängnissen, vom mit Nazis durchsetzten Justiz- und Polizeiapparat zum „Hochverräter“ gestempelt.

Der Hrsg. gliedert den Bd. in drei Teile (Jugend 1924-1943, sowjetische Kriegsgefangenschaft 1943-1949, BRD 1949-1969). Nachworte steuern Klaus Hübotter (mit Gedichten zu und über Angenfort) und Ulrich Sander (mit Redetexten von Angenfort) bei. Ein Abschnitt mit Daten zu „Lebensstationen“ beschließt das Buch.

Angenfort wurde 1924 in Düsseldorf geboren. Nach dem Abitur kam er 1942 zur Wehrmacht und 1943 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Ab Dezember 1943 war er im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ aktiv und leistete antifaschistische Aufklärungsarbeit unter deutschen Kriegsgefangenen. Im März 1949 kehrte A. nach Deutschland zurück, trat in die KPD und die FDJ ein. In den Landtagswahlen 1950 wurde er als Abgeordneter in Nordrhein-Westfalen gewählt und war Bundesvorsitzender der FDJ (hier widersprechen sich Erinnerungen und „Lebensstationen“, in denen fälschlich 1951 angegeben wird). Im März 1953 wurde A. unter Bruch seiner Immunität unter dem Vorwurf, er habe ein „hochverräterisches Unternehmen gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ vorbereitet, verhaftet und im Juni 1955 deswegen zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dem Verbot der KPD er-

folgte im April 1957 seine Entlassung aus dem Zuchthaus Münster. Er wurde Mitglied des Politbüros der verbotenen Partei und wirkte in der Illegalität. Im Februar 1962 erneut verhaftet, gelang ihm jedoch im April eine spektakuläre Flucht. Aus der DDR kehrte er im Dezember 1968 nach Düsseldorf zurück. Wenig später wurde er zur Verbüßung seiner Reststrafe wieder festgenommen, jedoch im Frühjahr 1969 entlassen. Damit enden die Erinnerungen von A. Er war in der Folgezeit – bis 1989 – Mitglied des Präsidiums der DKP und führend in der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen bzw. auf Bundesebene tätig. Am 13. Oktober 2010 verstarb er in seiner Geburtsstadt.

A. erzählt seine Geschichte lebendig und locker. Seine Erinnerungen, garniert mit mancher Anekdote und nicht ohne Witz präsentiert, reflektieren seine persönliche Sicht und Bewertung der Geschehnisse jener Zeit im Kalten Krieg.

Rainer Bert

Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Oldenbourg Verlag, München 2012, 268 S., ISBN 978-3-486-70946-9

Die Migration von Arbeitskräften aus peripheren Regionen in industrielle Zentren bildet seit der Ausbreitung der Industrialisierung im 19. Jh. eine Grundkonstante in der wechselnden Zusammensetzung der Arbeiterschaft und der Bevölkerungsentwicklung moderner Industriegesellschaften. An sich kein neues Phänomen, hat die grenzüberschreitende Arbeitsmigration seit

dem Zweiten Weltkrieg dabei erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies ging einher mit einem Ausbau staatlicher Kontroll- und Regulierungsmechanismen, um die Migrationsströme den wechselnden ökonomischen Anforderungen anzupassen. Beides versucht der vorliegende Bd. unter dem Titel des „Gastarbeiter“-Systems zu fassen. Zugleich wird damit eine zeitliche Eingrenzung von den 1950er- bis in die 1970er-Jahre vorgenommen und der Wandel in der Migrationsentwicklung und -politik nach dem Anwerbestopp von 1973 hervorgehoben. Der Bd. geht auf eine Tagung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück sowie des Departamento de Historia Contemporánea der Universidad Complutense de Madrid im März 2010 zurück. Ziel der Tagung war es, neue Ergebnisse der Historischen Migrationsforschung zur Geschichte der Bundesrepublik in europäischer Perspektive zusammenzuführen.

In seiner Einführung ordnet Jochen Oltmer die Migrationsentwicklung der Nachkriegszeit in einen größeren historischen Kontext ein. Gegenüber der Zwischenkriegszeit nahmen die Migrationsströme von Europa nach Übersee ab. Dagegen gewann die Migration von Süd- nach Nord- und Mitteleuropa an Bedeutung, während sie aus Osteuropa abgeschnitten wurde. In Großbritannien, Frankreich und Belgien war sie zudem stark von der kolonialen Vergangenheit geprägt. Gefragt waren zumeist Arbeitskräfte für un- und angelernte Tätigkeiten im Bergbau und in der expandierenden Fertigungsindustrie. Ab Mitte der 1970er-Jahre führten der

Strukturwandel und die Krise in den alten Industriesektoren zu einem europaweiten Anwerbestopp, der auch den Charakter der Migrationsentwicklung hin zu einer stärker informellen Migration im Zuge des Familiennachzugs verwandelte.

Der erste Teil umfasst Aufsätze, die sich mit der westdeutschen Anwerbepolitik und den europäischen Rahmenbedingungen auseinandersetzen. Jan Philipp Sternberg befasst sich zunächst mit der eher unbekannteren Episode der Auswanderung aus Westdeutschland in den ersten Nachkriegsjahren. S. macht deutlich, dass sich bereits in den damaligen Debatten arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitische Argumentationen überschneiden, in denen die Angst vor einem Fachkräftemangel mit einer erwünschten Auswanderung ethnisch, national oder geschlechtlich exkludierter Gruppen, wie ehemaligen osteuropäischen Zwangsarbeitern, „volksdeutschen“ Flüchtlingen oder dem sogenannten Frauenüberschuss, miteinander korrespondierten. In der Praxis ließ sich dies jedoch kaum steuern: Wer auswanderte, war zumeist jung, gut ausgebildet und männlich. Frank Caestecker und Eric Vanhaute untersuchen anschließend den Wandel der Arbeitsmigration nach Westeuropa, vor allem nach Frankreich, Belgien und in die Schweiz. Arbeitskräfte wurden für besonders unattraktive Bereiche wie den Bergbau angeworben und unterlagen einem restriktiven Kontrollsystem. Dieses stieß jedoch zunehmend auf den Widerstand der Angeworbenen und wich zusammen mit einer steigenden internationalen Konkurrenz um Arbeitskräfte ab den 1950er-Jahren offeneren Regulierungsmechanismen. Ein Ausdruck

dieser Konkurrenz war die zunehmende Zahl von bilateralen Anwerbeabkommen, die ein verzweigtes Vertragsnetz zwischen jeweils mehreren Migrations- und Zuwanderungsländern schufen. In den Anwerbeabkommen der BRD mit Griechenland und Spanien nach der Einführung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer in der EWG 1961 sieht Christoph A. Rass einen Trend zur Ausweitung des Vertragsnetzes auf die süd- und südöstlichen Mittelmeerländer bis nach Nordafrika forciert, der die Migrationsströme erheblich diversifiziert habe. Einen genaueren Blick auf den Wandel der Migration im Zusammenhang mit den institutionellen Veränderungen wirft Roberto Sala, indem er die Arbeitsmigration aus Italien in die BRD behandelt. Stand das Anwerbeabkommen von 1955 zunächst in einer Kontinuität mit ähnlichen institutionellen Verfahrensweisen der 1930er- und 1940er-Jahre, so verloren diese im Zuge der Liberalisierung des westeuropäischen Arbeitsmarktes rapide an Bedeutung. Die institutionelle Geschichte des deutschen Emigrationszentrums in Verona schildert Grazia Prontera. Dieses traf anfangs eine medizinische und berufsbezogene Auswahl des größten Teils der Migrantinnen und Migranten, wandelte sich in den 1960er-Jahren aber zunehmend zu einem bloßen Informationszentrum. Aus der umgekehrten Perspektive eines Auswandererlandes untersucht Axel Kreienbrink die Bemühungen um eine kontrollierte Migration anhand des Instituto Español de Emigración des franquistischen Spaniens, welches die Anwerbung auf ländliche Regionen und politisch loyale Arbeiter zu beschränken suchte. Komplettiert wird dies durch einen Text von Carlos Sanz

Díaz, der die irreguläre Auswanderung spanischer Arbeitskräfte zum Thema hat. Sie vollzog sich zumeist über die Einreise mittels Touristenvisa und direkte Bewerbungen auf einen Arbeitsplatz. Als Gründe nennt er hierfür die lange und undurchsichtige bürokratische Verfahrensweise bei den legalen Anwerbeverfahren, deren gefürchtete Gesundheitschecks und die politische Überprüfung. Karolina Novinscak behandelt schließlich die deutsch-jugoslawischen Migrationsbeziehungen seit 1968, die in einer Zeit entstanden, als arbeitsmarktpolitische Überlegungen bereits eine geringere Rolle spielten und die sie daher vor allem im Zusammenhang mit der neuen Ostpolitik sieht. Abgeschlossen wird der erste Teil mit einem Aufsatz von Marcel Berlinghoff zum europaweiten Anwerbestopp von 1973. Bereits Anfang der 1970er-Jahre wurde die Migration wieder stärker als bevölkerungs- und sicherheitspolitisches Problem behandelt und unterlag zunehmenden Einschränkungen. In der BRD lieferte der Ausbruch der Ölkrise 1973 schließlich den Anlass für einen schon länger diskutierten Anwerbestopp, der jedoch nicht zu einer erwarteten Abnahme des Migrantenanteils führte, sondern dessen Strukturen, aufgrund nicht gesicherter Rückkehrmöglichkeiten, verfestigte.

Der zweite Teil umfasst Aufsätze, welche die Wahrnehmungen und Folgen der Migration in den Herkunfts- und Zielländern behandeln. Sie reichen von der Untersuchung der ambivalenten Haltung der Gewerkschaften, die sich zugleich als Vertreter aller Arbeiter und Arbeiterinnen verstanden als auch den Zugang zum Arbeitsmarkt für einheimische Arbeitskräfte privilegiert sehen wollten, über die Bedeutung der katho-

lischen Missionen für die unterschiedliche Homogenisierung verschiedener Einwanderergruppen in der BRD, bis hin zu vergleichenden Untersuchungen der Auswirkungen der Migration auf kommunaler Ebene in verschiedenen europäischen Städten. Ein durchgehendes Ergebnis ist die Wahrnehmungsverschiebung von einem nur vorübergehend erwarteten Aufenthalt der Arbeitsmigranten hin zu anfangs lokalpolitischen Bemühungen, um auf eine dauerhaft veränderte Bevölkerungssituation zu reagieren, die sich in zum Teil unfreiwillig komisch klingenden Titeln wie der Broschüre „Wie werde ich ein richtiger Münchner“ niederschlugen.

In den meisten Aufsätzen des Tagungsbd. dominiert die Institutionengeschichte, was sich auch auf die Perspektive auf die Migrantinnen und Migranten auswirkt und stellenweise aktuellen Integrationsdebatten ähnelt, wenn auch die Grenzen institutioneller Einflussnahme und der zugrunde liegende Strukturwandel in den westeuropäischen Industriegesellschaften thematisiert werden.

Aus Sicht einer Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung wären daher zukünftige Forschungen zur Arbeitsmigration, welche die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz sowie eine stärkere Akteursperspektive einbeziehen, zu wünschen. Mit dieser der Konzeption des Bd. geschuldeten Einschränkung lässt sich dennoch feststellen, dass vor allem die Einbindung in eine europäische und transnationale Perspektive durchaus gelungen ist und der Bd. einen guten Einblick in den neueren Stand der Forschung zum Migrationsregime der 1950er- bis 1970er-Jahre liefert.

Dietmar Lange

Harald Werner: Offene Fragen in der geschlossenen Abteilung. Das erfolgreiche Scheitern einer Kaderperspektive, 2. durchges. Aufl., PapyRossa Verlag, Köln 2012, 155 S., ISBN 978-3-894-38478-4

Mit der „geschlossenen Abteilung“ meint der Autor die Parteischule der SED „Franz Mehring“ in Berlin-Biesdorf, die ab Beginn der 1970er-Jahre auf dem Gelände des Wilhelm-Griesinger-Krankenhauses in unmittelbarer Nachbarschaft zum Wuhletal untergebracht war. Die hier organisierten Lehrgänge sollten DKP-Funktionären, aber auch westdeutschen Gewerkschaftern die Möglichkeit geben, sich nunmehr als Studenten auf Zeit systematisch mit den Grundlagen des Marxismus-Leninismus (Philosophie, Ökonomie, Wissenschaftlicher Sozialismus) vertraut zu machen. Es gab „hauseigene“ Lektionen und zusätzliche Veranstaltungen mit Gast-Dozenten, Seminare und Selbststudium. Besonders interessant und aufschlussreich für Studenten und Lehrer waren die Exkursionen in Betriebe und andere Einrichtungen, vor allem wegen der vergleichsweise großen Offenheit vieler DDR-Gesprächspartner, mit der die ungefilterten Fragen der Studenten beantwortet wurden. Die vom Autor geschilderten Sicherheitsbestimmungen konnten übrigens nicht verhindern, dass BRD-Geheimdienste bestens über Schule und Lehrgangsteilnehmer informiert waren.

W. besuchte den Einjahreslehrgang 1987/1988. Zu dieser Zeit war die Auseinandersetzung zwischen den „Hardlinern“, Uneinsichtigen und den Reformern in der DKP bereits in vollem Gange. Die Delegation an diese Schule bezeichnet er als letzte Chance, sich

dem Kurs der DKP-Führung anzupassen und in der Parteihierarchie aufzusteigen. Er schlug sie aus. In den Auseinandersetzungen zwischen den „Kurs“ haltenden und den auf Veränderungen in der DKP drängenden Studenten um theoretische und aktuelle politische Fragen an der Schule, um Eindrücke und Meinungen über den Sozialismus in der DDR positionierte er sich als ein nach tief gehenden Veränderungen in der DKP drängender „Reformer“. Die gegensätzlichen Meinungen wurden in Seminaren deutlich, führten aber besonders in den Gruppenversammlungen und Zusammenkünften der Studenten zu teilweise sehr heftigen Auseinandersetzungen. Aus gegenwärtiger Sicht staunt man, mit welchen Fragen und Problemen sich Kommunisten in jenen Jahren „herumgeschlagen“ haben.

Dabei soll festgehalten werden, dass die von der SED bestellten Lehrkräfte und Gastdozenten strikt angehalten waren, sich nicht in die Auseinandersetzungen und Diskussion der Studenten über die DKP einzuklinken bzw. einzumischen. Gleichwohl waren die DKP-Führung und die zuständigen Funktionäre der SED über die Vorgänge informiert, und über diese gab es im Rücklauf Informationen für die Lehrkräfte. Die Schilderungen über das Leben an der Parteischule bilden jedoch zugleich den Hintergrund für einen kritischen Rückblick auf das Leben des Autors in der Bundesrepublik, auf die eigene Rolle in den Auseinandersetzungen an den Universitäten in den 1960er-Jahren, als Gewerkschaftsfunktionär, als DKP-Kreisvorsitzender und schließlich auf die zunehmenden innerparteilichen Kämpfe, Verletzungen, Erfolge und Niederlagen, daraus erwachsenden Probleme für das Private. Im Raum

steht die Frage, warum man das alles getan (sich angetan), ob sich das alles gelohnt hat. Belohnt wurde es nicht. Aber so war das Leben Tausender. Es gab viele kleine Siege, kleine und größere Niederträchtigkeiten und schließlich die entscheidende, das ganze Leben verändernde Wende. Wie Letztere realistisch zu bewerten ist, ist noch nicht ausgemacht.

Eine Niederlage dieses Ausmaßes wirklich anzuerkennen, ist ein schwieriger Prozess. Viele Fragen bleiben, vieles ist noch aufzuarbeiten, um mit dem Vergangenen fertig zu werden. Auch das im Buch wiedergegebene Interview mit W. und Wolfgang Gehrcke zwei Jahrzehnte nach der Wende verdeutlicht dies.

Für den mit der Arbeit an dieser Schule vertrauten DDR-Bürger war es schon seinerzeit irritierend, wie gegensätzlich der Blick von Kommunisten aus West und Ost auf die DDR war.

Des Öfteren bekam man zu hören, dass die Existenz der DDR wichtig und gut sei, aber man selbst hier keinesfalls leben wolle. Für den mehr oder weniger reformbereiten SED-Funktionär gab es dieses „Aber“ nicht. Er wollte verändern, nicht ausreißen. Das Buch von W. verdeutlicht mehr indirekt, wie unterschiedlich Leben und Erfahrungen politisch aktiver Menschen, die sich ja intensiv mit der jeweils anderen Seite auseinandersetzten, durch die gegensätzlichen Verhältnisse in beiden deutschen Staaten geprägt wurden. Das scheint in den aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Linken aus Ost und West seine Fortsetzung zu finden.

Manfred Teresiak

Peter Struck: So läuft das. Politik mit Ecken und Kanten, List Verlag, Berlin 2011, 311 S., ISBN 978-3-54907-385-8

Wer über Jahre oder Jahrzehnte im Licht der medialen Öffentlichkeit stand, scheint nicht selten das Bedürfnis zu verspüren, nach seinem Rückzug aus eben diesem Fokus möglichst viele Menschen an seiner persönlichen Sicht der Dinge teilhaben lassen zu wollen. So mancher Politiker im Ruhestand hegt dabei sicherlich die Absicht, die eigene Rolle in politischen Prozessen herauszustellen oder zu korrigieren, je nachdem, wie es die Zeitläufte erfordern. Andere wiederum mögen ihrem Geltungsdrang huldigen. Nicht immer geraten solcherlei politische Rückblicke zu gelungener Literatur, so manches Gedächtnisprojekt wäre dem Leser womöglich besser erspart geblieben.

Peter Struck, geb. 1943 in Göttingen, gehörte seit den Neunzigerjahren zweifelsohne zu den profiliertesten Parlamentariern der SPD im Bundestag. Nach langen Jahren als parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion führte S. diese von 1998 bis 2002 sowie von 2005 bis 2009. Zwischenzeitlich bekleidete der niedersächsische Rechtsanwalt das Ministeramt der Verteidigung und zeichnet für den Ausspruch „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“ verantwortlich. Nach seinem Ausscheiden aus dem höchsten deutschen Parlament nach der Bundestagswahl 2009 wechselte S. zur Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Vorsitzender er seit 2010 ist.

Sein Buch widmete er Hans-Jochen Vogel, dem Urgestein der SPD der „Bonner Republik“.

S. hält ein Plädoyer für Realpolitik, wie er sie versteht, nämlich als „Politik mit Ecken und Kanten“. Sein Betrachtungszeitraum erstreckt sich im Wesentlichen von 1998 bis 2009, auf jene Zeitspanne also, in der die SPD die Bundesregierung stellte („Rot-Grün“) oder ihr als Koalitionspartner („Große Koalition“) angehörte. Um den Leser mit weitergehenden Analysen vertraut zu machen, blickt S. gelegentlich weiter zurück. Dies betrifft insbesondere seine Aufarbeitung der jeweiligen Rivalitäten innerhalb des Spitzenpersonals seiner Partei, namentlich zwischen Gerhard Schröder, Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine oder Kurt Beck, Franz Müntefering und Frank Walter Steinmeier. So entsteht, gewollt oder nicht, das Innenbild einer SPD, das weniger von inhaltlichen Differenzen als von persönlichen Ambitionen charakterisiert ist. Für den Koalitionspartner von 2005 bis 2009, die CDU/CSU, stellt er Ähnliches fest. Überraschenderweise kommen die „Grünen“, Partner von 1998 bis 2005, keineswegs besser weg als die Union. Lediglich die Fraktionsspitzen Rezzo Schlauch und Kerstin Müller erhalten durchgehend gute Noten. Die eigene SPD-Parteilinke darf sich nur weniger Streicheleinheiten rühmen.

S.s Perspektive des urteilenden Rückblicks bestimmt sich vor allem aus der Regierungstätigkeit der SPD und deren Umsetzung durch Partei und Fraktion. Das Hauptziel der Politik ist für ihn das Regierungshandeln an sich. Während die SPD als Oppositionspartei „Idealpolitik“ betrieb, erfordere die Rolle einer Regierungspartei eine knallharte Realpolitik, mit anderen Worten: „Erst der Staat, dann die Partei.“ Wer dagegen aufbegehrt, wird schnell zum Stö-

renfried oder zum ungebetenen Dazwischenredner. Ohne großes Wenn und Aber verteidigt S. die Politik der Agenda 2010, die Hartz-Reformen, die Rente mit 67. Dass er zu seinem Wort, Deutschland würde auch am Hindukusch verteidigt, uneingeschränkt steht, hebt er ausdrücklich hervor. Die Wahlniederlage der SPD von 2009 besäße ihre Ursachen vorwiegend in der schlechten Vermittlung der Politik der Großen Koalition durch die SPD und weniger in der Ablehnung dieser Politik durch große Teile der sozialdemokratischen Stammwählerschaft.

S.s Erinnerungen an die Regierungsjahre von 1998 bis 2009 können vor allem als eine Rechtfertigung verstanden werden. Die dieser Politik zugrunde liegenden „Sachzwänge“, so muss man ihn lesen, konfigurieren eben jene „Politik mit Ecken und Kanten“, alles andere sei „Idealpolitik“, für die er vor allem Lafontaine als Urheber in Haftung nimmt. Die Erinnerungen des Autors sollen die SPD vom Prinzip her zu einem „Weiter so“ ermuntern.

Man kann entnehmen, dass er angesichts der komplizierten parlamentarischen Gemengelage zwar einer Neuaufgabe von „Rot-Grün“ emotionale Vorteile mit Blick auf sozialdemokratische Befindlichkeiten zugesteht, eine „Politik mit Ecken und Kanten“ jedoch eher mit den Unionsparteien für machbar hält.

Das Buch ist im Ganzen gut verständlich geschrieben und lesbar. Dies wäre ein Pluspunkt, würde sich dahinter nicht so manche Oberflächlichkeit verbergen, denn 2009 haben bekanntlich die Wähler der SPD zu verstehen gegeben, dass sie von ihr eine andere Politik erwarten.

Holger Czitrich-Stahl

Autorenverzeichnis

Wilma Ruth Albrecht, Dr., Bad Münstereifel
Rainer Bert, Berlin
Jürgen Birg, Berlin
Ulrich Busch, Dr. habil., Berlin
Holger Czätrich-Stahl, Glienicke
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Ludwig Elm, Prof. Dr., Jena
Gerhard Engel, Prof. Dr., Berlin
Hans-Jürgen Gabriel, Dr. sc., Berlin
Peter Giersich, Freundeskreis Max Hoelz e.V., Auerbach/Vogtland
Jürgen Hofmann, Prof. Dr., Berlin
Peter Hübner, Dr. sc., Berlin
Martin Hundt, Prof. Dr., Schwielowsee
Mario Keßler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Peter Kroh, Dr., Neubrandenburg
Peter Kurt Krüger (†), Dr., Berlin
Anja Kruke, Dr., Leiterin des Archivs der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Thomas Kuczynski, Prof. Dr., Berlin
Dietmar Lange, Doktorand, Freie Universität Berlin
Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Uli Schöler, Prof. Dr., Berlin
Karsten Heinz Schönbach, Dr. des., Berlin
Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin
Ursula Schröter, Dr., Berlin
Waltraud Seidel-Höppner, Dr., Berlin
Manfred Teresiak, Dr., Berlin
Patricia Toucas-Truyen, Dr., CHS-Paris I Sorbonne/ESSCA-CeRESS Angers
Günter Webner, Dr., Berlin
Jörg Wollenberg, Prof. Dr., Universität Bremen

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Christa Hübner (Vi.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dietmar Lange, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler, Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:

rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „Jahrbuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten. Jahresabonnement 30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis 11,- €, zzgl. Porto.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die außer dem Jahrbuch nicht gleichzeitig anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden. Manuskripte können per e-mail, vorzugsweise als word-Datei, einge-

sandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Buchbesprechungen 8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „Jahrbuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Die namentlich gezeichneten Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:

Berliner Volksbank eG, BLZ 10090000, Konto-Nr.: 5744561010

Veröffentlichung gem. Paragraph 7a Berliner Pressegesetz:

Gesellschafter der NDZ GmbH: Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC –, Gesellschafter der FEVAC GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40%); Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30%); Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%).

Satz: Christa Kouschil

Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. info@bodoni.org

Sonderdrucke der im Jahrbuch veröffentlichten Beiträge sind möglich. Die Konditionen sind in den Typowerkstätten zu erfragen.

Redaktionsschluss: 5.12.2012